

# Der Geschäftsbericht 2014.

# Kenngrößen des LBBW-Konzerns.

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	1.1. – 31.12.2014	1.1. – 31.12.2013 <sup>1)</sup>
Zinsergebnis	1 878	1 773
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 104	- 314
Provisionsergebnis	518	545
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	- 120	369
Finanzanlage-, at Equity- und EAV-Ergebnis	263	16
Sonstiges betriebliches Ergebnis <sup>2)</sup>	101	113
<b>Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)</b>	<b>2 536</b>	<b>2 502</b>
Verwaltungsaufwendungen	- 1 853	- 1 774
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>683</b>	<b>728</b>
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 191	- 300
Wertminderung Goodwill	- 16	- 3
Restrukturierungsergebnis	1	48
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>477</b>	<b>473</b>
Ertragsteuern	- 43	- 134
<b>Konzernergebnis</b>	<b>434</b>	<b>339</b>
<b>Kennzahlen in %</b>	<b>1.1. – 31.12.2014</b>	<b>1.1. – 31.12.2013<sup>1)</sup></b>
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	3,7	3,7
Cost Income Ratio (CIR)	77,9	63,4
<b>Bilanzzahlen in Mrd. EUR</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
Bilanzsumme	266,2	274,6
Eigenkapital	13,2	13,4
<b>Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (mit Übergangsvorschriften)<sup>3)</sup></b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	82,2	79,4
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	14,6	15,7
Gesamtkapitalquote (in %)	19,9	22,5
<b>Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (nach vollständiger Umsetzung)</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	82,2	89,8
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	13,6	12,6
Gesamtkapitalquote (in %)	18,9	18,7
<b>Mitarbeiter</b>	<b>31.12.2014</b>	<b>31.12.2013</b>
Konzern	11 117	11 308

## Rating (Stand 2. März 2015)

Rating-Agentur	Langfrist-Rating garantierte Verbindlichkeiten	Langfrist-Rating ungarantierte Verbindlichkeiten	Finanzkraft	Öffentliche Pfandbriefe	Hypotheken- pfandbriefe
Moody's Investors Service	Aaa	A2 <sup>4)</sup>	D+	Aaa	Aaa
Fitch Ratings	AAA	A+ <sup>4)</sup>	bbb	AAA	-

1) Nach Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8 und IFRS 10.

2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

3) Vorjahr gem. SolvV (Basel 2.5).

4) Rating Outlook negativ.

Differenzen sind rundungsbedingt.

# 2014

## Vorwort und Berichte 2

Vorwort des Vorstands.....	3
Bericht des Aufsichtsrats.....	8
Corporate Governance bei der LBBW.....	19
Vergütungsbericht.....	28
Compliance.....	30

## Zusammengefasster Lagebericht 33

Grundlagen des Konzerns.....	35
Wirtschaftsbericht für den Konzern.....	46
Risiko- und Chancenbericht.....	58
Nachtragsbericht.....	104
IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	105
Prognosebericht.....	109
Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).....	114

## Konzernabschluss 122

Gewinn- und Verlustrechnung.....	125
Gesamtergebnisrechnung.....	126
Bilanz.....	128
Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	130
Kapitalflussrechnung.....	132
Anhang (Notes).....	135
Grundlagen der Aufstellung.....	135
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	135
Segmentberichterstattung.....	161
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	168
Angaben zur Bilanz.....	176
Angaben zu Finanzinstrumenten.....	196
Sonstige Angaben.....	225
Zusatzangaben nach § 315a HGB.....	240

## Weitere Informationen 253

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.....	254
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.....	255
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.....	256
Beirat der LBBW/BW-Bank.....	257
Kundenbeirat der LBBW Rheinland-Pfalz Bank.....	260
Kundenbeirat der LBBW Sachsen Bank.....	261
Glossar.....	262

# Vorwort und Berichte.

# Vorwort des Vorstands.

## Sehr geehrte Kundinnen und Kunden, sehr geehrte Geschäftspartner des LBBW-Konzerns,

das bankwirtschaftliche Umfeld bleibt für die Branche weiterhin anspruchsvoll. Vor allem das niedrige Zinsniveau, der intensive Wettbewerb am deutschen Bankenmarkt und die gute Liquiditätslage der Unternehmen, die sich vor allem im ersten Halbjahr 2014 weiter in einer verhaltenen Kreditnachfrage niederschlug, sorgen für anspruchsvolle Rahmenbedingungen. Auch der globale Trend einer zunehmend alle Lebensbereiche durchdringenden Digitalisierung stellt Banken vor die Herausforderung, Produkte und Prozesse entsprechend anzupassen. Gleichzeitig steigen die aufsichtsrechtlichen und regulatorischen Anforderungen weiterhin deutlich. Die immer weitreichendere Regulierung geht mit erheblichen Herausforderungen und Belastungen für die Branche einher.

Unter diesen Rahmenbedingungen sind wir mit dem im Geschäftsjahr 2014 erzielten Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 477 Mio. EUR zufrieden. Mit diesem Ergebnis liegen wir leicht über dem Vorjahresergebnis und voll im Rahmen unserer Erwartungen. Nach Steuern erreichte das Konzernergebnis eine Höhe von 434 Mio. EUR (Vorjahr: 339 Mio. EUR). Auf Ebene der Bank haben wir 2014 ein Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung in Höhe von 424 Mio. EUR erwirtschaftet.

Mit dem Konzernergebnis setzt sich die seit 2011 andauernde Serie positiver Jahresergebnisse für unser Haus fort. Das zeigt, dass es mit der konsequent kundenorientierten Neuausrichtung und dem Abbau von Risikoaktiva gelungen ist, die LBBW wieder nachhaltig stabil und tragfähig aufzustellen.

Angesichts des schwierigen kreditwirtschaftlichen Umfelds sind wir mit dem erreichten Ergebnis vor Steuern von insgesamt 1 067 Mio. EUR in unseren drei operativen Segmenten nicht unzufrieden. Zumal wir 2014 unser Kundengeschäft in vielen Bereichen erfolgreich weiterentwickeln konnten.

Im Unternehmenskundengeschäft haben wir nach einem verhaltenen Start im ersten Halbjahr im weiteren Jahresverlauf eine zunehmende Dynamik verzeichnet. Dabei konnten wir etliche Neukunden gewinnen und vor allem bei großen Unternehmen und in der gewerblichen Immobilienfinanzierung eine Reihe attraktiver Abschlüsse realisieren. Dies zeigt uns, dass unser Haus mittlerweile nicht nur von Investoren und Ratingagenturen wieder zunehmend positiv wahrgenommen wird, sondern auch immer mehr Unternehmen uns als kompetente und zuverlässige Adresse schätzen. Wir erwarten, dass der selektive Ausbau unserer Präsenz an attraktiven Standorten außerhalb unserer Kernregionen dies weiter unterstützen wird.

Auch im Wealth Management ist es uns gelungen, neue Kunden zu gewinnen. Im Privatkundengeschäft haben wir im vergangenen Jahr daran gearbeitet, unseren Kunden über das übliche Filialnetz hinaus ein noch attraktiveres Angebot zu unterbreiten. Dazu wurden neue Konzepte umgesetzt, die der zunehmenden Digitalisierung und Nutzung neuer Medien Rechnung tragen. So haben wir unter anderem eine Videoberatung eingeführt. Im Rahmen unseres Leistungsverbands mit den Sparkassen sehen wir vor allem im Marktpartnergeschäft noch Potenziale, die wir gemeinsam mit den Sparkassen weiter ausschöpfen möchten.

Jenseits unseres Kundengeschäfts haben wir 2014 das noch aus der Zeit vor der Neuausrichtung der Bank verbliebene Kreditersatzgeschäft weiter abgebaut. Vor allem wurde der Restbestand des Verbriefungsportfolios der LBBW verkauft, der durch eine Garantie der Träger unseres Hauses abgesichert war. Für uns war dies ein weiterer großer Schritt, um unsere Ressourcen zukünftig voll auf unser Kerngeschäft zu fokussieren. Darüber hinaus haben wir im ersten Halbjahr 2014, wie geplant, eine Milliarde Euro Stille Einlagen an unsere Träger zurückgezahlt. Dies erfolgte mit Zustimmung der Bankenaufsicht und hatte keine Auswirkungen auf den Wert der harten Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung, die zum 31. Dezember 2014 im Konzern bei 13,6% liegt.

Eine besondere Belastungsprobe war 2014 der Übergang der Aufsichtsfunktion auf die Europäische Zentralbank Anfang November. Das vorgelegte Comprehensive Assessment hat erhebliche Kapazitäten und Ressourcen in der Bank gebunden. Das Ergebnis hat jedoch bestätigt, dass

die LBBW solide kapitalisiert ist und eine hohe Stressresistenz aufweist. Selbst im adversen Szenario des Stresstests, bei dem ein kräftiger Konjunkturunbruch und spürbare Verwerfungen an den Finanzmärkten unterstellt wurden, lag die harte Kernkapitalquote unseres Hauses deutlich über dem von der Aufsicht geforderten Mindestwert.

Allerdings steigen durch den einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus unter dem Dach der EZB für unser Haus dauerhaft die Kosten und Anforderungen. Das gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf systemtechnische Erfordernisse. Vor diesem Hintergrund, aber auch mit Blick auf marktinduzierte Veränderungen, werden wir in den kommenden Jahren weiter in die Effizienz unserer Strukturen und Prozesse investieren. In diesem Zusammenhang sehen wir das Outsourcing von großen Teilen unserer IT an die Finanz Informatik (FI) nach wie vor als wichtige und richtige strategische Entscheidung. Sie ermöglicht es, unsere IT-Landschaft gemeinsam mit einem starken Partner kosteneffizient weiterzuentwickeln und an künftige Herausforderungen anzupassen.

Für 2015 gehen wir von anhaltend anspruchsvollen Rahmenbedingungen am deutschen Bankenmarkt aus. In diesem Umfeld rechnen wir mit einer weiteren moderaten Steigerung des LBBW-Konzernergebnisses vor Steuern gegenüber dem Vorjahr, sofern nicht unvorhergesehene Markt-turbulenzen oder ein unerwartet starker konjunktureller Einbruch eintreten.

Auch in den kommenden Jahren dürften die regulatorischen Rahmenbedingungen zusammen mit globalen Trends für einen nicht nachlassenden Anpassungsdruck und fortgesetzten Wandel in der Bankbranche sorgen. Hinzu kommen geopolitische Krisenherde, die in ihrer Strahlkraft noch nicht abgeschätzt werden können. Der beständige Mut zur Veränderung, eine gute Marktposition und ein nachhaltig tragfähiges Geschäftsmodell werden daher eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg sein. Hier sehen wir für unser Haus gute Chancen.

Wie immer möchten wir uns an dieser Stelle bei Ihnen, unseren Kunden und Geschäftspartnern, für das Vertrauen in unser Haus bedanken - denen, die uns bereits seit vielen Jahren verbunden sind, vor allem aber auch denen, die wir 2014 neu gewinnen konnten. Wir hoffen, dass wir auch zukünftig die Bank Ihrer Wahl sind und freuen uns gemeinsam mit

unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern darauf, Sie 2015 erneut mit unserer Leistung und unseren Produkten überzeugen zu können. Unserem langjährigen Trägerkreis danken wir für ein weiteres Jahr vertrauensvoller Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER  
Vorsitzender



MICHAEL HORN  
Stellvertretender Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



INGO MANDT



DR. MARTIN SETZER



ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN



VOLKER WIRTH



# Bericht des Aufsichtsrats.

## Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Leitung des Unternehmens haben wir den Vorstand der LBBW im abgelaufenen Geschäftsjahr beraten und die Geschäftsführung der LBBW regelmäßig überwacht. Über wesentliche Entwicklungen der Bank sowie des Konzerns im Jahr 2014 hat uns der Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg regelmäßig, zeitnah und umfassend informiert. Die wirtschaftliche Situation der einzelnen Geschäftsfelder sowie die Geschäftslage des LBBW-Konzerns haben wir intensiv mit dem Vorstand erörtert. Ebenso haben wir uns über das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung für die Bank informieren lassen und den Vorstand hierzu beraten. Daneben haben wir uns mit dem Vorstand über bedeutende Entwicklungen bei der Errichtung der europäischen Bankenunion ausgetauscht und die Unternehmensführung und -planung der LBBW kritisch hinterfragt und überwacht. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats stand ich auch zwischen den Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstands. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die LBBW war der Aufsichtsrat eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Die ihnen per Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben haben der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse wahrgenommen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war für die gesamte Finanzbranche wesentlich von den europaweiten Bilanzprüfungen der Europäischen Zentralbank geprägt. Das deutliche Übertreffen der von der EZB in den einzelnen Szenarien vorgegebenen Mindestwerte durch die LBBW Ende Oktober beim Stresstest bestätigt die solide Kapitalisierung und hohe Stressresistenz der LBBW. Der konsequente Risikoabbau der vergangenen Jahre, die solide Eigenkapitalbasis und das zügige Umsetzen der Restrukturierung haben sich damit als richtig erwiesen und bieten der LBBW genügend Spielraum, um ihr kundenorientiertes Geschäftsmodell weiterzuentwickeln.

Sitzungen des Aufsichtsrats.

Im Berichtsjahr fand sich der Aufsichtsrat zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen, an denen jeweils auch die Vertreter der Rechtsaufsicht und der Bankenaufsicht teilnahmen.

Gegenstand sämtlicher ordentlicher Aufsichtsratssitzungen waren die regelmäßigen Berichte des Vorstands zur aktuellen Lage, insbesondere zur Risikolage, die aktuelle Entwicklung der Erträge und Aufwendungen, die Entwicklung der Risiken und Kapitalquoten und entsprechende Soll-Ist-Vergleiche sowie die ausführlichen Berichte der jeweiligen Ausschussvorsitzenden aus den Ausschüssen. Die Vorstandsberichte für den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben wir kritisch hinterfragt und zum Teil ergänzende Informationen angefordert, die stets unverzüglich und zu unserer Zufriedenheit erteilt wurden. Soweit erforderlich, haben wir notwendige Beschlüsse zu Vorstandsangelegenheiten und aufgrund von Veränderungen in den Gremien gefasst. Auch im Jahr 2014 haben wir uns mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst. Hierzu zählten neben dem Übergang der europäischen Bankenaufsicht auf die EZB und dem damit verbundenen Zeit- und Aktivitätenplan für das im Vorfeld stattfindende Comprehensive Assessment beispielsweise die Debatten zu bzw. Auswirkungen der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen, der EU-Bankenabgabe, der Bail-In-Haftungskaskade, der aktuellen Entwicklung im Bereich der negativen Habenzinsen sowie die Weiterentwicklung von Basel III zu Basel IV.

Unsere erste Sitzung des Jahres am 28. März 2014 stand im Zeichen des Jahresabschlusses 2013. Grundlage der Beschlussfassung waren die Empfehlungen des Prüfungsausschusses und die nachfolgende ausführliche Erörterung mit dem Abschlussprüfer KPMG. Im Sitzungsverlauf nahmen wir den Bericht des Vorstands zum Geschäftsjahr 2013 zur Kenntnis, stellten den Jahresabschluss 2013 fest und billigten den Konzernabschluss 2013. Ergänzend haben wir dem Vorschlag des Prüfungsausschusses zugestimmt und der Hauptversammlung vorgeschlagen, KPMG als Abschlussprüfer und Prüfer nach § 36 WpHG für das Geschäftsjahr 2014 zu bestellen.

Im Rahmen der aktuellen Berichterstattung setzte uns der Vorstand davon in Kenntnis, dass die Bankenaufsicht BaFin die erforderliche Zustimmung für die von der LBBW geplante Rückzahlung von einer Milli-

arde Euro an Stillen Einlagen an ihre Träger erteilt hat und die entsprechenden Verträge von den Trägern und der LBBW unterzeichnet wurden. Daneben setzten wir uns intensiv mit der Anpassung der bestehenden Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie dem Erlass einer Geschäftsordnung für den nach dem novellierten KWG geforderten Vergütungskrollausschuss auseinander und fassten die entsprechenden Beschlüsse. Darüber hinaus befassten wir uns in dieser Sitzung mit dem Vorschlag der LBBW zur Bestellung des Vergütungsbeauftragten und nahmen den Bericht über die Vergütungsstruktur 2013 zur Kenntnis.

In der Sitzung am 16. Mai 2014 tauschten wir uns u. a. zu Fragen des Verbraucherrechts aus und ließen uns über wesentliche Entwicklungen innerhalb der europäischen Bankenunion sowie zum damit verbundenen Comprehensive Assessment unterrichten. Daneben befassten wir uns mit dem konjunkturellen Umfeld und der Zinsentwicklung. Einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung bildeten die Strategie im Unternehmenskundengeschäft sowie die Effizienzprüfung und Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2014. Daneben verabschiedeten wir verschiedene Änderungen im Beirat der LBBW/BW-Bank und im Prüfungs- und Risikoausschuss.

In der Sitzung am 28. Juli 2014 erörterten wir einen möglichen Gesamtverkauf des Garantieportfolios. Dies vollzog sich im Rahmen der regelmäßigen Berichterstattung an den Aufsichtsrat vor dem Hintergrund der zum damaligen Zeitpunkt noch günstigen Marktlage sowie nicht auszuschließender zukünftiger Volatilitäten am Kapitalmarkt im Zuge der europäischen Schuldenkrise und politischer Verwerfungen. Daneben befassten wir uns auch in dieser Sitzung wieder mit dem Zeit- und Aktivitätenplan der EZB zum Comprehensive Assessment. Ebenso ließen wir uns zum Stand des Verkaufsprozesses der LBBW Bank CZ unterrichten. Weitere wesentliche Aspekte der Sitzung waren die Präsentationen des Dezernats Operations, IT und Services und der Rheinland-Pfalz Bank. Dem geänderten Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand erteilten wir unsere Zustimmung.

In unserer Sitzung am 6. Oktober 2014 befassten wir uns neben der aktuellen Berichterstattung erneut mit der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats und nahmen die Berichte zu den Tochterunternehmen SüdLeasing

und SüdFactoring sowie zur Sachsen Bank zur Kenntnis. Ebenso nahmen wir vom Vergütungsstrukturbericht für das Geschäftsjahr 2013 und dem Vergütungskontrollbericht Kenntnis und setzten uns mit verschiedenen Rechtsthemen auseinander.

In der letzten Sitzung des Kalenderjahres am 15. Dezember 2014 befassten wir uns unter anderem mit der Effizienzprüfung und Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2014 sowie der Erarbeitung einer Zielsetzung zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung. Wir erörterten die Geschäftsstrategie inklusive der IT-Strategie und setzten uns schwerpunktmäßig mit dem Wirtschaftsplan 2015 und der Mittelfristplanung 2016 bis 2019 auseinander. Daneben erörterten wir die Personalstrategie und überprüften die Grundsätze der Geschäftsleitung für die Auswahl und Bestellung der Personen der oberen Leitungsebene. Zudem befassten wir uns mit Veränderungen in den Gremien und tauschten uns zu verschiedenen Rechtsthemen aus.

Außerhalb der Sitzungen haben wir in fünf Ausnahmefällen Beschlüsse in schriftlicher Weise gefasst. Am 30. Januar 2014 haben wir den Beschluss gefasst, die LBBW Bank CZ zu veräußern und eine Patronatserklärung abzugeben. Am 13. März 2014 haben wir der Abgabe weiterer Patronatserklärungen sowie dem Abschluss eines Treuhandvertrags zugestimmt. Am 20. März 2014 haben wir den Bericht des Aufsichtsrats und den Corporate Governance Bericht inklusive Vergütungsbericht jeweils für den Geschäftsbericht 2013 verabschiedet und am 28. April 2014 haben wir den stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg für die restliche Amtszeit des Aufsichtsrats gewählt.

**Ausschüsse des Aufsichtsrats – Anpassung Struktur Aufsichtsgremien an die Anforderungen von CRD IV.**

Mit Blick auf die ab dem 1. Januar 2014 gültige KWG-Novelle wurden bereits im letzten Geschäftsjahr Anpassungen in der Struktur der Ausschüsse des Aufsichtsrats vorgenommen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte insgesamt vier Ausschüsse gebildet. Neben den bereits bestehenden Risiko-, Prüfungs- und Präsidialaus-

schuss – wobei letzterer die dem Nominierungsausschuss ab 1. Januar 2014 gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernahm – hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2013 den ebenfalls nach dem novellierten KWG geforderten Vergütungskontrollausschuss errichtet. Die aktuelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 17 dieses Geschäftsberichts abgedruckt.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum sechs Mal. Gegenstand der Beratungen waren die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsratsplenums, insbesondere Personalien und Rechtsthemen sowie strategische Themenstellungen wie der Stand der Restrukturierung der LBBW. Daneben befasste sich der Präsidialausschuss mit der Effizienzprüfung und Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2014 gemäß KWG. Ergänzend wurden Entscheidungen getroffen, welche in die originäre Zuständigkeit des Präsidialausschusses fallen.

Der Vergütungskontrollausschuss nahm in insgesamt fünf Sitzungen seine gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wahr. Insbesondere überprüfte er die Vergütungssysteme der LBBW gemäß Institutsvergütungsverordnung. Dabei war der Ausschuss stets in engem Austausch mit dem Vergütungsbeauftragten. Ferner nahm er die Ausgestaltung des Vergütungssystems für Risk Taker und den Sachstand bei der Neugestaltung des Vergütungssystems für Non Risk Taker sowie die Berichterstattung des Vergütungsbeauftragten zur Kenntnis. Darüber hinaus beriet er über Fragen der Vorstandsvergütung.

Der Prüfungsausschuss trat 2014 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers KPMG den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der LBBW sowie die Prüfungsberichte. Der Prüfungsausschuss holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und erteilte, nach erfolgter Bestellung durch die Hauptversammlung, den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer KPMG. Der Prüfungsausschuss vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und das Honorar. Ebenso erörterte der Prüfungsausschuss mit Vorstand und Abschlussprüfer den Halbjahresfinanzbericht. Ergänzend befasste er sich mit Aufträgen an den Abschlussprüfer für projektbegleitende, nicht prüfungsnahe Leistungen. Der Prüfungsausschuss ließ sich regelmäßig über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichten. Zudem hat sich der Ausschuss

von der Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risiko-, Revisions- und Compliancesysteme überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Der Prüfungsausschuss überprüfte die Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision sowie deren sachliche und personelle Ausstattung. Vertreter der Bereiche Compliance und interne Revision der Bank haben regelmäßig über aktuelle Themenstellungen im Ausschuss berichtet. Insbesondere nahm der Prüfungsausschuss die Berichte aus dem Regulatorik- und Bilanzierungskomitee, den Bericht zur Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, den Abschlussbericht über die Neuorganisation der Revision, den Jahresbericht des Geldwäschebeauftragten sowie den Jahresbericht über die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems und den Compliance-Bericht zur Kenntnis. Daneben wurde der Prüfungsausschuss über den Stand von Sonderprüfungen und Beanstandungen von Aufsichtsbehörden informiert und beriet sich zur langfristigen Mandatierung des Wirtschaftsprüfers. Die Vertreter des Abschlussprüfers berichteten unter anderem über ihre Prüfungstätigkeiten.

Der Risikoausschuss befasste sich in insgesamt zehn Sitzungen intensiv mit der Risikolage und dem Risikomanagement der Bank sowie den nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Einzelnen befasste sich der Ausschuss mit Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Beteiligungs-, Rechts-, Reputations- und operationellen Risiken der Bank, welche ebenso wie die Berechnungen zur Risikotragfähigkeit einen Teil der regelmäßigen Berichterstattung in den Risikoberichten des Vorstands darstellten. Darüber hinaus hat sich der Ausschuss vergewissert, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Landesbank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen. Der Risikoausschuss erörterte die Geschäftsstrategie und daraus abgeleitet die konsistente Konzern-, Marktpreis- und Liquiditätsrisikostategie sowie die OpRisk-Strategie 2015 mit dem Vorstand. Verschiedene Portfolios wurden aufgrund der wirtschaftlichen oder regulatorischen Entwicklungen im Detail beleuchtet. Hierzu zählte auch die regelmäßige Berichterstattung zur Entwicklung des Abbaus des Kreditersatzgeschäfts der LBBW.

Im Rahmen der Berichterstattung durch die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats regelmäßig über die

Arbeit in den Ausschüssen bzw. über die dort gefassten Beschlüsse informiert.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2014 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil (durchschnittliche Präsenz 94%).

#### Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der LBBW angemessen unterstützt. Neben individuellen Fortbildungsmaßnahmen hat sich der Aufsichtsrat an insgesamt drei Terminen von externen Spezialisten schulen lassen. Dabei wurden die Themenkomplexe »Risikoversorge bei Kreditinstituten in Rechnungslegung und Aufsichtsrecht« sowie »Ausschüsse, Ämterkombinationen und ausgewählte sonstige rechtliche Neuerungen« behandelt. Zudem wurde bei der Schulung »Regulatorische Agenda 2015« ein Ausblick auf die anstehenden regulatorischen, bilanziellen und rechtlichen Themenstellungen für 2015 gegeben.

#### Jahres- und Konzernabschluss.

Der Abschlussprüfer KPMG hat den Jahresabschluss und Konzernabschluss 2014 der LBBW unter Einbeziehung des Lageberichts geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Abschlussunterlagen und die wesentlichen Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten darüber hinaus alle einschlägigen Prüfungsberichte. Der Abschlussprüfer nahm jeweils an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss erörterte in seiner Bilanzsitzung am 20. März 2015 ausführlich die Abschlussunterlagen mit Vorstand und Abschlussprüfer.

Der Aufsichtsrat schloss sich in seiner Sitzung am 26. März 2015 nach Würdigung der Berichte und eingehender Diskussion der Empfehlung des Prüfungsausschusses an, dass keine Einwendungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 festgestellt und den Konzernabschluss 2014 gebilligt.

#### Interessenkonflikte.

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 KWG erforderlichen Kreditgenehmigungen sowie den Genehmigungen gemäß dessen Geschäftsordnung. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren.

#### Rechtsangelegenheiten.

Wir haben uns im Aufsichtsrat und in den jeweiligen Ausschüssen fortlaufend detailliert über bedeutende Rechtsangelegenheiten berichten lassen. Bei Bedarf haben wir von uns beauftragte externe Spezialisten hinzugezogen.

#### Personalia (Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand).

Im Aufsichtsrat und im Vorstand der LBBW ergaben sich verschiedene Änderungen.

In Nachfolge von Herrn Professor Dr. Dieter Hundt, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allgaier Werke GmbH, welcher zum 9. Mai 2014 aus den Gremien der LBBW ausschied, wurde Frau Dr. Jutta Stuibler-Treder, Gesellschafter-Geschäftsführerin der EversheimStuibler Treuberater GmbH, mit Wirkung ab 9. Mai 2014 in den Aufsichtsrat entsandt.

Am 16. Mai 2014 hob der Aufsichtsrat die Freistellung von Herrn Michael Horn auf, welcher seitdem seine Aufgaben als stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der LBBW wieder aktiv wahrnimmt. Der Aufsichtsrat reagierte damit auf die endgültige Einstellung eines Gerichtsverfahrens am Landgericht Stuttgart. Der Aufsichtsrat hatte Herrn Horn

am 26. November 2013 auf dessen Wunsch vorübergehend von seinem Amt freigestellt, um möglichen Schaden von der Bank abzuwenden. Gleichzeitig beschloss der Aufsichtsrat, die im Sommer 2014 endende Bestellung von Herrn Horn um eine weitere Amtsperiode von fünf Jahren zu verlängern.

Herr Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen, welchen wir in unserer Sitzung am 16. Dezember 2013 als neues Vorstandsmitglied der LBBW bestellt hatten, trat zum 1. Oktober 2014 sein Amt an.

Im Zusammenhang mit dem Eintritt von Herrn Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen in den Vorstand der LBBW ergaben sich einige Änderungen im Zuschnitt der Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands. Herr Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen übernahm zum 1. Dezember 2014 die Leitung des Dezernats Finanzen/Controlling vom bisherigen Chief Financial Officer, Herrn Ingo Mandt. Herr Mandt übernahm zum 1. Dezember das Ressort Financial Markets, das bisher von Herrn Vetter verantwortet wurde. Zudem wurde das Internationale Geschäft, welches bislang zum Dezernat von Herrn Michael Horn gehörte, dem Dezernat Financial Markets angegliedert. Die fachliche Zuständigkeit für Repräsentanzen und German Centres liegt weiterhin bei Herrn Horn.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats danke ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen – auch vor dem Hintergrund der immer stärker ausgeprägten regulatorischen Herausforderungen – im Geschäftsjahr 2014.

Für den Aufsichtsrat



HANS WAGENER  
Vorsitzender

## Aufsichtsrat der LBBW.

## Vorsitzender.

**HANS WAGENER**  
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

## Stv. Vorsitzender.

**DR. NILS SCHMID MDL**  
Stv. Ministerpräsident,  
Minister für Finanzen und Wirtschaft  
des Landes Baden-Württemberg

## Mitglieder.

**HANS BAUER**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**CARSTEN CLAUS**  
Vorsitzender des Vorstands  
der Kreissparkasse Böblingen

**HARALD COBLENZ**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**WOLFGANG DIETZ**  
Oberbürgermeister der Stadt  
Weil am Rhein

**WALTER FRÖSCHLE**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**HELMUT HIMMELSBACH**  
Oberbürgermeister a. D.

**PROF. DR. SC. TECHN.**  
**DIETER HUNDT**  
bis 9. Mai 2014  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Allgaier Werke GmbH

**JENS JUNGBAUER**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**BETTINA KIES-HARTMANN**  
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank  
Baden-Württemberg

**FRITZ KUHN**  
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt  
Stuttgart

**KLAUS-PETER MURAWSKI**  
Staatssekretär im Staatsministerium  
Baden-Württemberg und Chef der  
Staatskanzlei

## Präsidialausschuss der LBBW.

## Vorsitzender.

**HANS WAGENER**  
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

## Stv. Vorsitzender.

**DR. NILS SCHMID MDL**  
Stv. Ministerpräsident,  
Minister für Finanzen und Wirtschaft  
des Landes Baden-Württemberg

## Mitglieder.

**FRITZ KUHN**  
Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Stuttgart

**PETER SCHNEIDER**  
Präsident des Sparkassenverbandes  
Baden-Württemberg

**NORBERT ZIPF**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**GÜNTHER NOLLERT**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**DR. FRITZ OESTERLE**  
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

**MARTIN PETERS**  
Geschäftsführender Gesellschafter der  
Unternehmensgruppe Eberspächer

**NORBERT H. QUACK**  
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack  
Gutterer & Partner

**CLAUS SCHMIEDEL MDL**  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg

**PETER SCHNEIDER**  
Präsident des Sparkassenverbandes  
Baden-Württemberg

**DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM**  
Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

**DR. JUTTA STUIBLE-TREDER**  
ab 9. Mai 2014  
Gesellschafter-Geschäftsführerin der  
EversheimStuible Treuberater GmbH

**NORBERT ZIPF**  
Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

Prüfungsausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

**CARSTEN CLAUS**

Vorsitzender des Vorstands  
der Kreissparkasse Böblingen

Stv. Vorsitzender.

**KLAUS-PETER MURAWSKI**

Staatssekretär im Staatsministerium  
Baden-Württemberg und Chef der  
Staatskanzlei

Mitglieder.

**HELMUT HIMMELSBACH**

Oberbürgermeister a. D.

**GÜNTHER NOLLERT**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**DR. FRITZ OESTERLE**

bis 16. Mai 2014  
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

**NORBERT H. QUACK**

Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack  
Gutterer & Partner

**PETER SCHNEIDER**

Präsident des Sparkassenverbandes  
Baden-Württemberg

**DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM**

Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

**DR. JUTTA STUIBLE-TREDER**

ab 16. Mai 2014  
Gesellschafter-Geschäftsführerin der  
EversheimStuible Treuberater GmbH

Gast.

**HANS WAGENER**

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Risikoausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

**PETER SCHNEIDER**

Präsident des Sparkassenverbandes  
Baden-Württemberg

Stv. Vorsitzender.

**HANS WAGENER**

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Mitglieder.

**CARSTEN CLAUS**

Vorsitzender des Vorstands  
der Kreissparkasse Böblingen

**WOLFGANG DIETZ**

Oberbürgermeister der Stadt  
Weil am Rhein

**WALTER FRÖSCHLE**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**DR. FRITZ OESTERLE**

ab 16. Mai 2014  
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

**PROF. DR. SC. TECHN.**

**DIETER HUNDT**

bis 9. Mai 2014  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Allgaier Werke GmbH

**NORBERT H. QUACK**

Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack  
Gutterer & Partner

**CLAUS SCHMIEDEL MDL**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg

Vergütungskontrollausschuss  
der LBBW.

Vorsitzender.

**HANS WAGENER**

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

**DR. NILS SCHMID MDL**

Stv. Ministerpräsident,  
Minister für Finanzen und Wirtschaft  
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

**FRITZ KUHN**

Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Stuttgart

**PETER SCHNEIDER**

Präsident des Sparkassenverbandes  
Baden-Württemberg

**NORBERT ZIPF**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

# Corporate Governance bei der LBBW.

Die LBBW berücksichtigt wesentliche Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex. Dieser stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält – auch in Form von Empfehlungen – international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Kodex für die Landesbank Baden-Württemberg als nicht-börsennotiertes Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in allen Punkten anwendbar. Einige Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex lassen sich daher auf die Landesbank Baden-Württemberg nur analog übertragen. Inhaltlich orientiert sich die Corporate Governance der LBBW jedoch sehr eng am Geist des Deutschen Corporate Governance Kodex. Für eine Vielzahl von Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex bestehen daher spezielle Regelungen im Gesetz über die LBBW, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen der Organe und der weiteren Gremien.

Bei der LBBW werden – insbesondere im Zusammenhang mit der Änderung ihrer Governance-Struktur im Jahr 2010 – Führungs- und Kontrollregeln gelebt, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten. Zudem wird auf die Einbindung unabhängigen Sachverständs geachtet. Auch wenn die LBBW in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts firmiert, entspricht ihre Corporate Governance der eines privaten Unternehmens. So sind beispielsweise die Aufgaben von Hauptversammlung und Aufsichtsrat der LBBW – trotz der abweichenden Rechtsform – wie bei einer Aktiengesellschaft geregelt. Zudem treffen die Vorstandsmitglieder der LBBW ihre Entscheidungen ohne Weisungen von außen.

Im Zuge der mit der EU-Kommission getroffenen Verständigungen über die Governance-Struktur der LBBW wurde u. a. die am 15. Dezember 2009 beauftragte Unabhängigkeit des Vorsitzenden des Aufsichtsrats über die laufende Amtsperiode hinaus verlängert. Daneben wird die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder mit Beginn der nächsten Amtsperiode von gegenwärtig sieben auf zukünftig insgesamt acht – einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden – erhöht. Über die Einhaltung dieser Zusagen wird bis einschließlich des Geschäftsjahres 2020 berichtet. Damit beträgt der Anteil der unabhängigen Mitglieder des Aufsichtsrats der LBBW insgesamt mehr als ein Drittel.

Nachfolgend wird die in der LBBW gelebte Corporate Governance vorgestellt. Die Struktur des Berichts orientiert sich dabei an den Vorgaben des freiwilligen – und für die LBBW aufgrund ihrer Rechtsform nicht verpflichtenden – Deutschen Corporate Governance Kodex.

## Aktionäre und Hauptversammlung.

### Aktionäre.

Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat die LBBW keine Aktien verbrieft. Die Anteilseigner (Eigentümer) der LBBW werden daher als Träger und nicht als Aktionäre bezeichnet.

Träger der Landesbank Baden-Württemberg sind seit Anfang Januar 2013:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW)  
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 40,534118%,
- das Land Baden-Württemberg (Land)  
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 24,988379%,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt)  
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 18,931764%,
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW)  
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 13,539374% und
- die Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank (L-Bank)  
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 2,006365%.

Die Träger der LBBW nehmen im Rahmen der satzungsmäßig vorgesehenen Möglichkeiten ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung wahr und üben dabei ihr Stimmrecht aus. Die Stimmrechte der Träger richten sich dabei nach der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital; jeder Euro gewährt eine Stimme.

### Hauptversammlung.

In der Hauptversammlung üben die Träger ihre Rechte in den Angelegenheiten der LBBW aus, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder die Satzung der LBBW nichts anderes bestimmen. Die Träger werden in der Hauptversammlung durch eine oder mehrere Personen vertreten.

Die Befugnisse der Hauptversammlung umfassen die typischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, beispielsweise die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns oder die Entlastung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Darüber hinaus entscheidet die Hauptversammlung über die Satzung und deren Änderungen und über wesentliche unternehmerische Maßnahmen wie Unternehmensverträge, über die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Ausgabe von Genussrechten und die Gewährung von stillen Beteiligungen. Über die Änderung der Grundsätze der Geschäftspolitik beschließt der Aufsichtsrat.

Die Funktionen der Beaufsichtigung und Überwachung des Vorstands, also auch die Bestellung und Abberufung von Vorständen, sind im Aufsichtsrat gebündelt. In Einklang mit der Satzung der LBBW legt der Vorstand dem Aufsichtsrat den geprüften Jahresabschluss zur Feststellung vor.

Das Stammkapital der LBBW kann durch Beschluss der Hauptversammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Die LBBW kann von ihren Trägern und Dritten Genussrechtskapital, Stille Einlagen sowie nachrangiges Haftkapital und andere Arten von Kapital nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen aufnehmen.

Jedem Träger, der am Stammkapital beteiligt ist, gebührt bei Erhöhungen ein seinem Anteil entsprechender Anteil am neuen Stammkapital. Soweit ein Träger von seinem Bezugsrecht keinen Gebrauch macht, wächst dieses den anderen Trägern gegen einen entsprechenden Ausgleich in dem Verhältnis zu, in welchem ihre Anteile am Stammkapital zueinander stehen, sofern sie untereinander nichts anderes vereinbaren.

Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate des Jahres statt, weitere Hauptversammlungen werden einberufen, wenn das Wohl der LBBW es erfordert und dann, wenn es der Aufsichtsrat oder ein Träger unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt. Die Geschäftsordnung der Hauptversammlung bestimmt hierzu das Nähere, insbesondere Form und Frist von Einberufungsverlangen und Einberufung.

Im Vergleich zu einer Aktiengesellschaft stellt die LBBW ihren Eigentümern die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente – wie zum Beispiel die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung – aufgrund des überschaubaren Trägerkreises nicht auf ihrer Internetseite, sondern jeweils unmittelbar per E-Mail bzw. postalisch zur Verfügung.

## Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens hierzu mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legen die Satzung oder der Aufsichtsrat Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.

Nach dem Verständnis der LBBW ist die ausreichende Informationsversorgung des Aufsichtsrats gemeinsame Aufgabe von Vorstand und Aufsichtsrat. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und der Compliance. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Der Aufsichtsrat legt hierbei die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher fest. Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dabei in der Regel in Textform erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats in der Regel rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

Der Vorsitzende des Vorstands unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter – auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen – über wichtige Vorkommnisse.

Nach dem Verständnis der LBBW und ihrer Eigentümer setzt gute Unternehmensführung eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie innerhalb des Vorstands und Aufsichtsrats voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Vorstands sind daher zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese

Pflicht bleibt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in den Organen der Landesbank bestehen. Alle Organmitglieder stellen insoweit sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

Der Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds schuldhaft, so haften sie der LBBW gegenüber auf Schadensersatz. Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied von Vorstand oder Aufsichtsrat vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln (Business Judgement Rule).

Im Hinblick auf die abgeschlossene D&O-Versicherung für den Vorstand wurde ein Selbstbehalt von 10% des Schadens bis zur Höhe des 1,5-Fachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vereinbart. Ein entsprechender Selbstbehalt wurde auch bei Abschluss der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats vereinbart.

Über die Gewährung von Krediten des Unternehmens an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie an deren Angehörige wird in Einklang mit § 15 KWG im Risikoausschuss entschieden. Da der Risikoausschuss ein Ausschuss des Aufsichtsrats ist, ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die vorgenannten Kreditentscheidungen eingebunden ist.

Im Rahmen dieses Berichts informiert die LBBW seit dem Geschäftsjahr 2010 im Geschäftsbericht über ihre Corporate Governance.

## Vorstand.

### Aufgaben und Zuständigkeiten.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Landesbank in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Eigentümer, ihrer Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder) mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er ist nach den Rechtsgrundlagen der LBBW für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder aufgrund der Satzung der LBBW eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder wenden bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters an. Der Vorstand entwickelt dabei die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Vorstand sorgt weiterhin für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen der LBBW hin. Ferner sorgt der Vorstand für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern.

Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Beschäftigten der Landesbank, einschließlich ihrer Niederlassungen, Filialen, Börsenbüros, Repräsentanzen und rechtlich unselbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts. Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen strebt der Vorstand Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

## Zusammensetzung des Vorstands.

Der Vorstand der LBBW besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands, der Vorstandsvorsitzende sowie sein oder seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat bestellt bzw. bestimmt. Bei der Besetzung von Vorstandspositionen strebt der Aufsichtsrat Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität hat die LBBW von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung abgesehen. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Der Aufsichtsrat beschließt über die Geschäftsordnung des Vorstands und die Zustimmung zu der vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsverteilung.

## Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Vorstands finden sich im Vergütungsbericht.

## Interessenkonflikte.

Die Mitglieder des Vorstands der LBBW unterliegen während ihrer Tätigkeit für die LBBW einem umfassenden Wettbewerbsverbot. Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen zudem im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Die Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Kein Mitglied des Vorstands darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Vorstandsmitglied legt etwaige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen und informiert hierüber die anderen Vorstandsmitglieder. Alle Geschäfte zwischen der LBBW einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmungen andererseits entsprechen branchenüblichen Standards. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Vorstandsmitglieder übernehmen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des LBBW-Konzerns, nur mit Zustimmung des Präsidialausschusses. Der Präsidialausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, seinem Stellvertreter und drei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die Entscheidung über Nebentätigkeiten des Vorstands eingebunden ist.

Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Vorstands über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Vorstandsmitglieder insoweit entsprechend.

## Aufsichtsrat.

### Aufgaben und Zuständigkeiten.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der LBBW regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ihm obliegt die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands, ferner die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen; die stellvertretenden Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

### Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beruft den Aufsichtsrat bei Bedarf, mindestens jedoch vier Mal im Jahr ein und leitet dessen Sitzungen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt das Nähere, insbesondere Form und Frist der Einberufung. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

Der Aufsichtsratsvorsitzende nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses (Audit Committee) als ständiger Gast teil.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der LBBW. Er wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratsitzung ein.

### Bildung von Ausschüssen.

Der Aufsichtsrat hat abhängig von den spezifischen Gegebenheiten der LBBW und der Anzahl seiner Mitglieder vier fachlich qualifizierte Ausschüsse in Gestalt des Präsidial-, des Vergütungskontroll-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses gebildet. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

Dem Präsidialausschuss obliegen die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungsausschusses, wobei die Wahlvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich Vertreter der Anteilseigner vorbereiten, soweit sich aus dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes ergibt.

Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems und der Revision, Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Zudem überwacht er die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses und die erforderliche Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers sowie die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, wobei er Prüfungsschwerpunkte festlegen

kann. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der LBBW.

### Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Um sicherzustellen, dass alle Träger in den neuen Organen der LBBW hinreichend repräsentiert sind, hatten die Träger das Recht, für den ersten Aufsichtsrat Mitglieder zu entsenden, soweit diese nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Beschäftigten zu wählen waren. Die Zahl der von den Trägern entsandten Mitglieder im Aufsichtsrat spiegelt dabei deren Beteiligungsverhältnisse wider. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats wurde von Land, Verband und Stadt einvernehmlich entsandt. Unter dieser Maßgabe werden bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats eine Vielfalt (Diversity) und eine angemessene Beteiligung von Frauen angestrebt.

Der Aufsichtsrat ist so zusammengesetzt, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der LBBW angemessen, beispielsweise in Gestalt der Benennung von konkreten Seminaren bzw. durch das Angebot entsprechender Fachvorträge, unterstützt. Im Jahr 2014 wurden drei Fachseminare speziell für den Aufsichtsrat organisiert.

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, gehört dem Aufsichtsrat eine durch die Regelwerke der LBBW vorgegebene Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Ein Aufsichtsratsmitglied wird dabei als unabhängig angesehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft, dem Vorstand oder den Trägern steht, die einen Interessenkonflikt begründet. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands an. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet zudem darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen hat, wird dies im Bericht des Aufsichtsrats vermerkt.

### Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Aufsichtsrats finden sich im Vergütungsbericht.

### Interessenkonflikte.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Etwaige Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, werden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats

über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrats insoweit entsprechend.

Der Aufsichtsrat informiert zudem in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. Ferner bedürfen Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit und bewertet mindestens einmal jährlich seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl seiner einzelnen Mitglieder als auch des Organs in seiner Gesamtheit.

## Transparenz.

Die LBBW behandelt ihre Eigentümer bei Informationen gleich.

Informationen, die die LBBW im Ausland aufgrund der jeweiligen kapitalmarktrechtlichen Vorschriften veröffentlicht, werden auch im Inland unverzüglich bekannt gegeben.

Die LBBW steht in gutem Kontakt mit ihren Trägern. Die Veröffentlichung eines Finanzkalenders würde nach Ansicht der LBBW keinen Mehrwert bieten und unterbleibt daher.

## Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

### Rechnungslegung.

Eigentümer und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. Während des Geschäftsjahres werden sie zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet. Der Konzernabschluss und der verkürzte Konzernabschluss des Halbjahresfinanzberichts werden unter Beachtung der einschlägigen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahresfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats mit dem Vorstand erörtert. Zusätzlich ist die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Als nicht-börsennotiertes Unternehmen veröffentlicht die LBBW ihren Konzernabschluss und den Halbjahresfinanzbericht in den im WpHG geforderten Zeitrahmen. Der Jahresfinanzbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres (§37v WpHG) und der Halbjahresfinanzbericht spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums (§37w WpHG) veröffentlicht.

Die LBBW veröffentlicht in ihrem Geschäftsbericht eine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von für das Unternehmen nicht untergeordneter Bedeutung hält. Handelsbestände von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten, aus denen keine Stimmrechte ausgeübt werden, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die LBBW erläutert in ihrem Konzernabschluss Beziehungen zu Vertretern der Eigentümer, die im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind.

### Abschlussprüfung.

Vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung über die Bestellung des Abschlussprüfers holt der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungsausschuss eine Erklärung des vorgesehenen Prüfers ein, ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der LBBW und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung erstreckt sich auch darauf, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die LBBW, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat beauftragt den Abschlussprüfer und trifft mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bzw. des Prüfungsausschusses wird vom Abschlussprüfer über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

Der Aufsichtsrat hat zudem vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Prüfungsausschusses und Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

# Vergütungsbericht.

## Vorstand.

### Grundzüge des Vergütungssystems.

#### Zuständigkeit.

Die Entscheidungen über das Vergütungssystem sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat getroffen. Der Vergütungskontrollausschuss nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

#### Grundsätze des Vergütungssystems.

Die Ausrichtung der Vergütung auf einen nachhaltigen Unternehmenserfolg, ohne dabei Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu setzen, steht im Vordergrund. Aus diesem Grund hat der Aufsichtsrat u. a. als Bemessungszeitraum für die variable Vergütung einen Zeitraum von drei Jahren und als angemessene Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung einen Wert von 1:1 beschlossen.

Die Vergütungsparameter, welche die variable Vergütung bestimmen, sind auf die nachhaltige Erreichung der aus der Strategie der Bank abgeleiteten Ziele ausgerichtet. Bemessungsgrößen sind dabei der Gesamterfolg des Konzerns sowie die individuellen Erfolgsbeiträge der einzelnen Vorstandsmitglieder, welche anhand von qualitativen und quantitativen Faktoren gemessen und beurteilt werden. Erfolgsbeiträge können positiv wie negativ sein und wirken sich dementsprechend auf die variable Vergütung aus. 60% der jährlichen variablen Vergütung werden über einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und pro rata temporis ausgezahlt. Diese können sich innerhalb dieses Zeitraums verringern oder sogar verfallen (Malus). 50% dieser aufgeschobenen Vergütung sind an der nachhaltigen Wertentwicklung ausgerichtet.

Die Altersversorgung ist grundsätzlich als beitragsorientierte Leistungszusage konzipiert. Einige Vorstandsmitglieder haben eine endgehaltsbezogene Regelung. Die Höhe bemisst sich dabei nach der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Angemessenheit des Vorstandsvergütungsmodells sowie Höhe und Zusammensetzung der Vorstandsvergütung.

### Vergütung 2014.

Im Jahr 2014 setzte sich die Vergütung der Vorstände der LBBW aus einer erfolgsunabhängigen Fixvergütung, einer variablen Erfolgsvergütung und sonstigen Leistungen (im Wesentlichen Dienstwagenutzung mit Fahrer) zusammen. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Vorstands eine betriebliche Altersversorgung.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2014 für ihre Vorstandstätigkeit eine Fixvergütung von insgesamt 4,88 Mio. EUR. Zudem wurde ihnen eine variable Erfolgsvergütung von insgesamt 1,13 Mio. EUR ausbezahlt. Die Summe der sonstigen Leistungen betrug 0,12 Mio. EUR.

Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich die Pensionsverpflichtungen nach IFRS für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der LBBW auf insgesamt 14,19 Mio. EUR.

## Aufsichtsrat.

### Grundzüge für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 22. Juli 2011 die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt beschlossen:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das jeweilige Geschäftsjahr eine Festvergütung von 25 000 EUR. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der Festvergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür jeweils pro Ausschuss eine weitere Festvergütung i. H. v. 10 000 EUR. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der weiteren festen Vergütung.
- Für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse erhält jedes Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld i. H. v. 200 EUR.
- Darüber hinaus werden den Aufsichtsratsmitgliedern die Auslagen erstattet, die ihnen in Verbindung mit ihrer Aufgabenwahrnehmung als Aufsichtsratsmitglied entstehen (Reisekosten, individuelle bankbezogene Fortbildung etc.).
- Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Ersatz der zu entrichtenden Umsatzsteuer, die durch sie wegen ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichten ist.

Die bei der LBBW angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung.

Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berechnet.

### Vergütung 2014.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für das Geschäftsjahr 2014 insgesamt 0,94 Mio. EUR an Vergütung und 0,05 Mio. EUR an Sitzungsgeldern gezahlt.

## Sonstige Angaben.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (»D&O«). Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10% des Schadens, max. das 1,5-Fache der festen jährlichen Vergütung.

Landesbank Baden-Württemberg

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

# Compliance.

Verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln beruht auf der Einhaltung von Regeln und Gesetzen. Ein effektives Compliance-Management schafft nachhaltig Risikotransparenz und verhindert kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Betrug, Korruption oder Insiderhandel. Gleichzeitig wird die Einhaltung von Datenschutz und Finanzsanktionen überwacht.

Die LBBW hat darüber hinaus eine IKS (Internes Kontrollsystem)-Zentrale eingerichtet, um die Geschäftsbereiche in ihrer operativen Verantwortung für die in den Geschäftsprozessen implementierten Kontrollen zu unterstützen. Die IKS-Zentrale gibt die Strukturen für einen Überwachungsprozess vor; sie ist zentraler Ansprechpartner, verantwortlich für organisatorische Anweisungen (z. B. Turnus von Kontrolltests, Reportingwege und -formate) und die zentrale Instanz, die auf eine Mindestqualität der durchgeführten Prozessschritte (z. B. Risikoanalyse, Überwachung der Kontrollen) hinwirkt.

## Kapitalmarkt-Compliance.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Kapitalmarkt-Compliance im Jahr 2014 lag in der Begleitung und Beratung der Fachbereiche bei der Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen, wie z. B. bei den erweiterten Aufklärungspflichten im Hinblick auf die Offenlegung von Innenprovisionen und der Umsetzung der neuen Anforderungen hinsichtlich Systeme und Kontrollen für den Algorithmushandel. Darüber hinaus wurde eine Vorstudie zur europäischen Finanzmarktrichtlinie MiFID II/MiFIR mit dem Ziel der Erhebung einer ersten Betroffenheitsanalyse durchgeführt. Im Blickpunkt stehen hier Themen des Anlegerschutzes und der verstärkten Markttransparenz.

Das Schulungsangebot der Kapitalmarkt-Compliance, bestehend aus obligatorischen Schulungen zu Verhaltenspflichten im Wertpapier- und Kapitalmarktumfeld, wurde um ein offenes, zielgruppenorientiertes Schulungsprogramm erweitert. Der Fokus lag hier u. a. auf neu in das Unternehmen eingetretene Mitarbeiter, Auszubildende und Trainees.

Die Überwachung der Wertpapiergeschäfte wurde durch die Einführung eines neuen Kapitalmarkt-Compliance-IT-Systems weiter ausgebaut. Ergänzend zu den bisherigen Tätigkeitsschwerpunkten wurde die Überwachung des Verbots der Marktmanipulation im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften verfeinert. Die Filialüberwachungen erfolgten weiterhin kontinuierlich.

## Geldwäscheprävention.

Das Jahr 2014 war von der gruppenweiten Umsetzung geldwäscherechtlicher Vorgaben in den Niederlassungen und nachgeordneten Unternehmen des Konzerns geprägt. In Folge der ab 2015 verschärfte Regelungen zur steuerlichen Selbstanzeige ergab sich in 2014 zudem ein erhöhtes Fallaufkommen zur Bewertung von Mittelrückflüssen aus dem Ausland. Daneben wurden die Sicherungsmaßnahmen im Umgang mit zuverlässigen Dritten zur Erfüllung geldwäscherechtlicher Sorgfaltspflichten geschärft. Unverändert werden alle Mitarbeiter in Tätigkeitsbereichen mit Bezug zu

geldwäscherechtlichen Kundensorgfaltspflichten und internen Sicherungsmaßnahmen über Anforderungen und Methoden zur Geldwäscheprävention unterrichtet.

## Finanzsanktionen/Embargo.

Der Standardisierungsgrad bei der Bearbeitung von Finanzsanktions- bzw. Embargoprüfungen konnte durch die Weiterentwicklung der SFO im LBBW-Konzern und Systemanpassungen weiter erhöht werden. Die LBBW gleicht ihren Kundenbestand tagesaktuell mit nationalen und internationalen Sanktionslisten ab. Ebenso überprüft die Bank alle Auslandstransaktionen. Die Einheit Finanzsanktionen/Embargo im Bereich Compliance der LBBW unterstützt die Fachbereiche bei der Umsetzung und Überwachung von nationalen und internationalen Sanktionsvorgaben und berät diese zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts. Diese Tätigkeiten bildeten – wie bereits in den Vorjahren – die Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2014.

## Betrugsprävention/sonstige strafbare Handlungen.

Schwerpunkt war die konsequente Weiterentwicklung der Präventions- und Überwachungsmaßnahmen zu sonstigen strafbaren Handlungen. Vorgaben wie z. B. die Einrichtung eines Meldeweges für anonyme Verdachtsmeldungen wurden gruppenweit in den Niederlassungen und nachgeordneten Unternehmen des Konzerns kommuniziert und deren Implementierung begleitet. Eine neue Richtlinie für die Bank regelt Maßnahmen gegen sonstige strafbare Handlungen und insbesondere Korruption. Daneben wurden engere Vorgaben zur Zuverlässigkeitsprüfung von Mitarbeitern geschaffen und das technische Monitoring zur Überwachung von Transaktionen und Geschäftsbeziehungen zur Entdeckung von Betrugsmustern weiter ausgebaut. Die erweiterte Schulung und Sensibilisierung der Mitarbeiter schlägt sich erfreulicherweise in der Erhöhung der Verdachtsmeldungen und einer verbesserten Quote der Schadensverhinderung nieder.

## Compliance nach MaRisk.

Ende 2012 veröffentlichte die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) die 4. Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Eine wesentliche Neuerung dieser Novellierung ist die Anforderung, eine Compliance-Funktion nach MaRisk einzurichten, deren Ziel das Hinwirken auf die Sicherstellung der Einhaltung wesentlicher rechtlicher Regelungen und Vorgaben, die Förderung der institutsweiten Compliance-Kultur und somit die Verringerung der Compliance-Risiken ist. Hierzu werden von der Compliance-Funktion nach MaRisk insbesondere

- die für das Institut wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben identifiziert,
- auf die Implementierung angemessener und wirksamer Verfahren zu deren Einhaltung hingewirkt,
- die Angemessenheit und Wirksamkeit der implementierten Verfahren überwacht und
- abschließend berichtet;
- außerdem ist die Compliance-Funktion nach MaRisk in verschiedenen prozessualen Abläufen direkt einzubinden.

Die Compliance-Funktion nach MaRisk überwacht demnach als »zweite Verteidigungslinie« die organisatorische Umsetzung der von den durch das Institut einzuhaltenden Regelungen und Vorgaben.

## Datenschutz.

Die Regelwerke des Datenschutzes wurden im Hinblick auf die Prozesse im Zusammenhang mit dem Outsourcing der IT, die Notwendigkeit zur Erstellung von Löschkonzepten für personenbezogene Daten und die Pflicht zur Erstellung von Datenschutzkonzepten bei Meldungen an den Datenschutz angepasst.

Die Anzahl der Beratungen der Fachbereiche und die Beantwortung von Kundenanfragen (Beschwerden und Auskunftersuchen) bewegen sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Dies gilt auch für intern aufgedeckte Datenpannen, die vom Datenschutz geprüft und ggf. extern gemeldet werden müssen.

Intensiver begleitet wurden die Erstellung eines Berichts für Sparkassen, die Auftraggeber der Bank im Rahmen ihrer Zentralbankfunktion sind, und auch die Regelprüfung des Dienstleisters Finanzinformatik durch Wirtschaftsprüfer.

Prüfungen und Audits wurden LBBW-intern und bei Entsorgungsunternehmen durchgeführt und die Feststellungen adressiert. Neu im Schulungskonzept aufgenommen wurden Azubi-Schulungen im Rahmen einer Einführungswoche.

# Zusammen- gefasster Lagebericht.

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und seinen zugehörigen Erläuterungen gelesen werden. Der Konzernabschluss 2014 sowie der zusammengefasste Lagebericht 2014 wurden von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

# Grundlagen des Konzerns.

Der vorliegende Finanzbericht der Landesbank Baden-Württemberg besteht aus dem zusammengefassten Lagebericht und dem Konzernabschluss (IFRS). Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind gemäß Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 zusammengefasst. Damit ist neben dem Konzern auch die Einzelgesellschaft LBBW (Bank) mit Erläuterungen auf Basis des Handelsgesetzbuches enthalten. Der Jahresabschluss LBBW (Bank) nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Struktur und Geschäftstätigkeit des LBBW-Konzerns.

Der Konzern Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) besteht zum überwiegenden Teil aus der Einzelgesellschaft Landesbank Baden-Württemberg. Im Folgenden wird diese als LBBW (Bank) aufgeführt.

Die LBBW (Bank) ist eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts. Sie verfügt über vier Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Anteilseigner sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,534%, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,932% und das Land Baden-Württemberg mit 40,534% der Anteile am Stammkapital. Das Land Baden-Württemberg hält seine Anteile direkt und indirekt über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH und die L-Bank.

Als Universalbank verbindet die LBBW (Bank) das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der regionalen Nähe ihrer Kundenbanken: So tritt die LBBW (Bank) in ihren Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den daran angrenzenden Wirtschaftsregionen mit sogenannten unselbständigen Anstalten in der Anstalt jeweils unter eigenen Marken auf:

- In Baden-Württemberg sowie in Bayern übernimmt diese Funktion die Baden-Württembergische Bank (BW-Bank). Geschäftsfelder sind das Privat- und Unternehmenskundengeschäft. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart übt die BW-Bank zudem die Sparkassenfunktion aus.
- Der Fokus der LBBW Rheinland-Pfalz Bank liegt auf dem Mittelstandsgeschäft in Rheinland-Pfalz und den benachbarten Regionen.
- In der LBBW Sachsen Bank bündelt die LBBW ihr mittelständisches Unternehmenskunden- und das Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Regionen.

Um die Zugehörigkeit der beiden unselbständigen Anstalten in Rheinland-Pfalz und Sachsen zur LBBW stärker zum Ausdruck zu bringen, wurden deren Markenlogo und der Sprachgebrauch zum 1. Januar 2015 angepasst, sodass nun die Bezeichnung LBBW vorangestellt wird.

Bundesweit bietet die LBBW (Bank) in rund 200 Filialen und Stützpunkten das komplette Produkt- und Dienstleistungsangebot einer modernen Universalbank. Dabei sind das Geschäft mit überregional bzw. international agierenden Großkunden, die Immobilienfinanzierung, das Kapitalmarktge-

schäft sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen bei der LBBW (Bank) selbst angesiedelt. Wesentliche Stabs- und Servicefunktionen werden ebenfalls in der LBBW (Bank) gebündelt.

Zudem begleitet die LBBW (Bank) die Unternehmenskunden der LBBW und der Sparkassen bei ihren internationalen Aktivitäten. Ein weltweites Netz an Niederlassungen und Repräsentanzen unterstützt die Kunden mit Länderexpertise, Markt-Know-how und Finanzlösungen. Ergänzend unterhält die LBBW German Centres in Peking, Singapur, Mexiko-Stadt, Delhi/Gurgaon und Moskau, die deutschen Unternehmenskunden vor Ort Büros und Netzwerke zur Verfügung stellen und sie bei Ihrem Markteintritt beraten.

Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen diversifizieren und ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns.

## Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns.

### Das Geschäftsmodell der LBBW steht auf fünf Säulen mit klarem Fokus auf das Kundengeschäft.

Das Geschäftsmodell der LBBW beruht auf den fünf Säulen Unternehmenskunden, Privatkunden, Sparkassengeschäft, Immobilienfinanzierung und Financial Markets, die sich an den wesentlichen Kundengruppen orientieren. In ihrer strategischen Ausrichtung konzentriert sich die LBBW konsequent auf das Kundengeschäft. Kernmärkte sind insbesondere Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen sowie die angrenzenden Gebiete. Dabei ist die LBBW vor allem Partner für die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden.

#### Unternehmenskunden.

Im Unternehmenskundengeschäft liegt der Fokus auf den mittelständischen Unternehmen in den oben genannten Kernmärkten sowie den benachbarten Wirtschaftsräumen. Wesentliche Bedeutung bei diesen benachbarten Regionen haben insbesondere Nordrhein-Westfalen und Bayern; künftig zählt zudem der Großraum Hamburg zum Geschäftsgebiet. Die LBBW (Bank) versteht sich dabei als Hausbank des Mittelstands, die ihre Kunden langfristig und nachhaltig in allen Finanzangelegenheiten und den damit verbundenen strategischen Fragen berät.

In Baden-Württemberg und Bayern werden die Unternehmenskunden von der BW-Bank betreut. In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen und künftig Hamburg nimmt diese Funktion die LBBW Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die LBBW Sachsen Bank wahr.

Daneben betreut die LBBW (Bank) ausgewählte Großkunden (Large Corporates) in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Darüber hinaus begleitet sie ihre Kunden im internationalen Geschäft in wichtigen und aufstrebenden Wirtschaftsregionen der Welt. Das Unternehmenskundengeschäft umfasst auch das Geschäft mit den Kommunen, das im Wesentlichen auf Baden-Württemberg konzentriert ist.

Verschiedene Tochterunternehmen wie SüdLeasing, MKB Mittelrheinische Bank/MMV Leasing, Süd-Factoring und Süd Beteiligungen ergänzen das Angebot an Spezialprodukten und Dienstleistungen.

### Privatkunden.

Im Privatkundenbereich ist das Geschäftsmodell der LBBW auf das gehobene Kundensegment in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den anschließenden Wirtschaftsregionen ausgerichtet. Kunden mit hohem Anlagevermögen und komplexer Vermögensstruktur werden im Wealth Management betreut.

In Stuttgart fungiert die BW-Bank zudem als Sparkasse der Landeshauptstadt. Dabei stellt sie allen Kundengruppen ihre gesamte Leistungspalette zur Verfügung und gewährleistet somit die kreditwirtschaftliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Neben einer auf die langfristige Kundenbeziehung ausgerichteten, bedarfsorientierten Beratung bilden erstklassige Produkte und Services den Kern der Geschäftsphilosophie. Das umfassende Produkt- und Dienstleistungsangebot reicht vom Giro- und Kartengeschäft über klassische Finanzierungen bis hin zu individuellen Wertpapier- und Vorsorgelösungen.

### Sparkassen.

Im Geschäftsfeld Sparkassen konzentriert sich die LBBW (Bank) vornehmlich auf ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen sowie Rheinland-Pfalz. Dabei bildet die LBBW (Bank) mit den Sparkassen einen Leistungsverbund und versorgt diese mit einer breiten Palette von Produkten und Dienstleistungen.

Die Zusammenarbeit bezieht sich insbesondere auf drei Geschäftsfelder:

- Die Eigengeschäfte der Sparkassen. Zum Leistungsspektrum gehören alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst.
- Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen sowohl im Firmen- als auch im Privatkundengeschäft zur Verfügung gestellt.
- Das Dienstleistungsgeschäft beinhaltet das Angebot in den Bereichen Research, Wertpapierabwicklung und -verwaltung, Auslandszahlungsverkehr, Dokumentengeschäft etc.

### Immobilienfinanzierung.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung richtet sich an private und institutionelle Investoren, Immobilienunternehmen, Projektentwickler, offene und geschlossene Fonds, Privatisierungsträger, REITs sowie Wohnungsunternehmen.

Das Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung ist auf die definierten Kernmärkte Deutschland, USA und Großbritannien konzentriert. Dabei umfassen die Nutzungsarten insbesondere die Bereiche Wohnen, Büro, Einzelhandel und Logistik.

Für gesetzlich regulierte deutsche Sondervermögen (deutsche offene Fonds und Spezialfonds) werden seit diesem Jahr zudem Finanzierungen in allen regionalen Märkten und für alle Nutzungsarten bereitgestellt.

Das Tochterunternehmen LBBW Immobilien Management GmbH ergänzt die Produktpalette um Immobilienentwicklungen, Immobilien Asset Management und Immobiliendienstleistungen mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet, München und Berlin. Zudem bietet die Gesellschaft konzerninterne Immobiliendienstleistungen an.

#### Financial Markets.

Im Financial-Markets-Geschäft werden Unternehmen, Sparkassen, Banken, Privatkunden und institutionelle Kunden wie Pensionskassen, Versicherungen, Vermögensverwalter, Kommunen, Stiftungen und Kirchen betreut.

Die Aktivitäten konzentrieren sich auf den deutschsprachigen Raum. Internationale Kunden unterstützt die Bank vor allem im Geld- und Devisenmarkt und rund um das Neuemissionsgeschäft.

Im Financial-Markets-Geschäft sind auch die Handelsaktivitäten im Kapitalmarktumfeld zusammengeführt. Die LBBW (Bank) bietet ihren Kunden insbesondere Lösungen für das Management von Zins-, Währungs- und Rohstoffrisiken sowie die Beschaffung und Anlage von kurz- und langfristigen Mitteln über die Kapitalmärkte.

Darüber hinaus unterstützt die LBBW (Bank) ihre Kunden bei der Optimierung von Bilanzstrukturen und der Aktiv-Passiv-Steuerung sowie bei der Betreuung der Depot-A-Geschäfte (Eigengeschäft der Sparkassen) in Zins- und Kreditprodukten.

Die Tochter LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ergänzt das Produktangebot der LBBW (Bank) im Kapitalmarktgeschäft. Der Schwerpunkt dieser Kapitalanlagegesellschaft liegt auf der Beratung und dem Management von Wertpapier-Sondervermögen für institutionelle Investoren und Privatanleger.

#### Credit Investment.

Im Segment Credit Investment ist das abzubauenende Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz gebündelt. Dazu gehören insbesondere Bonds, strukturierte Verbriefungen und Kreditderivate. Das von den Trägern - Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg und Landeshauptstadt Stuttgart - garantierte Verbriefungsportfolio wurde im August 2014 komplett veräußert.

#### Segmentzuordnung und Steuerung.

In der Segmentberichterstattung der LBBW sind die beiden Säulen **Unternehmenskunden** und **Immobilienfinanzierung** dem Segment **Corporates** zugeordnet; die Säulen **Privatkunden** sowie **Sparkassen** finden sich im Segment **Retail/Sparkassen** wieder. Das Segment **Financial Markets** entspricht der dargestellten Säule. Informationen zu den Segmenten sind in den Notes in der Segmentberichterstattung nach IFRS enthalten.

Innerhalb des vorgestellten Geschäftsmodells erfolgt die Gesamtbanksteuerung des Vorstands der LBBW über ein Kennzahlenset entlang der strategischen Segmente unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Die für die Steuerung erforderliche Informationsversorgung wird durch ein umfangreiches, zielgerichtetes monatliches Reporting gewährleistet. Von besonderer Relevanz für die Steuerung des Konzerns sind dabei folgende finanzielle Leistungsindikatoren:

- Die harte Kernkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Risikoaktiva (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Konzernbilanzsumme (IFRS)
- Das Konzernergebnis vor Steuern (IFRS)
- Nachrichtlich: für die LBBW (Bank) das Jahresergebnis vor Steuern (HGB)
- Die Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zu Nettoergebnis (nach Risikovorsorge) exklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Finanzanlage-, at Equity- und EAV-Ergebnis)

Seit Jahresbeginn 2015 sind zudem folgende weitere finanzielle Leistungsindikatoren verstärkt im Fokus der Gesamtbanksteuerung:

- Die Gesamtkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Leverage Ratio (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (bankinterne Ermittlung gemäß MaRisk)

## Gesellschaftliche und soziale Verantwortung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Leistungsfähige und engagierte Beschäftigte sind zentraler Erfolgsfaktor jedes Unternehmens. Die LBBW bietet umfangreiche Angebote für eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, investiert in die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fördert diese mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen.

### Beschäftigtenzahlen.

	LBBW (Bank)		LBBW	
	2014	2013	2014	2013
Beschäftigte	9 292	9 124	11 117	11 308
Anteil Frauen	52,3%	52,7%	52,6%	53,1%
Anteil Männer	47,7%	47,3%	47,4%	46,9%
Beschäftigte in Teilzeit	25,6%	25,0%	24,2%	23,3%
Beschäftigte in Vollzeit	74,4%	75,0%	75,8%	76,7%
Auszubildende (inklusive Dual-Studierende)	442	458	462	479
Ausbildungsquote	4,8%	5,0%	4,2%	4,2%

Die Beschäftigtenzahl der LBBW ist zum 31. Dezember 2014 von 11 308 auf 11 117 gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus direkten und indirekten Effekten der abgeschlossenen Restrukturierung, insbesondere dem Verkauf der LBBW Bank CZ. Darüber hinaus gab es Veränderungen im IFRS-Konsolidierungskreis (German Centre Singapur und Mexiko, Flantier Properties Limited und LBBW Mexico SoFOM). Diese führten zu einer Erhöhung der Mitarbeiterzahl in der LBBW um 40 Mitarbeiter. Die Fluktuationsrate nach Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)-Formel lag 2014 in der LBBW (Bank) bei 3,4% gegenüber 4,0% im Vorjahr. Bereinigt um restrukturierungsbedingte Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen (1,0%) lag die Quote der LBBW (Bank) mit 2,4% etwas über Vorjahresniveau (2013:2,0%).

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW (Bank) hat sich im Berichtsjahr mit 42,8 Jahren zum Vorjahr (2013: 42,5 Jahre) leicht erhöht. Auch die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit

stieg mit 16,9 Jahren (2013: 16,6 Jahre) in der Bank leicht an. In der LBBW waren Frauen 2014 erneut mit einem Anteil von 52,6% (Vorjahr: 53,1%) gegenüber Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit stieg 2014 in der LBBW leicht von 23,3% auf 24,2%.

Schwerpunkte der personalwirtschaftlichen Begleitung der Neuausrichtung der LBBW zur Kundenbank bildeten im Jahr 2014 Maßnahmen, die dazu dienten, Qualifikationen und Aufstellung der Beschäftigten für ein zunehmend kompetitives Wettbewerbsumfeld zu rüsten. Eine bedeutsame Rolle bei der Umsetzung der strategischen Neuausrichtung der LBBW spielte auch der interne Stellenmarkt. Nachweis für dessen gut gelungene Intensivierung sowie die Bereitschaft der Mitarbeiter sich innerhalb der LBBW auch neu zu orientieren, sind die ca. 1 080 Stellenausschreibungen, die fast vollständig durch interne Wechsel, Wiedereinstiege nach der Familienphase und Übernahme von Auszubildenden besetzt werden konnten.

Die in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen und Investitionen in die vollständige Neuausrichtung des Arbeitgeber- und Personalmarketings haben sich auch 2014 sehr positiv auf die Attraktivität als Arbeitgeber ausgewirkt. Die Bank verzeichnet bei allen Zielgruppen, von Schülern über Studenten & Absolventen bis hin zu Fach- & Führungskräften, ein verstärktes Interesse an ihren Stellen-, Studien- und Ausbildungsangeboten. So stieg z. B. im Segment Schüler die Zahl der eingegangenen Bewerbungen 2014 um mehr als 14% im Vergleich zum Vorjahr.

Auch im Jahr 2014 hat die LBBW einen wesentlichen Beitrag zur beruflichen Qualifizierung junger Menschen geleistet. Im August 2014 starteten 185 Auszubildende sowie Studierende an Dualen Hochschulen bei der LBBW; insgesamt waren 2014 zum Jahresende 462 (Vorjahr 479) Auszubildende sowie Studierende an Dualen Hochschulen bei der LBBW beschäftigt. Die zum Vorjahr unveränderte Ausbildungsquote von 4,2% zeigt das nachhaltige Engagement der LBBW bei der Entwicklung kompetenter Nachwuchskräfte, deren Qualität auch von externen Stellen anerkannt und gelobt wird.

### Personalentwicklung.

Trotz größter Kostensensibilität hat die LBBW (Bank) die Investitionen in die Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten auf dem Niveau des Vorjahres gehalten. Aus einem breit aufgestellten Angebot an Seminaren zur fachlichen und persönlichen Entwicklung konnten Führungskräfte und Mitarbeiter zielgerichtet Maßnahmen auswählen. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Im Unternehmenskundengeschäft standen Workshops zum »Führen von qualitativ anspruchsvollen Beratungsgesprächen« im Mittelpunkt und für die Beschäftigten des Geschäftsfelds »Private Kunden & Private Banking« Zertifizierungen der Beratungsqualität der Vertriebsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

Um die Veränderungsprozesse innerhalb der LBBW erfolgreich zu gestalten, wurden im Jahr 2014 insgesamt 277 Workshops zu Change-Management-Prozessen und aus der Mitarbeiterbefragung Ende 2013 resultierende Workshops durchgeführt. 3 638 Beschäftigte (Führungskräfte und ihre Teams) nahmen daran teil. Darüber hinaus haben viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der Managementberatung der LBBW wahrgenommen, um sich individuell bei Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten und begleiten zu lassen.

### Vereinbarkeit von Beruf & Privatleben.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind betriebliche Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ermöglichen, überaus wichtig, um die Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum beiderseitigen Nutzen optimal zu fördern. Die LBBW (Bank) bietet ihren Beschäftigten hier überaus umfangreiche Angebote. So können die Beschäftigten der Bank an allen Hauptsitzen auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch ihren Arbeitgeber zählen. Je nach Bedarf gibt es passgenaue Lösungen wie z. B. Kindertagesstätten, Notfallbetreuungen und spezielle Angebote in den Schulferien. Aufgrund der starken Nachfrage und der sehr positiven Resonanz der Beschäftigten wurden im Berichtszeitraum die Kinderbetreuungskapazitäten um 13 weitere Plätze auf nun insgesamt 70 Plätze ausgebaut.

Darüber hinaus bietet die LBBW ihren Beschäftigten einen Arbeitszeitrahmen, der große Freiräume bietet. Neben unterschiedlichsten Arbeitszeitmodellen stehen diverse Optionen zur Verfügung, in Teilzeit zu wechseln oder über Zeitwertkonten längere Auszeiten zu nehmen. Ergänzt werden diese Angebote auch durch die grundsätzliche Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten. Seit 2014 erfolgt in diesem Zusammenhang auch eine stärkere Einbindung der Führungskräfte bei der Nutzung des Potenzials von Beschäftigten in Elternzeit. Die HR-Manager des Bereichs Personal thematisieren deren Rückkehr auf Basis entsprechender Daten des Personalcontrollings regelmäßig mit den jeweiligen Führungskräften.

Auch die Pflege von Angehörigen wird bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben verstärkt berücksichtigt. Über 200 Beschäftigte haben im Berichtszeitraum ein Seminar zum Thema Beruf und Pflege besucht. Darüber hinaus hat die LBBW die Einrichtung einer Notfallbetreuung für zu pflegende Angehörige durch die Elterninitiative Mainzelmäuse am Standort Mainz unterstützt. Die starke Nachfrage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigt, wie wichtig das Thema »Pflege« für die Beschäftigten ist. Auch in dieser Lebenssituation möchte die LBBW ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedarfsgerecht unterstützen. Zusätzlich zur Pflegebeurlaubung nach dem Pflegezeitgesetz bietet die LBBW (Bank) daher an, sich weitere sechs Monate beurlauben zu lassen. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich pro Jahr für bis zu zehn Tage, an denen Angehörige betreut werden, von der Arbeit freustellen zu lassen. In dieser Zeit zahlt die Bank das Gehalt auf freiwilliger Basis weiter.

### Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Investitionen in das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) sind für die LBBW (Bank) ein strategischer Erfolgsfaktor. Mit dem BGM sollen alle wesentlichen gesundheitswirksamen Faktoren im Unternehmen bewertet und möglichst optimiert werden. Solche Faktoren sind z. B. das physische Arbeitsumfeld oder die Arbeitsabläufe. In die Gestaltung des Arbeitsumfelds werden Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit schon im Vorfeld einbezogen, um es nicht nur funktional und wirtschaftlich, sondern auch so gesundheitsverträglich wie möglich zu gestalten. Dies betrifft z. B. die Festlegung von Gebäude- und IT-Standards, genauso aber auch Einzelmaßnahmen, z. B. bei Bau- oder Umbaumaßnahmen. Einen wichtigen Einfluss auf die Mitarbeitergesundheit haben darüber hinaus »weiche Faktoren« wie z. B. die von den Beschäftigten empfundene Wertschätzung, ihr Handlungsspielraum bei der Arbeit, empfundene Gerechtigkeit oder erlebte soziale Unterstützung. Bei all diesem kommt den Führungskräften eine entscheidende Rolle zu. Deshalb werden sie in der LBBW (Bank) systematisch und verpflichtend im »gesundheitsgerechten Führen« geschult. Das Angebot an entsprechenden Schulungen wurde 2014 durch einen Vertiefungsworkshop ausgebaut.

Auch die Beschäftigten selbst erfahren vielfältige Unterstützung. Die Förderung eines gesundheitsgerechten Lebensstils wird u. a. durch arbeitsplatznahe Bewegungs- und Entspannungsangebote sowie durch Kooperationen mit Fitnessstudios unterstützt; präventive Beratungen zur Gesundheit («Standortbestimmung Gesundheit») und zur Stärkung der Resilienz werden angeboten. Die teilweise biozertifizierten Betriebskantinen ermöglichen durch ein reichhaltiges Angebot eine gesunde Ernährung. Der Betriebsärztliche Dienst bietet neben einer umfangreichen arbeits- und sozialmedizinischen Betreuung für alle Mitarbeiter an mitarbeiterstarken Standorten vielfältige Unterstützungsmaßnahmen an. Beschäftigte an dezentralen Standorten können seit 2014 für durch qualifizierte externe Anbieter erbrachte gesundheitsfördernde Maßnahmen eine Unterstützung erhalten.

Soziale Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenskultur in der LBBW (Bank). Entsprechend unterstützt sie ihre Beschäftigten auch bei Problemen und in Belastungssituationen beruflicher und privater Art. Das Sozialreferat berät Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Führungskräfte zur psychischen Gesundheit, zu Problemen am Arbeitsplatz, zu Suchterkrankungen sowie zu persönlichen Anliegen. Es steht ihnen auch bei akuten Krisen wie nach einem Banküberfall und anderen belastenden Ereignissen zur Verfügung.

Die Qualität des Gesundheitsmanagements der LBBW (Bank) wurde 2014 durch eine erneute Verleihung des »Exzellenz-Status« im »Corporate Health Award« des deutschlandweiten Unternehmensvergleichs von Handelsblatt, TÜV SÜD und EuPD Research bestätigt.

#### Vergütungsbericht.

Die LBBW (Bank) wird entsprechend den Regularien des § 16 der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) vom 16. Dezember 2013 einen Vergütungsbericht für 2014 erstellen, der voraussichtlich im dritten Quartal 2015 auf [www.LBBW.de](http://www.LBBW.de) veröffentlicht wird.

#### LBBW Verbesserungsprozess.

Der LBBW Verbesserungsprozess als Ideenmanagement des Konzerns ist gleichermaßen ein Mittel zur Innovationsförderung, Mitarbeitermotivation und Kostensenkung.

Produkt-, Prozess- und Dienstleistungsverbesserungen werden vom Marktumfeld in zunehmend hohem Maße erwartet. Die dafür notwendige Veränderungsbereitschaft und Flexibilität der Mitarbeiter wird durch den LBBW Verbesserungsprozess gefördert. Dabei werden verschiedene Methoden eingesetzt, mit denen die Ideen der Mitarbeiter systematisch aufgenommen werden können und die damit zu einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Produkt- und Prozesslandschaft beitragen. Diese stetige Optimierung, wie sie auch die Qualitätsmanagementsysteme fordern, wird so über den LBBW Verbesserungsprozess unterstützt.

Die spezifische Ausgestaltung des Verbesserungsprozesses ist Grundlage sehr guter Fortschritte. Dies zeigt die überaus positive Entwicklung in 2014. Die von den Mitarbeitern eingebrachten Verbesserungsvorschläge stiegen in 2014 kontinuierlich weiter um 3% auf 3 921. Der damit verbundene Nutzen konnte von 9,1 Mio. EUR im Jahr 2013 auf 18 Mio. EUR im Berichtsjahr nahezu verdoppelt werden. Diese Steigerung ist sowohl auf einzelne herausragende Verbesserungen als auch darauf zurückzuführen, dass Prozessoptimierungen auf Basis von Mitarbeitervorschlägen immer mehr zum Einsatz gebracht werden. Wie mehrfach in den vergangenen Jahren wurde der LBBW Verbesserungsprozess als erfolgreichstes Ideenmanagementsystem der Branche ausgezeichnet.

Auch im Jahr 2015 werden auf dieser Basis das Wissen und die Ideen aller Mitarbeiter der Bank zur Produktivitätssteigerung, zur Befriedigung von Kundenbedürfnissen und zur Einhaltung regulatorischer Anforderungen nutzbar gemacht.

## Nachhaltigkeit.

Ihr nachhaltiges Engagement hat die LBBW sowohl strategisch als auch im operativen Geschäft fest verankert. Die Nachhaltigkeitspolitik, die Nachhaltigkeitsziele und die Klimastrategie sowie konkrete Leitlinien setzen einen verbindlichen Rahmen für ein verantwortungsbewusstes Handeln jedes Einzelnen und schaffen damit die Basis für eine konsequent nachhaltige Unternehmensführung in allen Geschäftsbereichen.

### Nachhaltigkeitsstrategie und -management.

Die Nachhaltigkeitspolitik fasst die Leitsätze der LBBW für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Unternehmensführung, Geschäftsbetrieb, Personal, Kommunikation sowie zum gesellschaftlichen Engagement der LBBW zusammen. Sie gibt damit den Rahmen für alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in der LBBW vor und ist die Grundlage, um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in das gesamte unternehmerische Handeln zu integrieren.

Zur Konkretisierung ihrer Nachhaltigkeitspolitik hat sich die LBBW entsprechende Ziele gesetzt. Orientierung für die Umsetzung dieser Ziele geben die sogenannten »Leitplanken Nachhaltigkeit« (s. u.). Ergänzend beschreibt die LBBW-Klimastrategie die Position der LBBW zu wesentlichen klimarelevanten Fragestellungen.

Die aufgeführten Standards gelten für die LBBW (Bank) inkl. BW-Bank, LBBW Rheinland-Pfalz Bank und LBBW Sachsen Bank sowie für die in das Nachhaltigkeits-Management-System der LBBW (Bank) integrierten 100 %igen Tochtergesellschaften GastroEvent GmbH, LBBW Immobilien Management GmbH sowie LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, jeweils mit Sitz in Stuttgart.

Über das nachhaltige Engagement der LBBW wird unter <http://nachhaltigkeit.lbbw.de> ausführlich berichtet. Der Nachhaltigkeitsbericht 2015 wird voraussichtlich im November veröffentlicht und enthält die Zahlen zum 31. Dezember 2014.

### Leitplanken Nachhaltigkeit.

Die Leitplanken Nachhaltigkeit markieren den Korridor, innerhalb dessen die LBBW im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgt, und bilden damit die Basis für eine nachhaltige Entwicklung.

#### Leitplanken Nachhaltigkeit im Anlagegeschäft.

Die LBBW berücksichtigt in ihrem Anlagegeschäft nachhaltige Aspekte. Dabei orientiert sie sich an den »Principles for Responsible Investment« der Vereinten Nationen.

Privaten sowie institutionellen Kunden bietet die LBBW ein umfangreiches Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten; im Rahmen der Vermögensverwaltung haben die Kunden die Option, ihrer ethischen Haltung auch bei der Geldanlage treu zu bleiben.

#### Leitplanken Nachhaltigkeit im Kreditgeschäft.

Die Erkennung, Vermeidung und Beherrschung von Risiken, die sich aus Finanzierungsgeschäften ergeben könnten, sind ein zentrales Element im Kreditentscheidungsprozess. Dabei gewinnt die Beurteilung nicht monetärer Risiken, wie Reputationsrisiken, durch ökologische oder soziale Aspekte zunehmend an Bedeutung.

Wir finanzieren gezielt Vorhaben, die sowohl eine nachhaltige Entwicklung unterstützen als auch für die LBBW Geschäftschancen bergen. So werden Investitionsfinanzierungen in den Bereichen Wasseraufbereitung und -versorgung sowie Energieinfrastruktur wie z. B. Stromnetze und -speicher an Bedeutung gewinnen.

#### Leitplanken Nachhaltigkeit in der Personalpolitik.

Der LBBW ist es ein dauerhaftes Anliegen, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktiver Arbeitgeber und verlässlicher Partner zu sein. In dem Bewusstsein, dass leistungsfähige und engagierte Beschäftigte der zentrale Erfolgsfaktor jedes Unternehmens sind, investieren wir in die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fördern diese mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen und bieten umfangreiche Angebote für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Wir wollen herausragende Talente gewinnen und langfristig an uns binden; insbesondere in der beruflichen Qualifizierung junger Menschen sehen wir eine bedeutende gesellschaftspolitische und betriebliche Aufgabe, die die LBBW gerne wahrnimmt.

#### Leitplanken Nachhaltigkeit im Geschäftsbetrieb.

Für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen gelten bei der LBBW verbindliche Kriterien, zu denen auch ausdrücklich Umwelt- und Sozialaspekte gehören. Diese Kriterien werden bei der Entscheidung über eine Auftragsvergabe berücksichtigt. Ähnlich anspruchsvoll sind die Maßstäbe, die die LBBW an ihren eigenen Umgang mit Ressourcen anlegt. So sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen, die sich u. a. aus Dienstreisen, Gebäudemanagement, IT und Materialverbrauch ergeben, kontinuierlich gesenkt werden.

#### Nachhaltigkeitsratings.

Die Münchener oekom research AG hat die LBBW auf einer Skala von A+ bis D- mit der Gesamtnote C+ bewertet. Mit diesem Ergebnis belegt die LBBW in der Branche »Financials/Public & Regional Banks« (Stand Mai 2014) Platz 1 von 76 untersuchten Banken auf internationaler Ebene. Die LBBW erfüllt die von oekom research definierten Mindeststandards an das Nachhaltigkeitsmanagement und wird als »Prime« eingestuft. Damit qualifizieren sich die auf dem Markt gehandelten LBBW-Wertpapiere aus ökologischer und sozialer Sicht für ein Investment.

Im Nachhaltigkeitsrating 2014 von Sustainalytics erhielt die LBBW 77,4 von 100 Punkten (Vorjahr: 72) und belegt damit in der Branche »Banken« auf internationaler Ebene Platz 12 von 361 bewerteten Finanzinstituten. Unter den deutschen Finanzinstituten ist dies die zweitbeste Platzierung in diesem Rating (Stand: August 2014).

Im Nachhaltigkeitsrating 2013 von imug wurde die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen, Hypothekendarlehen und unbesicherten Anleihen positiv bewertet. Die Bezeichnung »unbesicherte Anleihen« bezieht alle Arten unbesicherter festverzinslicher Wertpapiere sowie Termin- und Spareinlagen mit ein. Die LBBW lag damit im oberen Viertel von 126 bewerteten nationalen und internationalen Emittenten von Bankanleihen. Unter den acht deutschen Landesbanken schnitt die LBBW im Emittentenrating insgesamt am besten ab (Stand: April 2014).

## Daten und Fakten.

### Personalpolitik (Kennzahlen für die LBBW (Bank)).

	2014		2013		2012	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Verteilung Führungskräfte (1. bis 4. Ebene) in %	83,5	16,5	83,7	16,3	83,9	16,1
	2014		2013		2012	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual	absolut	prozentual
Anzahl Beschäftigter mit Behinderung/Gleichgestellte	434	4,7	348	3,8	399	4,2
	2014		2013		2012	
Durchschnittsalter		42,8		42,5		42,5
	2014		2013		2012	
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Jahren		16,9		16,6		16,7

### Anlagegeschäft.

Mio. EUR	2014	2013	2012
Volumen nachhaltiger Geldanlagen bei der LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	597,5	515,9	426,7

### Kreditgeschäft.

Mrd. EUR	2014	2013	2012
Volumen Projektfinanzierungen Erneuerbare Energien/ Kreditansprchnahmen	2,55	2,62	2,73

# Wirtschaftsbericht für den Konzern.

## Gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Weltwirtschaft.

Das Jahr 2014 brachte konjunkturell eine leichte Verbesserung. Die weltweite Wirtschaftsleistung hat voraussichtlich um 3,5% zugelegt gegenüber einem Plus von 3,0% im Jahr 2013. Augenfällig war die Belebung im Euroraum, wo es nach dem schwachen Jahr 2013, in dem das BIP um 0,5% schrumpfte, gelang, mit einem Plus von 0,9% wieder in die Wachstumszone zurückzukehren. Eine Wachstumsbeschleunigung war auch in den USA zu verzeichnen. Dort wirkte sich u. a. das Ende des Schuldenstreits begünstigend auf die Konjunktur aus. Das BIP-Wachstum hat 2014 voraussichtlich 2,4% betragen nach einem Plus von 2,2% im Jahr 2013. In China konnte das Wachstumstempo des Vorjahres nicht ganz gehalten werden. Gleichwohl konnte mit einem Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 7,4% ein im internationalen Vergleich hohes Wachstumstempo erzielt werden. Die anderen großen Emerging Markets blieben dahinter zurück. Indien erzielte im Jahr 2014 ein BIP-Wachstum von 5,8%. Russland mit 0,6% und Brasilien mit 0,1% lagen jeweils am Rande der Stagnation.

Das abgelaufene Jahr brachte aber auch erhebliche Risiken mit sich. Aus deutscher bzw. europäischer Sicht sind hier vor allem die Regionen Syrien, Irak und (Ost-)Ukraine zu nennen, in denen es zu militärischen Auseinandersetzungen verschiedener Konfliktparteien kam, die auch hierzulande Besorgnis auslösten. Im Falle von Syrien und Irak war eine Region betroffen, die durch ihre Nähe zu den großen Öllagerstätten des Mittleren Ostens für Europa von Bedeutung ist. In der Ukraine sind durch den Einbezug Russlands die Interessen der EU berührt, zudem grenzt die Ukraine selbst schon an mehrere EU-Staaten und ist Transitland für die Gasversorgung Mitteleuropas durch Russland.

Die vorgenannten geopolitischen Risiken haben indes entgegen manchen Befürchtungen nicht zu einem Anstieg der Ölpreise geführt. Vielmehr sind die Ölpreise zum Ende des Jahres hin drastisch gefallen. Der Grund hierfür war die Ausweitung des Angebots zum einen dadurch, dass Libyen als Produzent an den Markt zurückkehrte und dass zum anderen der bedeutende Ölförderstaat Saudi-Arabien seine Produktion bei der Rückkehr Libyens nicht mehr drosselte, sondern aufrechterhielt. Während der Ölpreis vom Jahresbeginn bis etwa zur Mitte des Jahres um die Marke von 110 US-Dollar pro Fass der Nordseesorte Brent pendelte, setzte so in der zweiten Jahreshälfte ein Preisverfall ein, der bis zum Jahresende anhielt und sich auch im neuen Jahr zunächst fortsetzte. Per Ende Dezember kostete das Fass Nordseeöl unter 56 US-Dollar. Der Verfall des Ölpreises führte dazu, dass im Euroraum die Inflationsrate im Dezember auf - 0,2% sank.

Die Schuldenkrise der EWU-Staaten hatte sich im Berichtszeitraum zunächst weiter beruhigt. Die Programmländer Irland und Portugal kehrten gleich zu Beginn des Jahres mit eigenen Emissionen von Schuldtiteln an den Rentenmarkt zurück. Für Unruhe an den Märkten sorgte im Dezember der gescheiterte Versuch der griechischen Regierung, vorzeitig einen neuen Staatspräsidenten wählen zu lassen. Es zeichnete sich in den Umfragen ab, dass die Syriza-Partei stärkste Fraktion werden würde

und dass damit Neuverhandlungen zwischen Griechenland und der Troika über die Modalitäten der Finanzhilfe fällig würden, was dann auch Ende Januar 2015 geschah.

## Deutschland.

In Deutschland hat die Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Jahr laut der Schätzung des Statistischen Bundesamts um 1,6% im Vergleich zum Vorjahr zugelegt. Nachdem im ersten Quartal eine Wachstumsrate von 0,8% zum Vorjahresquartal gemeldet wurde, stockte die Konjunktur in den beiden Folgequartalen angesichts der geopolitischen Risiken und hier vor allem der Lage in der Ukraine. Das Schlussquartal brachte mit einem Plus von 0,7% zum Vorquartal eine deutliche Belebung, die vor allem der Binnennachfrage zu danken war. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten blieb im ganzen Jahr 2014 mäßig und erreichte im Jahresdurchschnitt 0,9%. Weiterhin positiv entwickelte sich der Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsverhältnissen mit Sozialversicherungspflicht stieg bis zum letztverfügbaren Monat Oktober 2014 bis auf 30,7 Millionen, was gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von über 500 Tsd. Beschäftigte darstellte. Die Arbeitslosenquote sank bis zum Jahresende 2014 auf 6,3%, mithin lag sie um 0,4 Prozentpunkte unter dem Wert vom Dezember 2013. Angesichts der robusten Konjunktur und des Aufschwungs am Arbeitsmarkt konnte der Bund bereits im Haushaltsjahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt ohne zusätzliche Kreditaufnahme vorlegen.

## Notenbankpolitik.

Die US-Notenbank beließ das Zielband für ihren Leitzins zwar auch im sechsten Kalenderjahr in Folge auf dem erreichten historischen Tiefststand von 0% bis 0,25%, setzte aber im Jahresverlauf ihren Ausstieg aus der ultra-expansiven Geldpolitik fort. Sie reduzierte schrittweise den Ankauf von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren. Ausgehend vom geplanten Volumen von 85 Mrd. US-Dollar monatlich im Januar 2014 sank diese Summe nach und nach. Im November 2014 wurden keine zusätzlichen Anleihekäufe im Rahmen der expansiven Geldpolitik mehr getätigt, allerdings erwirbt die Fed wie auch schon zuvor neue Anleihen im Volumen der fälligen Kupons und Anleihen im Bestand.

Im Euroraum setzte die EZB hingegen ihre geldpolitische Lockerung fort. Angesichts der gedämpften Konjunktorentwicklung in weiten Teilen der EWU sowie vor dem Hintergrund der stark rückläufigen Inflationsrate nahm die EZB im Juni ihre Leitzinsen nochmals zurück. Der Hauptrefinanzierungssatz wurde von 0,25% auf 0,15%, der Einlagesatz, zu dem die Geschäftsbanken Guthaben bei der EZB unterhalten, wurde von 0% auf - 0,10% gesenkt und lag damit erstmals in der Geschichte der EZB im negativen Terrain. Im September beschloss der EZB-Rat dann eine weitere Zinssenkung, dieses Mal auf 0,05% für den Hauptrefinanzierungssatz und - 0,20% für den Einlagesatz. Zusätzlich beschloss die EZB weitere liquiditätszuführende Maßnahmen und kündigte den Ankauf von Covered Bonds und Asset Backed Securities sowie eine Reihe von gezielten langfristigen Refinanzierungsoperationen mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren an. Im Rahmen dieser Maßnahmen konnten und können die Geschäftsbanken Liquidität zur Ausweitung ihrer Kreditvergabe an private Nichtbanken (mit Ausnahmen von Krediten für Wohnimmobilien) abrufen. Unter dem Eindruck der Deflationsrisiken beschloss der EZB-Rat zudem auf seiner ersten Sitzung des neuen Jahres am 22. Januar, zum Erwerb von Staatsanleihen am Sekundärmarkt durch das Eurosystem überzugehen. Beginnend ab März 2015 und zunächst bis einschließlich September 2016 sollen monatlich für 60 Mrd. EUR Covered Bonds, Asset Backed Securities und vor allem Anleihen der EWU-Staaten, deren Agencies und von EU-Institutionen erworben werden.

## Rentenmarkt.

Die äußerst expansive Geldpolitik der EZB zusammen mit der niedrigen Inflation und den damit einhergehenden Deflationsrisiken brachte neue Rekordtiefs für die Renditen am Markt für Bundesanleihen. Die 10-jährigen Bundesanleihen sind in der Tendenz von Anfang 2014 bis zum Jahresende beinahe kontinuierlich gefallen. In jedem einzelnen Monat verbuchten Bundesanleihen eine positive Performance aus Kupon und Kursveränderungen. Das Jahr begann mit einer Rendite von 1,94% für 10-jährige Bundesanleihen – dem Jahreshoch der Rendite. Es endete für dieselbe Assetklasse mit einer Markttrendite von 0,54% – dem Jahres- und zugleich damaligen Allzeittief. Im neuen Jahr setzte sich der Trend zunächst sogar fort, die Renditen sanken bis auf 0,36% Ende Januar. Die Renditen für 2-jährige Bundesanleihen sanken im August des Jahres in den negativen Bereich, und selbst für 5-jährige Restlaufzeiten lag die Markttrendite zu Ende des Jahres nahe null. In den USA sind die 10-jährigen Renditen für US-Treasuries zwar ebenfalls nahezu das ganze Jahr im Trend rückläufig gewesen; von 3,01% zu Jahresbeginn ging es bis Jahresende auf 2,18% abwärts. Aber im Gegensatz zum Euroraum sind die Renditen für die 2-jährigen US-Treasuries per Saldo gestiegen. Der Abstand der Renditen 2-jähriger US-Treasuries zu den 10-jährigen, der zu Jahresbeginn noch bei 265 Basispunkten lag, schrumpfte bis zum Jahresende auf 154 Bp.

## Devisenmarkt.

Am Devisenmarkt war das Jahr aus der Euro-Perspektive zweigeteilt. Während im ersten Halbjahr die Kursausschläge mäßig blieben und der Kurs des Euro zum US-Dollar zwischen 1,35 und 1,40 US-Dollar je Euro pendelte, sank der Wert des Euro zum US-Dollar im zweiten Halbjahr stetig. Zum Ende 2014 mussten für einen Euro nur noch 1,21 US-Dollar gezahlt werden. Der Trend hielt auch im neuen Jahr weiter an, die geldpolitischen Beschlüsse der EZB sowie die wiederaufflackernde Furcht vor einem Staatsbankrott Griechenlands ließen den Euro auf unter 1,12 US-Dollar fallen. Bemerkenswert war zu Beginn des neuen Jahres der Kursverlauf des Schweizer Franken. Während 2014 durchgängig knapp über 1,20 Franken je Euro gezahlt wurden und die Schwankungsbreite mäßig blieb, brach der Euro zum Franken am 15. Januar 2015 schlagartig auf unter 1 Franken je Euro ein. Grund hierfür war die Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank, eine Aufwertung der Währung zum Euro künftig zuzulassen und nicht mehr am Devisenmarkt zur Absicherung des Wechselkurses von 1,20 Franken je Euro einzugreifen.

## Aktienmarkt.

Am Aktienmarkt fiel die Performance zwar positiv, aber gemessen in prozentualen Zuwächsen eher zurückhaltend aus. Der Indexzuwachs von 2,7% war für den DAX das schwächste Ergebnis seit 2011. Gleichwohl brachte das Jahr 2014 neue Rekorde. Der Deutsche Aktienindex DAX konnte im Sommer 2014 erstmals die Marke von 10 000 Punkten überwinden und beendete das Jahr mit 9 805 Punkten. Zum Ende des Vorjahres lag der DAX noch bei 9 552. In den USA führte der Kursanstieg den Dow Jones Index von 16 576 auf 17 823 Punkte. Das Plus von 7,5% war damit deutlich kleiner als 2013 mit 26,5%. Das Jahreshoch für den Dow Jones lag bei 18 053 Indexpunkten – ebenfalls ein historischer Rekordstand.

## Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Die Entwicklung der deutschen Kreditwirtschaft stand 2014 vor allem im Zeichen des historischen Niedrigzinsumfelds und der Bewältigung der anhaltenden regulatorischen Veränderungen, die die Institute nicht nur unter dem Aspekt steigender Kosten, sondern auch in der operativen Umsetzung immer komplexer werdender aufsichtlicher Anforderungen in hohem Maße herausforderten. Zusammen mit dem anspruchsvollen Marktumfeld, das neben dem niedrigen Zinsniveau durch eine fortgesetzt hohe Wettbewerbsintensität und eine im ersten Halbjahr verhaltene Kreditnachfrage der Wirtschaft geprägt war, trugen die erhöhten Kapitalanforderungen und regulatorischen Kosten zu einer insgesamt angespannten Ertragssituation am deutschen Bankenmarkt bei.

Das dem Übergang der Aufsicht über die größten europäischen Banken auf die EZB im November 2014 vorgelagerte Comprehensive Assessment stellte für die betroffenen Institute eine besondere Herausforderung und Belastung dar, die zu erheblichen Mehraufwendungen führte. Der Prozess selbst hat eine mehrheitlich gute Assetqualität der geprüften deutschen Institute, eine ausreichende Kapitalausstattung und die Solidität der Bankbilanzen im getesteten Krisenfall bestätigt.

## Die Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.

### Geschäftsverlauf 2014.

Trotz der im vorangestellten Kapitel Entwicklung der Kreditwirtschaft beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen zeigten die zentralen finanziellen Leistungsindikatoren des LBBW-Konzerns im Gesamtjahr 2014 eine insgesamt zufriedenstellende Entwicklung.

Der solide Ergebnistrend des LBBW-Konzerns setzte sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 fort. Trotz leicht gesunkenem Ergebnis in den Kerngeschäftsfeldern übertrifft das **Konzernergebnis vor Steuern** mit 477 Mio. EUR im Geschäftsjahr 2014 das Vorjahresniveau um 4 Mio. EUR (Vorjahr: 473 Mio. EUR). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft konnte dabei dank der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten der LBBW gegenüber dem Vorjahr beträchtlich reduziert werden. Außerordentlich positiv entwickelte sich das im Wesentlichen durch Beteiligungstransaktionen beeinflusste Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis in Höhe von 263 Mio. EUR und zeigte eine Steigerung von 247 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Belastend hingegen wirkten ein kräftig zurückgegangenes Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie erhöhte Verwaltungsaufwendungen, u. a. aufgrund extrem hoher und gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegener Belastungen zur Erfüllung von regulatorischen Anforderungen.

Die **Bilanzsumme** belief sich zum 31. Dezember 2014 auf 266,2 Mrd. EUR und reduzierte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahresultimo (Vorjahr: 274,6 Mrd. EUR). Der Rückgang um insgesamt 3,1 % war auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Maßgeblich dazu beigetragen hatte insbesondere der weitere Abbau von Nicht-Kernbankgeschäft (u. a. der vollständige Verkauf des sogenannten Garantieportfolios bzw. große Teile des sonstigen Kreditersatzgeschäfts). Bei den Nicht-Handelsgeschäften entwickelten sich die Forderungen gegenüber Kreditinstituten zudem rückläufig. Gegenläufig konnte das Kreditgeschäft mit Kunden ausgebaut werden. Insgesamt entsprach die Fokussierung der Kre-

ditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner im Rahmen der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der LBBW.

Gegenüber dem **Plan** wurde im Geschäftsjahr 2014 das Konzernergebnis vor Steuern geringfügig übertroffen. Innerhalb der Detailplanung der Ergebnispositionen hielten sich positive wie negative Abweichungen nahezu die Waage. Positiv beeinflusst wurde die Jahresergebnisentwicklung durch die nicht in dieser Höhe geplanten Ergebniseffekte aus dem vollständigen Abbau der restlichen Bestände des Garantieportfolios sowie aus Verkäufen von Beteiligungen und der Auflösung von Rückstellungen. Beträchtlich besser als geplant entwickelte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, der niedrige Bedarf an Zuführungen spiegelte dabei die gute Qualität des Kreditportfolios wider. Unterhalb der eigenen Erwartungen blieb das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, vornehmlich aufgrund der allgemeinen Kundenzurückhaltung sowie durch Marktbewertungen, die insbesondere das Bankbuch belasteten. Die Verwaltungsaufwendungen lagen u. a. verursacht durch unerwartet hohe Belastungen aus regulatorischen Anforderungen leicht über dem Planwert. Aufgrund dieser Entwicklungen lag die **Cost-Income-Ratio (CIR)** zum Jahresende mit 77,9% (Vorjahr: 63,4%) ebenfalls merklich über Plan.

Die **Bilanzsumme** des LBBW-Konzerns lag zum Jahresende geringfügig unter dem Planwert. Zur weiteren Reduktion wurde u. a. das positive Marktumfeld zum gezielten Abbau von Beständen im Nicht-Kerngeschäft genutzt.

Die **Finanzlage** des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Dabei stehen der LBBW neben den klassischen Refinanzierungsmöglichkeiten, die sich aus dem Geld- und Kapitalmarkt ergeben, weitere Refinanzierungsmöglichkeiten, wie sie von den Zentralbanken angeboten werden, zur Verfügung. Der Konzern war daher zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen.

Der geringere Refinanzierungsbedarf hatte aufgrund des strategiekonformen Abschmelzens von Nicht-Kernbankgeschäft auf der Aktivseite einen reduzierten Bestand an bilanziellen Verbindlichkeiten zur Folge.

Das Nachrangkapital hat sich zum Bilanzstichtag auf 6,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 7,1 Mrd. EUR) reduziert. Wesentlich hierfür war die planmäßige Rückzahlung von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter in Höhe von 1 Mrd. EUR.

Die regulatorischen Eigenmittelanforderungen sowie die Berechnung der Kapitalquoten erfolgen seit 2014 nach den Vorschriften der CRR. Die Kapitalquoten des LBBW-Konzerns zum Abschlussstichtag lagen mit einer **harten Kernkapitalquote** von 13,6% (Core Equity Tier 1; Vorjahr: 12,6% interne Berechnung) und einer **Gesamtkapitalquote** von 18,9% (Vorjahr: 18,7% interne Berechnung) beträchtlich oberhalb der gestiegenen aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen der CRR bei vollständiger Umsetzung der Übergangsregelungen (»fully loaded«). Zur Verbesserung der Quoten hat u. a. der nochmalige Abbau von **risikogewichteter Aktiva** (v. a. in den Portfolios der Nicht-Kernbank) beigetragen. Die risikogewichteten Aktiva erhöhten sich zwar durch die Einführung der CRR gemäß interner Berechnung initial auf 89,8 Mrd. EUR, allerdings reduzierten sich diese im Berichtszeitraum u. a. durch den Abbau von Nicht-Kernbankgeschäft um 7,6 Mrd. EUR auf 82,2 Mrd. EUR. Mit Blick auf die im Vorjahr getroffenen Prognosen konnten dabei die drei vorgenannten Leistungsindikatoren übertroffen werden.

Die **Verschuldungsquote (Leverage Ratio)** der LBBW von 4,1 % (»fully loaded«) per Jahresende 2014 lag ebenfalls deutlich über der von der Aufsicht vorgesehenen Mindestmarke von 3,0%.

## Ertragslage.

Das **Ergebnis vor Steuern** der drei **operativen Marktsegmente** Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen beläuft sich für das Gesamtjahr 2014 auf 1 067 Mio. EUR (Vorjahr: 1 170 Mio. EUR). Dem gegenüber stand ein zwar verbessertes, jedoch weiterhin negatives Ergebnis im Segment Credit Investment. Dieses war auch im Geschäftsjahr 2014 insbesondere durch die Gebühr für die Garantie des Landes Baden-Württemberg belastet, welche sich jedoch in 2015 weiter verringern wird.

Bezüglich der Darstellung der einzelnen Segmentergebnisse wird auf die Ausführungen in den Notes verwiesen.

### Erfolgszahlen:

	01.01.2014	01.01.2013	Veränderung	
	- 31.12.2014	- 31.12.2013 <sup>3)</sup>	Mio. EUR	in %
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsergebnis	1 878	1 773	105	5,9
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 104	- 314	210	- 66,9
Provisionsergebnis	518	545	- 27	- 5,0
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten <sup>1)</sup>	- 120	369	- 489	-
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	263	16	247	> 100
Sonstiges betriebliches Ergebnis <sup>2)</sup>	101	113	- 12	- 10,6
<b>Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)</b>	<b>2 536</b>	<b>2 502</b>	<b>34</b>	<b>1,4</b>
Verwaltungsaufwendungen	- 1 853	- 1 774	- 79	4,5
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>683</b>	<b>728</b>	<b>- 45</b>	<b>- 6,2</b>
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 191	- 300	109	- 36,3
Wertminderung Goodwill	- 16	- 3	- 13	> 100
Restrukturierungsergebnis	1	48	- 47	- 97,9
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>477</b>	<b>473</b>	<b>4</b>	<b>0,8</b>
Ertragsteuern	- 43	- 134	91	- 67,9
<b>Konzernergebnis</b>	<b>434</b>	<b>339</b>	<b>95</b>	<b>28,0</b>

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

1) Dieser Posten umfasst neben dem Handelsergebnis i. e. S. auch das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

3) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Das **Zinsergebnis** stieg gegenüber dem Vorjahr trotz des insgesamt rückläufigen Geschäftsvolumens um 105 Mio. EUR auf 1 878 Mio. EUR. Im Zusammenhang mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau auf dem Geld- und Kapitalmarkt reduzierten sich die Zinsaufwendungen stärker als die Zinserträge. Der Rückgang der Zinserträge resultierte neben dem nochmals verringerten Zinsniveau im Wesentlichen aus den sich rückläufig entwickelnden Volumina an Forderungen sowie dem weiteren Abbau von Nicht-Kernbankgeschäft. Die Zinsaufwendungen reduzierten sich ebenfalls vor allem wegen der zinsniveau- und liquiditätsbedingt verbesserten Refinanzierungsmöglichkeiten, darüber hinaus aufgrund der weiterhin stabilen bzw. verbesserten Ratings der LBBW. Zudem entwickelte sich das Nettozinsergebnis aus Handels- und Sicherungsderivaten positiv. Maßgeblich hierfür war insbesondere das reduzierte Derivatevolumen.

Der Aufwand für die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erheblich um 210 Mio. EUR auf - 104 Mio. EUR gesunken. Dies war im Wesentlichen auf deutlich geringere Direktabschreibungen sowie gegenüber der Vorjahresvergleichsperiode reduzierte Netto-

zuführungen zu Einzelwertberichtigungen zurückzuführen. Der Vorsorgebedarf lag damit insgesamt beträchtlich unter den Planwerten sowie unter dem langjährigen Durchschnitt und spiegelte damit die hohe Kreditportfolioqualität und den Risikoabbau der LBBW wider.

Das **Provisionsergebnis** verringerte sich im Berichtsjahr moderat um – 27 Mio. EUR auf 518 Mio. EUR (Vorjahr: 545 Mio. EUR). Dabei zeigten die einzelnen Provisionsarten ein differenziertes Bild. Leichten Verbesserungen beim Provisionsergebnis aus der Vermögensverwaltung sowie aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft standen auf der anderen Seite ein niedrigeres Provisionsergebnis im Zahlungsverkehr sowie infolge der verhaltenen Kreditnachfrage ein spürbar niedrigeres Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften gegenüber.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten** verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich um – 489 Mio. EUR auf – 120 Mio. EUR. Das negative Jahresergebnis resultierte u. a. aus einem beträchtlich zurückgegangenen Ergebnisbeitrag durch Spreadeinengungen bei Kreditderivaten. Ebenfalls schwächer als geplant entwickelte sich das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, jedoch nicht in die IFRS Bilanzierung von Sicherungsgeschäften einbezogen werden können. Zudem belastend wirkte ein rückläufiges kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft. Ursächlich hierfür war insbesondere eine niedrigere Nachfrage nach Absicherungsprodukten. Zu berücksichtigen ist, dass das äußerst hohe Vorjahresergebnis hierbei u. a. durch einen lebhaften Handel mit Zinsprodukten gekennzeichnet war. Darüber hinaus wurde der Ergebnisausweis durch Aufwendungen beeinflusst, denen aufgrund der IFRS Ausweismethodik Erträge insbesondere im Zinsergebnis gegenüberstanden. Die Marktbewertung der eigenen Verbindlichkeiten führte aufgrund der verbesserten Bonität der LBBW zu einem Aufwand in Höhe von – 15 Mio. EUR, dieser war jedoch gegenüber dem Vorjahr (– 82 Mio. EUR) rückläufig.

Das **Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr kräftig um 247 Mio. EUR auf 263 Mio. EUR.

Das Ergebnis aus **Wertpapieren** war mit 62 Mio. EUR abermals deutlich beeinflusst durch den weiteren Volumen- und Risikoabbau in den nicht mehr zum Kerngeschäftsfeld gehörenden Portfolios (Kreditersatzgeschäft). Im Geschäftsjahr 2014 verkaufte die LBBW sämtliche Restbestände des Garantieportfolios sowie weite Teile des nicht garantierten Teils ihres Kreditersatzgeschäfts mit einem Gesamtvolumen von 9 Mrd. EUR. Erneute Ergebnisbelastungen, wie an dieser Stelle im Vorjahr berichtet, blieben aus. Der verbliebene Restbestand in Höhe von 2,4 Mrd. EUR (ursprünglich hatte das Portfolio ein Volumen von rund 95 Mrd. EUR) wird weiter abgebaut werden.

Im Geschäftsjahr wurde aus der Bewertung und Veräußerung von **Beteiligungen** ein Ergebnis in Höhe von 84 Mio. EUR (Vorjahr: 18 Mio. EUR) erzielt. Beteiligungsveräußerungen beeinflussten hierbei das Ergebnis in Höhe von 97 Mio. EUR (Vorjahr: 37 Mio. EUR) positiv. Aus Bewertungssachverhalten ergab sich saldiert eine Belastung von – 13 Mio. EUR (Vorjahr: – 18 Mio. EUR).

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen der Berichtsperiode erhöhte sich um 111 Mio. EUR auf 117 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR). Der deutliche Anstieg resultierte unter anderem aus höheren Ergebnisbeiträgen einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft und war insbesondere auf den auf die LBBW entfallenden Gewinnanteil aus einem Beteiligungsverkauf zurückzuführen.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** sowie das **Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien** bewegte sich mit einem Jahresergebnis in Höhe von 101 Mio. EUR leicht unter Vorjahresniveau (Vorjahr: 113 Mio. EUR). Die Entwicklung war durch eine Vielzahl an Einzeleffekten geprägt.

Im Immobilienbereich konnte im Berichtsjahr nicht mehr an das über die Maßen erfolgreiche Vorjahr angeknüpft werden. Durch erfolgreich abgeschlossene Projektentwicklungen konnten Ergebnisbeiträge in Höhe von 29 Mio. EUR (Vorjahr: 99 Mio. EUR) realisiert werden. Wertminderungen bei Immobilien in Höhe von – 1 Mio. EUR (Vorjahr: – 18 Mio. EUR) waren hingegen rückläufig. Aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergaben sich aus der Aktualisierung der Immobilienbewertungen hingegen Wertanpassungen in Höhe von – 37 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR). Deutlich entlastet wurde das Sonstige betriebliche Ergebnis jedoch durch möglicherweise Nettoauflösungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechts- und Prozessrisiken in Höhe von 34 Mio. EUR. Die zum Jahresende 2013 noch nicht vollzogene Veräußerung einer Tochtergesellschaft belastete das Vorjahresergebnis mit – 30 Mio. EUR. Die Transaktion wurde im September des vergangenen Jahres abgeschlossen. Hieraus ergab sich nochmals eine Ergebnisbelastung in Höhe von – 20 Mio. EUR.

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von – 1 774 Mio. EUR um – 79 Mio. EUR auf insgesamt – 1 853 Mio. EUR. Bedingt durch das im Jahr 2013 gestartete Outsourcing von Aktivitäten im IT-Umfeld ergaben sich auch in 2014 weitere strukturelle Verschiebungen. Innerhalb der Verwaltungsaufwendungen verminderten sich die Personalaufwendungen geringfügig um 3 Mio. EUR. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen gab es punktuell Entlastungen, jedoch führten insbesondere erhöhte Belastungen für die Bewältigung von regulatorischen Anforderungen, gestiegene Beiträge für die Bankenabgabe sowie erhöhte EDV-Aufwendungen insgesamt zu einem Anstieg von – 87 Mio. EUR. Wesentlich für die Steigerung war der im vergangenen Jahr gestartete Umbau der IT-Architektur, um den wachsenden Anforderungen an die Banksteuerung Rechnung zu tragen. Ebenfalls aufwandserhöhend wirkte zudem die Erstkonsolidierung von Tochtergesellschaften. Leicht entlastet wurden dagegen die Verwaltungsaufwendungen bei den Abschreibungen auf Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

Aufgrund des im Jahresverlauf 2014 vollständig abverkauften Garantieportfolios verminderten sich die Aufwendungen für die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende **Garantieprovision** weiter um 109 Mio. EUR auf – 191 Mio. EUR. Die LBBW finanziert weiterhin die innerhalb des Konzerns nicht konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft Sealink. Für bestimmte Kredite an diese Zweckgesellschaft existiert nach wie vor eine Garantie des Landes Baden-Württemberg, hierfür fallen weiterhin Provisionsaufwendungen an.

Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus, der geringen Marktvolatilität und der allgemeinen Kundenzurückhaltung wurde der dem Segment Financial Markets zugeordnete **Goodwill** mit – 16 Mio. EUR vollständig abgeschrieben.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fielen Aufwendungen und Erträge aus **Restrukturierungsmaßnahmen** in Höhe von netto 1 Mio. EUR an. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich dadurch ein Rückgang in der Ergebnisposition in Höhe von – 47 Mio. EUR. Maßgeblich für die Veränderung war insbesondere ein positiver Effekt aus der Nettoauflösung von nicht mehr benötigten Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 48 Mio. EUR im Vorjahr.

Auf Basis der vorgenannten Entwicklungen übertraf das **Konzernergebnis vor Steuern** mit 477 Mio. EUR das Vorjahr geringfügig um 4 Mio. EUR (Vorjahr: 473 Mio. EUR).

Für den Berichtszeitraum ergab sich ein **Steueraufwand** in Höhe von – 43 Mio. EUR gegenüber – 134 Mio. EUR im Vorjahr. Die laufenden Ertragsteuern stiegen im Geschäftsjahr 2014 um 26 Mio. EUR auf – 76 Mio. EUR an; maßgeblich hierfür war insbesondere die Entwicklung bei der LBBW (Bank). Frühere Jahre betreffende Ertragsteuern verbesserten sich insbesondere aufgrund mehrerer Sondereffekte auf 31 Mio. EUR, beispielhaft zu nennen ist u. a. die Anerkennung von steuerlichen Teilwertabschreibungen bei Leasinggesellschaften im Falle von dauerhaften Wertminderungen, welche nun ergebniswirksam angesetzt werden dürfen. Daneben fielen latente Steuern in Höhe von 1 Mio. EUR an, die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 27 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf die Umkehrung temporärer Effekte zurückzuführen.

Das **Konzernergebnis nach Steuern** stieg signifikant um 95 Mio. EUR auf 434 Mio. EUR (Vorjahr: 339 Mio. EUR) an.

## Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 <sup>1)</sup> Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	1 936	2 156	- 220	- 10,2
Forderungen an Kreditinstitute	38 424	47 625	- 9 201	- 19,3
Forderungen an Kunden	113 195	111 453	1 742	1,6
Risikovorsorge	- 1 594	- 2 201	607	- 27,6
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	79 884	70 105	9 779	13,9
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	29 352	40 957	- 11 605	- 28,3
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	750	355	395	> 100
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	93	727	- 634	- 87,2
Immaterielle Vermögenswerte	489	494	- 5	- 1,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	705	481	224	46,6
Sachanlagen	644	646	- 2	- 0,3
Laufende Ertragsteueransprüche	219	179	40	22,3
Latente Ertragsteueransprüche	1 095	1 059	36	3,4
Sonstige Aktiva	1 038	610	428	70,2
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>266 230</b>	<b>274 646</b>	<b>- 8 416</b>	<b>- 3,1</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva	31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 <sup>1)</sup> Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52 314	58 045	- 5 731	- 9,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	69 874	82 053	- 12 179	- 14,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	44 231	50 693	- 6 462	- 12,7
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	75 246	57 651	17 595	30,5
Passivisches Portfolio Hedge Adjustment	751	685	66	9,6
Rückstellungen	3 455	3 133	322	10,3
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	0	915	- 915	- 100,0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	69	58	11	19,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	66	169	- 103	- 60,9
Sonstige Passiva	787	742	45	6,1
Nachrangkapital	6 229	7 103	- 874	- 12,3
Eigenkapital	13 208	13 399	- 191	- 1,4
Stammkapital	3 484	3 484	0	0,0
Kapitalrücklage	8 240	8 240	0	0,0
Gewinnrücklage	920	1 214	- 294	- 24,2
Sonstiges Ergebnis	111	104	7	6,7
Bilanzgewinn/-verlust	434	339	95	28,0
Nicht beherrschende Anteile	19	18	1	5,6
<b>Summe der Passiva</b>	<b>266 230</b>	<b>274 646</b>	<b>- 8 416</b>	<b>- 3,1</b>
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	5 574	5 933	- 359	- 6,1
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23 432	19 071	4 361	22,9
<b>Geschäftsvolumen</b>	<b>295 236</b>	<b>299 650</b>	<b>- 4 414</b>	<b>- 1,5</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

### Entwicklung der Konzernbilanzsumme weiter rückläufig.

Die **Bilanzsumme** war bis zum Ende des Geschäftsjahres erneut leicht um - 8,4 Mrd. EUR bzw. - 3,1 % auf 266,2 Mrd. EUR zurückgegangen.

Maßgeblich hierfür waren deutlich niedrigere Bestände bei Forderungen gegenüber Kreditinstituten und bei Finanzanlagen, letztere aufgrund des auch in diesem Zeitraum weiter fortgesetzten Risikoabbaus im Nicht-Kernbankgeschäft. Gegenläufig hierzu entwickelte sich der Bestand erfolgswirksam zum Fair Value bewerteter finanzieller Vermögenswerte vor dem Hintergrund der starken Zinsbewegung. Dem zurückhaltenden Geschäft auf der Aktivseite folgend gingen sowohl die Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten und Kunden als auch die verbrieften Verbindlichkeiten zurück. Dem gegenüber stieg der Bestand der Handelspassiva im Verlauf des Berichtsjahres deutlich an.

Das **Geschäftsvolumen** reduzierte sich um - 4,4 Mrd. EUR oder - 1,5% auf 295,2 Mrd. EUR. Neben der niedrigeren Bilanzsumme trug auch die Verminderung der Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen um - 0,4 Mrd. EUR zu dem Rückgang bei. Gegenläufig entwickelten sich die unwiderruflichen Kreditzusagen mit einem Anstieg um 4,4 Mrd. EUR.

### Aktivgeschäft.

Gegenüber dem Vorjahreswert verminderte sich der Bestand an **Forderungen an Kreditinstitute** um - 9,2 Mrd. EUR und erreichte damit einen Endbestand in Höhe von 38,4 Mrd. EUR. Die Kommalkredite reduzierten sich um - 4,4 Mrd. EUR. Darüber hinaus war ein um - 3,2 Mrd. EUR geringerer Geschäftsumfang bei Wertpapierpensionsgeschäften mit Kreditinstituten sowie ein Rückgang bei Kontokorrentforderungen um - 0,5 Mrd. EUR zu verzeichnen.

Mit einer Steigerung des Bestands der **Forderungen an Kunden** um 1,7 Mrd. EUR wurde zum 31. Dezember 2014 ein Volumen in Höhe von 113,2 Mrd. EUR erreicht. Die Entwicklung wurde im

Wesentlichen durch die Ausweitung des Wertpapierpensionsgeschäfts im Umfang von 5,3 Mrd. EUR aufgrund von Tri-Party-Repogeschäften mit multinationalen Finanzdienstleistern (u. a. auch Central Counterparties wie FICC und LCH) getrieben. Gegenläufig entwickelten sich die Bestände aufgrund von Fälligkeiten bei Tages- und Termingeldern mit – 0,5 Mrd. EUR bzw. aus Hypothekendarlehen mit – 0,7 Mrd. EUR sowie bei weiteren Krediten in Summe mit – 2,4 Mrd. EUR rückläufig.

Der Anstieg des Bilanzpostens **Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte** um 9,8 Mrd. EUR auf 79,9 Mrd. EUR war maßgeblich durch die Ausweitung der Handelsaktiva bestimmt. Der seit Beginn des Berichtszeitraums beobachtbare Rückgang der Zinsen schlug sich in der Bewertung von Derivaten des Handelsbestands nieder, insgesamt erhöhten sich die Marktwerte im abgelaufenen Jahr um 8,6 Mrd. EUR. Bestandserhöhend wirkten darüber hinaus der Anstieg der Geldhandelsgeschäfte um 0,9 Mrd. EUR und der Schuldscheine des Handelsbestands um 0,7 Mrd. EUR. Dem Rückgang bei Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von – 0,6 Mrd. EUR stand in annähernd gleicher Höhe ein Anstieg bei kurzlaufenden Geldmarktpapieren, sogenannten Commercial Papers und Certificate of Deposits, gegenüber.

Als Folge des weiter fortgesetzten Risikoabbaus entwickelte sich der Bestand an **Finanzanlagen und Anteilen an at Equity bewerteten Unternehmen** um – 11,6 Mrd. EUR auf 29,4 Mrd. EUR rückläufig. Sowohl durch den Verkauf des Garantieportfolios als auch aufgrund von Fälligkeiten, die das Neugeschäft überstiegen, reduzierte sich der Bestand an Anleihen und Schuldverschreibungen um – 17,8 Mrd. EUR. Ursächlich hierfür war u. a. die Fälligkeit einer Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG (Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg) in Höhe von – 12,7 Mrd. EUR, die im Zusammenhang mit der Garantiestruktur des Risikoschirms erworben wurde. Zum Zwecke der Risikoabschirmung für die an die Zweckgesellschaft Sealink vergebenen Kredite wurde eine neue emittierte Anleihe in Höhe von 5,5 Mrd. EUR von der GPBW GmbH & Co. KG erworben.

Der Bestand an at Equity bewerteten Unternehmen bewegte sich aufgrund kompensatorischer Effekte aus Abgängen und Zugängen infolge der Veränderung des Konsolidierungskreises auf Vorjahresniveau.

Die Veränderung des Postens zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte um – 0,6 Mrd. EUR resultierte im Wesentlichen aus dem abgeschlossenen Verkauf einer Tochtergesellschaft. Der gegenläufige Posten auf der Passivseite reduzierte sich um – 0,9 Mrd. EUR zurück.

### Refinanzierung.

Im Vergleich zum Stichtagsbestand per 31. Dezember 2013 war der Bestand der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um – 5,7 Mrd. EUR auf 52,3 Mrd. EUR zurückgegangen. Wesentlich zu der Entwicklung trugen rückläufige Geschäftsvolumina aus Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von – 2,4 Mrd. EUR bei. Da die Fälligkeiten das Neugeschäft überstiegen, entwickelten sich auch die Bestände an Schuldverschreibungen mit – 1,9 Mrd. EUR und das Volumen an Namenspfandbriefen mit weiteren – 0,5 Mrd. EUR rückläufig.

Der Bestand an **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** lag mit 69,9 Mrd. EUR um – 12,2 Mrd. EUR unter dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen war diese Entwicklung auf einen Rückgang der Tages- und Termingelder in Höhe von – 9,2 Mrd. EUR zurückzuführen. Ein wesentlicher Teil des Rückgangs entfiel dabei auf die Verminderung der von der GPBW GmbH & Co. KG (Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg) gestellten Barsicherheit um – 7,2 Mrd. EUR. Hintergrund ist das durch

den vollständigen Verkauf des Garantieportfolios nicht mehr benötigte Garantievolumen. Es verbleibt weiterhin ein Termingeldbestand in Höhe von 5,5 Mrd. EUR zur Sicherung der an die Zweckgesellschaft Sealink vergebenen Kredite. Der Rückgang bei Schuldscheindarlehen um – 2,0 Mrd. EUR und aus fälligen bzw. teilgetilgten Namenspfandbriefen wirkten mit – 1,2 Mrd. EUR bestandsmindernd. Der Umfang des kundengetriebenen Wertpapierpensionsgeschäfts war zum Jahresende rückläufig, der Bestand ging hier um – 1,0 Mrd. EUR zurück.

Aufgrund der verhaltenen Kreditnachfrage wurden fällige Emissionen nur in sehr geringem Umfang ersetzt. Infolge reduzierte sich der Bestand an **Verbrieften Verbindlichkeiten** auch durch Sonder- bzw. Teiltilgungen im Jahresverlauf um – 6,5 Mrd. EUR auf 44,2 Mrd. EUR. Der Rückgang entfiel dabei vor allem mit – 3,1 Mrd. EUR auf fällige oder teilgetilgte Pfandbriefe bzw. mit – 3,5 Mrd. EUR auf Schuldverschreibungen.

Parallel zur Entwicklung der Aktivseite stiegen die **Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Verbindlichkeiten** um 17,6 Mrd. EUR auf 75,2 Mrd. EUR an. Maßgeblichen Anteil an der Steigerung der Handelsbestände hatte das seit Beginn des Berichtszeitraums gesunkene Zinsniveau, das zu einer Erhöhung der Marktwerte von Derivaten des Handelsbestands um rund 10,4 Mrd. EUR führte. Darüber hinaus erhöhte sich zum Jahresende der Bestand an unter den Sonstigen Handelspassiva ausgewiesenen Geldmarktgeschäften um rund 7,8 Mrd. EUR auf 36,3 Mrd. EUR.

Im Berichtsjahr war ein Rückgang des **Nachrangkapitals** in Höhe von – 0,9 Mrd. EUR auf 6,2 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dieser resultierte im Wesentlichen aus der Rückführung Stiller Einlagen an die Träger im April 2014 mit nominal – 1,0 Mrd. EUR sowie aus dem Wegfall der Zinsverbindlichkeiten aus Nachholung mit rund – 0,2 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung von Fälligkeiten und Neuemissionen erhöhte sich der Bestand an nachrangigen Verbindlichkeiten im Berichtszeitraum um rund 0,5 Mrd. EUR. Dagegen ging der Bestand an Genussrechtskapital zurück.

### Eigenkapital.

Zum Jahresende 2014 verfügte die LBBW über ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 13,2 Mrd. EUR, das sich insbesondere aufgrund versicherungsmathematischer Verluste leicht unter dem Vorjahreswert bewegte. Maßgeblich hierfür war der zum Jahresende von 3,50% auf 2,15% reduzierte Diskontierungszinssatz für Pensionsrückstellungen.

### Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Der Konzern achtet dabei insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die LBBW war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl LiqV ist nur auf Institutsebene zu ermitteln und lag per 31. Dezember 2014 bei 1,34 (Vorjahr: 1,47).

# Risiko- und Chancenbericht.

## Grundlagen.

### Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit und der durch den Vorstand festgelegten Strategie. Risiken sollen im Rahmen der internen Kontrollverfahren und aufgrund der damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale bewusst und kontrolliert eingegangen werden.

Die internen Kontrollverfahren bilden damit einen Kernbestandteil des konzernweiten Systems zur risikoorientierten Gesamtbanksteuerung und bestehen insbesondere aus Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie der internen Revision.

### Risikostrategie.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Risikoausschuss festgelegt.

In der konzernweit und risikoartenübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden die risikostategischen Vorgaben gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zusammengeführt. Sie ist durch die Festlegung von risikostategischen Grundbedingungen, strategischen Limiten, der Liquiditätsrisikotoleranz und der Leitsätze für das Risikomanagement definiert und bei allen Geschäftsaktivitäten einzuhalten.

Die risikostategischen Grundbedingungen spiegeln die in der Geschäftsstrategie festgelegte konservative Risikopolitik wider:

- Nachhaltige Einhaltung der Risikotragfähigkeit, auch unter Stressbedingungen
- Jederzeitige Zahlungsfähigkeit und Einhaltung der Liquiditätsrisikotoleranz
- Nachhaltige Einhaltung der EBA-Stresstest-Anforderungen und der regulatorischen Mindestquoten

Das strategische Limitsystem operationalisiert die in der Geschäftsstrategie definierten Maßgaben und Ziele für alle wesentlichen in der Risikotragfähigkeit erfassten Risikoarten. Das oberste Risiko-limit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) wurde durch den Gesamtvorstand unter Berücksichtigung der oben genannten risikostategischen Grundbedingungen sowie unter Beachtung der ÖKap-Prognose für die kommenden 5 Jahre für das Jahr 2015 festgelegt und auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Weitere Details sind im Kapitel Risikolage LBBW-Konzern aufgeführt.

Die Liquiditätsrisikotoleranz limitiert das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, d. h. das Risiko der Zahlungsunfähigkeit. Weitere Informationen hierzu sind im Kapitel Liquiditätsrisiken enthalten.

Die Risikoleitsätze stellen zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb der LBBW dar. Sie tragen zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei und bilden – unter Materialitätsgrundsätzen – den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements. Es sind sowohl allgemeingültige Risikoleitsätze zu den Themenbereichen MaRisk, Steuerung, Neue Produkte und Märkte und Outsourcing sowie risikoartenspezifische Risikoleitsätze formuliert.

Die für jede wesentliche Risikoart verabschiedeten spezifischen Risikostrategien dokumentieren darüber hinaus das aktuelle und das angestrebte Risikoprofil der LBBW, machen kunden-, produkt- und marktspezifische Vorgaben und bilden damit gemeinsam mit der Geschäftsstrategie den Rahmen der Mittelfristplanung. Ergänzende Informationen zu den spezifischen Risikostrategien sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die operative Umsetzung dieser Vorgaben wird durch Soll-Ist-Vergleiche, monatliche Ergebnisanalysen sowie strategische und operative Limitsysteme überwacht.

## Risikomanagementsysteme. Risikokapitalmanagement.

Die Risikomanagementverfahren der LBBW sind vor dem Hintergrund von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten grundsätzlich angemessen ausgestaltet. Die Ausgestaltung berücksichtigt die MaRisk sowie sonstige einschlägige Verlautbarungen der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden.

Es werden alle wesentlichen Risiken in die Risikomanagementverfahren einbezogen. Die Prozesse, Verfahren und Methoden werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft und permanent weiterentwickelt. Im Rahmen dessen werden auch die in Prüfungen der Europäischen Zentralbank (EZB) und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), des Jahresabschlussprüfers sowie der Konzernrevision getroffenen Feststellungen entsprechend berücksichtigt und umgesetzt.

### Risikoarten.

Das Gesamtrisikoprofil der LBBW wird jährlich anhand der Konzernrisikoinventur durch das Konzernrisikocontrolling erhoben und dem Vorstand in Form einer Risikolandkarte zur Kenntnis gebracht. Die Risikomessung hinsichtlich der aus Risikosicht wesentlichen Tochterunternehmen erfolgt nach dem Transparenzprinzip, d. h. die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in die konzernweite Risikomessung der jeweiligen Risikoart integriert. Gesellschaften, deren Risiken als unwesentlich eingestuft werden, bildet die LBBW über das Beteiligungsrisiko ab.

Es wurden folgende wesentliche Risikoarten identifiziert:

## Risikoarten.

Risikoart	Beschreibt mögliche...
<b>Adressenausfallrisiko</b>	... Wertverluste durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern. ... Ausfälle von staatlichen Kreditnehmern sowie Zahlungsverkehrsbeschränkungen. ... Verluste durch Mindererlöse aus Sicherheitenverwertungen.
<b>Marktpreisrisiken</b>	... Wertverluste durch Veränderungen der Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Devisen-, Rohwarenkurse, Volatilitäten. ... Probleme größere Marktpositionen kurzfristig zum Marktwert schließen zu können.
<b>Liquiditätsrisiken</b>	... Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nachzukommen.
<b>Operationelle Risiken</b>	... Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten, inkl. Rechtsrisiken.
<b>Beteiligungsrisiken</b>	... Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o.g. Risikokategorien enthalten.
<b>Reputationsrisiken</b>	... Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der Bank.
<b>Geschäftsrisiken</b>	... Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet oder aus strategischen Fehlentscheidungen, sofern sie nicht die o. g. banktypischen Risiken betreffen.
<b>Pensionsrisiken</b>	... Erhöhungen von Pensionsrückstellungen.
<b>Immobilienrisiken</b>	... Wertverluste im Immobilienbestand des Konzerns.
<b>Developmentrisiken</b>	... Wertverluste, die insbesondere aus potenziellen Planabweichungen im Projektentwicklungsgeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH resultieren.

## Ökonomisches Kapital und Risikodeckungsmasse.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung (RTF) nach dem sogenannten Liquidationsprinzip durchgeführt. Die interne Überwachung dieser Kennzahl stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung im LBBW-Konzern sicher.

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial lt. MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Konzerneigenkapital nach IFRS inkl. Neubewertungsrücklagen werden Nachrangkapitalien und realisiertes GuV-Ergebnis nach IFRS als Bestandteile einbezogen. Zusätzlich werden aufgrund aufsichtlicher Vorgaben umfangreiche konservative Abzugsposten berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der Ökonomische Kapitalbedarf berechnet. Dieser ist als der Betrag an Ökonomischem Kapital zu verstehen, der benötigt wird, um die aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es also das aus Sicht der LBBW ökonomisch notwendige Kapital, das

mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird. Es wird für Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Development-, Beteiligungs- und operationelle Risiken als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,93% und einem Jahr Haltedauer sowie für Sonstige Risiken über vereinfachte Verfahren quantifiziert.

Die Liquiditätsrisiken werden abweichend hiervon durch die in der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten quantitativen und prozessualen Regelungen gesteuert und limitiert.

Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für sämtliche relevanten, quantifizierten Risikoarten dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme des LBBW-Konzerns wider. Es wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie der Risikotoleranz deutlich unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt und bietet damit Raum für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen. Ergänzend erfolgt eine Verifizierung des ÖKap-Limits auf Basis der Planwerte. Ausgehend vom obersten ÖKap-Limit werden ÖKap-Limite für die verschiedenen direkt quantifizierten Risikoarten und für die nicht im Rahmen eines Modellansatzes quantifizierten Sonstigen Risiken abgeleitet. Die Risikotragfähigkeit wird über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht. Die jeweiligen Ampelschwellen sind mit dem Sanierungsplan gemäß den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) verbunden und mit einem Eskalationsprozess verknüpft. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Zusätzlich zur Steuerung über die Risikoarten hinweg ist eine ökonomische Risikosteuerung auf Geschäftsfeldebene implementiert. Darüber hinaus umfasst das Risikokapitalmanagement der LBBW auch die Steuerung des regulatorischen Eigenkapitals. Weitere Details hierzu sind in den Notes abgebildet.

### Stresstests.

Neben den vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind Stressszenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren die Wirkung zukünftig möglicher konjunktureller Schwankungen und krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die LBBW auch für Extremsituationen gerüstet ist.

Stresstests sind daher ein integraler Bestandteil des Risikomanagements der LBBW. Die Stressszenarien werden so ausgestaltet, dass außergewöhnliche, aber plausible Ereignisse unterschiedlicher Schweregrade auf die ökonomische und regulatorische Kapitalausstattung sowie auf die Liquiditätssituation berücksichtigt werden. Dabei werden unterschiedliche Methoden verwendet, von der einfachen Sensitivitätsanalyse bis hin zu komplexen risikoartenübergreifenden makroökonomischen Szenarien. Auch wird regelmäßig ein sogenanntes inverses Stresstesting durchgeführt, um zu untersuchen, welche Szenarien zu einer existenziellen Gefährdung des LBBW-Konzerns führen könnten.

Um die Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten auch im Stressfall sicherstellen zu können, werden für die verschiedenen Risikoarten sogenannte MaRisk-Stressszenarien definiert. Diese Stressszenarien sind volkswirtschaftlich ausgerichtete, risikoartenübergreifende Szenarien, bei deren Definition ein besonderer Fokus auf die Risikokonzentrationen der LBBW gelegt wird. Ergänzend zur Betrachtung der ökonomischen und regulatorischen Kapitalausstattung im Status quo erfolgt auf Basis dieser Szenarien eine Überwachung der Stressresistenz des Konzerns. Sie bilden außerdem die Basis für die Sanierungsplanung gemäß MaSan. Überschreitungen werden über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht und eskaliert.

## Risikolage LBBW-Konzern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns während des gesamten Geschäftsjahres 2014 jederzeit uneingeschränkt gegeben war. Trotz der erstmaligen Berücksichtigung von in 2015 anstehenden Fälligkeiten im Nachrangkapital hat sich die Auslastung der Risikodeckungsmasse gegenüber dem Jahresende 2013 nur leicht erhöht und liegt bei 55%. Auch die Stressresistenz war über das gesamte Geschäftsjahr hinweg uneingeschränkt gegeben.

### Risikotragfähigkeit LBBW-Konzern.

	31.12.2014 Absolut <sup>1)</sup>	Auslastung	31.12.2013 Absolut <sup>1)</sup>	Auslastung
Risikodeckungsmasse	15 840	55%	16 859	53%
Ökonomisches Kapitallimit <sup>2)</sup>	12 800	68%	12 800	70%
Ökonomische Kapitalbindung	8 645		8 923	
davon:				
Diversifikationseffekte	- 475		- 535	
Adressenausfallrisiko	4 274		4 304	
Marktpreisrisiko	2 118		2 297	
Beteiligungsrisiko	175		171	
Operationelles Risiko	885		1 119	
Developmentrisiko	57		60	
Immobilienrisiko	258		262	
Sonstige Risiken <sup>3)</sup>	1 353		1 245	

1) Konfidenzniveau 99,93 %/1 Jahr Haltedauer.

2) Die einzelnen Risikoarten sind über OKap-Limite limitiert.

3) Sonstige Risiken (insbesondere Reputations-, Geschäfts- und Pensionsrisiken).

Die leichte Verminderung der Ökonomischen Kapitalbindung beim Adressenausfall- und Marktpreisrisiko resultiert insbesondere aus dem weitgehenden Verkauf des nicht garantierten Teils des Kreditsersatzgeschäfts. Darüber hinaus wirkt sich die positive Marktlage bei den Credit Spreads und Volatilitäten sowie die verbesserte Portfolioqualität risikomindernd aus. Der Rückgang bei den Operationellen Risiken ist neben einer methodischen Weiterentwicklung auf aktualisierte Modelleingangsdaten zurückzuführen. Gegenläufig wirken veränderte Sensitivitäten, auf deren Basis die Pensionsrisiken ermittelt werden.

Die Risikodeckungsmasse (berechnet als Minimum der prognostizierten nächsten 12 Monatswerte) wird durch in 2015 anstehende Fälligkeiten im Nachrangkapital geprägt. Diese Entwicklung wird teilweise kompensiert durch eine in 2014 erfolgte Emission von Nachrangkapital und eine rückläufige Entwicklung der Abzugpositionen.

### Chancen.

Die für die Berechnung der Risikotragfähigkeit relevante Risikodeckungsmasse (RDM) ist als jeweils niedrigste RDM der folgenden zwölf Monate (rollierende 12-Monats-Minimum-Betrachtung) definiert. Chancen ergeben sich somit, wenn die tatsächliche RDM die prognostizierte Entwicklung übertrifft oder wenn sich die Prognose infolge einer positiven Entwicklung verbessert. Dies ist insbesondere der Fall bei Marktentwicklungen mit positiver Wirkung auf Ergebnis- und Kapitalgrößen (v. a. Credit Spreads) bei aufgrund der konjunkturellen Entwicklung verminderter Risikovorsorge oder bei einer besser als erwarteten Geschäftsentwicklung. Neben markt- und geschäftsinduzierten Verbesserungen kann die RDM aktiv durch Maßnahmen wie die Emission von Nachrangkapital gestärkt werden.

Die Risikotragfähigkeitssituation wird neben der Risikodeckungsmasse vom Ökonomischen Kapital geprägt. Die Entwicklung des ÖKap ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren abhängig. Eine positive Marktlage bei den Credit Spreads, Zinsen und Volatilitäten kann ebenso zu einer Verringerung des ÖKaps beitragen wie eine z. B. konjunkturbedingte Verbesserung der Portfolioqualität.

## Prozesse und Reporting im Risikomanagement.

### Risikomanagement und Überwachung.

Das Risikomanagement der LBBW und die Überwachung der Risiken basieren auf den Leitlinien der Risikostrategie sowie den definierten Limiten bzw. Kompetenzen.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen sowie der Leitlinien der Risikostrategie eingegangen werden. Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikoartenspezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. Konzentrationen entstehen zum einen durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart. Zum anderen können sie auch durch gemeinsame Risikofaktoren oder durch Interaktionen verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten entstehen. In der LBBW werden Konzentrationsrisiken mittels geeigneter Verfahren identifiziert und entsprechend bewusst gesteuert. Bestandsgefährdende Risiken sind auszuschließen. Es bestehen differenzierte Überwachungsprozesse (z. B. Bericht über Risikokonzentrationen, Stresstests) und Limite (z. B. Branchen- und Länderlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen. Ergänzende Informationen hierzu sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die Struktur sowie die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems der LBBW sind in nachfolgender Grafik im Überblick dargestellt:

### Risikomanagementstruktur.



### Gremien und Reporting.

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt.

Das Risk Committee setzt sich zusammen aus den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Finanzen/Controlling sowie Risikomanagement/Compliance/Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Treasury. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das Asset Liability Committee (ALCo) hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des Asset Liability Committee ist die strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Committee setzt sich zusammen aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Risikomanagement/Compliance/Revision sowie Finanzen/Controlling zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, u. a. aus Treasury, Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Finanzen.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik-/Bilanzierungskomitee. Das Komitee setzt sich zusammen aus den für Financial Markets/Internationales Geschäft, Finanzen/Controlling sowie Risikomanagement/Compliance/Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Finanzen, Konzernrisikoccontrolling, Treasury und Konzernstrategie/Recht.

### Anpassungsprozesse.

Neuartige Handels- und Kreditprodukte durchlaufen in der LBBW einen Neue-Produkte-Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Konzernrisikoccontrollings, aber auch die Abbildung möglicher rechtlicher Konsequenzen sicherstellt.

Schwerpunktmäßig sind Produkte des Handels betroffen. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Bei wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen analysiert die LBBW im Rahmen eines festgelegten Regelprozesses potenzielle Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität.

### Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Konzernrevision überwacht prozessunabhängig die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Konzernrevision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Konzernrevision überwacht zudem die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Die Prüfungstätigkeit der Konzernrevision richtet sich grundsätzlich nach einer vom Vorstand genehmigten jährlichen Prüfungsplanung, die auf Basis einer langfristigen, risikoorientierten Planung erstellt wird. Dabei sind unter Berücksichtigung der Risikogewichtung in einem angemessenen Zeitraum, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren, alle Aktivitäten und Prozesse des LBBW-Konzerns zu erfassen.

## Regulatorische Entwicklungen.

### Aufsichtsübernahme durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Im Rahmen des einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) hat die EZB am 4. November 2014 die Aufsicht über die LBBW übernommen. Dabei wird die LBBW innerhalb der Bankenaufsicht der EZB der Generaldirektion I zugeordnet, welche sich um die 30 bedeutendsten Banken kümmern soll.

Zur Vorbereitung auf den einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus wurden 2014 insgesamt 130 europäische Banken einer umfassenden Bankenprüfung (Comprehensive Assessment) unterzogen, welche sich aus einer Risikobewertung (Risk Assessment), einer Prüfung der Aktiva-Qualität (Asset Quality Review, AQR) sowie einem Stresstest zusammengesetzt hat. Das Comprehensive Assessment wurde in enger Zusammenarbeit von EZB und nationalen Aufsichtsbehörden durchge-

führt. Zudem war die European Banking Authority (EBA) an Konzeption und Durchführung der Stress-tests beteiligt.

Die LBBW hat den europaweiten Stresstest erfolgreich bestanden. Im sogenannten Basis-Szenario wurde eine harte Kernkapitalquote von 12,29% erreicht. Im adversen Szenario, in dem u. a. ein kräftiger Konjunkturerinbruch sowie spürbare Verwerfungen an den Finanzmärkten unterstellt wurden, erreichte die LBBW eine harte Kernkapitalquote von 7,42%. Damit wurde der von der EZB vorgegebene Mindestwert im adversen Szenario von 5,5% deutlich übertroffen.

Die EZB wird als Kernpunkt der künftigen Aufsicht eine eigenständige Bewertung und Überprüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken vornehmen. Diese Maßnahmen basieren auf dem sog. aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP). Stresstests werden dabei auch zukünftig ein wesentliches Aufsichtsinstrument bleiben.

#### CRD IV/CRR.

Am 1. Januar 2014 ist die europäische Umsetzung des Basel III-Regelwerks über das CRD IV/CRR-Legislativpaket in Kraft getreten. Die CRD IV/CRR definiert im Wesentlichen die Anforderungen an Kapital, Liquidität und Verschuldung.

Das Jahr 2014 war geprägt von der Umsetzung der Konkretisierungen der CRR durch zahlreiche technische Standards der EBA, die systematisch analysiert wurden. Die aus den CRR-Anforderungen resultierenden ersten neuen Meldungen, z. B. zum 30. September 2014 das Financial Reporting (FinRep), wurden projekthaft umgesetzt und fristgerecht abgegeben. Einzelne Themen, wie die LCR-Meldung nach europäischem Recht, die voraussichtlich ab 1. Oktober 2015 verbindlich wird, befinden sich noch in Umsetzung.

Diese regulatorischen Neuerungen haben Implikationen auf die Geschäftsstrategie, die Ausrichtung der Geschäftsfelder, die Steuerungsmetrik sowie die technische Meldefähigkeit. Die Interdependenzen zwischen den regulatorischen Neuerungen und der Geschäftsstrategie wurden und werden im Rahmen einer integrierten Betrachtung analysiert und entsprechend berücksichtigt.

#### Sanierungsplanung.

Im April 2014 veröffentlichte die BaFin die finale Fassung der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan). Im November 2012 waren diese bereits zur Konsultation gestellt worden. In diesem Zusammenhang sind potenziell systemgefährdende Banken und Finanzgruppen von der BaFin aufgefordert, einen Sanierungsplan zu erstellen.

Die LBBW hat den Sanierungsplan erstmals Ende 2013 erstellt und bei der Aufsicht eingereicht.

In der strategischen Analyse wurden die Unternehmensstruktur, die Geschäftsaktivitäten und deren Vernetzung dargestellt. Ferner wurde beurteilt, welche Geschäftsaktivitäten wesentlich für die LBBW sind und ob eine Kritikalität bei Wegfall einer Geschäftsaktivität für den Gesamtmarkt bestünde. Im Abschnitt Handlungsoptionen wurden geeignete Handlungsoptionen im Krisenfall analysiert. Hierbei wurde die Umsetzbarkeit der Handlungsoption und deren Auswirkungen auf Zielgrößen wie z. B. Kapital, Risiko, Liquidität und Ertrag im Normalfall und in Belastungssituationen untersucht. Im Abschnitt Sanierungsindikatoren wurden in Einklang mit der Gesamtbanksteuerung und den MaRisk Sanierungsschwellen über eine Ampelsystematik festgelegt.

Eine Aktualisierung des Sanierungsplans ist im Rahmen des Regelprozesses einmal jährlich erforderlich. So wurde der Sanierungsplan 2014 aktualisiert und bei der Aufsicht eingereicht. Der Sanierungsplan wurde projektbegleitend von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

Im Geschäftsjahr 2015 wird die Aktualisierung des Sanierungsplans auf Grundlage des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) erfolgen, das zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist sowie unter Berücksichtigung relevanter EBA-Papiere. Das Gesetz setzt die europäische Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie BRRD in nationales Recht um.

#### EMIR.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise haben sich die G20-Staaten auf dem Gipfeltreffen in Pittsburgh 2009 zu einer umfassenden Neuordnung des Markts für außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate) entschlossen. Die angestrebten Veränderungen sollen zu einer Verbesserung der Markttransparenz führen, systemische Risiken eindämmen und den Schutz vor Marktmissbrauch verbessern.

In der EU wurden die Vorgaben der G20 mit Inkrafttreten der Verordnung European Market Infrastructure Regulation (EMIR) am 16. August 2012 umgesetzt. Detaillierte Ausführungen wurden oder werden in naher Zukunft durch die zuständige europäische Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in technischen Regulierungsstandards dargelegt und von den EU-Gremien verabschiedet.

Erste Anforderungen aus EMIR sind seit März bzw. September 2013 einzuhalten und wurden umgesetzt. Unter anderem wurde ein Portfolioabgleich etabliert, durch welchen die beiden Parteien eine Sicht auf die wesentlichen Geschäftsdetails, z. B. den Marktwert, erhalten. Im August 2014 wurde die Transaktionsregistermeldung um die Bewertungs- und Besicherungsinformationen vervollständigt.

Das vollständige Wirksamwerden der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfolgt voraussichtlich sukzessive ab Ende 2015/Anfang 2016 und ist abhängig von detaillierten Ausführungen seitens der ESMA und von der Verabschiedung der EU-Gremien.

Im Jahr 2015 wird mit detaillierten Ausführungen der ESMA zur Clearingpflicht von OTC-Derivaten und für Besicherungsstandards an nicht zentral geclearte OTC-Derivate gerechnet. Darüber hinaus ist seitens der ESMA eine Überarbeitung der meldepflichtigen Daten an das Transaktionsregister vorgesehen. Die LBBW hat als Vorbereitung zur Clearingpflicht von OTC-Derivaten bereits 2010 begonnen, die Anbindung an ein Clearinghouse für die erwartete Clearingpflicht für Zinsderivate umzusetzen und für ihre Kunden einen entsprechenden Clearing Service anzubieten. Im Jahr 2014 folgte die Anbindung an ein Clearinghouse für Kreditderivate.

## Risikoarten.<sup>1)</sup>

### Adressenausfallrisiko.

#### Definition.

Mit dem übergeordneten Begriff Adressenausfallrisiko wird das Verlustpotenzial bezeichnet, das daraus resultiert, dass Geschäftspartner zukünftig eventuell nicht mehr in der Lage sind, vollumfänglich ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Adressenausfallrisiko kann sowohl über direkte Vertragsbeziehungen (z. B. Kreditgewährung, Kauf eines Wertpapiers) als auch indirekt z. B. über Absicherungsverpflichtungen (insbesondere Garantiegewährung, Verkauf von Absicherung über ein Kreditderivat) entstehen.

Die wesentlichen Ausprägungen dieses Risikos werden nachfolgend definiert und kurz erläutert.

#### Kreditrisiko.

Der oft auch synonym zu Adressenausfallrisiko verwendete Begriff Kreditrisiko bezeichnet hier das Adressenausfallrisiko aus dem Kreditgeschäft, d. h. aus der Gewährung von Krediten und der Absicherung der Kreditvergabe Dritter (z. B. über Garantien).

#### Emittentenrisiko.

Unter dem Begriff Emittentenrisiko wird Adressenausfallrisiko gefasst, das aus Wertpapieren resultiert. Einbezogen in die Betrachtung sind sowohl der direkt gehaltene Wertpapierbestand als auch über Derivate referenzierte Wertpapiere (insbesondere über Kreditderivate).

#### Kontrahentenrisiko.

Kontrahentenrisiko bezeichnet Adressenausfallrisiko aus Finanztransaktionen (insbesondere derivativen Geschäften), das dadurch entsteht, dass der Vertragspartner (Kontrahent) nicht mehr in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Situation können zum einen beim Schließen der dadurch offen gewordenen Position Kosten anfallen (sog. Wiedereindeckungsrisiko), zum anderen besteht die Gefahr, dass gegenüber dem Kontrahenten Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass der Kontrahent die entsprechende Gegenleistung erbringt (sog. Vorleistungs-, Erfüllungs- bzw. Settlementrisiko).

#### Länderrisiko.

Als Länderrisiko wird Adressenausfallrisiko bezeichnet, das dadurch entsteht, dass aufgrund von kritischen politischen oder ökonomischen Entwicklungen in einem Land (oder einer ganzen Region) der Devisentransfer nicht oder nur noch in eingeschränktem Umfang möglich ist.

#### Sicherheitenrisiko.

Das Sicherheitenrisiko ist kein direktes Adressenausfallrisiko, sondern bezeichnet das Potenzial, dass zur Reduktion von Adressenausfallrisiko erhaltene Sicherheiten an Wert verlieren, insbesondere dann, wenn dies systematisch geschieht (z. B. durch Verwerfungen auf Immobilienmärkten).

1) Informationen zur ökonomischen Kapitalbindung der einzelnen Risikoarten sind im Kapitel Risikomanagementsysteme/Risikolage LBBW-Konzern enthalten.

## Adressenausfallrisikomanagement.

Das Management des Adressenausfallrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt und kann in die drei Hauptbestandteile Risikomessung, Risikoüberwachung und -reporting sowie Risikosteuerung eingeteilt werden:

### Bestandteile des Adressenausfallrisikomanagements.

<b>Risikomessung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Risikoklassifizierungsverfahren (PD)</li> <li>▪ Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (EaD)</li> <li>▪ Sicherheitenbewertung (LGD)</li> <li>▪ Erwartete Verluste</li> <li>▪ Credit Value-at-Risk (CVaR)</li> <li>▪ Risikokonzentrationen</li> <li>▪ Stresstests</li> </ul>
<b>Risikoüberwachung und -reporting</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einzelengagementebene, Frühwarnindikatoren</li> <li>▪ Intensivbetreuung problembehafteter Engagements</li> <li>▪ Portfolioebene</li> <li>▪ Wertberichtigungen</li> <li>▪ Ad-hoc-Informationen zur Risikolage</li> </ul>
<b>Risikosteuerung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung</li> <li>▪ Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie auf Einzelengagementsebene</li> <li>▪ Maßnahmen zur Einhaltung diverser Portfoliolimitierungen</li> <li>▪ Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie auf Portfolioebene</li> <li>▪ Aktives Management der Kreditrisiken</li> </ul>

## Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden permanent weiterentwickelt.

### Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten hat die LBBW spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Qualität der im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungsverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren werden bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege dieser Verfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Beteiligung der Landesbanken) bzw. der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes) durchgeführt.

Der überwiegende Teil des Portfolios wird mit internen Ratingverfahren beurteilt, die von der Bankenaufsicht die Zulassung für den Internal Rating Based Approach (IRBA) erhalten haben.

Damit werden die Ratingnoten nicht nur zur internen Steuerung, sondern auch zur Bemessung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendet.

### Exposure.

Während zu Reportingzwecken ein stichtagsbezogener Exposurebegriff verwendet wird, wird für die Credit Value-at-Risk-Ermittlung (CVaR) und für die Linienanrechnung, z. B. bei Derivaten, ein potenzielles zukünftiges Exposure (Expected Positive Exposure für CVaR und Potential Future Exposure für Linienanrechnung) kalkuliert. Dieses wird überwiegend auf Basis von Marktwerten und entsprechenden Add-ons ermittelt. In der Add-on-Berechnung werden neben der Restlaufzeit die Produktart und Marktfaktoren (Zins, Währung etc.) berücksichtigt. Nettingvereinbarungen und Collateral Agreements werden zur Risikoreduzierung eingesetzt. Für Kreditderivate des Handelsbuchs werden für die Bestimmung der Anrechnungsbeträge auf das jeweilige Limit die Ausgleichszahlungen sowie die tatsächlichen Marktwertverluste eines potenziellen Ausfalls berücksichtigt (Jump-to-Default-Methode). Für Emittenten- bzw. Referenzschuldnerisiken aus Wertpapieren und Beständen des Anlagebuchs werden die (modifizierten) Nominalwerte verwendet.

### Sicherheitenbewertung .

Ausgangspunkt für die Sicherheitenbewertung ist der Marktwert, der turnusgemäß sowie anlassbezogen überprüft und bei Änderung bewertungsrelevanter Faktoren angepasst wird. Aufbauend auf der individuellen Sicherheitenbewertung erfolgt die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall. Diesbezüglich werden differenzierte Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten.

### Erwartete Verluste.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. In der Portfoliobetrachtung kann mit dieser Kennzahl (Standardrisikokosten in Basispunkten) eine Aussage zum erwarteten Risikogehalt eines Portfolios getroffen werden. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den eingetretenen Verlust (incurred loss) zu schätzen, der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde.

Der Marktpreis des Kontrahentenrisikos von zum Fair Value bilanzierten OTC-Derivaten und Geldmarktkrediten wird mit dem sog. Credit Value Adjustment (CVA) gemessen. Dieses geht als Bewertungsanpassung in die GuV der LBBW ein. Hierbei wird sowohl die Bonität des Kontrahenten als auch die Bonität der LBBW berücksichtigt.

### Credit Value-at-Risk.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer durch die Parametrisierung der Risikotragfähigkeit vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfo-

liomodell. Entsprechend ihrem Rating, sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden unter Zuhilfenahme von internen und externen Daten so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern angemessen berücksichtigt und Konzentrationen auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene abgebildet werden. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Die Maßzahl CVaR wird als Ökonomisches Kapital für Adressenausfallrisiken in der Risikotragfähigkeitsanalyse und in der Steuerung der LBBW verwendet.

### Risikokonzentrationen und Stresstests.

Die Vermeidung von Risikokonzentrationen aus Einzel-Engagements sowie auf Portfolioebene ist eine der Hauptaufgaben des Adressenausfallrisikomanagements. Zu diesem Zweck existieren differenzierte Limitsysteme, die das Eingehen von Engagements auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene einschränken. Konzentrationsrisiken im Adressenausfallrisiko werden klar identifiziert und durch die Berücksichtigung im CVaR in der Risikotragfähigkeit erfasst und überwacht.

Darüber hinaus werden auf Ebene des LBBW-Konzerns, speziell auch im Hinblick auf mögliche Konzentrationsrisiken, umfangreiche Stressszenarien gerechnet, die mögliche Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) oder des Marktumfelds analysieren. Die Adressenausfallrisiken sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Szenarien eingebunden.

## Risikoüberwachung und -reporting.

### Einzelengagementebene.

Zur Risikofrüherkennung existiert ein System aus prozessualen Regelungen und systemgenerierten Signalen, deren Zielsetzung insgesamt das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen ist.

Im Rahmen der Risikoüberwachung kontrollieren die zuständigen Risikomanager laufend die Einhaltung der eingeräumten Linien sowie die Entwicklung bonitätsrelevanter Informationen. Hierzu gehören die Überwachung von Auffälligkeiten im Kontoverhalten, Bewertung von Unternehmensnachrichten sowie das Beobachten von makroökonomischen und branchenspezifischen Trends. Sofern für ein Unternehmen Marktdaten beobachtbar sind, kommt zusätzlich ein marktdatenbasiertes System zum Einsatz.

Durch das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen, wie z. B. Erhöhung der Sicherheiten oder präventive Umstrukturierung, eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und in den zuständigen Abteilungen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

### Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und operativen Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. Hier sind die Zuständigkeiten für die Angemessenheit der Ratingverfahren, die Adressenausfallrisikokommessung, die Überwachung der Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite sowie die Erstellung der Risikobe-

richte angesiedelt. Im monatlichen Gesamtrisikobericht werden die jeweiligen Auslastungen der gesetzten Exposure- und CVaR-Limite dargestellt.

- Die Einhaltung der Länderlimite wird täglich mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert.
- Das Portfolio der Finanzinstitute ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert.
- Branchenrisiken aus dem Unternehmensportfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst. So werden bspw. Maschinenbauunternehmen, deren Produkte überwiegend an Kunden aus der Automobilbranche verkauft werden, ebenfalls der Automobilbranche zugeordnet.

#### Wertberichtigungen bei Problemengagements.

Die für Adressenausfallrisiken erforderliche Risikovorsorge wird nach konzernweit einheitlichen Maßstäben gebildet und regelmäßig bzw. ad hoc auf Angemessenheit hin überprüft. Risikovorsorge wird gebildet oder erhöht, wenn objektive Hinweise auf eine (erhöhte) Wertminderung finanzieller Vermögenswerte schließen lassen. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind bereits eingetretene Ausfallereignisse wie

- Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage,
- Unwahrscheinliche Rückzahlung (aus Zweifel an der Bonität),
- bonitätsbedingte Restrukturierung/Umschuldung oder
- Insolvenz(antrag).

Zusätzlich kann durch Forebearance (definiert als Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt werden würden) ein Hinweis auf eine Wertminderung gegeben sein. Objektive Hinweise auf Wertminderung werden im Einzelfall geprüft.

#### Reporting.

Zur Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Als wichtigste turnusmäßige Berichte sind zu benennen:

- Der monatlich im Risk Committee vorgestellte Gesamtrisikobericht mit Angaben zur Risikolage auf Portfolioebene und über die Einhaltung der wesentlichen Limitierungen. Im Kontext von Portfolioanalysen wird ergänzend z. B. über die Risikosituation einzelner Branchen sowie über Risikokonzentrationen berichtet.
- Der pro Quartal erstellte ausführliche Kreditrisikobericht als Anlage zum Gesamtrisikobericht. Dieser enthält zusätzliche Detailinformationen bezüglich der Entwicklung der Risikovorsorge, Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie, Ratingverteilungen, Größenklassen, Produktarten, Restlaufzeiten, Neugeschäft und Risikokonzentrationen aus Einzelengagements.
- Halbjährlicher ausführlicher Branchenbericht mit detaillierten Angaben zur Branchensituation, Portfoliostruktur und den TOP-Kunden je Branche.

## Risikosteuerung.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostategie, durch die ÖKap-Allokation auf Sub-Portfolios mithilfe des CVaR sowie die Überwachung von Konzentrationsrisiken auf Branchen-, Länder- und Einzelkontrahentenebene.

### Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzelengagements sind die Marktfolgebereiche zuständig. Grundsätzlich werden die Obergrenzen individuell durch den jeweils zuständigen Kompetenzträger festgelegt. Auf diese Obergrenze werden alle risikorelevanten Geschäfte eines Kunden bzw. einer Kreditnehmereinheit/Gruppe verbundener Unternehmen (gemäß CRR) angerechnet. Wesentlicher Bestandteil der Einzelgeschäftssteuerung ist die Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie. Hier werden auf Basis der Geschäftsstrategie sowie unter Berücksichtigung der Konzernrisikostategie die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich das Kreditgeschäft in der LBBW bewegen soll. Auf der Vermeidung von Konzentrationsrisiken liegt dabei ein besonderes Augenmerk.

Aus ökonomischer Sicht ist der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss, weshalb die Pflicht zur Vorkalkulation aller Einzelgeschäfte besteht. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz und der Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Risikospanne (Deckung erwarteter Verlust) und die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals zur Deckung des unerwarteten Verlustes). Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Kundenebene.

### Teil-Portfolioebene.

Maßnahmen zur Risikosteuerung unterscheiden sich in Abhängigkeit der jeweiligen Teil-Portfolioebene:

- Länderlimite werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimit-Ausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimit-Auslastung erfolgt eine Warnmitteilung an die tangierten Markt- und Marktfolgebereiche, bei einer Überziehung wird ein Geschäftsstopp verhängt. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert und/oder Geschäftsstopps ausgesprochen. Des Weiteren existieren für besonders im Fokus stehende Länder Abbauziele.
- Die Limitierung des Portfolios der Finanzinstitute sowie der Unternehmensbranchen löst bei Überschreiten definierter Schwellenwerte steuernde Maßnahmen wie z. B. Abschluss risikomindernder Sicherungsgeschäfte, Neugeschäftsstopp etc. aus.
- Auf Ebene der Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch Maßnahmen zur Einhaltung der quantitativen Vorgaben der Kreditrisikostategie u. a. in Bezug auf Obergrenzen, Ratingstrukturen und die Portfolioqualität.

### Gesamt-Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das Ökonomische Kapital für Adressenausfallrisiken auf Basis des CVaR überwacht. Hohe Limitauslastungen werden frühzeitig durch ein Ampelsystem angezeigt und es werden entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell existenzgefährdende Risikokonstellationen, die ggf. risikoreduzierende Maßnahmen notwendig machen.

## Risikolage des LBBW-Konzerns.

### Vorbemerkung.

Die quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Die Risikolage der LBBW wird somit mit den Zahlen dargestellt, mit denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgt. Der Managementansatz weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Ursachen hierfür sind insbesondere die Darstellung unter Risikogesichtspunkten sowie Abweichungen vom bilanziellen Konsolidierungskreis nach IFRS. In der internen Risikosteuerung ist als Tochterunternehmen die SüdLeasing Gruppe konsolidiert abgebildet.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Risikosteuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich wie folgt quantifizieren:

### Überleitung Bilanzansatz auf Managementansatz.

Mio.EUR	Bilanzansatz	Überleitung			Management-Ansatz
		Konsolidierungskreis	Bewertung	Sonstige	
31.12.2014					
Barreserve	1 936	- 9	- 1 008	0	920
Handelsaktiva (HFT)	76 043	1 185	47 725	82	125 035
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 001	- 47	- 166	0	788
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 840	- 5	1 814	0	4 649
Finanzanlage (AFS)	22 979	2 061	- 2 889	0	22 151
Forderungen	151 619	- 1 961	5 459	- 2 583	152 534
Finanzanlage (LaR)	6 071	- 17	- 39	- 3	6 011
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	93	- 76	0	- 17	0

Die in den folgenden Darstellungen maßgebliche Größe ist das Brutto- bzw. Netto-Exposure. Hierbei ist das Brutto-Exposure als Marktwert bzw. Inanspruchnahme zzgl. externer offener Kreditzusagen definiert. Im Netto-Exposure werden ergänzend risikoreduzierende Wirkungen berücksichtigt. Hierzu gehören z. B. Netting- und Collateralvereinbarungen, die Sicherungswirkung durch Kreditderivate oder die Anrechnung klassischer Kreditsicherheiten wie z. B. Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten, Garantien oder Bürgschaften.

### Entwicklung des Exposures.

Die eingegangenen Adressenausfallrisiken standen 2014 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der beiden Exposuregrößen sowie der risikoreduzierenden Wirkungen im Stichtagsvergleich.

### Entwicklung des Exposures.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Brutto-Exposure</b>	<b>363 047</b>	<b>374 643</b>
Netting/Collateral	90 999	68 502
Kreditderivate (Protection Buy)	15 878	20 550
Klassische Kreditsicherheiten	43 886	42 781
<b>Netto-Exposure</b>	<b>212 284</b>	<b>242 810</b>

Das Netto-Exposure beträgt zum Stichtag 212 Mrd. EUR und damit 31 Mrd. EUR weniger als zum Jahresende 2013. Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau des Nicht-Kerngeschäftsportfolios, insbesondere aus dem Verkauf des von den Trägern garantierten Verbriefungsportfolios sowie weite Teile des nicht garantierten Kreditsatzgeschäfts. Des Weiteren sind Ausläufe im Financials-Portfolio sowie Rückgänge bei Öffentlichen Haushalten zu verzeichnen.

Das Brutto-Exposure reduziert sich im Stichtagsvergleich um 12 Mrd. EUR. Gestiegene Marktwerte bei Derivaten wirken hier gegenläufig zur oben beschriebenen Portfolioreduktion. Dadurch erhöhen sich gleichermaßen auch die risikoreduzierenden Wirkungen aus Netting- und Collateralvereinbarungen.

Die folgenden Darstellungen zu Portfolioqualität, Branchen, Regionen und Größenklassen geben einen Überblick über die relevanten Aspekte der Risikolage der LBBW. Dabei wird überwiegend auf das Netto-Exposure abgestellt.

### Portfolioqualität.

Die Darstellung nach internen Ratingklassen zeigt die Entwicklung der Portfolioqualität im Vergleich zum 31. Dezember 2013.

### Portfolioqualität.

Netto-Exposure	Mio. EUR 31.12.2014	in % 31.12.2014	Mio. EUR 31.12.2013	in % 31.12.2013
1(AAAA)	46 911	22,1 %	59 614	24,6 %
1(AAA) – 1(A-)	102 164	48,1 %	111 322	45,8 %
2 – 5	39 664	18,7 %	43 023	17,7 %
6 – 8	11 130	5,2 %	13 823	5,7 %
9 – 10	5 513	2,6 %	6 102	2,5 %
11 – 15	2 311	1,1 %	2 911	1,2 %
16 – 18 (Default <sup>1)</sup> )	2 531	1,2 %	3 768	1,6 %
Sonstige	2 060	1,0 %	2 246	0,9 %
<b>Summe</b>	<b>212 284</b>	<b>100,0 %</b>	<b>242 810</b>	<b>100,0 %</b>

<sup>1)</sup> Als »Default« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art.148, wie z. B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Exposure wird vor Berücksichtigung von Risikovororge/Impairments dargestellt.

Die Portfolioqualität hat sich leicht verbessert, der Investment-Grade-Anteil (Ratings 1(AAAA) bis 5) erhöht sich auf 88,9% (Vorjahr: 88,1 %). Durch den Verkauf des garantierten Verbriefungsportfolios reduziert sich zwar der 1(AAAA)-Anteil, dies wird aber durch den Anstieg von sehr guten bis guten Bonitäten kompensiert. Eine Verbesserung der Portfolioqualität zeigt sich weiter im Rückgang kritischer Bonitäten (Ratingklassen 11–15) und einem von 3,8 Mrd. EUR auf 2,5 Mrd. EUR deutlich reduzierten Default-Bestand, dessen Portfolioanteil somit von 1,6% auf 1,2% zurückgeht.

### Branchen.

Die Darstellung der Branchen nach den Dimensionen Netto-Exposure, Credit Value-at-Risk (CVaR) und Default-Bestand gibt Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit und die Risikolage in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels. Der nachfolgende Branchenausweis im Unternehmensportfolio folgt in aggregierter Form den organisatorischen Marktfolgezuständigkeiten.

## Branchen.

Mio. EUR	Netto- Exposure 31.12.2014	CVaR 31.12.2014	Default 31.12.2014	Netto- Exposure 31.12.2013	CVaR 31.12.2013	Default 31.12.2013
<b>Financials</b>	<b>95 415</b>	<b>755</b>	<b>112</b>	<b>114 560</b>	<b>982</b>	<b>364</b>
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung <sup>1)</sup>	28 460	34	0	41 583	60	130
<b>Unternehmen</b>	<b>70 267</b>	<b>2 589</b>	<b>2 271</b>	<b>73 891</b>	<b>2 549</b>	<b>3 215</b>
Automobil	10 381	325	195	9 331	420	305
Chemie und Pharma	6 101	150	92	6 027	108	76
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	6 621	442	592	8 082	458	959
Handel und Konsum	8 830	286	223	8 297	174	333
Industrie und Bau	13 752	494	387	14 418	401	570
davon Bauwirtschaft	5 534	233	180	5 811	213	304
Telekommunikation und Medien	2 608	75	57	2 770	62	101
Transport und Logistik	3 922	150	111	3 838	129	141
Versorger und Energie	10 807	331	396	11 497	283	418
davon Versorger & Entsorger	4 931	126	26	6 170	153	28
Wohnungswirtschaft	3 397	183	119	4 314	262	150
Sonstige Branchen	3 849	153	100	5 317	252	162
<b>Öffentliche Haushalte</b>	<b>41 042</b>	<b>699</b>	<b>1</b>	<b>47 799</b>	<b>586</b>	<b>2</b>
<b>Privatpersonen</b>	<b>5 560</b>	<b>230</b>	<b>146</b>	<b>6 560</b>	<b>187</b>	<b>186</b>
<b>Summe</b>	<b>212 284</b>	<b>4 274</b>	<b>2 531</b>	<b>242 810</b>	<b>4 304</b>	<b>3 768</b>

<sup>1)</sup> Ausgewiesen werden hier Geschäfte unter Gewährträgerhaftung, Geschäfte, die im Rahmen der Risikoimmunsierung mit einer Garantie des Landes Baden Württemberg versehen sind oder Geschäfte, die mit einer Garantie der SofFin ausgestattet sind. Des Weiteren sind hier Zentralbanken und Banken mit staatlichem Hintergrund enthalten.

Financials stellen mit einem Netto-Exposure von 95 Mrd. EUR die größte der vier Hauptbranchen dar. Die Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr um rund 19 Mrd. EUR resultiert insb. aus dem Auslauf von Geschäften, die unter Gewährträgerhaftung standen. Des Weiteren hat sich ein Rückgang aus dem Verkauf garantierter und nicht garantierter Verbriefungspositionen sowie Rückgängen bei kurzfristigen Geldern ergeben. Der CVaR-Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang im Netto-Exposure und aus Marktdatenänderungen.

Engagements gegenüber Unternehmen haben sich im Netto-Exposure im Vergleich zum Vorjahr um knapp 4 Mrd. EUR auf 70 Mrd. EUR reduziert. Gleichzeitig ist der CVaR aufgrund von Portfolio- und Marktdatenänderungen geringfügig angestiegen. Wie im Vorjahr trägt die Hauptbranche Unternehmen mit 61 % mehr als die Hälfte zum CVaR bei (Vorjahr: 59%).<sup>1)</sup>

Analog zum Vorjahr stellen die Einzelbranchen Automobil und gewerbliche Immobilienwirtschaft die aus Portfoliosicht bedeutendsten Unternehmensbranchen dar. Sie werden daher weiterhin intensiv unter dem Aspekt der Steuerung von Branchenkonzentrationen überwacht.

Das Netto-Exposure bei Öffentlichen Haushalten hat sich um rund 7 Mrd. EUR auf 41 Mrd. EUR verringert. Diese Veränderung hat aufgrund der sehr hohen Bonität keine nennenswerte Wirkung auf den CVaR und steht ebenfalls in Verbindung mit dem Verkauf des garantierten Verbriefungsportfolios, da die Anleihe ggü. der Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg entsprechend reduziert wurde. Der CVaR-Anstieg des verbliebenen Portfolios resultiert vornehmlich aus einer Änderung der Marktzinsen.

<sup>1)</sup> Ähnlich stellt sich die CVaR-Verteilung nach Geschäftssegmenten dar, auch hier entfällt auf das Segment Corporates mit 62 % (zum Vergleich 31. Dezember 2013: 59%) der größte CVaR-Anteil.

Bei Privatpersonen hat sich das Netto-Exposure rückläufig entwickelt. Bedingt durch Marktdatenänderungen ist der CVaR dagegen leicht angestiegen. Dieses Portfolio zeichnet sich durch eine besonders hohe Granularität aus.

### Regionen.

Der Anteil des inländischen Geschäfts am Netto-Exposure hat sich weiter erhöht und beträgt zum Stichtag ca. 76%. Die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft, die Funktion als Sparkassenzentralbank und der Abbau bei ausländischen Finanzinstituten sowie Öffentlichen Haushalten im Ausland werden weiterhin zu einem hohen Deutschland-Anteil beitragen.

Die Auslandsengagements verteilen sich insbesondere auf Westeuropa und Nordamerika. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und gegenüber supranationalen Institutionen sind von untergeordneter Bedeutung und resultieren überwiegend aus Exportfinanzierungen.

### Regionen.

Netto-Exposure in %	Anteil	Anteil
	31.12.2014	31.12.2013
Deutschland	75,8%	74,6%
Westeuropa (ohne Deutschland)	15,6%	17,0%
Nordamerika	5,3%	5,2%
Asien/Pazifik	1,7%	1,3%
Osteuropa	0,8%	1,1%
Lateinamerika	0,7%	0,8%
Afrika	0,0%	0,0%
Supranationale	0,1%	0,0%
<b>Summe</b>	<b>100,0%</b>	<b>100,0%</b>

Die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise haben sich im Jahr 2014 weiter abgeschwächt. Dementsprechend hat sich auch der von ihr ausgelöste negative Effekt auf die Portfolioqualität verringert. Details zu den Engagements in den Ländern Irland, Italien, Portugal und Spanien sind im Anhang (Notes) zu entnehmen. In Summe besteht gegenüber diesen Ländern ein Engagement i. H. v. 5,4 Mrd. EUR (zum Vergleich 31. Dezember 2013: 5,4 Mrd. EUR; jeweils IFRS-Bilanzwerte).

Unter verstärkter Beobachtung hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage stehen südosteuropäische Länder wie Zypern, Rumänien und Bulgarien. Aufgrund der politischen Lage findet eine intensivere Risikoüberwachung insbesondere für die Länder Ukraine und Russland statt. Für die oben genannten Länder sind Maßnahmen zur Risikobegrenzung beschlossen bzw. bestehende Maßnahmen bestätigt worden. Wegen des wenig bedeutsamen Exposures gehen von diesen Engagements aber materiell keine Gefahren für die Risikolage des LBBW-Konzerns aus.

### Größenklassen.

Die nachfolgende Darstellung der Größenklassen erfolgt auf Kundenebene, oder sofern eine Konzerneinbindung vorliegt, auf Ebene der Kreditnehmereinheit.

## Größenklassen.

Netto-Exposure	Anzahl 31.12.2014	Netto- Exposure in % 31.12.2014	Anzahl 31.12.2013	Netto- Exposure in % 31.12.2013
bis 10 Mio. EUR	692 740	11,2%	733 788	11,1%
bis 50 Mio. EUR	1 078	11,6%	1 234	11,3%
bis 100 Mio. EUR	224	7,6%	222	6,6%
bis 500 Mio. EUR	236	25,8%	253	23,0%
bis 1 Mrd. EUR	52	17,4%	54	15,9%
über 1 Mrd. EUR	23	26,4%	33	32,1%
<b>Summe</b>	<b>694 353</b>	<b>100%</b>	<b>735 584</b>	<b>100,0%</b>

Auf die Größenklassen bis 100 Mio. EUR Netto-Exposure entfallen 30,4% des Netto-Exposures (Vorjahr 29,0%). Die hohe Kundenanzahl resultiert hier insbesondere aus dem Retailportfolio.

In den beiden Größenklassen 100 bis 500 Mio. EUR bzw. 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR Netto-Exposure dominieren mit einem Anteil von über 99% bzw. 95% die sehr guten bis guten Bonitäten (Rating 1(AAAA) bis 5).

Die Engagements mit > 1 Mrd. EUR Netto-Exposure verringern sich von 33 auf 23 Adressen, entsprechend sinkt deren Portfolioanteil um ca. sechs Prozentpunkte auf 26,4%. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 sind in dieser Größenklasse zu 31% Landesbanken und Sparkassen (davon mehr als zwei Drittel unter Gewährträgerhaftung) und 46% Öffentliche Haushalte (insbesondere inländische Gebietskörperschaften) enthalten. Die restlichen 23% verteilen sich auf Banken und Unternehmen mit ausschließlich sehr guten Bonitäten (niedrigste Ratingklasse 1(A-)). Die Großengagements werden unter dem Aspekt der Steuerung von Klumpenrisiken weiterhin intensiv überwacht.

## Chancen.

Die Kerngeschäftstätigkeit der LBBW ist mit dem Eingehen von Adressenausfallrisiken verbunden. Gemäß den Vorgaben der Kreditrisikostrategie werden Kredite risikoadjustiert bepreist. Durch die Selektion von Geschäften mit einem vorteilhaften Risk-Return-Verhältnis ergeben sich besondere Gewinnchancen. Ferner kann sich aus einer positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Lage die Chance auf eine verbesserte Portfolioqualität und damit einhergehend einen geringeren Wertberichtigungsbedarf ergeben.

## Marktpreisrisiken.

### Definition.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren. Marktpreisrisiken werden in die Kategorien Aktien, Zins und Währung/Rohwaren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW.

#### Aktienrisiko.

Das Aktienrisiko ist zurückzuführen auf Aktien- bzw. Indexkursbewegungen und ggf. Aktien- bzw. Indexvolatilitäten.

#### Zinsrisiko.

Das Zinsrisiko beruht etwa auf Änderungen von Marktzinsen, Zinsspreads, Credit Spreads oder auch Zinsvolatilitäten.

#### Währungs-/Rohwarenrisiko.

Währungs-/Rohwarenrisiken werden im LBBW-Konzern unter der Risikoart FX-Risiko zusammengefasst und abgebildet. Das Währungsrisiko beruht auf der Entwicklung von Wechselkursen. Das Rohwarenrisiko basiert auf der Änderung von Edelmetallkursen und Rohwarenpreisen.

## Marktpreisrisikomanagement.

<b>Risikomessung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Aufsichtsrechtlich zugelassenes internes Risikomodell</li> <li>▪ Tägliche Value-at-Risk-Berechnung</li> <li>▪ Stresstests, StressVaR-Ermittlung, Backtesting-Analyse</li> <li>▪ Sensitivitäten</li> </ul>
<b>Risiküberwachung und -reporting</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Überwachung und Einhaltung der Limite durch Portfolioverantwortliche im Konzernrisikocontrolling</li> <li>▪ Tägliches, wöchentliches und monatliches Reporting</li> </ul>
<b>Risikosteuerung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vorgaben durch die Marktpreisrisikostrategie und Portfoliosteckbriefe</li> <li>▪ VaR Limitierung bis auf Portfolioebene</li> <li>▪ Verlustgrenze pro Portfolio durch Loss-Warning-Trigger</li> <li>▪ Limitierung der Sensitivitäten</li> </ul>

## Risikomessung.

### Risikomodell.

Im Finanzsektor wird das Marktrisiko der Handels- und Bankportfolios über Value-at-Risk-Prognosen abgebildet. Der Value-at-Risk (VaR) lässt sich im Rahmen eines stochastisch-mathematischen Modells bestimmen. Dieses leitet aus einer Verteilung der Marktfaktoren, einer darauf aufbauenden Bewertung und ggf. entsprechenden Vereinfachungen eine Portfoliowertverteilung ab. Hieraus wird der VaR als größtmöglicher Verlust unter dem vorgegebenen Konfidenzniveau bestimmt.

In der LBBW erfolgt die Messung mit einem eigenentwickelten Verfahren, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. Dabei werden marktinduzierte Wertschwankungen von komplexen Geschäften teilweise genähert. Darüber hinaus gehen die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzmatrix mit ein. Mithilfe von Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Das Risikomodell wird für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken des Handelsbuchs<sup>1)</sup> verwendet. In die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals geht das Gesamtrisiko ein.

Die LBBW ermittelt für aufsichtsrechtliche Zwecke den VaR aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet. Für die Abbildung im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt eine Skalierung des Maximums aus StandardVaR (Kovarianzmatrix über 250 Handelstage) und Long Term-VaR auf ein dem Ökonomischen Kapital angepasstes Niveau bei Konfidenzniveau und Haltedauer. Aufgrund regulatorischer Vorgaben wird mit dem Long Term-VaR eine längere Beobachtungsperiode von fünf Jahren zugrunde gelegt, um auch volatilere Marktphasen zu berücksichtigen. Sowohl im Handelsbuch als auch im Anlagebuch werden die Marktpreisrisiken nach der gleichen Methodik abgebildet.

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs.

Die Credit-Spread-Risiken haben einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW. Die bonitäts sensitiven Geschäfte des Handels- und Anlagebuchs werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads einzelner Adressen berechnet. Für die Credit-Spread-Risiken aus Kreditderivaten werden Referenzschuldner CDS-Sektorkurven zugeordnet. Darüber hinaus wird für die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals ein Aufschlag für das Credit-Spread-Risiko aus dem marktfähigen Kreditgeschäft angesetzt.

Vervollständigt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stressszenarien für das Handels- und Anlagebuch. Mittels Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kursverläufe und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte synthetische als auch historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausge-

<sup>1)</sup> Handelsbuch ohne Fonds, die nicht transparent abgebildet werden.

wählte Marktfaktorgruppen wie z. B. einzelne oder kombinierte Zins-Shifts oder Credit-Spread-Shifts. Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert. Alle Szenarien dienen dazu, extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt. Diese Wertänderungen aus der Stresssimulation sind außerdem in die risikoarten-übergreifenden Stressszenarien eingebunden und damit für die Risikotragfähigkeit relevant.

Für die StressVaR-Rechnungen wird statt der letzten 250 Handelstage ein Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt, der einen signifikanten Stresszeitraum umfasst. Wöchentlich wird der StressVaR unter Berücksichtigung der relevanten Beobachtungsperiode für das in der aufsichtlichen Meldung erforderliche Handelsbuchportfolio berechnet. Eine zweite Rechnung simuliert auf der für den Konzern relevanten Periode die Risikoerhöhung unter Stress. Dieser Wert wird auch in die risikoarten-übergreifenden MaRisk-Stressszenarien eingebunden und ist damit für die Risikotragfähigkeit relevant. Der relevante Beobachtungszeitraum wird vierteljährlich für das nach CRR relevante Portfolio sowie den Konzern ermittelt.

#### Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Neben der Einführung neuer Produkte nahm die Bank in 2014 nach Genehmigung durch die Aufsicht folgende Modellanpassungen vor:

- Umstellung der Modellierung von Volatilitätsrisiken für Zinsoptionen auf ein marktübliches Volasmile-Modell
- VaR-Rechnung für pfadabhängige Aktien-Optionen unter Verwendung eines Bewertungsmodells mit lokaler Volatilität mittels finiter Differenzen

Die Verwendung eines geänderten Aggregationsverfahrens zur Ermittlung des Risikobetrags für allgemeine Zins- und Aktienrisiken befindet sich noch im Abnahmeverfahren mit der Aufsicht.

#### Validierung des Risikomodells.

Im Sinne einer regelmäßigen Qualitätssicherung und Validierung werden neben den Bewertungen auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Generell gilt jedoch, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind. Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen Modellrisiken begegnet die LBBW durch weiterführende Analysen und Limitierungen sowie ggf. durch Bewertungsabschlüsse. Für Modellrisiken wird außerdem zusätzlich ein angemessener Betrag in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Speziell werden hier die Rückläufer aus Micro-Emissionen sowie Produkte mit vereinfachter Abbildung in Risiko und Backtesting berücksichtigt.

Die Güte der resultierenden VaR-Prognosen ist aufsichtsrechtlich im Rahmen eines regelmäßigen Validierungsprozesses von einer eigenständigen Organisationseinheit zu überprüfen. Am Beginn dieses Prozesses stehen die Überprüfung des Modelldesigns und die Identifizierung möglicher Modellrisiken. In der Folge werden durch maßgeschneiderte Validierungsanalysen die Materialitäten der Modellrisiken sowohl isoliert als auch in ihrer Kombination quantifiziert. Eine besondere Bedeutung

kommt in diesem Zusammenhang der Backtesting-Analyse zu, d. h. dem statistischen Rückvergleich der tatsächlich eingetretenen Portfoliowertänderung mit den korrespondierenden VaR-Prognosen. Für diese Portfoliowertänderungen werden die reinen Bewertungsänderungen des Bestands ohne Neugeschäfte und Intraday-Ergebnisse (sog. Clean-P/L) herangezogen.

Aufgrund aufsichtlicher Vorgaben erfolgt ein zusätzliches Backtesting auf Basis der sog. Dirty-P/L. Die Dirty-P/L ist die tatsächliche Wertveränderung ohne Provisionen und Gebühren. Sie wird auf Basis des ökonomischen Ergebnisses ermittelt.

## Risiküberwachung und -reporting.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der u. a. in den Portfoliosteckbriefen detaillierten Risikostrategie werden durch den jeweiligen Portfolioverantwortlichen im Konzernrisikocontrolling überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Berichterstattung umfasst im Einzelnen:

- Tagesbericht mit der Übersicht über die Ergebnis- und Risikoentwicklung,
- Stresstestbericht, der wöchentlich die Auswirkungen der Stressszenarien enthält,
- Gesamtrisikobericht, der monatlich erstellt wird und detaillierte Informationen über Risiko- und Ertragsentwicklung, StressVaR, Ökonomisches Kapital und Überwachung des ÖKap-Limits beinhaltet.

## Risikosteuerung.

Der strategische Rahmen der quantitativen Marktpreisrisikosteuerung im LBBW-Konzern ist durch die Festlegung des ÖKap-Limits für Marktpreisrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch den Vorstand gesetzt. Der Loss-Warning-Trigger dient als Indikator für Marktwertverluste der ökonomischen P/L und damit einhergehend einer Reduktion der Risikodeckungsmasse. Die Loss-Warning-Trigger auf Bereichs- bzw. Segmentebene werden mindestens jährlich unter Berücksichtigung der Risikotoleranz durch den Vorstand vorgegeben. Die Verteilung auf die darunter liegenden Portfolios wird durch die zuständigen Kompetenzträger im Handel vorgenommen.

Für die strategische Steuerung und die monatliche Anrechnung auf das ÖKap-Limit im strategischen Limitsystem erfolgt die Ermittlung des relevanten VaR-Betrags. Soweit eine vollständige Quantifizierung der Risiken nicht möglich ist, werden entsprechende Puffer oder Reserven angesetzt.

An das ÖKap-Limit gekoppelt sind differenzierte VaR-Portfoliolimite. Zusammen mit den Loss-Warning-Trigger legen diese gemeinsam mit den Teilstrategien den risikobezogenen Handlungsrahmen der Bereiche, Abteilungen und Gruppen des Dezernats Financial Markets/Internationales Geschäft, des Bereichs Credit Investment Portfolio sowie der Tochterunternehmen fest. Die Verantwortlichkeiten für die Steuerung der Marktpreisrisiken im LBBW-Konzern sind über die Escalation Policy festgelegt.

Die operative Steuerung (Intra Day und End of Day) in den Handelsbüchern der LBBW erfolgt mittels Sensitivitätenlimiten. Die vom Konzernrisikocontrolling überwachten End of Day-Portfoliolimite sind einzuhalten. Außerdem sind verschiedene Sonderlimite und Einschränkungen, z. B. aus dem Neuprodukte-Prozess, verabschiedet. Diese werden vom Konzernrisikocontrolling überwacht und ggf. an das Risk Committee eskaliert.

Zur detaillierten Risikosteuerung der Marktpreisrisiken werden zwischen den Handelseinheiten interne Geschäfte abgeschlossen, die in die Marktrisikoberechnung einfließen.

Die Marktpreisrisikostategie dokumentiert den strategischen Rahmen für diese Risikokategorie im LBBW-Konzern und ist aus der Geschäftsstrategie sowie der Konzernrisikostategie abgeleitet. Die Konzernrisikostategie enthält Vorgaben zum Eingehen von Marktpreisrisiken, formuliert in den Leitsätzen zur Risikonahme. Die Vorgaben zur aktiven Steuerung der wesentlichen Portfolios der LBBW sind, anknüpfend an die Marktpreisrisikostategie, in Portfoliosteckbriefen dokumentiert.

## Risikolage des LBBW-Konzerns.

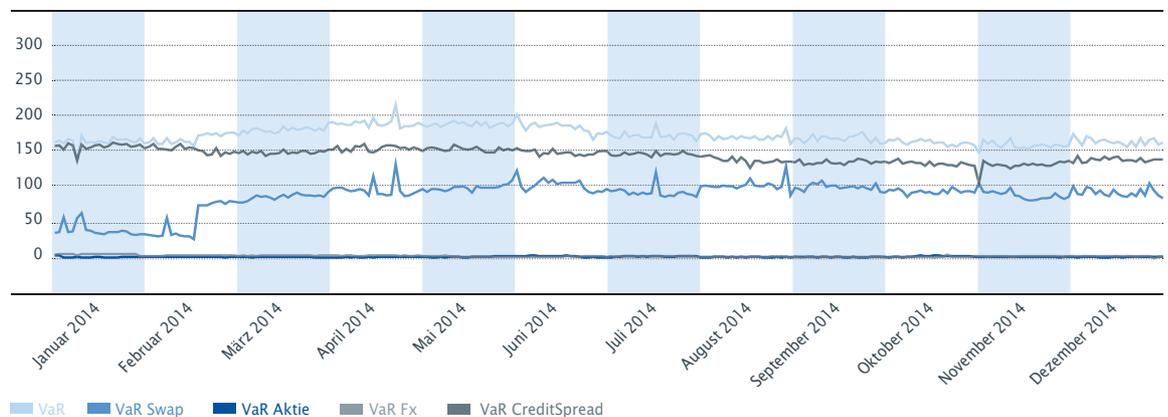
### Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2014 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Auch für die einzelnen Konzerneinheiten wurde im Jahr 2014 das Risikolimit nicht überschritten. Gleiches gilt für die Limite der entsprechenden Bereichs- und Abteilungsportfolios. Der Loss-Warning-Trigger wurde im Jahr 2014 ebenfalls für kein wesentliches Portfolio überschritten.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und den darin enthaltenen Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei von den Positionen im Anlagebuch dominiert, welches größtenteils dem Portfolio Treasury (Zins- und Liquiditätssteuerung sowie Deckungsstock) entspricht. Das Nicht-Kerngeschäftportfolio spielt aufgrund des Positionsabbaus mittlerweile eine untergeordnete Rolle. Maßgeblich für das Gesamtrisiko sind die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen einzelnen europäischen Staaten bzw. Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Krediter-satzgeschäft. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie die Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken des LBBW-Konzerns dar.

Risikoverlauf LBBW-Konzern in Mio. EUR (99%/10 Tage).



### VaR 99%/10 Tage.

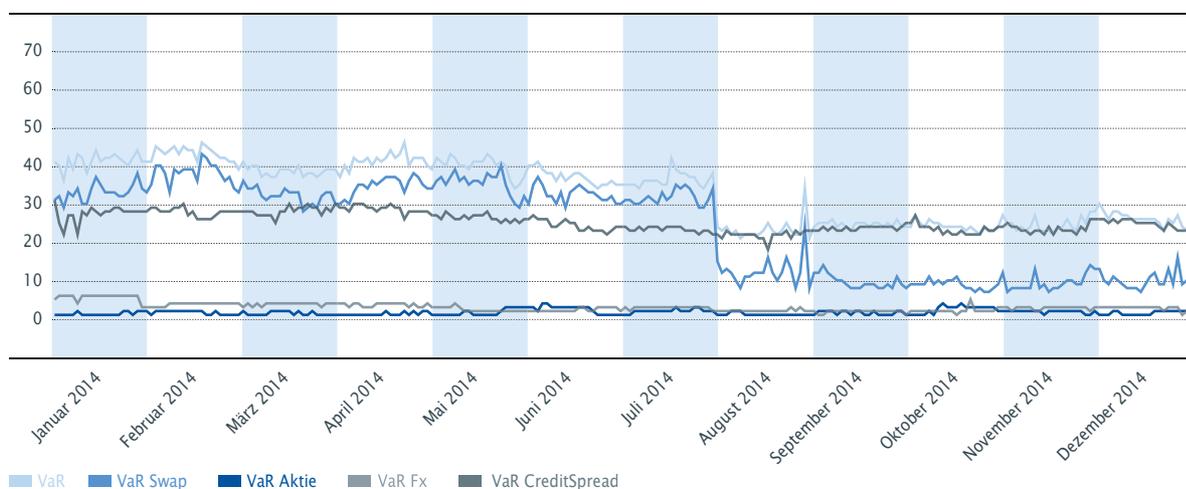
Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2014 <sup>1)</sup>	30.12.2013
<b>LBBW-Konzern</b>	<b>175</b>	<b>218</b>	<b>137</b>	<b>165</b>	<b>171</b>
Swap-Risiko	89	134	28	86	60
Credit-Spread-Risiko	147	165	108	141	160
Aktienrisiken	3	5	2	2	5
Währungsrisiken <sup>2)</sup>	4	7	1	3	6

1) Im Geschäftsjahr 2014 war der 30. Dezember 2014 der letzte Reportingtag.  
2) inkl. Rohwarenrisiken.

Im Jahr 2014 hat sich das Marktpreisrisiko des LBBW-Konzerns verringert. Dazu beigetragen hat der weitgehende Verkauf des nicht garantierten Teils des Kreditersatzgeschäfts, und die Einführung aufsichtsrechtlich abgenommener Modellanpassungen im Risikomodell.

Für das Handelsbuch zeigt sich folgende Entwicklung des VaR im Jahr 2014:

### Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR (99%/10 Tage).



### VaR 99%/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2014 <sup>1)</sup>	30.12.2013
<b>LBBW (Bank) Handelsbuch</b>	<b>34</b>	<b>47</b>	<b>22</b>	<b>26</b>	<b>41</b>
Swap-Risiko	25	44	8	13	32
Credit-Spread-Risiko	26	32	19	25	32
Aktienrisiken	3	5	2	2	2
Währungsrisiken	4	7	2	3	6

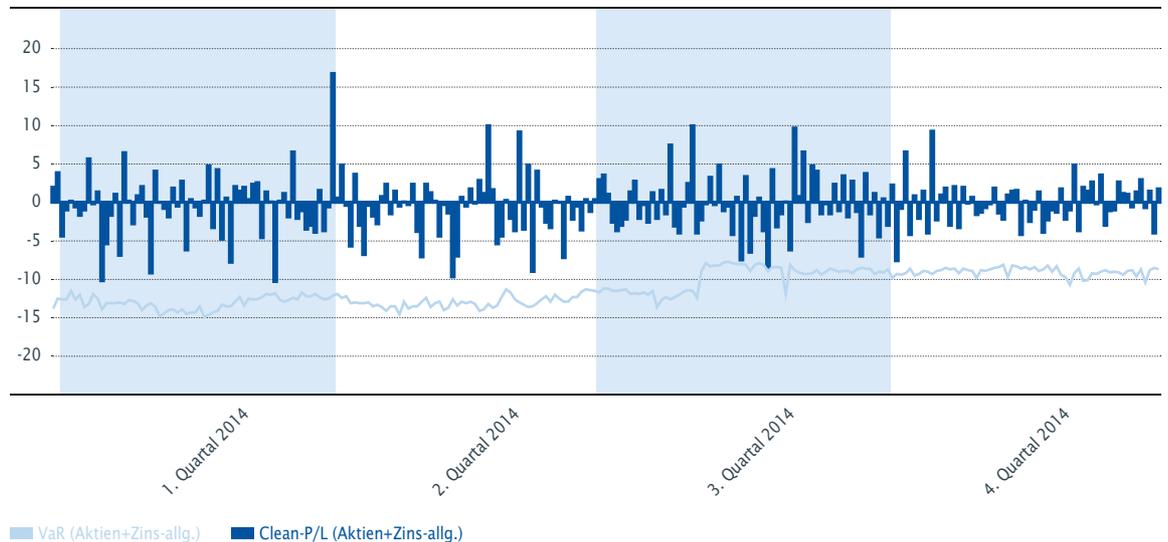
1) Im Geschäftsjahr 2014 war der 30. Dezember 2014 der letzte Reportingtag.

Das Handelsbuch der LBBW beinhaltet die Positionen des Segments Financial Markets sowie Positionen des Treasury, die der kurzfristigen Liquiditätssteuerung dienen. Der Risikorückgang ist hauptsächlich auf die Derivateportfolios zurückzuführen. Hier wirkt sich die Einführung aufsichtsrechtlich abgenommener Anpassungen im Risikomodell aus.

## Ergebnis Backtesting.

### Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 27. Dezember 2013 – 30. Dezember 2014.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Bis einschließlich des letzten Berichtstags 30. Dezember 2014 weist das interne Risikomodell für die zurückliegenden 250 Handelstage im CRR-Portfolio für die Clean-P/L keine Ausnahme auf.

Wegen starker Marktbewegungen (Ausweitungen in Bond- und CDS-Spreads, Swapsätze, Devisenkurse und Zinsvolatilitäten) war für die zurückliegenden 250 Handelstage für den LBBW-Konzern, das Anlagebuch und für das Handelsbuch jeweils eine Ausnahme zu verzeichnen.

Auf Basis der Dirty-P/L war für das Jahr 2014 sowohl für das nach CRR relevante Portfolio als auch für das Handelsbuch eine Ausnahme zu verzeichnen. Ursache der Ausnahme war eine aperiodische Ergebniskomponente, die auf eine Kurvenumstellung im Bewertungssystem zurückzuführen ist. Ein Rückschluss auf mangelnde Prognosequalität des internen Modells kann daher nicht gezogen werden.

Aufsichtsrechtlich muss daher kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden. Da erst ab fünf Ausnahmen eine Auswirkung auf den Gewichtungsfaktor des internen Modells möglich ist, bleibt dieser unverändert.

### Stresstest.

Im Adverse-Case-Szenario sind die Stresstest-Werte aufgrund eines in 2014 neu eingeführten Szenarios, welches einen inversen Zinskurvenanstieg widerspiegelt, deutlich angestiegen.

Im Rahmen der Durchführung der Stresstests werden auch die Auswirkungen eines Zinsschocks auf die Strategische Bankposition ermittelt. Hierzu werden die Zinskurven um +/- 200 BP verschoben. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben fordern hierzu, dass das Ergebnis einen Anteil von 20% des haftenden Eigenkapitals nicht überschreitet. Dieses Limit war im Jahr 2014 stets eingehalten.

### Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Marktpreise auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird für Anleihen, Kreditderivate, Aktien und Swaps ermittelt. Es erfolgt eine Aufteilung in exogenes und endogenes Risiko. Das exogene Marktliquiditätsrisiko resultiert aus der Tatsache, dass die Bewertung der Marktrisikopositionen auf Mid-Werten basiert, bei einer Glattstellung von Positionen jedoch Bid- oder Ask-Preise erzielt werden. Bei der Berechnung des exogenen Risikos wird auch die Volatilität des Bid-Ask-Spreads berücksichtigt. Das endogene Marktliquiditätsrisiko tritt in den Fällen auf, in denen die eigene Position relativ zur Marktkapazität nicht mehr vernachlässigt werden kann. Hier besteht das Risiko, mit der Liquidierung bzw. Glattstellung der Position eine zusätzliche, aus Sicht der LBBW ungünstige Veränderung des Bid-Ask-Spreads zu verursachen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird über ein Modell ermittelt, welches Bonds, Kreditderivate, Swaps und Aktien beinhaltet. Per 30. Dezember 2014 lag das über dieses Modell ermittelte Marktliquiditätsrisiko bei 348 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr hat sich das Marktliquiditätsrisiko leicht um 15 Mio. EUR verringert.

### Chancen.

Die Portfolios des LBBW-Konzerns sind stark von der Credit-Spread-Entwicklung abhängig. Eine weitere Verringerung der relevanten Credit Spreads wirkt sich aus heutiger Sicht positiv für das Bewertungsergebnis des LBBW-Konzerns aus. Die Höhe der Auswirkung ist abhängig von der Entwicklung der Bestände im LBBW-Konzern.

## Liquiditätsrisiken. Definition.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

## Liquiditätsrisikomanagement.

<b>Risikomessung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Tägliche Ermittlung der Liquiditäts-Gaps und des Refinanzierungspotenzials über Notenbanken</li> <li>▪ Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität</li> <li>▪ Regelmäßige Quantifizierung aller wesentlichen Abruftrisiken</li> <li>▪ Stresstests</li> <li>▪ Analyse der Investorenbasis über Investorenlisten</li> </ul>
<b>Risikoüberwachung und -reporting</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Täglich detaillierte Berichte der Liquiditäts-Gaps pro Standort und Währung und der Liquiditätsreserven</li> <li>▪ Monatliche Berichte zu allen Aspekten des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos im Risk Committee und im ALCo</li> </ul>
<b>Risikosteuerung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz in Form von Gap-Limiten und Survival Times</li> <li>▪ Festgelegte Eskalationswege bei Nichteinhaltung der Vorgaben</li> <li>▪ Steuerung der Aktiv- und Passivseite der Bilanz über ein Funds Transfer Pricing</li> </ul>

## Risikomessung.

Das Risiko der jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel ist kein Ergebnisrisiko. Folglich kann es durch die Ermittlung eines potenziellen Vermögensschadens als Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb in der LBBW über quantitative Vorgaben und Limite gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz der Geschäftsleitung festgelegt werden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst u. a.:

- Tägliche Erstellung von taggenauen Liquiditäts-Gaps in allen Währungen für die LBBW (Bank) und zweimal wöchentliche Erstellung taggenauer Liquiditäts-Gaps für den LBBW-Konzern.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken per Stichtag und im Zeitablauf.
- Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität und als Basis für die Funding-Planung.
- Erstellung von Investorenlisten, anhand derer mögliche Konzentrationen und etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Beobachtung, Analyse und regelmäßige Quantifizierung aller wesentlichen Abruftrisiken.
- Durchführung wöchentlicher und monatlicher sowie anlassbezogener Stresstests. Laufende Überprüfung und ggf. Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein Survival-Period-Konzept definiert, d. h. es werden durch die Geschäftsleitung Zeitspannen vorgegeben, über welche die LBBW auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll.

Die bei der regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Vorgaben insbesondere im Rahmen von Stresstests zu treffenden Annahmen werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob sie unter den aktuellen Marktgegebenheiten noch angemessen sind. Besteht infolge aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarf, wird dieser über das Risk Committee an die Geschäftsleitung berichtet und führt nach entsprechender Genehmigung zu zeitnahen Adjustierungen. Daneben besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand über diverse Zeithorizonte.

Zur frühzeitigen Identifikation neu hinzukommender Abruftrisiken oder einer Erhöhung des Risikos aus bekannten aber bisher immateriellen Abruftrisiken dienen u. a. die folgenden Maßnahmen:

- Permanente Analyse des dokumentierten Geschäftsbetriebs (Gesamtrisikobericht, ALCo-Unterlagen, Neue-Produkte-Prozesse) auf neue oder an Bedeutung zunehmende Abruftrisiken.
- Beobachtung der täglichen Liquiditätsflüsse über das EZB-Konto unter dem Aspekt, ob große Zahlungsflüsse auftreten, die nicht aus fälligen Geschäften oder den sonstigen bekannten Ursachen für Zahlungsbewegungen resultieren.

Alle gemäß Risikoinventur wesentlichen Tochtergesellschaften und alle Conduits/SIVs sind in die regelmäßige Berichterstattung der Liquiditätsrisiken nach LBBW Vorgaben eingebunden. Die Liquiditätsrisiken bei Töchtern und Beteiligungen werden gleich behandelt wie bei der LBBW (Bank).

## Risiküberwachung und -reporting.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW verantwortlich. Auf operativer Ebene erfolgt die tägliche Überwachung durch das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos, wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet. Zur laufenden Überwachung werden täglich diverse Berichte erstellt, die unterschiedliche Teilaspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos – wie bspw. eine Disaggregation der Liquiditäts-Gaps nach Währungen – detailliert darstellen, und an Empfänger im Konzernrisikocontrolling und Treasury verteilt.

## Risikosteuerung.

Das zentrale Gremium für die Steuerung der Liquidität und der Refinanzierung ist das monatlich tagende Asset Liability Committee (ALCo). Das ALCo erstellt im Auftrag des Gesamtvorstands die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie, legt diese dem Gesamtvorstand zum Beschluss vor und überwacht die Umsetzung der Beschlüsse.

Die Entscheidungen des Asset Liability Committees werden vom Bereich Treasury unter der Zielsetzung einer aktiven Ertrags- und Risikooptimierung und unter Einhaltung der Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz umgesetzt. Die strategischen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz sind dabei so gestaltet, dass die Zahlungsfähigkeit des Konzerns in EUR und Fremdwährung auch in extremen Marktsituationen sowie im Fall einer deutlichen Verschlechterung der von den Marktteilnehmern wahrgenommenen Bonität der LBBW für einen hinreichend langen Zeitraum gesichert ist, um vorübergehende Krisen zu überstehen. Damit ist auch sichergestellt, dass bei vorübergehenden adversen Entwicklungen ein ausreichendes Zeitfenster für Anpassungen der Geschäftsstrategie und die Prüfung geschäftspolitischer Alternativen zur Verfügung steht.

Das ALCo ist für die internen Verrechnungszinssätze (OZ-Sätze) sowie die Überwachung der Steuerungswirkungen der OZ-Sätze und Pricing-Modelle auf die Geschäftsbereiche und die Liquiditäts- und Refinanzierungslage des Konzerns verantwortlich. Die Risikoadäquanz der Methoden zur Ermittlung der internen Liquiditäts-Verrechnungspreise (Funds Transfer Pricing) überwacht das Risk Committee.

Die operative Steuerung über laufend an die Marktgegebenheiten anzupassende markt- und risikogerechte interne Verrechnungspreise erfolgt durch das Treasury und ist ein elementarer Bestandteil des Managements der Aktiv- und Passivseite der Bilanz.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2014 bildeten erneut Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding. Pfandbriefe stellen weiterhin eine wesentliche Refinanzierungsquelle dar.

Für die Sicherstellung der Intraday-Liquidität ist das Treasury zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Liquiditätsbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine detaillierte Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Es ist vorgesehen, die Notfallplanung mindestens jährlich zu überprüfen und durch den Vorstand neu in Kraft setzen zu lassen.

## Risikolage des LBBW-Konzerns.

Im Jahr 2014 war die Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns stets komfortabel. Zur guten Liquiditätssituation haben erneut beigetragen:

- Das stabile Kundeneinlagengeschäft
- Die Freisetzung von Liquidität durch den Abbau des Kreditersatzgeschäfts

Auf Sicht von drei und zwölf Monaten war der Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand stets durch freie Liquiditätsreserven gedeckt. Dies galt auch unter jeweiliger Hinzunahme der wesentlichen Abrufisiken und des Refinanzierungspotenzials am Markt.

## Übersicht Refinanzierungsbedarf und Liquiditätsreserven.

Mrd. EUR per 31.12.2014	3 Monate	12 Monate
Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand (deterministischer Cashflow)	18,6	14,5
Wesentliche Abrufisiken (stochastischer Cashflow)	15,0	35,7
Freie Liquiditätsreserven	23,6	29,7
Refinanzierungspotenzial am Markt	34,3	38,2

Die Zahlungsfähigkeit des LBBW-Konzerns war auf Sicht von drei Monaten auch unter den Annahmen von schwerwiegenden Stressszenarien jederzeit sichergestellt. So zeigen die gemäß den Vorgaben des BTR 3.2 MaRisk gestalteten Liquiditätsrisiko-Stressszenarien Ratingdowngrade, Finanzmarktkrise und Marktkrise mit Downgrade, dass das verbleibende Refinanzierungspotenzial über den Markt zzgl. den freien Liquiditätsreserven den möglichen Refinanzierungsbedarf unter Stressbedingungen für diesen Zeitraum übersteigt.

## Ergebnisse der ökonomischen Stressszenarien.

Szenario Mrd. EUR per 31.12.2014	Refinanzierungsbedarf	Refinanzierungspotenzial (Notenbanken und Markt)
Ratingdowngrade	35,3	48,7
Finanzmarktkrise	35,2	57,1
Marktkrise mit Downgrade	35,5	53,6

Alle Limite und sonstigen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz waren im Jahr 2014 stets eingehalten. Die Liquiditätsreserven waren durchgängig ausreichend bemessen, um auch eventuelle hohe kurzfristig eintretende Liquiditätsabflüsse ausgleichen zu können. Im Jahr 2014 musste zur Deckung des Refinanzierungsbedarfs nicht auf Liquiditätsfazilitäten von Zentralbanken zurückgegriffen werden.

Die Anforderungen des Standardansatzes der Liquiditätsverordnung wurden im Berichtsjahr jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennzahl für das LBBW-Institut lag per 31. Dezember 2014

bei 1,34 (31. Dezember 2013: 1,47). Eine entsprechende Kennzahl auf Gruppenebene liegt nicht vor, da die aufsichtliche Meldung dieser Kennzahl auf Einzelinstitutsebene erfolgt.

### Chancen.

Die Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns ist komfortabel. Der LBBW werden mehr Gelder an den Geld- und Kapitalmärkten angeboten als aktuell für die Refinanzierung des Konzerns benötigt werden. Die breite und gut diversifizierte Refinanzierungsbasis würde es der LBBW ermöglichen, deutlich mehr Passivmittel aufzunehmen. Insbesondere ist keine Verschlechterung der Liquiditätssituation aufgrund der Niedrigzinsphase erkennbar. Das Interesse der Investoren an Refinanzierungsprodukten des LBBW-Konzerns ist ungebrochen hoch. Für die weitere Entwicklung des LBBW-Konzerns sind derzeit keine Restriktionen von der Refinanzierungsseite der Bilanz erkennbar.

### Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Zur Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) wurde ein differenziertes Limitsystem eingerichtet. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Der Vorstand und das Risk Committee werden vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Im Jahr 2014 wurden die Anforderungen jederzeit erfüllt. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

## Operationelle Risiken. Definition.

Operationelle Risiken sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. In jeder dieser genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass der LBBW-Konzern in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen, Klagen oder Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften und Rahmenbedingungen werden kann.

Kreditrisiken im Zusammenhang mit Operationellen Risiken werden analog der aufsichtsrechtlichen Vorgaben ebenfalls betrachtet. Die Effekte hierzu sind in den Angaben zum Adressenausfallrisiko enthalten.

## Management operationeller Risiken.

<p><b>Risikomessung</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Säule I: Standardansatz</li> <li>▪ Säule II: OpVaR</li> </ul>
<p><b>Risiküberwachung und -reporting</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Dualer Gesamtansatz</li> <li>▪ Zentrale Vorgaben: Strategie und Regelwerke</li> <li>▪ Organisationsmodell: Rollen und Verantwortlichkeiten</li> <li>▪ Risikoüberwachung: Methoden und Instrumente des OpRisk-Controllings</li> <li>▪ Berichtswesen</li> <li>▪ Risikolage</li> </ul>
<p><b>Risikosteuerung</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Einhaltung der Vorgaben der Risikostrategie Operationelle Risiken</li> <li>▪ Handlungsstrategien</li> <li>▪ Maßnahmenmanagement</li> </ul>

## Risikomessung.

In der LBBW wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit (RTF) des LBBW-Konzerns wird für die interne ökonomische Steuerung ein Operational Value-at-Risk (OpVaR)-Modell verwendet.

Das Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeldspezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle sowie Szenario-Analysen einbezogen.

Im Jahr 2014 ergaben sich im Rahmen einer Modellüberarbeitung verschiedene grundlegende Modelländerungen. Bezüglich der Modellzellen fand eine Konsolidierung statt. Die schadensfallbasierte Modellierung wurde von den Ergebnissen aus den Szenario-Analysen getrennt, um sie anschließend als gewichtete Modelle zusammenzuführen. Für die Modellierung der Korrelationen wurden konservative Methoden entwickelt.

Für die Ermittlung des OpVaR im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird ein Konfidenzniveau von 99,93% sowie ein Zeithorizont von einem Jahr verwendet.

Das für die interne Steuerung verwendete OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Es bestehen ökonomische Stressszenarien, welche die Risikoparameter Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle des OpVaR-Modells variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt. Die Stresstestergebnisse des operationellen Risikos fließen auch in die übergreifenden MaRisk-Stressszenarien ein.

## Risikoüberwachung, Reporting und Risikosteuerung.

Der LBBW-Konzern verfügt über ein umfassendes System zum Management und Controlling operationeller Risiken. Entsprechend einem dualen Gesamtansatzes ist zum einen eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings zuständig. Zum anderen fällt die Durchführung der implementierten Prozesse für das Management der operationellen Risiken im LBBW-Konzern in die primäre Verantwortung der Bereiche und Konzernunternehmen.

Die zentralen Vorgaben im Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie und Policy für operationelle Risiken sowie darüber hinaus in Arbeitsanweisungen verankert. Hierbei sind in der Risikostrategie und Policy das Risikoprofil des LBBW-Konzerns, die Leitsätze der Risikokultur sowie der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess im Hinblick auf operationelle Risiken geregelt.

Ein Hauptaugenmerk im Management und Controlling operationeller Risiken liegt darauf, diese früh zu erkennen, transparent darzustellen und aktiv zu steuern. Zentraler Anknüpfungspunkt für alle Instrumente der Steuerung und des Controllings operationeller Risiken ist das funktionale Organisationsmodell, das umfassend die Rollen und Verantwortlichkeiten der Prozessbeteiligten beschreibt. In diesem Zusammenhang haben die dezentralen Operational Risk Manager eine bedeutende Stellung. Sie unterstützen die Bereichsleitungen bzw. Geschäftsführungen bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente und dem Berichtswesen, sind Ansprechpartner zu operationellen Risiken für die Mitarbeiter und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling.

Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Methoden und Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung wird jährlich eine Risikoinventur mit Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt. In den Self Assessments werden die individuellen Risiken der einzelnen Bereiche des LBBW-Konzerns erhoben, um bereichsspezifische Analysen durchführen und umfangreiche steuerungsrelevante Informationen erhalten zu können. Die bedeutendsten im Rahmen der Self Assessments erkannten Risiken werden in der Szenario-Analyse mithilfe von Standardszenarien aggregiert und umfassend analysiert. Darauf aufbauend werden Reduzierungsmaßnahmen erhoben und implementiert. Die Methodik wurde in allen Geschäftsfeldern sowie wesentlichen Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns ausgerollt. Die

Ergebnisse der Szenario-Analysen fließen in das OpVaR-Modell ein. Des Weiteren werden regelmäßig Risikoindikatoren erhoben und reportet.

Das OpRisk-Maßnahmenmanagement spielt eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken. Die Steuerung erfolgt proaktiv durch die Bereiche und Konzerngesellschaften auf Basis der Risikostrategie für operationelle Risiken. Für den Umgang mit Operationellen Risiken stehen vier Handlungsstrategien zur Auswahl: Risiko vermeiden, transferieren, reduzieren oder akzeptieren. Für die Festlegung spielt das implementierte Maßnahmenmanagement, das interne Kontrollsystem und eine offene Risikokultur eine wichtige Rolle. Eine Schlüsselrolle bei der Vermeidung operationeller Risiken kommt der Sensibilität aller Mitarbeiter für Risiken und einem offenen Umgang damit zu. Als Ziel wird eine Risikominimierung bzw. -vermeidung unter Berücksichtigung von Kosten-/Nutzenaspekten verfolgt. Können mögliche Schäden nicht komplett vermieden werden, sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Eine weitere Reduzierung des OpRisk Potenzials erfolgt u. a. durch die stetige Verbesserung der Geschäftsprozesse. Notfallkonzepte und Geschäftsfortführungspläne dienen der Schadenbegrenzung bei Eintritt eines Notfalls.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Des Weiteren wird der Vorstand durch das Risk Committee bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion unterstützt.

## Risikolage des LBBW-Konzerns.

Die eingegangenen operationellen Risiken standen 2014 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Vorausschauend werden keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

Nachfolgend werden Rechtsrisiken, IT-Risiken und Personalrisiken erläutert, da sie zentrale Bereiche des operationellen Risikos darstellen.

### Rechtsrisiken.

Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch die Rechtsrisiken. Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies gilt auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folgen von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene.

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für den Konzern tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Rechtsabteilungen eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW

freigegeben. Dabei bedient sich die LBBW auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden soweit möglich anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie in Kooperation mit den zuständigen Bereichen neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen des Konzerns.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb des Konzerns in maßgeblicher Weise mit.

Aufgrund neuerer höchst- und obergerichtlicher Rechtsprechung bleibt die Bankenlandschaft weiterhin mit nicht unerheblichen Rechtsrisiken aus Kundentransaktionen in komplexen Derivaten konfrontiert. Die angesprochene richterrechtliche Entwicklung bleibt auch für die LBBW relevant, zumal sich hierzu noch keine einheitliche Rechtsprechung herausgebildet hat.

In richterlicher Fortbildung sind auch aktuelle verbraucherrechtliche Entwicklungen. So sind im Geschäftsjahr 2014 exemplarisch neue Urteile des BGH zu Kreditverträgen mit Verbrauchern, zu Preis- und Leistungsverzeichnissen oder Rechtsprechung der Gerichte in Bezug auf die Anlageberatung für die LBBW auf Relevanz zu bewerten gewesen.

Es ist damit zu rechnen, dass diese Rechtsfortbildung in den verschiedenen Themenfeldern auch künftig fort dauern wird. Die hierauf vom Vorstand der LBBW initiierten kontinuierlichen rechtlichen Analyse- und Risikoprozesse tragen dem weiterhin auch durch kontinuierliche Rechtsbeobachtung Rechnung.

Nach heutigem Kenntnisstand wurde angemessene Vorsorge zur Abdeckung rechtlicher Risiken getroffen, wobei die künftige Entwicklung von Rechtsprechung und Rechtsstreitigkeiten weiterhin von wesentlicher Bedeutung für die LBBW ist. Die Rückstellungsbildung betrifft dabei auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Rechtsprechung im Wesentlichen die Abdeckung rechtlicher Risiken aus bestimmten Derivatetransaktionen sowie verbraucherrechtlicher Risiken.

#### IT-Risiken.

Die wesentlichen Geschäftsprozesse der Bank sind heute maßgeblich durch IT unterstützt oder abhängig von IT-Lösungen. In diesem Zuge gewinnt auch die IT-Sicherheit zunehmend an Bedeutung. Einhergehend mit dieser wachsenden Bedeutung betreibt die LBBW ein Information Security Management System (ISMS) basierend auf dem Internationalen Standard ISO 27001 und entwickelt dieses ISMS kontinuierlich weiter. Bedrohungen und Risiken wird mit vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen begegnet, um diese auf ein akzeptables Potenzial zu reduzieren.

Das IT-Risikomanagement wurde auch in 2014 systematisch und strukturiert weiterentwickelt. Das Instrument der Risikoanalyse wurde konsequent angewendet. So konnten die Top-Risiken im Kontext des Berechtigungsmanagements der LBBW sowie die Bedrohungen aus dem Internet (Cyber Threats) für die IT-Sicherheitsinfrastruktur der LBBW identifiziert, bewertet und entsprechende Risikostrategien (Maßnahmen) vorgeschlagen werden. In diesem Kontext wurde als Risiko-mitigierende Maßnahme, um von einer Ex post zu einer Ex ante Sicht zu gelangen, in 2014 mit der Voruntersuchung Log- und Eventmanagement begonnen. Ziel soll es sein, in 2015 ein Security Information and Event Management System (SIEM) einzuführen, um mithilfe geeigneter und angemessener Verfahren, Prozesse und IT-Systeme Daten zu sammeln, zu analysieren und im Falle von Anomalien wirksam reagieren zu können. Risikoanalysen sollen auch in Zukunft verstärkt eingesetzt werden, um eine angemessene und konsistente IT-Risikosteuerung für die LBBW sicherzustellen.

Gemeinsam mit ausgewählten Fachbereichen wurde ein Leitfaden und daraus abgeleitet eine Methodik entwickelt, die Kritikalität unterschiedlicher IT-Systeme zu bewerten und diese Bewertung als Basis für risikobasierte Maßnahmen praktikabel nutzen zu können.

Mit der Auslagerung des IT-Produktionsbetriebs sowie einem Teil der Anwendungsentwicklung an einen professionellen, auf Finanzinstitute spezialisierten Dienstleister schaffte die LBBW die Ausgangsposition für eine zukunftsfähige IT. Die LBBW setzt hierbei auf risikoreduzierende Vorteile wie die konsequente Nutzung von Standardisierung, Steigerung der Kosteneffizienz sowie Erhaltung der Innovationsfähigkeit.

Insbesondere vor dem Hintergrund der externen Leistungserbringung wurden Kontroll- und Überwachungsprozesse etabliert und weiter verfeinert. Neue und verbesserte Risikoindikatoren wurden mit dem Ziel entwickelt, IT-Risiken im Kontext der Auslagerung der IT schneller und besser zu erkennen, um entsprechende Maßnahmen einleiten zu können.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von IT-Systemen sicherzustellen, ist ein IT-Krisenstab implementiert, der nach definierten Prozessen im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch mit den IT-Dienstleistern, gewährleistet. Die Vorgehensweise und die organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement-Handbuch beschrieben. Seit 2014 erfolgt eine quartalsmäßige Überprüfung des IT-Krisenmanagement-Handbuchs, der IT-Krisenräume und der Schlüsselpositionen.

Für den Notbetrieb der IT-Systeme halten die IT-Dienstleister Notfallpläne vor, die durch regelmäßige Übungen überprüft werden. Im Rahmen des übergeordneten Business Continuity Managements der LBBW erfolgt ein Abgleich der IT-Notfallpläne mit den Anforderungen aus den Geschäftsfortführungsplänen der Fachbereiche.

### Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie z. B. Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten, zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen, wie bspw. Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen gemessen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird u. a. jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht ein eigener Bereich mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

### Chancen.

In der LBBW werden die Schnittstellen der Bereiche mit Bezug zu operationellen Risiken (z. B. Informationstechnologie, Compliance, Revision, BCM) weiter ausgebaut und optimiert. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit den dezentralen OpRisk-Managern intensiviert, um einen abgestimmten und einheitlichen Prozess beim Umgang mit dem Thema Operationelle Risiken zu gewährleisten. Zusätzlich findet u. a. über verschiedene Gremien ein regelmäßiger Austausch statt. Des Weiteren werden die Prozesse bzgl. Rechtsrisiken, Neue Produkte oder zu Auslagerungen laufend überwacht und weiterentwickelt. Durch die Erweiterung der Erhebung von Risikoidikatoren und durch das umfassende Berichtswesen ist eine schnellere Reaktion auf Fehlentwicklungen möglich. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Risikosituation stetig zu verbessern.

## Weitere wesentliche Risiken. Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich im Konzernverbund an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochterunternehmen aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Unter Beteiligungsrisiken versteht die LBBW im engeren Sinne insbesondere das Risiko eines potenziellen Wertverlustes sowohl infolge von Ausfallereignissen als auch aufgrund der Unterverzinslichkeit von Investments in Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Um das Beteiligungsrisiko einzudämmen, werden wesentliche Tochterunternehmen und Beteiligungen nur eingegangen, sofern eine adäquate Risikosteuerung sowie eine angemessene Einbindung in die Prozesse der LBBW gewährleistet sind.

In Abhängigkeit der Einflussnahmemöglichkeiten der LBBW erfolgt die Steuerung der Tochterunternehmen und Beteiligungen über definierte Maßnahmen und Prozesse (u. a. Quartals-Jour-Fixe mit ausgewählten Tochterunternehmen, Plausibilisierung der Mehrjahresplanungen, diverse Berichte an den Vorstand und Gremien der LBBW sowie Gremien der Tochterunternehmen).

Für die Beteiligungssteuerung ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Insbesondere bei den geschäftspolitisch wesentlichen Tochterunternehmen dienen diesem Ziel regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und des Tochterunternehmens. Auf Ebene dieser Tochterunternehmen erfolgt die Steuerung und Kontrolle über institutionalisierte Aufsichtsräte oder vergleichbare Gremien. Auf Ebene des Konzerns erfolgt unter Beachtung der Corporate Governance die Steuerung und Kontrolle durch die Einbindung von Stabs-, Betriebs- und Marktbereichen in den Entscheidungsprozess.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW (direkt und über Holdinggesellschaften gehaltene Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW) zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist.

Wesentliche Tochterunternehmen werden grundsätzlich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene des LBBW-Konzerns in eine aggregierte Betrachtung einbezogen. Dies gilt im Einzelnen für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis-, Immobilien- und Developmentrisiko.

Bei nicht wesentlichen Tochterunternehmen sowie wesentlichen Tochterunternehmen, bei denen ausschließlich die Risikoarten Liquiditäts- und/oder Operationelles Risiko wesentlich sind, wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte durch eine integrierte Simulation mit

dem Kreditportfolio des LBBW-Konzerns quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz inklusive Stresstesting-Funktionalität herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die Geschäfts- und Risikoentwicklung in den Portfolios der nicht wesentlichen Tochterunternehmen der LBBW spiegelt sich in der Regel in dem für die Berechnung des Beteiligungsrisikos herangezogenen Beteiligungswert wider.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Gesellschaften wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell, etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Gesellschaft beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW werden jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung der Buchwertansätze unter Berücksichtigung gegebenenfalls vorliegender Planfortschreibungen der Tochterunternehmen und Beteiligungen. Bei ausgewählten Tochterunternehmen und Beteiligungen erfolgt zudem jeweils zum 31. März und 30. September eine Plausibilisierung der Wertansätze.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertisiko korrespondiert. Haupttreiber sind hierbei die großen strategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Zudem ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Tochterunternehmen Patronatserklärungen abgegeben. Des Weiteren bestehen bei ehemaligen Beteiligungen an öffentlich rechtlichen Unternehmen seitens der LBBW weiterhin Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Tochterunternehmen und Beteiligungen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Bei der Reduzierung des Beteiligungsportfolios verzeichnet die LBBW weiterhin gute Fortschritte: 2014 wurden u. a. die LBBW Bank CZ sowie Anteile an der Südwestdeutsche Salzwerke AG verkauft. Im Mai 2014 erfolgte zudem die Verschmelzung der LBBW Luxemburg S.A. auf die LBBW. Die Anzahl der kleineren Beteiligungen wurde entsprechend der neuen Geschäftsstrategie weiter reduziert. Im Rahmen der Neuausrichtung sollen auch in 2015 weitere Beteiligungen veräußert werden.

### Chancen.

Grundsätzlich besteht über die bankstrategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW die Chance auf eine optimale Ausschöpfung von Marktpotenzialen und damit eine Stärkung der Marktstellung der LBBW bei den Zielkunden und Kernmärkten sowie die Chance der optimalen Ausschöpfung bestehender Wertpotenziale und einer angemessenen Kapitalverzinsung (Dividenden/Ausschüttungen).

Im Rahmen der Neuausrichtung wird das Beteiligungsportfolio reduziert. Durch den Verkauf von Tochterunternehmen und Beteiligungen auf Konzernebene können in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktsituation sowie entsprechender Investorennachfrage Erträge für die LBBW generiert werden. Zudem erfolgt durch den Verkauf eine Bereinigung des Beteiligungsportfolios und eine damit einhergehende Komplexitätsreduktion.

### Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Pensionsrisiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der LBBW bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem operationellen Risiko oder anderen Risikoarten verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation/Marketing/Vorstandssekretariat insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit.

Bei allen Geschäftsentscheidungen ist die Auswirkung des Geschäfts auf die Reputation der LBBW zu berücksichtigen. Geschäfte, welche die Reputation der LBBW nachhaltig gefährden können, werden vermieden. Die im LBBW-Konzern formulierte Nachhaltigkeitspolitik ist einzuhalten. Der LBBW-Konzern handelt im besten und langfristigen Interesse seiner Kunden und Stakeholder.

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit Standards für alle Geschäftsbereiche. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Der Bereich Compliance und die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von Reputationsrisiken. Bei OTC-Derivaten für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produkt-Zertifizierungs-Prozess vorgeschaltet.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikoarten haben. Es zeigt sich daher insbesondere in verringerten Provisionserträgen oder Zinskonditionsbeiträgen sowie in erhöhten Kosten.

Es kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Auch verringerte Erträge aufgrund von möglichen strategischen Fehlentscheidungen können ursächlich für das Geschäftsrisiko sein. Stellt

sich die LBBW nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen ein, können diese die Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Um für das Geschäftsrisiko Transparenz zu schaffen und das Risiko zu minimieren, wird im Rahmen des Planungsprozesses das Risiko der Nichterreichung der Ziele durch das Aufzeigen von Risikofaktoren berücksichtigt. Die Marktbereiche haben ihre Aufbau- und Ablauforganisation so auszurichten, dass mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiken minimiert und die Planungen erreicht werden können.

Zudem erfolgt bei strategischen Projekten (bspw. Neuausrichtung bestimmter Geschäftsfelder oder Akquisition) eine umfassende Abwägung und Offenlegung der Chancen und Risiken. Dabei werden alle relevanten Bereiche in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt. Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Das Pensionsrisiko ist die potenzielle Notwendigkeit zur Erhöhung der Pensionsrückstellungen aufgrund gestiegener erwarteter Pensionsausgaben und insbesondere bewertungstechnischer Auswirkungen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Zins-, Renten- und Gehaltsentwicklung. Die Pensionsrisiken werden über Szenario-Analysen auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens quantifiziert. Die negative Entwicklung der hierbei zugrunde liegenden Sensitivitäten ist verantwortlich für den entsprechenden Anstieg. Bei steigenden Zinsen ergibt sich für die LBBW die Chance auf rückläufige Pensionsrückstellungen und entsprechend geringere Pensionsrisiken.

Das Pensionsrisiko wird derzeit akzeptiert und passiv überwacht. Auf die mögliche Absicherung z. B. der Zinskomponente wird aktuell verzichtet. Bei wesentlichen Änderungen erfolgt eine Entscheidung des Vorstands bzgl. der Risikostrategie (Risiko akzeptieren oder absichern) unter Berücksichtigung der GuV- und Eigenkapital-Volatilität.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Pensionsrisiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die Quantifizierung erfolgt durch expertenbasierte Approximationsverfahren und szenariobasierte Ermittlungen.

## Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobilienmarktsituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Nutzungsmöglichkeiten, Leerstände, Mindereinnahmen, Bauschäden etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft, die eine eigene Risikokategorie bilden, sowie Risiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Letztere werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Immobilienrisiken können sowohl in den eigengenutzten Beständen (Büroimmobilien) als auch in den fremdgenutzten Gewerbebeständen auftreten. Das Management der Immobilien erfolgt durch die LBBW Immobilien-Gruppe.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf positive Wertveränderungen und die Generierung weiterer Erträge (höhere Mieten, Mietvertragsverlängerungen, Vermietbarkeit schwieriger Flächen etc.).

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bei der Beurteilung von Investitions-/Deinvestitionsentscheidungen, wesentlichen Änderungen in der Objektplanung, dem Abschluss von Mietverträgen sowie zur Verminderung des Risikos negativer Wertveränderungen der Bestandsimmobilien sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein Immobilien-Value-at-Risk (IVaR)-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung der im Asset, Property und Facility Management tätigen operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien-Gruppe erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienpezifischer Steuerungsgrößen wie z. B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement sorgt dafür, dass Chancen und Risiken innerhalb des Portfolios in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Das Gewerbeportfolio ist diversifiziert nach Nutzungsarten, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen. Die makrostandortspezifische Diversifikation ist begrenzt, da der Gewerbebestand überwiegend am Standort Stuttgart gelegen ist. Dieser zeichnet sich jedoch insgesamt durch einen stabilen Markt mit relativ geringen Mietschwankungen aus. Die Objekte der LBBW Immobilien befinden sich zudem überwiegend in Top-Lagen mit geringem Vermietungsrisiko und sind an Mieter guter Bonität vermietet. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge mit möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Durch den Ankauf eines Immobilienportfolios in München wird der Anteil Stuttgarts am gesamten Gewerbeimmobilienportfolio im kommenden Geschäftsjahr abnehmen. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Risikoaspekte, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern untersucht. Zudem werden entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld Eigengenutzte Immobilien ist die LBBW. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Das Zielfortfolio wird den Nutzungsanforde-

rungen des LBBW-Konzerns laufend angepasst und sieht weiterhin eine Flächenoptimierung an allen Zentralstandorten der LBBW vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der LBBW und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen sowie eine Belegungsoptimierung erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

## Developmentrisiken.

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Projektentwicklungen typischerweise auftreten. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen im Planungs- und Genehmigungsbereich, den geplanten Baukosten und Terminen sowie insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus zusätzliche Risiken, z. B. Bonitätsrisiko des Partners, Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Partner, Informationsfluss oder Qualität des Partners. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall nicht mehr zurückerhalten wird oder Eigenkapital nachgeschossen werden muss, sofern es sich nicht um Non-Recourse-Finanzierungen handelt.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf höhere Exiterlöse getrieben von höheren Vermietungsergebnissen sowie von höheren Vervielfältigern. Gleichzeitig erschwert eine positive Marktentwicklung jedoch den preisgünstigen Erwerb geeigneter Developmentgrundstücke.

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bereits vor Projektbeginn sowie in sämtlichen Projektphasen bezüglich einzelprojektbezogener Faktoren sowie Auswirkungen auf das Projektportfolio sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

Der regionale Fokus liegt auf den Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet, München und Berlin. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien-Gruppe als Investor und Dienstleister in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf. Die Abarbeitung der vorhandenen Projekte außerhalb dieser Zielmärkte ist weitgehend abgeschlossen. Die Neuprojekte verlaufen planmäßig, wesentliche Risiken hieraus sind derzeit nicht zu erkennen.

Zur Messung der Developmentrisiken wird von der LBBW Immobilien-Gruppe ein mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiertes Risikomodell eingesetzt. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftige Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation im sog. Real Case angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe. Die Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

# Nachtragsbericht.

Seit dem 1. Januar 2015 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die LBBW einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW erwartet.

# IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

In der LBBW wird das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) als umfassendes System verstanden, das sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) anlehnt. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie die Lageberichterstattung dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns.

Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die im Konsolidierungskreis befindlichen Gesellschaften so in die Abläufe einbezogen werden, dass eine frist- und sachgerechte Erstellung des Konzernabschlusses gewährleistet ist.

Das rechnungslegungsbezogene IKS ist integraler Bestandteil des IKS der Gesamtbanksteuerung.

## Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation trägt der Vorstand der LBBW. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Einheiten bei der Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen aller Konzerngesellschaften entsprechen den an sie gestellten quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

## Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die ordnungsgemäße und fristgerechte interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das im Vordergrund stehende Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und die Kompetenzordnung unter Berücksichtigung der bestehenden Entscheidungsordnungen, die so auch Eingang in die in den jeweiligen Konzerngesellschaften getroffenen Regelungen gefunden haben.

Die Kontrollfunktionen werden konzernweit in den jeweiligen Fachabteilungen ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Sowohl die Erstellung des Einzelabschlusses der Bank als auch die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt – unter Einbindung der Fachbereiche – durch den Bereich Finanzen bei der LBBW (Bank) zentral.

Für die Einzel- und Konzernabschlusserstellung (Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschluss) liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet, die Kompetenzordnung beachtet und die Funktionstrennung berücksichtigt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung nach lokalem Recht, die in der Lieferung der abgestimmten und überwiegend auch geprüften Reporting Packages als Basis für die Konzernabschlusserstellung münden. Die Geschäftsführung der jeweiligen Konzerngesellschaft trägt die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der an die Gruppe Konzernabschluss übermittelten Ergebnisdaten.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt auf Grundlage der IFRS und unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten in der LBBW (Bank und Konzern), die zum beizulegenden Zeitwert bzw. Fair Value bewertet werden, erfolgt entweder auf der Basis von Preisnotierungen im Falle aktiver Märkte (Börsen, Broker, Preisserviceagenturen etc.) oder auf Basis anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, deren Inputdaten öffentlich zugänglich sind (z. B. Zinskurven, Volatilitäten, Spreads). In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Für die handelsunabhängige Überprüfung und Validierung der für Bilanzierungszwecke benutzten Preise sorgt die separate Organisationseinheit Independent Price Verification im Konzernrisikocontrolling.

Die übergeordnete Steuerung und Koordination des bereichsübergreifenden Erstellungsprozesses für den Lagebericht der LBBW erfolgt zentral durch den Bereich Konzernkommunikation unter fachlicher Gesamtverantwortung durch den Bereich Finanzen. Der Erstellungsprozess ist in die Termin- und Ablaufpläne für den Halbjahres- und Jahresabschluss integriert. Die Lageberichtsteile werden unter Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips dezentral in den Fachbereichen erstellt und durch die Bereichsleiter freigegeben. Der Bereich Konzernkommunikation (interne Evidenzzentrale) überprüft die inhaltliche Konsistenz des gesamten Lageberichts.

## Information und Kommunikation.

Die Risikoleitsätze des LBBW-Konzerns, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen IKS sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien HGB/IFRS, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW (Bank) veröffentlicht werden. Das gilt analog für das Konzernhandbuch, in dem die Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben für die Erstellung des Konzernabschlusses enthalten sind. Dieses wird unter Berücksichtigung der aktuellen IFRS-Regelungen regelmäßig aktualisiert und an die Konzerngesellschaften versandt.

Die Gruppe Grundsatzfragen/NPP (Neue-Produkte-Prozess) identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und Tochtergesellschaften und initiiert die Umsetzung.

Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess der Bank und in den Konzerngesellschaften auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft. Werden bei neuartigen Produkten von Konzerngesellschaften die Systeme und/oder Prozesse der Konzernzentrale benötigt, erfolgt die Einstufung der handelsrechtlichen Behandlung durch die Gruppe Grundsatzfragen/NPP.

Die Gruppe Konzernabschluss erstellt auf Basis der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung einer standardisierten Konsolidierungssoftware. Die Datenkonsistenz der Zulieferungen durch die Konzerngesellschaften wird hier nochmals durch implementierte Prüfregele und umfangreiche Validierungen geprüft. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt ebenfalls unter Verwendung von Standardsoftware. Die Gruppe Konzernabschluss stellt die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangangaben auf Basis der von den Konzerngesellschaften zugelierten Informationen sicher.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erstellte und an externe Interessenten bzw. Adressaten versendete Finanzberichte durchlaufen vor Versendung eine Konsistenzprüfung durch eine interne Evidenzzentrale.

Darüber hinaus hat der Vorstand Regelungen erlassen, nach denen er unverzüglich zu informieren ist, wenn in einzelnen Bereichen oder Konzerngesellschaften Zweifel an der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation aufkommen (»Ad-hoc-Informationspflicht«). Das trifft auch für die Rechnungs-

legung zu. Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen sind diese vom Konzernvorstand unverzüglich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats weiterzuleiten.

## Monitoring.

Das derzeitige IKS der LBBW zeichnet sich aus durch eine dezentrale Verantwortung der Fachbereiche für wesentliche rechnungslegungsrelevante Prozesse. Im Rechnungswesen ist eine IKS-Evidenzstelle eingerichtet, die die zentrale Überwachung des rechnungslegungsbezogenen IKS gewährleistet.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen IKS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden. Das Monitoring findet laufend während der Erstellung des Konzernjahres-/Halbjahresabschlusses statt.

In regelmäßigen Abständen finden zwischen den am Erstellungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss sowie den Lagebericht beteiligten Mitarbeitern bi- und multilaterale Abstimmungsgespräche statt, im Rahmen derer aufgetretene Probleme thematisiert und analysiert werden. Es werden adäquate Maßnahmen abgeleitet, die Eingang in die fortlaufenden Prozesse finden.

Sowohl der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats als auch die Konzernrevision fungieren als übergeordnete Monitoring-Organen. Die Konzernrevision ist für die prozessunabhängige Überprüfung des Geschäftsbetriebs zuständig und als solche Instrument der gesamten Geschäftsleitung. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

# Prognosebericht.

## Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Das Jahr 2015 dürfte eine anhaltend robuste Konjunktur mit sich bringen. Die weltwirtschaftliche Dynamik wird sich voraussichtlich geringfügig verbessern. Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte um 3,7% im Vergleich zum Jahr 2014 zulegen. Eine Belebung wird in den meisten Regionen außer in China und Russland erwartet. In Indien dürfte dagegen das BIP-Wachstum laut Prognose des Internationalen Währungsfonds auf 6,3% zulegen, in Brasilien auf 0,3%. Die konjunkturellen Frühindikatoren sind zum Ende des Jahres 2014 überwiegend gestiegen und signalisieren anhaltendes bzw. beschleunigtes Wachstum. In den USA wird das BIP-Wachstum nach Ansicht der LBBW mit 3,2% kräftiger ausfallen als im abgelaufenen Jahr mit 2,5%. Der Konjunktur hilft neben den niedrigen Zinsen voraussichtlich ein höherer Fiskalimpuls sowie die Entlastung der privaten Verbraucher angesichts der niedrigen Rohölpreise und des Anstiegs der Beschäftigung.

Das Wachstumstempo im Euroraum bleibt zwar weiterhin moderat, aber auch hier dürfte eine Verbesserung spürbar werden. Mit dem Rückenwind der expansiven Geldpolitik der EZB, dem Ölpreisverfall und der Schwäche des Euro dürfte die Wachstumsrate des BIP 1,2% betragen. Die Inflationsrate wird niedrig bleiben und mit 0,2% sogar noch den Wert von 2014 (0,5%) unterbieten.

Für Deutschland sind die Aussichten insgesamt als vorteilhaft zu bewerten. Die Konjunktur profitiert voraussichtlich weiterhin vom privaten Konsum. Zudem sind die Exportchancen der deutschen Industrie vor dem Hintergrund der robusten Weltkonjunktur und der jüngsten Abwertung des Euro an den Devisenmärkten günstig. Alles in allem rechnet die LBBW mit einem Anstieg des realen BIP um 1,8%, davon entfallen rund 0,2 Prozentpunkte auf den Kalendereffekt, der im Jahr 2015 zu mehr Arbeitstagen führt als im Vorjahr und rund 0,5 Prozentpunkte auf den sogenannten statistischen Überhang, der aus dem Wachstum des Vorjahres resultiert. Einem stärkeren Aufschwung stehen die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen entgegen, die mit den Plänen zur »Rente mit 63« dem Fachkräftemangel Vorschub leisten. Auch die Einführung des Mindestlohns dürfte sich allmählich in einigen Branchen und Regionen wachstumsmindernd auswirken.

Ein Abgleiten der Konjunktur in eine Deflationsspirale, ähnlich wie in Japan in den Neunzigerjahren, erwartet die LBBW für den Euroraum nicht. Zwar wird der Preisauftrieb, bedingt durch den starken Rückgang der Rohölpreise, im Jahr 2015 weithin gedämpft bleiben. Sobald der durch den Ölpreisrückgang spürbare Entlastungseffekt ausläuft, wird indes die Inflationsrate allmählich wieder anziehen. Im Jahresmittel dürfte im Euroraum die Inflationsrate 0,2% betragen. Für Deutschland rechnet die LBBW mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 0,6%.

Das Umfeld niedriger Zinsen dürfte im Jahr 2015 erhalten bleiben. Bedingt durch die Politik der EZB, die ihren Hauptrefinanzierungszins 2015 voraussichtlich unverändert bei 0,05% belassen wird und als Nachfrager am Staatsanleihemarkt auftreten wird, sollte die Rendite auf niedrigen Niveaus bleiben. Einen moderaten Anstieg der Renditen beiderseits des Atlantiks dürfte die von der LBBW erwartete Straffung der Geldpolitik in den USA bewirken, mit der die LBBW ab dem zweiten Quartal 2015 rechnet. Die LBBW erwartet für die 10-jährigen Bundesanleihen eine Rendite von 1,00% zum Jahresende 2015. US-Treasuries werden dann gemäß der Prognose der LBBW bei 2,90% rentieren.

## Branchen- und Wettbewerbssituation.

Am deutschen Bankenmarkt erwartet die LBBW für 2015 eine anhaltend hohe Wettbewerbsintensität und eine fortgesetzte Belastung der Institute durch das niedrige Zinsniveau. Die Bewältigung und Anpassung an die Vielzahl regulatorischer Veränderungen wird nach wie vor eine erhebliche Herausforderung für die Branche darstellen und die Kosten treiben. Zudem dürften sich die Banken weiterhin rechtlichen Risiken gegenübersehen. Der Druck auf die Institute, effizient zu wirtschaften, wird bei der vor diesem Hintergrund zu erwartenden anhaltenden Anspannung der Ertrags- und Kostensituation hoch bleiben. Unsicherheiten und Risiken gehen für die Branchenentwicklung weiterhin von unklaren Regulierungsvorhaben und der noch nicht überwundenen Schuldenkrise im Euroraum aus.

Mit Blick auf wesentliche regulatorische Veränderungen werden unter CRR/CRD IV die Anforderungen für die Institute bis zum Ende der Übergangsregelungen in 2019 sukzessive ansteigen. Darüber hinausgehende Vorgaben sind auf Ebene des Baseler Ausschusses bereits in Vorbereitung.

Im Rahmen der Bankenunion werden die deutschen Institute auf Basis der mittlerweile festgelegten Regeln der Beitragserhebung von 2015 an, zusammen mit den französischen Instituten, voraussichtlich den größten Beitrag zur Befüllung des gemeinsamen Abwicklungsfonds in der Eurozone leisten müssen. Bei einem Zielvolumen von rund 55 Mrd. EUR im Jahr 2024 werden auf die hiesigen Banken voraussichtlich Abgaben in Höhe von insgesamt über 15 Mrd. EUR zukommen. Darüber hinaus wird die Bail-in-Regelung, d. h. die Verlustbeteiligung von Eigentümern und Gläubigern im Abwicklungsfall, die ein weiterer zentraler Bestandteil des neuen Abwicklungsregimes ist, in Deutschland bereits ab 2015 gelten. Es ist zu erwarten, dass in diesem Zusammenhang die auf EU-Ebene auszugestaltende Kennziffer MREL (Mindestanforderung an Eigenmitteln und Bail-in-fähigen Bilanzpassiva) an Bedeutung gewinnen und möglicherweise die Refinanzierungsstruktur der Finanzinstitute beeinflussen wird. Ferner zeichnet sich ab, dass das neue Aufsichtsregime der EZB voraussichtlich über die zusätzlichen Kosten hinaus, die von den Banken zu tragen sind, zu Veränderungen in der Aufsichtspraxis führt, mit denen erhöhte Anforderungen und Unsicherheiten für die Institute verbunden sind. Hinzu kommen etwaige Anpassungserfordernisse aus der europäischen Einlagensicherungsrichtlinie.

Neben der Novelle der Finanzmarktrichtlinie (MIFID II/MIFIR), deren Vorgaben von den Instituten voraussichtlich Anfang 2017 zu erfüllen sind, sind im Verbraucher- und Anlegerschutz sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene weitere Initiativen in der Planung bzw. Umsetzung. Veränderungen sind mit der Deckelung der Interbankenentgelte bei kartengestützten Zahlungsvorgängen durch den europäischen Gesetzgeber und der in der Diskussion befindlichen Öffnung des Markts für Drittanbieter im Rahmen der Überarbeitung der Zahlungsverkehrsrichtlinie auch bei den Rahmenbedingungen für den Zahlungsverkehr absehbar. Über die Bankenunion hinaus möchte die neue EU-Kommission innerhalb der nächsten fünf Jahre zudem eine europäische Kapitalmarktunion schaffen. Die Details dieses neuen Projekts bleiben abzuwarten. Nach wie vor im Raum steht auch die Einführung der von einigen EU-Staaten gemeinsam angestrebten Finanztransaktionssteuer. Zudem sieht sich die Branche mit diversen Trennbankenregelungen konfrontiert. Während das bereits verabschiedete US-Trennbankengesetz, die sogenannte Volcker Rule, ab Juli 2015 sowie das deutsche Trennbankengesetz ab Juli 2016 einzuhalten sind, ist die geplante Einführung einer EU-Trennbankenregelung weiterhin offen.

## Unternehmensprognose.

### Rahmenbedingungen.

Die im Folgenden getroffenen Prognoseaussagen basieren auf der Ende 2014 erstellten Planung der LBBW. Für den Prognosezeitraum wird von einem historisch niedrigen Zinsniveau und einer stabilen wirtschaftlichen Situation mit einem moderaten BIP-Wachstum in Deutschland ausgegangen. Auch für die Eurozone wird von Wachstum ausgegangen, jedoch dürfte sich dies verhaltener entwickeln als im Inland. Im Hinblick auf regulatorische Vorhaben rechnet die LBBW nicht mit fundamentalen Änderungen, dennoch wird das Jahr 2015 geprägt sein durch die Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen und die schnelle Reaktion auf die dadurch veränderten Rahmenbedingungen.

### Ausblick der LBBW.

Auch 2015 wird die LBBW dank einer soliden Kapitalisierung ihren Kunden als verlässlicher und sicherer Partner zur Seite stehen. Das Augenmerk liegt weiterhin auf dem Auf- und Ausbau nachhaltiger Kundenbeziehungen sowie auf risikobewusstem Wachstum, insbesondere durch Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Kunden. Die Herausforderungen des Jahres 2015 werden voraussichtlich weiterhin niedrige Zinsen, steigender Wettbewerbsdruck und abermals steigende regulatorische Anforderungen sein. Dennoch treibt die LBBW auch in 2015 die kontinuierliche Weiterentwicklung von Prozessen und Produkten im Kundeninteresse voran, um das vorhandene Potenzial bestmöglich zu nutzen und um Effizienzen zu heben. Vor diesem Hintergrund findet auch der Umbau der IT-Architektur statt.

Die für die LBBW bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren werden sich auf Konzernebene im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Einhergehend mit dem Abbau von Risikoaktiva im Zuge des Umbaus zur reinen Kundenbank verbesserte sich die harte Kernkapitalquote (CET 1) zum Jahresende 2014 auf 13,6% unter Berücksichtigung der vollständigen Umsetzung von CRR/CRD IV (»fully loaded«). Daneben blieb die Gesamtkapitalquote nahezu unverändert bei 18,9%. Auch 2015 wird die LBBW auf Basis der aktuellen Planung, trotz eines geringfügigen Anstiegs der Risikoaktiva, voraussichtlich eine harte Kernkapitalquote geringfügig über dem Niveau 2014 erreichen, die beträchtlich über den Vorgaben gemäß CRR/CRD IV in Höhe von 4,5% liegt. Für die Gesamtkapitalquote wird von einem Stand leicht unter Vorjahresniveau ausgegangen. Die LBBW hat wie alle Institute unter EZB-Aufsicht ab 2015 institutsindividuelle Kapitalanforderungen zu erfüllen. Diese über den gesetzlichen Vorgaben der CRR liegenden individuellen Anforderungen werden derzeit von der EZB nach einer Stellungnahme der LBBW überprüft und innerhalb der nächsten Wochen endgültig festgelegt. Der bisher genannte Rahmen wird durch die Kapitalplanung der Bank abgedeckt und dürfte am Jahresende 2015 signifikant überschritten werden. Neben den regulatorischen Kapitalanforderungen spielt auch die ökonomische Kapitalsteuerung bei der LBBW eine wesentliche Rolle. Hinsichtlich der Auslastung der Risikodeckungsmasse wird für das Jahr 2015 mit einer Quote auf Vorjahresniveau (2014: 55%) und damit einer komfortablen Risikotragfähigkeitssituation gerechnet. Damit wird das Ziel der LBBW, eine nachhaltige Risikotragfähigkeit sicherzustellen, erreicht.

Gegenüber dem Vorjahr konnte im Jahr 2014 eine weitere Senkung der Bilanzsumme auf rund 266 Mrd. EUR realisiert werden. Reduzierend wirkte dabei die nahezu komplette Rückführung des Nicht-Kerngeschäfts vor allem durch den vollständigen Verkauf des durch die Träger der LBBW ga-

rantierten Anteils. Vor dem Hintergrund der weiteren sukzessiven Rückführung des Nicht-Kerngeschäfts und dem geplanten Ausbau von Kernaktivitäten wird zum Jahresende 2015 für den LBBW-Konzern eine Bilanzsumme antizipiert, die auf dem Niveau des Jahres 2014 verbleiben dürfte. Für die risikounabhängige regulatorische Kennzahl Leverage Ratio erwartet die LBBW für Ende 2015 einen Wert auf Vorjahresniveau von über 4%, der deutlich über der vom Baseler Ausschuss vorgesehenen Mindestmarke von 3% liegt.

Trotz des anspruchsvollen Marktumfelds übertrifft das Konzernergebnis vor Steuern der LBBW im Geschäftsjahr 2014 mit 477 Mio. EUR geringfügig das Vorjahresergebnis. Für das Jahr 2015 wird mit einer weiteren moderaten Steigerung gerechnet, sofern nicht unvorhergesehene Marktturbulenzen oder ein unerwartet starker konjunktureller Einbruch eintreten. Hierbei geht die LBBW für 2015 von einer merklichen Steigerung der Erträge in den Kern- und Wachstumsmärkten sowie in neu zu erschließenden attraktiven Wirtschaftsstandorten aus. Trotz des erwarteten wirtschaftlichen Wachstums wurde die Kreditrisikovorsorge in der Planung mit einem beträchtlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr berücksichtigt. Das vergleichsweise niedrige Niveau in 2014 resultiert aus gegenüber dem Vorjahr erhöhten Auflösungen von gebildeter Risikovorsorge. Zudem spiegelt sich darin die verbesserte Portfolioqualität wider.

Durch das stringente Kostenmanagement der LBBW werden die Verwaltungsaufwendungen 2015 trotz steigender Belastungen aus regulatorischen Anforderungen und der Bankenabgabe sowie den Aufwendungen für IT-Umbauten voraussichtlich auf Vorjahresniveau verbleiben und die Cost Income Ratio dank der Ertragssteigerung leicht sinken.

Wesentliche Risiken für die geplante Entwicklung der LBBW im Geschäftsjahr 2015 bestehen in unvorhergesehenen regulatorischen oder rechtlichen Verschärfungen, der noch nicht vollständig überwundenen Schuldenkrise im Euroraum oder einer unerwarteten Entwicklung der Marktparameter, wie beispielsweise eine längere als in der Planung zugrunde gelegte Fortsetzung des Niedrigzinsniveaus. Nicht zuletzt stellen, trotz der voraussichtlich anziehenden Konjunktur, geopolitische Risiken wie beispielweise in Russland und der Ukraine eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung dar.

Auf der anderen Seite ergeben sich für die LBBW im Geschäftsjahr 2015 Chancen auf ein Übertreffen des geplanten Ergebnisses. So könnten die Anpassung interner Prozesse, der weitere Ausbau des Kundengeschäfts und die dadurch verbesserte Marktposition bereits früher als erwartet Früchte tragen und das Ergebnis entsprechend positiv beeinflussen. Sollte außerdem eine bessere konjunkturelle Entwicklung als erwartet eintreten, könnte dies zu einer niedrigeren als angenommenen Risikovorsorge sowie zu unter Plan verbleibenden risikogewichteten Aktiva führen.

Auf Ebene der Segmente geht die LBBW für das Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr von folgenden Entwicklungen aus. Während für die operativen Segmente mit einem deutlich positiven Ergebnisbeitrag gerechnet wird, wird für das Segment Credit Investment ein verbessertes, jedoch erneut negatives Ergebnis antizipiert.

Im Segment Corporates erwartet die LBBW aufgrund des eingeschlagenen Wachstumspfad einen spürbaren Anstieg der Bilanzsumme. Unter selektiver, risikoorientierter Auswahl von Engagements wird dies voraussichtlich zu einem lediglich moderaten Anstieg der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV (»fully loaded«) führen. Da das Segment im Jahr 2014 von Gewinnen im Beteiligungsgeschäft profitierte, dürfte das prognostizierte Ergebnis vor Steuern im Jahr 2015 trotz Wachstums

spürbar unter dem des Vorjahres verbleiben. Für das Geschäftsjahr 2015 wird zudem im Rahmen der Planung von einer beträchtlich über dem niedrigen Vorjahreswert liegenden Risikovorsorge ausgegangen. Ferner tragen die voraussichtlich moderat steigenden Verwaltungsaufwendungen aus dem Ausbau des Marktanteils in bestehenden Kern- und Wachstumsmärkten perspektivisch zur nachhaltigen Entwicklung des Konzernergebnisses bei. Für das Segment ergibt sich im Jahr 2015 voraussichtlich eine Cost Income Ratio, die leicht über dem Vorjahreswert liegt.

Die Bilanzsumme des Segments Retail/Sparkassen dürfte im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert bleiben. Aufgrund der geplanten Zulassung weiterer interner Ratingverfahren antizipiert das Segment dagegen einen starken Rückgang der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV (»fully loaded«). Für das Ergebnis vor Steuern ist im gleichen Zeitraum ein beträchtlich niedrigeres Niveau geplant als 2014. Diese Entwicklung dürfte im Wesentlichen bedingt sein durch Einmalaufwendungen für die Konsolidierung von IT-Systemen und dadurch moderat steigende Verwaltungsaufwendungen. Dadurch ergibt sich für das Jahr 2015 eine Cost Income Ratio, die leicht über dem entsprechenden Vorjahreswert liegt.

Für das Segment Financial Markets prognostiziert die LBBW eine gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 kräftige Steigerung des Ergebnisses vor Steuern. Dies sollte insbesondere durch spürbar steigende Erträge, getrieben durch die stringente Ausrichtung von Organisation, Steuerlogik und Produktportfolio am Kundeninteresse, korrespondierend mit moderat gesteigerten Verwaltungsaufwendungen erreicht werden. Die LBBW erwartet entsprechend dieser Entwicklung eine leichte Verbesserung der Cost Income Ratio. Bezüglich der Risikoaktiva nach CRR/CRD IV (»fully loaded«) antizipiert die LBBW für das Geschäftsjahr 2015 einen merklichen Anstieg. Gleichzeitig dürfte die Bilanzsumme aufgrund der erwarteten Zinsentwicklung lediglich leicht ansteigen.

Nach weiterem aktiven Portfolioabbau, nicht zuletzt durch den vollständigen Verkauf des Garantieportfolios in Höhe von 4,7 Mrd. EUR im August 2014, wird die Entwicklung des Segments Credit Investment im Jahr 2015 durch den weiter voranschreitenden Auslauf des verbleibenden Sealink Portfolios geprägt sein. Aufgrund dieses Abbaus wird sich eine signifikant rückläufige Belastung aus der Gebühr für die Garantie der Träger der LBBW ergeben. Für das Jahresende 2015 antizipiert die LBBW dadurch erneut einen starken Rückgang der Bilanzsumme in diesem Segment. Zudem sollten sich die Risikoaktiva nach CRR/CRD IV (»fully loaded«) aus dem ebenfalls auslaufenden nicht garantierten Anteil des Portfolios erheblich reduzieren. Insgesamt wird auf Segmentebene für das Geschäftsjahr 2015 ein negatives Ergebnis vor Steuern antizipiert, das allerdings merklich geringer als im Vorjahr ausfallen dürfte.

Die LBBW (Bank) rechnet im Einzelabschluss für das Gesamtjahr 2015 nach Berücksichtigung der Bedienung von Hybridkapital mit einem Jahresergebnis vor Steuern nach HGB, das signifikant über dem des Vorjahres liegen sollte.

Die LBBW sieht sich trotz wettbewerbsintensiver Märkte, niedriger Zinsen und steigender regulatorischer Anforderungen für die Zukunft gut aufgestellt, was sich nicht zuletzt in der soliden Kapitalisierung zeigt. Die LBBW wird die nach erfolgreich abgeschlossener Restrukturierung erreichte gute Marktposition auch künftig nutzen und die vorhandenen Potenziale bestmöglich ausschöpfen. Dafür werden in den kommenden Jahren u. a. große Anstrengungen zum Umbau der IT-Architektur unternommen. So findet der breite und weiter vornehmlich regional auszubauende Kundenstamm in der LBBW auch künftig einen verlässlichen und sicheren Partner.

# Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).

## Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.

### Geschäftsverlauf 2014.

Die Steuerung des LBBW-Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von IFRS-Kennzahlen. Auch die LBBW (Bank) wird als wesentlicher Bestandteil des Konzerns nach diesen Kennziffern gesteuert.

Die LBBW (Bank) bewegte sich im abgelaufenen Jahr 2014 nach wie vor in einem für Banken anspruchsvollen Marktumfeld, das weiterhin durch ein anhaltend niedriges Zinsniveau, intensiven Wettbewerb am deutschen Bankenmarkt, eine aufgrund der guten Liquiditätslage der Unternehmen verhaltene Kreditnachfrage sowie weiter steigende regulatorische Anforderungen gekennzeichnet war.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen konnte das Nicht-Kernbankgeschäft durch den Verkauf des Garantieportfolios nahezu vollständig abgebaut werden. Nach diesem wichtigen Schritt und der bereits abgeschlossenen Restrukturierung sieht sich die LBBW mit ihrer breit aufgestellten Kundenbasis für die Zukunft gut positioniert. Vor diesem Hintergrund erzielte die LBBW (Bank) im abgelaufenen Geschäftsjahr mit einem um 241 Mio. EUR auf 313 Mio. EUR gesteigerten **Bilanzgewinn** ein sehr solides Ergebnis.

Das **Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung** blieb mit 424 Mio. EUR spürbar unter dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 531 Mio. EUR; vgl. Tabelle 2). Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft konnte dabei dank der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten der LBBW gegenüber dem Vorjahr beträchtlich reduziert werden. Belastend hingegen wirkte ein kräftig zurückgegangenes Nettoergebnis des Handelsbestands sowie erhöhte Verwaltungsaufwendungen, die sich nicht zuletzt aufgrund extrem hoher und gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegener Aufwendungen zur Erfüllung von regulatorischen Anforderungen ausweiteten.

Gegenüber dem **Plan** wurde im Geschäftsjahr 2014 ein leicht niedrigeres Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung erzielt. Zwar wurden die Planwerte beim Betriebsergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung zum Teil erheblich unterschritten, jedoch konnte ein im Vergleich zur Planung verbessertes Risikovorsorge /Bewertungsergebnis erzielt werden, so dass insgesamt das Planergebnis nahezu wieder erreicht wurde. Das Jahresergebnis vor Steuern und nach Hybridbedienung übertraf dabei den Vorjahreswert kräftig.

Das **Geschäftsvolumen** der LBBW reduzierte sich im Geschäftsjahr um - 11,4% bzw. - 36,5 Mrd. EUR auf 283,1 Mrd. EUR. Maßgeblich dazu beigetragen hat insbesondere der weitere Abbau von Nicht-Kernbankgeschäft (u. a. der vollständige Verkauf des Garantieportfolios bzw. große Teile des sonsti-

gen Kreditersatzgeschäfts) sowie eine im Berichtsjahr erstmalig vorgenommene Nettodarstellung bilateraler OTC-Derivate. Bei den Nicht-Handelsgeschäften entwickelten sich die Forderungen gegenüber Kreditinstituten zudem rückläufig. Gegenläufig konnte das Kreditgeschäft mit Kunden ausgebaut werden. Insgesamt entsprach die Fokussierung der Kreditvergabe auf Kerngeschäftsfelder und die Sparkassen als Verbundpartner im Rahmen der kundenorientierten Ausrichtung des Geschäftsmodells der LBBW.

Gemäß den neuen Eigenkapitalregeln nach CRR/CRD IV betrug die **harte Kernkapitalquote** des Instituts 17,6% und die **Gesamtkapitalquote** 23,8% unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen.

Die **Finanzlage** der LBBW (Bank) war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Dabei stehen der LBBW neben den klassischen Refinanzierungsmöglichkeiten, die sich aus dem Geld- und Kapitalmarkt ergeben, weitere Refinanzierungsmöglichkeiten, wie sie von den Zentralbanken angeboten werden, zur Verfügung. Die LBBW war daher zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Der geringere Refinanzierungsbedarf hatte aufgrund des strategiekonformen Abschmelzens einiger Portfolios auf der Aktivseite einen reduzierten Bestand an bilanziellen Verbindlichkeiten zur Folge.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich zum Bilanzstichtag auf 14,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 15,6 Mrd. EUR) reduziert. Maßgeblich hierfür war die planmäßige Rückzahlung der unter dem gezeichneten Kapital ausgewiesenen Stillen Einlagen in Höhe von – 1 Mrd. EUR an die Träger. Dagegen erhöhte sich der Bilanzgewinn gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. EUR.

Die **Liquiditätskennzahl** nach LiqV lag per 31. Dezember 2014 bei 1,34 (Vorjahr: 1,47) und damit signifikant über der geforderten Mindestgröße von 1,0.

## Ertragslage.

Tabelle 1: Ertragslage (inklusive Hybridbedienung und Nachholung)

	01.01.2014	01.01.2013	Veränderung	
	- 31.12.2014	- 31.12.2013	Mio. EUR	in %
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsüberschuss	1 754	1 635	119	7,3
davon laufende Hybridbedienung	- 26	- 31	5	- 16,9
davon nachzuholende Hybridbedienung	0	- 59	59	- 100,0
Provisionsüberschuss	224	177	47	26,7
Provisionsergebnis ohne Garantiprovision	415	470	- 55	- 11,6
Garantiprovision Land Baden-Württemberg	- 191	- 293	102	- 34,7
Nettoergebnis des Handelsbestands	72	276	- 204	- 73,9
Verwaltungsaufwendungen <sup>1)</sup>	- 1 604	- 1 474	- 130	8,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	50	3	47	> 100
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis</b>	<b>496</b>	<b>617</b>	<b>- 121</b>	<b>- 19,6</b>
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 72	- 199	127	- 63,7
<b>Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)</b>	<b>423</b>	<b>419</b>	<b>4</b>	<b>1,1</b>
Außerordentliches Ergebnis	- 25	23	- 48	-
Teilgewinnabführung	- 66	- 293	227	- 77,4
davon laufende Hybridbedienung	- 66	- 112	46	- 41,0
davon nachzuholende Hybridbedienung	0	- 181	181	- 100,0
<b>Jahresergebnis vor Steuern</b>	<b>333</b>	<b>149</b>	<b>184</b>	<b>&gt; 100</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 20	- 77	57	- 74,0
<b>Jahresergebnis nach Steuern</b>	<b>313</b>	<b>72</b>	<b>241</b>	<b>&gt; 100</b>
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>313</b>	<b>72</b>	<b>241</b>	<b>&gt; 100</b>

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

1) Dieser Posten umfasst neben den Personal- und Sachaufwendungen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Tabelle 2: Ertragslage (vor Hybridbedienung und Nachholung)

	01.01.2014	01.01.2013	Veränderung	
	- 31.12.2014	- 31.12.2013	Mio. EUR	in %
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsüberschuss	1 780	1 725	55	3,2
Provisionsüberschuss	224	177	47	26,7
Provisionsergebnis ohne Garantiprovision	415	470	- 55	- 11,7
Garantiprovision Land Baden-Württemberg	- 191	- 293	102	- 34,8
Nettoergebnis des Handelsbestands	72	276	- 204	- 74,1
Verwaltungsaufwendungen <sup>1)</sup>	- 1 604	- 1 474	- 131	8,9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	50	3	47	> 100
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis</b>	<b>521</b>	<b>707</b>	<b>- 186</b>	<b>- 26,3</b>
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 72	- 199	126	- 63,6
<b>Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)</b>	<b>449</b>	<b>509</b>	<b>- 60</b>	<b>- 11,8</b>
Außerordentliches Ergebnis	- 25	23	- 48	-
<b>Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung</b>	<b>424</b>	<b>531</b>	<b>- 108</b>	<b>- 20,2</b>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 20	- 77	57	- 74,2
<b>Jahresergebnis nach Steuern und vor Hybridbedienung</b>	<b>404</b>	<b>454</b>	<b>- 50</b>	<b>- 11,1</b>
Nachholung Hybridkapital	0	- 239	239	- 100,0
Laufende Bedienung Hybridkapital	- 91	- 143	52	- 36,4
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>313</b>	<b>72</b>	<b>241</b>	<b>&gt; 100</b>

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

1) Dieser Posten umfasst neben den Personal- und Sachaufwendungen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Die nachfolgenden Erläuterungen basieren auf Tabelle 2.

Der **Zinsüberschuss** in der LBBW (Bank) konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz eines insgesamt rückläufigen Geschäftsvolumens geringfügig um 55 Mio. EUR auf 1 780 Mio. EUR gesteigert werden. Im Zusammenhang mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau auf den Geld- und Kapitalmärkten reduzierten sich die Zinsaufwendungen hierbei stärker als die Zinserträge. Der Rückgang der Zinserträge resultierte neben dem nochmals verringerten Zinsniveau im Wesentlichen aus den sich rückläufig entwickelnden Volumina an Forderungen sowie dem weiteren Abbau von Nicht-Kernbankgeschäft. Die Zinsaufwendungen reduzierten sich ebenfalls wegen der zinsniveau- und liquiditätsbedingten verbesserten Refinanzierungsmöglichkeiten, darüber hinaus aufgrund der weiterhin stabilen bzw. verbesserten Ratings der LBBW. Zudem trugen im abgelaufenen Berichtsjahr höhere Ausschüttungen aus Beteiligungen zur insgesamt positiven Entwicklung bei. Zudem entwickelte sich das Nettozinsergebnis aus Handels- und Sicherungsderivaten positiv. Maßgeblich hierfür war insbesondere das reduzierte Derivatevolumen.

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 47 Mio. EUR auf 224 Mio. EUR (Vorjahr: 177 Mio. EUR). Dabei zeigten die einzelnen Provisionsarten ein differenziertes Bild. Getragen wurde der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch signifikant verminderte Aufwendungen für die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende Garantiprovision in Höhe von – 191 Mio. EUR (Vorjahr: – 293 Mio. EUR). Ursächlich hierfür war der vollständige Verkauf des von den Trägern der LBBW garantierten Verbriefungsportfolios. Die LBBW finanziert weiterhin die nicht konsolidierungspflichtige Zweckgesellschaft Sealink. Für bestimmte Kredite an diese Zweckgesellschaft existiert nach wie vor eine Garantie des Landes Baden-Württemberg, wofür auch in Zukunft noch Provisionszahlungen anfallen werden. Insgesamt leicht rückläufig gegenüber dem Vorjahr erwiesen sich die restlichen Provisionsarten, infolge der zu Beginn des Jahres spürbar verhaltenen Kreditnachfrage war u. a. ein deutlich niedrigeres Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften zu verzeichnen.

Das **Nettoergebnis des Handelsbestands** reduzierte sich von 276 Mio. EUR im Vorjahr auf 72 Mio. EUR im laufenden Jahr. Der Ergebnisrückgang resultierte u. a. aus erhöhten Bewertungseffekten und einem aufgrund niedrigerer Nachfrage nach Absicherungsprodukten zurückgegangenen Kapitalmarktgeschäft. Zu berücksichtigen ist, dass das äußerst hohe Vorjahresergebnis hierbei u. a. durch einen lebhaften Handel mit Zinsprodukten gekennzeichnet war. Unter Berücksichtigung der Entwicklung von Handelsbeständen sowie von relevanten Marktparametern konnten in 2014 gesetzlich zu bildende Risikoabschläge (Value at Risk) in Höhe von 24 Mio. EUR (Vorjahr: 8 Mio. EUR) aufgelöst werden. Die Dotierung des Sonderposten für allgemeine Bankrisiken reduzierte sich im Berichtszeitraum ebenfalls auf – 8 Mio. EUR (Vorjahr: – 30 Mio. EUR).

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von – 1 474 Mio. EUR um – 130 Mio. EUR auf insgesamt – 1 604 Mio. EUR. Bedingt durch das im Jahr 2013 gestartete Outsourcing von Aktivitäten im IT-Umfeld ergaben sich auch in 2014 weitere strukturelle Verschiebungen in den Aufwandsarten. Die Personalaufwendungen stiegen um – 35 Mio. EUR an. Ein wesentlicher Bestandteil waren hierbei u. a. aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von – 55 Mio. EUR. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen gab es punktuell Entlastungen, jedoch führten insbesondere erhöhte Belastungen für die Bewältigung von regulatorischen Anforderungen, gestiegene Beiträge für die Bankenabgabe sowie erhöhte EDV-Aufwendungen insgesamt zu einem Anstieg in Höhe von – 95 Mio. EUR. Wesentlich für die Steigerung waren auch im vergangenen Jahr gestartete Projekte zum Umbau der IT-Architektur, um den wach-

senden Anforderungen an die Banksteuerung Rechnung zu tragen. Die Abschreibungen auf Gebäude und Sachanlagen verblieben mit – 69 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** verbesserte sich durch eine Vielzahl an Einzeleffekten um 47 Mio. EUR auf 50 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR). Während die Erträge aus Beteiligungsveräußerungen rückläufig waren, konnte bei der Bildung von Rückstellungen netto eine Auflösung vornehmlich aus Rechts- und Prozessrisiken in Höhe von 23 Mio. EUR verzeichnet werden. Im Berichtsjahr 2013 wurde die Ergebnisposition zudem noch durch einen aperiodischen Steuersachverhalt belastet.

Das **Risikovorsorge- / Bewertungsergebnis** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr in Summe um 127 Mio. EUR auf – 72 Mio. EUR (Vorjahr: – 199 Mio. EUR). Hierin waren enthalten:

- Das **Bewertungsergebnis aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Derivaten der Liquiditätsreserve** verringerte sich um – 17 Mio. EUR auf – 4 Mio. EUR. Ursächlich hierfür war eine Vielzahl an Einzeleffekten, u. a. war ein Effekt aus der Neustrukturierung von kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen maßgeblich.
- Das **Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens** verbesserte sich um 17 Mio. EUR auf 55 Mio. EUR. Im Zuge des weiteren Abbaus von Nicht-Kernbankgeschäft wurden Wertpapiere des Garantieportfolios vollständig veräußert sowie weite Teile des nicht garantierten Teils des Kreditsatzgeschäfts verkauft. Gegenläufig war das Vorjahresergebnis stark beeinflusst durch positive Ergebnisbeiträge, die im Rahmen der Rückführung einzelner Großengagements erzielt werden konnten.
- Das **Bewertungsergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen** verringerte sich um – 52 Mio. EUR auf 16 Mio. EUR. Zu nennen ist hier eine im Vorjahr angefallene höhere Zuschreibung in Höhe von 68 Mio. EUR im Zuge der Verschmelzung einer Tochtergesellschaft.
- Das **Ergebnis aus Verlustübernahmen** verbesserte sich um 63 Mio. EUR auf – 24 Mio. EUR (Vorjahr: – 87 Mio. EUR). Ursächlich hierfür war eine erhöhte Risikovorsorge einer Tochtergesellschaft im Vorjahr.
- Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 115 Mio. EUR auf – 115 Mio. EUR und lag damit insgesamt beträchtlich unter den Planwerten sowie unter dem langjährigen Durchschnitt. Im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung spiegelte sich in dieser Zahl die hohe Kreditportfolioqualität der LBBW in den jeweiligen Kernmärkten wider.

Das **außerordentliche Ergebnis** reduzierte sich um – 48 Mio. EUR auf – 25 Mio. EUR. Aus der Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultierte für das Jahr 2014 -wie auch in den Vorjahren- ein außerordentlicher Aufwand in Höhe von – 27 Mio. EUR. Maßgeblich für die Veränderung war insbesondere ein positiver Effekt aus der Nettoauflösung von nicht mehr benötigten Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 49 Mio. EUR im Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2014 ergab sich in Summe ein **Jahresüberschuss vor Steuern und vor Hybridbedienung** in Höhe von 424 Mio. EUR (Vorjahr: 531 Mio. EUR).

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf – 20 Mio. EUR (Vorjahr: – 77 Mio. EUR). Die laufenden Ertragsteuern stiegen im Geschäftsjahr 2014 um – 26 Mio. EUR auf – 44 Mio. EUR an, maßgeblich hierfür war insbesondere die positive Ergebnisentwicklung bei der Bank im Inland. Frühere Jahre betreffende Ertragsteuern verbesserten sich insbesondere aufgrund mehrerer Sondereffekte auf 24 Mio. EUR. Beispielfhaft zu nennen ist unter ande-

rem die Anerkennung von steuerlichen Teilwertabschreibungen bei Leasinggesellschaften im Falle von dauerhaften Wertminderungen, welche nun ergebniswirksam angesetzt werden dürfen.

Das **Jahresergebnis nach Steuern und vor Hybridbedienung** konnte mit 404 Mio. EUR nicht mehr ganz an das Vorjahresergebnis in Höhe von 454 Mio. EUR anknüpfen. Der kräftige Anstieg des **Bilanzgewinns** um 241 Mio. EUR auf 313 Mio. EUR steht im Zusammenhang mit den in 2013 noch nachzuholenden Zinszahlungen auf das Hybridkapital.

## Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Barreserve	1 927	2 101	- 174	- 8,3
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	0	52	- 52	- 100,0
Forderungen an Kreditinstitute	38 948	48 412	- 9 464	- 19,5
Forderungen an Kunden	111 673	109 049	2 624	2,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	31 891	44 163	- 12 272	- 27,8
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	250	326	- 76	- 23,3
Handelsbestand	58 314	71 254	- 12 940	- 18,2
Beteiligungen	649	598	51	8,5
Anteile an verbundenen Unternehmen	2 332	2 761	- 429	- 15,5
Treuhandvermögen	818	886	- 68	- 7,7
Immaterielle Anlagewerte	98	85	13	15,3
Sachanlagen	379	399	- 20	- 5,0
Sonstige Vermögensgegenstände	1 778	1 829	- 51	- 2,8
Rechnungsabgrenzungsposten	1 368	1 481	- 113	- 7,6
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>250 425</b>	<b>283 396</b>	<b>- 32 971</b>	<b>- 11,6</b>

Passiva	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	53 043	59 089	- 6 046	- 10,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	74 549	86 613	- 12 064	- 13,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	49 559	60 444	- 10 885	- 18,0
Handelsbestand	46 718	50 388	- 3 670	- 7,3
Treuhandverbindlichkeiten	818	886	- 68	- 7,7
Sonstige Verbindlichkeiten	1 552	1 023	529	51,7
Rechnungsabgrenzungsposten	1 449	1 531	- 82	- 5,4
Rückstellungen	2 183	2 359	- 176	- 7,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 766	4 360	406	9,3
Genussrechtskapital	435	584	- 149	- 25,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	521	513	8	1,6
Eigenkapital	14 830	15 606	- 776	- 5,0
<b>Summe der Passiva</b>	<b>250 425</b>	<b>283 396</b>	<b>- 32 971</b>	<b>- 11,6</b>
Eventualverbindlichkeiten	8 284	13 747	- 5 463	- 39,7
Andere Verpflichtungen	24 365	22 422	1 943	8,7
<b>Geschäftsvolumen<sup>1)</sup></b>	<b>283 074</b>	<b>319 565</b>	<b>- 36 491</b>	<b>- 11,4</b>

<sup>1)</sup> Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen. Differenzen in Höhe von +/- einer Einheit sind rundungsbedingt.

## Geschäftsvolumen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr der LBBW (Bank) war von einem deutlichen Volumenabbau gekennzeichnet. Zum 31. Dezember 2014 ging die **Bilanzsumme** um - 33,0 Mrd. EUR bzw. - 11,6 % auf 250,4 Mrd. EUR zurück.

Parallel dazu entwickelte sich auch das **Geschäftsvolumen** spürbar rückläufig und sank um – 36,5 Mrd. EUR auf 283,1 Mrd. EUR.

#### Aktivgeschäft.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 ging der Bestand der **Forderungen an Kreditinstitute** um – 9,5 Mrd. EUR auf 38,9 Mrd. EUR zurück. Mit – 4,5 Mrd. EUR entfiel ein wesentlicher Anteil des Rückgangs auf Kommunaldarlehen. Daneben war das um – 4,1 Mrd. EUR deutlich rückläufige Wertpapierpensionsgeschäft vor allem aus Tri-Party-Repogeschäften gekennzeichnet.

Zuwächse kennzeichneten den Bestand der **Forderungen an Kunden**, der bis zum Jahresende 2014 um 2,6 Mrd. EUR auf 111,7 Mrd. EUR ausgebaut wurde. Dabei dominierten die ausgeweiteten Geschäftsvolumina des Wertpapierpensionsgeschäfts mit einem Anstieg in Höhe von 6,6 Mrd. EUR. Gegenläufig war eine Verminderung der Bestände bei Hypothekendarlehen um – 2,0 Mrd. EUR und bei Kommunaldarlehen um – 1,0 Mrd. EUR zu verzeichnen.

Als Folge des weiter fortgesetzten Risikoabbaus und hierbei insbesondere durch den vollständigen Verkauf des Garantieportfolios reduzierte sich der Bestand an **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** um insgesamt – 12,3 Mrd. EUR auf 31,9 Mrd. EUR. Dabei verminderten sich die Bestände der Anleihen und Schuldverschreibungen um insgesamt – 7,9 Mrd. EUR. Ursächlich hierfür war u. a. die Fälligkeit einer Anleihe der GPBW GmbH & Co. KG (Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg) in Höhe von – 12,7 Mrd. EUR, die im Zusammenhang mit der Garantiestruktur des Risikoschirms erworben wurde. Zum Zwecke der Risikoabschirmung für die an die Zweckgesellschaft vergebenen Kredite wurde eine neu emittierte Anleihe in Höhe von 5,5 Mrd. EUR von der GPBW GmbH & Co. KG erworben. Der Rückgang bei den eigenen Schuldverschreibungen um – 4,4 Mrd. EUR war vor allem auf Sonder- bzw. Teiltilgungen zurückzuführen.

Im Jahresverlauf ging die **Handelsaktiva** spürbar um – 12,9 Mrd. EUR auf 58,3 Mrd. EUR zurück. Dieser Rückgang betraf insbesondere die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten und resultierte aus der zum Jahresende erstmals durchgeführten Nettodarstellung bilateraler OTC-Derivate mit einem Volumen von – 14,8 Mrd. EUR, gegenläufig wirkte das weiter gesunkene Zinsniveau, so dass sich der Posten insgesamt um – 7,0 Mrd. EUR reduzierte. Gleichzeitig gingen die unter den Handelsgeschäften ausgewiesenen Forderungen an Kreditinstitute um – 2,7 Mrd. EUR bzw. Forderungen an Kunden um weitere – 3,7 Mrd. EUR zurück. Maßgeblichen Anteil an dem Rückgang der Forderungen an Kunden hatte die Nettodarstellung von bilateralen OTC-Derivaten, insbesondere bezüglich der unter den Geldhandelsgeschäften in Ansatz gebrachten Marginzahlungen in Höhe von – 5,4 Mrd. EUR.

Insbesondere aufgrund der Verschmelzung der LBBW Luxemburg S.A. auf die LBBW sowie dem abgeschlossenen Verkauf der LBBW Bank CZ verminderte sich der Posten **Anteile an verbundenen Unternehmen** im Berichtsjahr 2014 von 2,8 Mrd. EUR auf 2,3 Mrd. EUR.

#### Refinanzierung.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verringerten sich im Vergleich zum Jahresende 2013 um – 6,0 Mrd. EUR auf 53,0 Mrd. EUR. Ursächlich für diese Entwicklung waren ein Rückgang bei öffentlichen Namenspfandbriefen in Höhe von – 0,6 Mrd. EUR und eine Verminderung des Geschäftsumfangs bei Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von – 2,5 Mrd. EUR. Fälligkeiten von

Schuldscheindarlehen überstiegen das Neugeschäft und führten insgesamt zu einer Reduzierung des Bestands um – 1,9 Mrd. EUR.

Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** auf 74,5 Mrd. EUR und lagen um – 12,1 Mrd. EUR deutlich unter dem Bestand zu Beginn des Geschäftsjahres. Ein wesentlicher Teil des Rückgangs entfiel dabei auf die Verminderung der von der GPBW GmbH & Co. KG (Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg) gestellten Barsicherheit um – 7,2 Mrd. EUR. Hintergrund ist das durch den vollständigen Verkauf des Garantieportfolios nicht mehr benötigte Garantievolumen. Es verblieb weiterhin ein Termingeldbestand von 5,5 Mrd. EUR zur Sicherung der an die Zweckgesellschaft Sealink gewährten Kredite. Ebenfalls rückläufig entwickelte sich das Volumen an bilateralen Wertpapierpensionsgeschäften mit – 1,1 Mrd. EUR. Aufgrund von Fälligkeiten ging der Bestand öffentlicher Namenspfandbriefe um – 1,3 Mrd. EUR zurück, Neuemissionen bei öffentlichen Namenspfandbriefen konnten die Fälligkeiten nicht kompensieren.

Der Rückgang des Bestands an **verbrieften Verbindlichkeiten** um – 10,9 Mrd. EUR auf 49,6 Mrd. EUR spiegelte die verhaltene Neugeschäftsentwicklung auf der Aktivseite wider. Sonder- bzw. Teiltilgungen, insbesondere bei eigenen Schuldverschreibungen, reduzierten den Bestand. Auslaufende Verbindlichkeiten wurden nur in geringem Umfang ersetzt. Der Bestand an Schuldverschreibungen nahm damit um – 7,5 Mrd. EUR ab, ebenso reduzierten sich die öffentlichen Pfandbriefe um – 3,3 Mrd. EUR.

Wie bereits auf der Aktivseite erläutert waren auch die passivischen Handelsgeschäfte deutlich rückläufig, so dass auch die **Handelsspassiva** im Verlauf des Berichtsjahres um – 3,7 Mrd. EUR auf 46,7 Mrd. EUR zurückging. Insbesondere die Nettodarstellung bilateraler OTC-Derivate mit einem Gesamtumfang von – 18,7 Mrd. EUR reduzierte die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. Demgegenüber wirkte das weiter gesunkene Zinsniveau bestandserhöhend, so dass der Posten negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten insgesamt um – 8,8 Mrd. EUR zurückging. Gegenläufig erhöhten sich die Geldhandelsbestände um 5,5 Mrd. EUR, darin enthalten sind bereits Effekte der Nettodarstellung bilateraler OTC-Derivate in Höhe von – 1,6 Mrd. EUR, die im Zusammenhang mit Marginzahlungen standen.

Im Berichtsjahr emittierte die LBBW **Nachrangige Verbindlichkeiten** in Höhe von 0,5 Mrd. EUR, denen Fälligkeiten in einer Größenordnung von 0,2 Mrd. EUR gegenüberstanden, so dass sich zum Jahresende 2014 ein Bestand von 4,8 Mrd. EUR ergab.

### Eigenkapital.

Aufgrund der Rückzahlung von 1,0 Mrd. EUR Stiller Einlagen an die Eigentümer der LBBW reduzierte sich das gezeichnete Kapital auf 4,8 Mrd. EUR. Inklusiv der Kapital- und Gewinnrücklage sowie des Bilanzgewinns weist die LBBW zum Jahresende 2014 ein bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 14,8 Mrd. EUR aus.

### Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Die Bank achtet dabei auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage der Bank war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die Bank war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2014 bei 1,34 (Vorjahr: 1,47).

# Konzern- abschluss.

## INHALT

Gewinn- und Verlustrechnung .....	125	19. Rückstellungen .....	156
Gesamtergebnisrechnung .....	126	20. Nachrangkapital .....	160
Bilanz .....	128	21. Eigenkapital .....	160
Eigenkapitalveränderungsrechnung .....	130	Segmentberichterstattung .....	161
Kapitalflussrechnung .....	132	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung .....	168
Anhang (Notes) .....	135	22. Zinsergebnis .....	168
Grundlagen der Aufstellung .....	135	23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft .....	169
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden .....	135	24. Provisionsergebnis .....	169
1. Grundsätze .....	135	25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten .....	169
2. Änderungen und Schätzungen .....	135	26. Ergebnis aus Finanzanlagen .....	171
3. Konsolidierungskreis .....	142	27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen .....	171
4. Konsolidierungsgrundsätze .....	144	28. Sonstiges betriebliches Ergebnis .....	171
5. Währungsumrechnung .....	145	29. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien .....	172
6. Finanzinstrumente .....	145	30. Verwaltungsaufwendungen .....	172
7. Aufrechnung .....	150	31. Restrukturierungsergebnis .....	173
8. Barreserve .....	150	32. Ertragsteuern .....	173
9. Risikovorsorge .....	150	Angaben zur Bilanz .....	176
10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen .....	151	33. Barreserve .....	176
11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen .....	151	34. Forderungen an Kreditinstitute .....	176
12. Immaterielle Vermögenswerte .....	151	35. Forderungen an Kunden .....	176
13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien .....	153	36. Risikovorsorge .....	177
14. Sachanlagen .....	154	37. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ..	177
15. Leasinggeschäft .....	154	38. Finanzanlagen .....	179
16. Ertragsteuern .....	155	39. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen .....	181
17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva .....	156		
18. Vorräte .....	156		

40. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen. ....	181	61. Buchwertüberleitung auf Kategorien. ....	216
41. Immaterielle Vermögenswerte.....	182	62. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten. ....	217
42. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. ....	184	63. Fälligkeitsanalyse. ....	217
43. Sachanlagen.....	185	64. Umkategorisierungen. ....	218
44. Ertragsteueransprüche.....	186	65. Angaben zum Derivatevolumen.....	219
45. Sonstige Aktiva. ....	186	66. Übertragung finanzieller Vermögenswerte. ....	221
46. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	187	67. Sicherheiten. ....	222
47. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	187	68. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen. .	222
48. Verbriefte Verbindlichkeiten.....	188	69. Angaben zur Emissionstätigkeit. ....	224
49. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen. ....	188	Sonstige Angaben. ....	225
50. Rückstellungen. ....	189	70. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen. ....	225
51. Ertragsteuerverpflichtungen.....	193	71. Leasingverhältnisse. ....	229
52. Sonstige Passiva.....	193	72. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.....	230
53. Nachrangkapital.....	193	73. Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen. ....	231
54. Eigenkapital. ....	195	74. PIIS Exposure. ....	233
Angaben zu Finanzinstrumenten. ....	196	75. Adressenausfallrisiko. ....	234
55. Fair-Value-Ermittlung. ....	196	76. Kapitalmanagement. ....	236
56. Fair Value von Finanzinstrumenten. ....	200	77. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	239
57. Fair-Value-Hierarchie.....	202	Zusatzangaben nach § 315a HGB.....	240
58. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.....	214	78. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures. ....	240
59. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten. ....	215	79. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	249
60. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.....	215	80. Organe und deren Mandate.....	250

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2014 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

# Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2014	01.01. – 31.12.2013 <sup>1)</sup>
Zinserträge	22	17 423	22 807
Zinsaufwendungen	22	- 15 545	- 21 034
Zinsergebnis	22	1 878	1 773
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	- 104	- 314
Provisionserträge	24	634	667
Provisionsaufwendungen	24	- 116	- 122
Provisionsergebnis	24	518	545
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	25	- 120	369
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	146	10
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	27	117	6
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	97	84
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	29	4	29
Verwaltungsaufwendungen	30	- 1 853	- 1 774
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	6	- 191	- 300
Wertminderung Goodwill	41	- 16	- 3
Restrukturierungsergebnis	31	1	48
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>		<b>477</b>	<b>473</b>
Ertragsteuern	32	- 43	- 134
<b>Konzernergebnis</b>		<b>434</b>	<b>339</b>
davon Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		434	339

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

# Gesamtergebnisrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014.

Mio. EUR	Notes	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013 <sup>1)</sup>
<b>Konzernergebnis</b>		<b>434</b>	<b>339</b>
<b>Erfolgsneutrales Konzernergebnis</b>			
<b>Sachverhalte, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden</b>			
Gewinnrücklage			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	50	- 552	89
Ertragsteuern	32	167	- 27
<b>Sachverhalte, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden</b>			
Neubewertungsrücklage			
Gewinne/Verluste aus AFS-Finanzinstrumenten vor Steuern	21, 54	260	693
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 54	- 89	- 64
Ertragsteuern	32	- 27	- 153
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen			
Veränderungen vor Steuern	21, 54	- 58	- 3
Ertragsteuern	32	- 1	0
Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow Hedges			
Fair-Value-Änderungen vor Steuern	21, 54	- 2	1
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 54	4	0
Währungsumrechnungsdifferenzen			
Veränderungen vor Steuern	21, 54	18	- 10
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 54	10	0
<b>Summe erfolgsneutrales Konzernergebnis</b>		<b>- 270</b>	<b>526</b>
davon aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen		12	- 8
<b>Konzerngesamtergebnis</b>		<b>164</b>	<b>865</b>
davon Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		164	865

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).



# Bilanz

zum 31. Dezember 2014.

## Aktiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2014	31.12.2013 <sup>1)</sup>	01.01.2013 <sup>1)</sup>
Barreserve	8, 33	1 936	2 156	2 909
Forderungen an Kreditinstitute	9, 34	38 424	47 625	50 126
Forderungen an Kunden	9, 15, 35, 69	113 195	111 453	119 098
Risikovorsorge	9, 36	- 1 594	- 2 201	- 2 519
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6, 37	79 884	70 105	108 911
Finanzanlagen	6, 38	29 050	40 660	52 771
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	3, 10, 39	302	297	303
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	6	750	355	580
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11, 40	93	727	23
Immaterielle Vermögenswerte	12, 41	489	494	502
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	13, 42	705	481	491
Sachanlagen	14, 15, 43, 69	644	646	730
Laufende Ertragsteueransprüche	16, 44	219	179	182
Latente Ertragsteueransprüche	16, 44	1 095	1 059	1 268
Sonstige Aktiva	17, 18, 45	1 038	610	1 350
<b>Summe der Aktiva</b>		<b>266 230</b>	<b>274 646</b>	<b>336 725</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

## Passiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2014	31.12.2013 <sup>1)</sup>	01.01.2013 <sup>1)</sup>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6, 46	52 314	58 045	64 250
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6, 47	69 874	82 053	85 359
Verbriefte Verbindlichkeiten	6, 48	44 231	50 693	61 964
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	6, 49	75 246	57 651	99 729
Passives Portfolio Hedge Adjustment	6	751	685	1 199
Rückstellungen	19, 50	3 455	3 133	3 129
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	11, 40	0	915	0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	16, 51	69	58	200
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16, 51	66	169	170
Sonstige Passiva	17, 52	787	742	684
Nachrangkapital	20, 53	6 229	7 103	9 715
<b>Eigenkapital</b>	<b>21, 54</b>	<b>13 208</b>	<b>13 399</b>	<b>10 326</b>
Stammkapital		3 484	3 484	2 584
Kapitalrücklage		8 240	8 240	6 910
Gewinnrücklage		920	1 214	771
Sonstiges Ergebnis		111	104	- 362
Bilanzgewinn/-verlust		434	339	399
<b>Eigenkapital der Anteilseigner</b>		<b>13 189</b>	<b>13 381</b>	<b>10 302</b>
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		19	18	24
<b>Summe der Passiva</b>		<b>266 230</b>	<b>274 646</b>	<b>336 725</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

# Eigenkapitalveränderungsrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014.

Mio. EUR	Stammkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage <sup>1)</sup>
Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	2 584	6 910	782
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	- 11
<b>angepasstes Eigenkapital zum 1. Januar 2013</b>	<b>2 584</b>	<b>6 910</b>	<b>771</b>
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	399
Kapitalerhöhung/Kapitalherabsetzung	900	1 330	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	- 7
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	62
Bewertungsänderungen in AFS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	- 3
Gewinne/Verluste aus der Bewertung von Cashflow Hedges	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
<b>Erfolgsneutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>59</b>
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	0
angepasstes Konzernergebnis	0	0	0
<b>angepasstes Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>59</b>
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	2
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	- 10
<b>angepasstes Eigenkapital zum 31. Dezember 2013</b>	<b>3 484</b>	<b>8 240</b>	<b>1 214</b>
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	339
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	- 72
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	- 175
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	- 385
Bewertungsänderungen in AFS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0
Gewinne/Verluste aus der Bewertung von Cashflow Hedges	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
<b>Erfolgsneutrales Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>- 385</b>
Konzernergebnis	0	0	0
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>- 385</b>
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	- 1
<b>Eigenkapital zum 31. Dezember 2014</b>	<b>3 484</b>	<b>8 240</b>	<b>920</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in Note 21 und 54 erläutert.

	Neubewertungs- rücklage	Bewertungs- ergebnis at Equity bewertete Unternehmen	Bewertungs- ergebnis aus Cashflow Hedges	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Bilanzgewinn/ -verlust	Eigenkapital der Anteilseigner <sup>1)</sup>	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Insgesamt <sup>1)</sup>
	- 462	106	- 3	- 4	399	10 312	21	10 333
	0	0	0	1	0	- 10	3	- 7
	- 462	106	- 3	- 3	399	10 302	24	10 326
	0	0	0	0	- 399	0	0	0
	0	0	0	0	0	2 230	0	2 230
	- 1	0	0	0	0	- 8	0	- 8
	0	0	0	0	0	62	0	62
	476	0	0	0	0	476	0	476
	0	0	0	0	0	- 3	0	- 3
	0	0	1	0	0	1	0	1
	0	0	0	- 10	0	- 10	0	- 10
	476	0	1	- 10	0	526	0	526
	0	0	0	0	- 4	- 4	6	2
	0	0	0	0	339	339	0	339
	476	0	1	- 10	339	865	0	865
	0	0	0	0	0	2	0	2
	0	0	0	0	0	- 10	- 6	- 16
	13	106	- 2	- 13	339	13 381	18	13 399
	0	0	0	0	- 339	0	0	0
	0	0	0	0	0	- 72	0	- 72
	- 108	0	0	0	0	- 283	0	- 283
	0	0	0	0	0	- 385	0	- 385
	144	0	0	0	0	144	0	144
	0	- 59	0	0	0	- 59	0	- 59
	0	0	2	0	0	2	0	2
	0	0	0	28	0	28	0	28
	144	- 59	2	28	0	- 270	0	- 270
	0	0	0	0	434	434	0	434
	144	- 59	2	28	434	164	0	164
	0	0	0	0	0	- 1	1	0
	49	47	0	15	434	13 189	19	13 208

# Kapitalflussrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2014	01.01. – 31.12.2013 <sup>1)</sup>
<b>Konzernergebnis</b>		<b>434</b>	<b>339</b>
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		185	490
Zunahme der Rückstellungen		148	144
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen		662	- 945
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		- 76	- 36
Sonstige Anpassungen		- 1 834	- 1 664
		<b>- 481</b>	<b>- 1 672</b>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		9 104	2 372
Forderungen an Kunden		- 2 203	7 184
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		6 346	32 483
Finanzanlagen		11 296	12 858
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 930	- 55
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		- 5 957	- 6 095
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		- 12 024	- 3 032
Verbriefte Verbindlichkeiten		- 6 303	- 11 079
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		981	- 35 572
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		- 546	917
Erhaltene Dividenden		88	98
Erhaltene Zinsen		17 902	27 252
Gezahlte Zinsen		- 16 317	- 25 721
Ertragsteuerzahlungen		- 78	- 248
<b>Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit</b>	<b>74</b>	<b>878</b>	<b>- 310</b>
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		176	64
Sachanlagen		5	3
Immateriellen Vermögenswerten		0	2
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		- 188	- 9
Sachanlagen		- 20	- 18
Immateriellen Vermögenswerten		- 52	- 52
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen <sup>2)</sup>		61	0
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>74</b>	<b>- 18</b>	<b>- 10</b>
Dividendenzahlungen	54	- 72	0
Mittelveränderungen aus Sonstigem Kapital		- 1 010	- 433
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>74</b>	<b>- 1 082</b>	<b>- 433</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Das Entgelt besteht komplett aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2014	01.01. – 31.12.2013
<b>Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode</b>		<b>2 156</b>	<b>2 909</b>
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		878	- 310
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		- 18	- 10
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 1 082	- 433
konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Zahlungsmittelbestands		2	0
<b>Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>33, 74</b>	<b>1 936</b>	<b>2 156</b>

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit während des Geschäftsjahres.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns und umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernergebnis ermittelt. Ihm werden die Zahlungsströme zugeordnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des LBBW-Konzerns stehen oder aus Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital, dem Genussrechtskapital und den typisch Stillen Einlagen zugerechnet.

Durch den Verkauf eines vollkonsolidierten Tochterunternehmens gingen im Geschäftsjahr insbesondere Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von 39 Mio. EUR, Forderungen an Kunden in Höhe von 570 Mio. EUR sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 34 Mio. EUR und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 718 Mio. EUR ab. Der Netto-Zufluss an Zahlungsmitteln (Verkaufspreis abzüglich abgehender Barreserve) beläuft sich auf 55 Mio. EUR.



# Anhang (Notes)

für das Geschäftsjahr 2014.

## Grundlagen der Aufstellung.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW (Bank)) als Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2014 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht, von der Europäischen Union übernommen und für den Konzern relevant und verpflichtend waren.

Der Konzernabschluss der LBBW wurde am 12. März 2015 durch den Vorstand zur Veröffentlichung genehmigt.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

### 1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IFRS 10.19 und IAS 28.35 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse der konsolidierten bzw. at Equity bewerteten Gesellschaften werden grundsätzlich auf den Stichtag des Konzernabschlusses der LBBW aufgestellt. Nur in einem Ausnahmefall liegt ein abweichender Abschlussstichtag vor. Auch in diesem Fall erfolgt die Berücksichtigung im vorliegenden Konzernabschluss mit den Werten zum 31. Dezember 2014.

Die funktionale Währung sowie die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind in der Regel auf Mio. EUR kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, die keine Einschränkungen der Berichtsqualität darstellen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Konzernabschluss wird auf Basis historischer bzw. fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – AFS) und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet.

Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden unter Anwendung einer der Effektivzinsmethode entsprechenden Vorgehensweise dargestellt.

Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden aktiviert. Ein qualifizierter Vermögenswert ist ein nicht finanzieller Vermögenswert, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten Gebrauchs- oder Verkaufszustand zu versetzen.

Im Konzern bestehen langfristige Fertigungsaufträge. Aufgrund der Unwesentlichkeit dieser Geschäfte für den Konzernabschluss werden jedoch keine weiteren Angaben dargestellt.

### 2. Änderungen und Schätzungen.

Erstmals angewendete IFRS.

Im Geschäftsjahr 2014 sind die folgenden IFRS erstmalig anzuwenden:

#### IFRS 10 Consolidated Financial Statements.

Dieser Standard beinhaltet die neuen Regelungen zur Konsolidierung und ersetzt die korrespondierenden Vorschriften in IAS 27 »Konzern- und Einzelabschlüsse« und SIC-12 »Konsolidierung – Zweckgesellschaften«. Kern

der Änderungen ist die Neudefinition des Mutter-Tochter-Verhältnisses und somit die Abgrenzung des Konsolidierungskreises. Beherrschung liegt künftig vor, wenn die folgenden drei Merkmale kumulativ erfüllt sind:

- Die LBBW besitzt direkt oder indirekt die Entscheidungsgewalt, um die für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens wesentlichen Geschäftsaktivitäten zu bestimmen.
- Die LBBW ist variablen Rückflüssen aus diesem Unternehmen ausgesetzt, wobei diese Rückflüsse sowohl positiv als auch negativ sein können.
- Es ist der LBBW möglich, mittels ihrer Entscheidungsgewalt auf die Höhe dieser variablen Rückflüsse des Unternehmens einzuwirken.

Die erstmalige Anwendung des IFRS 10 hat unter Berücksichtigungen der Übergangsvorschriften Auswirkungen auf den Konsolidierungskreis sowie die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns. Dabei handelt es sich um die erstmalige Einbeziehung zweier Verbriefungsgesellschaften sowie um die Entkonsolidierung bzw. Neu-einbeziehung einer Immobiliengesellschaft als Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode. Die Konsolidierung erfolgt rückwirkend ab dem Zeitpunkt, an dem der LBBW-Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt hat. Weiterführende Angaben zum Konsolidierungskreis sind der Note 3 zu entnehmen. Die Auswirkungen der Konsolidierungskreisänderungen auf Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und die Kapitalflussrechnung werden in den folgenden Tabellen dargestellt:

#### Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2013	01.01.2013
Forderungen an Kreditinstitute	47	47
Kontokorrentforderungen	- 2	0
Sonstige Forderungen	49	47
Forderungen an Kunden	2 403	1 926
Sonstige Forderungen	2 058	1 595
Andere Kredite	345	331
Risikovorsorge	- 22	- 15
Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung Forderungen an Kunden	- 22	- 15
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	- 1 283	- 1 540
Handelsaktiva	- 1 283	- 1 540
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten	- 1	0
Geldmarktgeschäfte	- 1 282	- 1 540
Latente Ertragsteueransprüche	- 3	- 2
Sonstige Aktiva	- 5	- 16
Vorräte	- 5	- 16
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>1 137</b>	<b>400</b>

#### Passiva.

Mio. EUR	31.12.2013	01.01.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	22
Kontokorrentverbindlichkeiten	- 54	- 47
Sonstige Verbindlichkeiten	54	69
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 132	375
Geldmarktgeschäfte	1 132	375
Rückstellungen	- 7	- 4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	- 7	- 4
<b>Eigenkapital</b>	<b>12</b>	<b>7</b>
Gewinnrücklage	3	3
Sonstiges Ergebnis	0	1
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	9	3
<b>Summe der Passiva</b>	<b>1 137</b>	<b>400</b>
Eventualverbindlichkeiten	- 2 782	- 2 236
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	- 2 782	- 2 236

**Gewinn- und Verlustrechnung.**

Mio. EUR	31.12.2013
Zinsergebnis	- 21
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	- 16
Zinsaufwendungen für Verbriefte Verbindlichkeiten	- 6
Sonstige Zinsaufwendungen	1
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 4
Zuführung Risikovorsorge	- 7
Zuführung Rückstellungen	3
Provisionsergebnis	23
Provisionserträge aus Kredit-, Treuhand- und Avalgeschäft	26
Sonstige Provisionserträge	- 3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	8
Erträge aus der Veräußerung von Vorräten	- 2
Wertminderung von Vorräten	8
Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten	2
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>6</b>
Ertragsteuern	- 1
<b>Konzernergebnis</b>	<b>5</b>
davon Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern	- 5

**Kapitalflussrechnung.**

Mio. EUR	31.12.2013
<b>Konzernergebnis</b>	<b>5</b>
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	7
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen	- 8
Sonstige Anpassungen	21
	<b>25</b>
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit	
Forderungen an Kreditinstitute	- 1
Forderungen an Kunden	- 476
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	- 257
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	- 2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	- 22
Verbrieftete Verbindlichkeiten	757
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	- 3
Erhaltene Zinsen	- 16
Gezahlte Zinsen	- 5
<b>Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit</b>	<b>0</b>

**IFRS 11 Joint Arrangements.**

Dieser Standard enthält die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen und gemeinschaftlichen Tätigkeiten und ersetzt IAS 31 »Anteile an Gemeinschaftsunternehmen« sowie SIC-13 »Gemeinschaftlich geführte Unternehmen – Nicht monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen«. Der neue IFRS 11 unterscheidet zwischen Gemeinschaftsunternehmen und gemeinschaftlichen Tätigkeiten. Gemeinschaftsunternehmen sind gemeinsame Vereinbarungen, bei der die Parteien, die gemeinschaftlich die Führung über die Vereinbarung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen. Gemeinschaftsunternehmen sind nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einzubeziehen und nicht mehr wahlweise nach der Quotenkonsolidierung. Im Gegensatz hierzu sind bei gemeinschaftlichen Tätigkeiten die dem Investor zuzurechnenden Vermögenswerte und Schulden sowie Aufwendungen und Erträge anteilmäßig in den Konzernabschluss zu übernehmen. Bei gemeinschaftlichen Tätigkeiten handelt es sich um eine gemeinsame Vereinbarung, bei der die Parteien, die gemeinschaftlich die Führung über die Vereinbarung ausüben, Rechte an den der Vereinbarung zuzurechnenden Vermögenswerten und Verpflichtungen für deren Schulden haben.

Aus der erstmaligen Anwendung des IFRS 11 ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

**IFRS 12 Disclosure of Interests in Other Entities.**

In diesem Standard wurden die Angabepflichten zu IFRS 10, IFRS 11 und IAS 28 aufgenommen. Konkret sind Informationen zu veröffentlichen, die einen Einblick in die Risiken und deren finanzielle Auswirkungen erlauben,

die mit Tochterunternehmen, gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen verbunden sind. Darüber hinaus verlangt IFRS 12 Angaben zu strukturierten Einheiten, die nicht beherrscht werden.

IFRS 12 ist erstmalig zum Jahresende anzuwenden und führt zu einer Ausweitung der Berichtspflichten in den Notes, insbesondere im Zusammenhang mit strukturierten Einheiten.

#### **IAS 27 Separate Financial Statements.**

Dieser Standard ersetzt den bisherigen IAS 27 »Konzern- und Einzelabschlüsse«. Sein Anwendungsbereich erstreckt sich ausschließlich auf die Aufstellung von Einzelabschlüssen.

Die Änderungen haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

#### **IAS 28 Investments in Associates and Joint Ventures.**

Dieser Standard beinhaltet im Wesentlichen die Definition eines assoziierten Unternehmens sowie Vorgaben zur Anwendung der Equity-Methode für assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen und ersetzt IAS 28 »Anteile an assoziierten Unternehmen«. Dazu zählen auch Klarstellungen zum Wechselspiel zwischen IAS 28 und IFRS 5 bei teilweisen Anteilsveräußerungen von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, welche im aktuellen Geschäftsjahr bereits Anwendung fanden.

#### **Consolidated Financial Statements, Joint Arrangements and Disclosure of Interests in Other Entities – Transition Guidance – Amendments to IFRS 10, IFRS 11 and IFRS 12.**

Dieser Standard gewährt vor allem Erleichterungen beim Übergang auf IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12. Insbesondere wurde die verpflichtende Angabe von quantitativen Auswirkungen auf das Vorjahr beschränkt. Zudem sind bei nicht beherrschten strukturierten Einheiten im Jahr der Erstanwendung keine Vergleichsangaben erforderlich.

Die LBBW hat die Erleichterungsvorschriften in Anspruch genommen.

#### **Investment Entities – Amendments to IFRS 10, IFRS 12 and IAS 27.**

Dieser Standard sieht für bestimmte Mutterunternehmen eine Ausnahme von der Konsolidierungspflicht von Tochterunternehmen nach IFRS 10 vor. Betroffen sind Mutterunternehmen, die die Voraussetzungen einer Investmentgesellschaft im Sinne dieses Standards erfüllen.

Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

#### **Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities – Amendments to IAS 32.**

Dieser Standard enthält eine Klarstellung zu den Voraussetzungen einer Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

#### **Novation of Derivatives and Continuation of Hedge Accounting – Amendments to IAS 39.**

Dieser Standard erweitert den Kreis der Anwendungsfälle, die bei einer Novation von Sicherungsinstrumenten einen Verzicht auf die Auflösung von Sicherungsbeziehungen ermöglichen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es möglich, dass Novationen von Sicherungsinstrumenten auf eine zentrale Gegenpartei nicht mehr zu einer Auflösung von Sicherungsbeziehungen führen.

Anwendungsfälle sind insbesondere Überführungen von außerbörslich abgeschlossenen Sicherungsderivaten auf eine zentrale Gegenpartei im Zusammenhang mit der European Market Infrastructure Regulation (EMIR). Aus der erstmaligen Anwendung resultieren keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

#### **IFRIC 21 Levies.**

Diese Interpretation regelt die Bilanzierung von öffentlichen Abgaben. Sie stellt klar, wann und in welcher Höhe diese Abgaben zu erfassen sind. In ihren Anwendungsbereich fällt auch die von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung erhobene Bankenabgabe.

Diese Interpretation wird freiwillig vorzeitig angewendet. Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

**Zukünftig anzuwendende IFRS.**

Die folgenden IFRS waren bis zum Bilanzstichtag noch nicht in Kraft getreten. Sofern nicht anders vermerkt, ist bei diesen IFRS eine Anerkennung in europäisches Recht bereits erfolgt und keine freiwillige vorzeitige Anwendung durch die LBBW beabsichtigt:

**Annual Improvements to IFRS 2010 – 2012 Cycle, Annual Improvements to IFRS 2011 – 2013 Cycle, Annual Improvements to IFRS 2012 – 2014 Cycle.**

Diese im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedeten Sammelstandards sind Instrumente des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Die Änderungen aus dem Standard »Annual Improvements to IFRS 2010–2012 Cycle« sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Die Änderungen aus dem Standard »Annual Improvements to IFRS 2011–2013 Cycle« sind erstmalig im Geschäftsjahr 2015 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Die Änderungen aus dem Standard »Annual Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle« sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

**Defined Benefit Plans: Employee Contributions – Amendments to IAS 19.**

Dieser Standard stellt klar, wie Beiträge, die die Mitarbeiter (oder dritte Parteien) selbst für die Leistungsbausteine entrichten, durch das zusagende Unternehmen zu bilanzieren sind.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden noch geprüft.

**IFRS 14 Regulatory Deferral Accounts.**

Dieser Standard erlaubt preisregulierten Unternehmen beim Übergang auf IFRS die Beibehaltung von nationalen Bilanzierungsregeln zu regulatorischen Abgrenzungsposten.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

**Agriculture: Bearer Plants – Amendments to IAS 16 and IAS 41.**

Dieser Standard ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen die Bilanzierung von fruchttragenden Pflanzen wie z. B. Weinstöcken als Sachanlagen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

**Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation – Amendments to IAS 16 and IAS 38.**

Dieser Standard stellt klar, dass erlösbasierte Abschreibungsmethoden den Verbrauch von Sachanlagen oder immateriellen Vermögenswerten in der Regel nicht angemessen abbilden. Lediglich bei immateriellen Vermögenswerten lassen die überarbeiteten Vorgaben unter bestimmten Voraussetzungen eine solche Abschreibungsmethode zu.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

**Accounting for Acquisitions of Interests in Joint Operations – Amendments to IFRS 11.**

Dieser Standard stellt klar, dass erworbene Anteile an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3 darstellt, grundsätzlich auch den Vorgaben des IFRS 3 unterliegen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden nicht erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### **Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture – Amendments to IFRS 10 and IAS 28.**

Dieser Standard stellt klar, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture die Höhe der Erfolgserfassung davon abhängig ist, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### **Equity Method in Separate Financial Statements – Amendments to IAS 27.**

Dieser Standard gestattet die Equity-Methode als weitere Bilanzierungsmöglichkeit für Anteile an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im Einzelabschluss, sofern das berichterstattende Unternehmen diesen ebenfalls in Übereinstimmung mit den IFRS aufstellt.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden und wirken sich auf den Konzernabschluss nicht aus. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### **Investment Entities: Applying the Consolidation Exception – Amendments to IFRS 10, IFRS 12 and IAS 28.**

Dieser Standard enthält Klarstellungen zur Anwendung der Ausnahme von der Konsolidierungspflicht von Tochterunternehmen nach IFRS 10 sowie zu den korrespondierenden Angabepflichten nach IFRS 12. Betroffen sind Mutterunternehmen, die die Voraussetzungen einer Investmentgesellschaft im Sinne dieses Standards erfüllen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### **Disclosure Initiative – Amendments to IAS 1.**

Dieser Standard umfasst diverse Klarstellungen zur Beurteilung der Wesentlichkeit von Angabepflichten sowie zu Ausweis- und Gliederungsfragen.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2016 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### **IFRS 15 Revenue from Contracts with Customers.**

Dieser Standard beinhaltet die neuen Regelungen zur Umsatzrealisierung und ersetzt IAS 18 »Umsatzerlöse« und IAS 11 »Fertigungsaufträge« sowie einige zugehörige Interpretationen. Er erfasst Verträge mit Kunden über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen. Ausnahmen bestehen u. a. für Finanzinstrumente und Leasingverträge.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2017 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### **IFRS 9 Financial Instruments (2014).**

Dieser Standard beinhaltet die künftig anzuwendenden Bilanzierungsvorgaben für Finanzinstrumente und ersetzt sowohl die früheren Fassungen des IFRS 9 als auch IAS 39 in weiten Teilen. Für die Kategorisierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten werden in Zukunft das zugrundeliegende Geschäftsmodell und die Produkteigenschaften im Hinblick auf Zahlungsströme ausschlaggebend sein. Die Risikovorsorge wird sich nicht mehr nur auf bereits eingetretene Verluste beschränken, sondern auch die noch erwarteten Verluste umfassen und das Hedge Accounting wird sich enger am Risikomanagement orientieren. Die Neuregelungen zum Macro Hedge Accounting sind noch in Diskussion und nicht Teil dieses Standards.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig für das Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

#### Anpassungen.

Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Darüber hinaus wurden bei der Abschlusserstellung Ermessensentscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises, der Klassifizierung der Finanzinstrumente, der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Leasingverhältnisse und der Zuordnung zu den Levels nach IFRS 13 getroffen.

Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nachrangkapital, Rückstellungen und latenten Steuern. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Cashflows vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend prospektiv angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden entsprechend IAS 8.39 folgende Schätzungsänderungen prospektiv vorgenommen:

- Es erfolgten Schätzänderungen bei den Parametern, die bei der Ermittlung des Credit Valuation Adjustments (CVA) bei öffentlichen Kontrahenten verwendet werden. Aus dieser Änderung resultiert eine Belastung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 12 Mio. EUR.
- Für die Bestimmung der Fair-Value-Hierarchie von Schuldverschreibungen wurden die Zuordnungsregeln teilweise angepasst, um Klarstellungen seitens des IFRIC bezüglich der Auslegung des IFRS 13 sowie aktuelle Marktansätze widerzuspiegeln. Dies führte zu einer Migration des Fair-Value-Volumens von Level I auf Level II in Höhe von insgesamt 8,8 Mrd. EUR sowie einer Migration von Level II auf Level I in Höhe von 0,3 Mrd. EUR.

Die Auswirkungen der in der Berichtsperiode umgesetzten Schätzänderungen auf zukünftige Berichtsperioden sind insbesondere abhängig von der Entwicklung von Marktparametern und -erwartungen in der Zukunft. Somit ist eine quantitative Bestimmung der Auswirkungen auf zukünftige Berichtsperioden nur modellhaft und eingeschränkt möglich.

Im Geschäftsjahr wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte retrospektiv korrigiert:

- Im LBBW Konzernabschluss wurde bis 2013 ein aus Konzernsicht überwiegend eigengenutztes Grundstück innerhalb der Position »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen und zum Fair Value bewertet. Aufgrund der unwesentlichen Bewertungseffekte im Geschäftsjahr 2013 erfolgt die rückwirkende Korrektur der kumulierten Ergebniseffekte aus Vorjahren im Eigenkapital zum 1. Januar 2013 und führt dort zu einer Verringerung von – 3,7 Mio. EUR sowie zu einer Erhöhung der Latenten Ertragsteueransprüche von 0,7 Mio. EUR. Die Umgliederung in die Sachanlagen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten und erhöht den Bilanzposten um 20,5 Mio. EUR.
- Aufgrund einer unsachgemäßen Bewertung von Forward-Forward Swaps in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres 2013 war der ausgewiesene Bestand der Handelsaktiva zum Stichtag 31. Dezember 2013 zu hoch. Bei der rückwirkenden Korrektur werden die Handelsaktiva um 4,1 Mio. EUR reduziert und die Latenten Ertragsteueransprüche um 0,5 Mio. EUR erhöht. Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten zum 31. Dezember 2013 wird um – 4,1 Mio. EUR verringert und der latente Steueraufwand um +0,5 Mio. EUR verbessert.
- Bei strukturierten Schuldscheindarlehen erfolgte im Fall von vertraglichen Änderungen (Modifikationen) in vorherigen Perioden eine nicht sachgerechte Erfassung von Agio-Amortisierungen bzw. Bewertungsergebnissen eingebetteter Optionen. Die Korrektur der Effekte, die bis zum Jahr 2012 erforderlich ist, erfolgt gegen das Eigenkapital zum 1. Januar 2013 und reduziert es um – 2,4 Mio. EUR. Dabei werden die Latente Ertragsteueransprüche um 1,0 Mio. EUR, die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 4,5 Mio. EUR und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 14,8 Mio. EUR erhöht. Die Handelspassiva wird um – 2,6 Mio. EUR und die Sonstige Passiva um – 13,3 Mio. EUR reduziert. Im Geschäftsjahr 2013 ergaben sich keine wesentlichen Veränderungen. Dementsprechend erfolgte keine Korrektur für das Geschäftsjahr 2013.

- In den vergangenen Jahren erfolgte die Bewertung von OTC-Zinsderivaten für bestimmte Kontrahenten mit einer Zinskurve, die nur für Derivate mit Collateralvereinbarungen Verwendung findet, obwohl derartige Vereinbarungen für diese bestimmten Kontrahenten nicht vorlagen. Der Effekt der rückwirkenden Anpassung verringert das Eigenkapital zum 1. Januar 2013 um – 8,2 Mio. EUR und die Handelsaktiva um – 11,7 Mio. EUR. Die Latenten Ertragsteueransprüche erhöhen sich um 3,5 Mio. EUR. Aufgrund des unwesentlichen Betrags, der auf das Geschäftsjahr 2013 entfällt, erfolgt die rückwirkende Verbesserung um 2,0 Mio. EUR ebenfalls im Eigenkapital. Die weiteren Korrekturposten sind die Handelsaktiva, die sich um 3 Mio. EUR erhöht sowie die latenten Ertragsteueransprüche, die sich um 1,0 Mio. EUR reduzieren.

Aufgrund technischer Verbesserungen konnten einige Notesangaben im Geschäftsjahr erstmals bzw. genauer ermittelt werden. Zur besseren Übersichtlichkeit und Klarheit wurden die relevanten Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Dies wirkt sich lediglich auf Angaben in den Notes und weder auf Größen der Bilanz noch auf die Gewinn- und Verlustrechnung aus.

### 3. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen – 130 Tochterunternehmen, davon 14 strukturierte Einheiten (Vorjahr: 111 Tochterunternehmen und 15 Zweckgesellschaften) einbezogen.

Tochterunternehmen sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn das Unternehmen (I) direkt oder indirekt Verfügungsgewalt über die relevanten Aktivitäten eines Unternehmens besitzt, (II) variable Rückflüsse aus einem Unternehmen vereinnahmt oder Anrechte auf variable Rückflüsse besitzt und (III) seine Verfügungsgewalt über das Unternehmen nutzen kann, um die Höhe seiner variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Bei der Beurteilung, ob die LBBW einen beherrschenden Einfluss ausübt, sind insbesondere Zweck und Gestaltung sowie die relevanten Aktivitäten des Unternehmens zu berücksichtigen.

Sind Stimmrechte für die Steuerung der relevanten Aktivitäten maßgeblich, wird von Beherrschung durch die LBBW ausgegangen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, es sei denn, es gibt Anzeichen, dass mindestens ein anderer Investor (beispielsweise aufgrund von gesetzlichen Regelungen oder Vereinbarungen) über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Aktivitäten einseitig zu bestimmen.

In Fällen, in denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, sie aber über die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Aktivitäten verfügt, wird ebenfalls von Verfügungsmacht ausgegangen. Relevant ist dies insbesondere in Bezug auf strukturierte Unternehmen (u. a. von der LBBW initiierte Verbriefungsplattformen oder von der LBBW aufgesetzte Fonds), bei denen nicht Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominierende Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind. Bei der Beurteilung, ob eine Beherrschungsmöglichkeit vorliegt, werden daher auch folgende weitere Faktoren berücksichtigt:

- Die Stimmrechte beziehen sich lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt.
- Der LBBW kommt durch Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu.
- Die LBBW trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse, u. a. aus gestellten Liquiditätslinien sowie aus Zins- und Entgeltzahlungen.

Darüber hinaus können weitere Faktoren wie das Vorliegen einer Prinzipal-Agenten-Beziehung zur Beherrschung führen. Handelt eine andere Partei mit Entscheidungsrechten als Agent für die LBBW, beherrscht diese das Unternehmen nicht, da sie lediglich Entscheidungsrechte ausübt, die durch die LBBW als Prinzipal delegiert wurden und somit der LBBW zuzurechnen sind. Ist die LBBW lediglich als Agent für eine andere Partei tätig, führt dies nicht zu einer Beherrschung des Unternehmens durch die LBBW.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt und das Tochterunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt oder das Tochterunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen wird regelmäßig bzw. anlassbezogen überprüft. Änderungen der Eigentums- und Kapitalstruktur sowie Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen in Bezug auf Einflussrechte führen zu einer Neubeurteilung der Beherrschungsmöglichkeit. Weitere Anlässe für eine Neubeurteilung sind Ereignisse, die zu einer Änderung der Beherrschungsfaktoren führen.

Folgende Tochterunternehmen wurden im Berichtszeitraum entkonsolidiert:

- BW Bank Capital Funding LLC II
- BW Bank Capital Funding Trust II
- LBBW Bank CZ a.s.
- Sechste Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)

Die LBBW Luxemburg S.A. und die Gewerbepark Königstraße Kaiserslautern GmbH wurden im Geschäftsjahr auf die LBBW bzw. ein Tochterunternehmen verschmolzen und werden nicht mehr im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Abschluss einbezogen.

Folgende strukturierte Einheiten wurden am 31.12.2014 entkonsolidiert:

- Georges Quay Funding I Limited
- LAAM-Fonds I (LAAM Subtrust I)
- LAAM-Fonds II
- LAAM-Fonds XI

Aus den genannten Entkonsolidierungen entstand ein Entkonsolidierungsverlust in Höhe von - 19 Mio. EUR, der im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen wird.

Weiterhin wurde für die folgende Zweckgesellschaft mit Erstanwendung des IFRS 10 und IFRS 11 die Vollkonsolidierung retrospektiv beendet und stattdessen eine Bewertung nach der Equity-Methode vorgenommen:

- Parcul Banatului SRL (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)

Mit retrospektiver Erstanwendung von IFRS 10 wurden die folgenden strukturierten Einheiten 2014 erstmalig konsolidiert:

- Weinberg Capital Ltd.
- Weinberg Funding Ltd.

Folgende Gesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2014 neu gegründet und werden im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Abschluss einbezogen:

- Ganghofer Straße München GmbH & Co. KG (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- Ganghofer Straße München Komplementär GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- LBBW Immobilien M\_Eins Berlin GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- LBBW Immobilien Asset Management GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- Nymphenburger Straße München GmbH & Co. KG (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- Nymphenburger Straße München Komplementär GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)

Außerdem wurden die folgenden Tochterunternehmen 2014 erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- Centro Alemán de Industria y Comercio de México S. de R.L. de C.V.
- Dritte LBBW US Real Estate GmbH
- FLANTIR PROPERTIES LIMITED
- German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft
- German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore
- LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. OHG Objekt Am Hauptbahnhof Stuttgart
- LBBW México S.A.

Es werden acht Gemeinschaftsunternehmen (31. Dezember 2013: vier Gemeinschaftsunternehmen) und sechs assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen (31. Dezember 2013: sieben assoziierte Unternehmen).

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) sind gemeinsame Vereinbarungen, bei denen die LBBW und andere Parteien, die gemeinschaftlich die Beherrschung über die Vereinbarung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen.

Eine gemeinsame Vereinbarung ist eine Vereinbarung, bei der zwei oder mehr Vertragsparteien (I) über eine vertragliche Vereinbarung miteinander verbunden sind und (II) gemeinschaftliche Beherrschung über das Beteiligungsunternehmen ausüben. Eine gemeinsame Vereinbarung kann ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit sein. Im LBBW-Konzern existieren ausschließlich Gemeinschaftsunternehmen.

Gemeinschaftsunternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, an dem der Konzern zusammen mit mindestens einer anderen Partei gemeinschaftliche Beherrschung

erlangt und das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Beherrschung mehr vorliegt oder das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Für folgende Gemeinschaftsunternehmen wurde 2014 erstmalig eine Bewertung nach der Equity-Methode vorgenommen:

- Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG
- OVG MK6 GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- Parcul Banatului SRL (siehe oben)

Die Bewertung der folgenden Gesellschaft wird weiterhin nach der Equity-Methode vorgenommen, allerdings erfolgt im Geschäftsjahr eine Einstufung als Gemeinschaftsunternehmen (vorher assoziiertes Unternehmen):

- SGB - Hotel - Verwaltung GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der LBBW zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung) oder bei eindeutigem Assoziierungsnachweis und einem Stimmrechtsanteil der LBBW von weniger als 20%. Die Assoziierungsvermutung bei einem von der LBBW gehaltenen Stimmrechtsanteil von mindestens 20% kann durch Beschränkungen des Einflusses widerlegt werden.

Als Assoziierungsnachweis oder zur Widerlegung der Assoziierungsvermutung werden zum Beispiel bestehende ausübende bzw. wandelbare potenzielle Stimmrechte, die Vertretung in Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen, die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen, einschließlich der Teilnahme an Entscheidungen über Dividenden oder sonstige Ausschüttungen sowie wesentliche Geschäftsvorfälle, mit dem (potenziellen) assoziierten Unternehmen berücksichtigt.

Assoziierte Unternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, an dem der Konzern einen maßgeblichen Einfluss erlangt und das assoziierte Unternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur maßgeblichen Einflussnahme mehr vorliegt oder das assoziierte Unternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien nicht mehr erfüllt.

Auf die Einbeziehung von 143 Tochterunternehmen (Vorjahr: 176 Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften), deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften sowie um Start-up-Finanzierungen aus dem Beteiligungsbereich. Die Anteile an diesen Unternehmen werden entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, strukturierten Einheiten, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund von Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der Anteilsbesitzliste entnommen werden (siehe Note 76).

#### 4. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Zweckgesellschaften erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.B86 in Verbindung mit IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihren Fair Values angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen und in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich bei Ersterwerb aus der Verrechnung der Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill (beteiligungsproportionaler Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der nicht den Anteilseignern zustehende Anteil am Eigenkapital bzw. am Ergebnis der vollkonsolidierten Gesellschaften des LBBW-Konzerns wird im Posten Nicht beherrschende Anteile gesondert im Eigenkapital bzw. im Posten Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von unter-

geordneter Bedeutung sind. Das anteilige Ergebnis der at Equity bewerteten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bewerteten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital zuzüglich Goodwill und fortgeführter stiller Reserven.

### 5. Währungsumrechnung.

Die Währungsumrechnung im Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Für jede Konzerngesellschaft der LBBW wird die funktionale Währung festgelegt. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet und in die Berichtswährung (Euro) umgerechnet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung (Stichtagskurs) umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Hieraus resultierende Umrechnungsdifferenzen werden in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen Kursen. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden im Sonstigen Ergebnis (Rücklage aus Währungsumrechnung) angesetzt.

Die zum Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 Euro	31.12.2014	31.12.2013
USD	1,2166	1,3814
GBP	0,7819	0,8358
SGD	1,6074	1,7506
JPY	145,2400	145,0700
CZK	27,7370	27,3985
MXN	17,9235	18,0502
RUB	67,7521	45,3154
CHF	1,2024	1,2245

### 6. Finanzinstrumente.

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf Cash-flows aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, wird der übertragene Vermögenswert ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht, d. h. die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, wird der Vermögenswert dem Umfang des anhaltenden Engagements entsprechend weiterhin ausgewiesen. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Neben den folgenden Ausführungen zu den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten befinden sich weitere Erläuterungen, insb. zu IFRS 13, in den Notes 55ff.

**Finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.** Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Geldmarktgeschäfte, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente (unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate) zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39-Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht mit Handelsabsicht erworben bzw. gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten, bei denen auf eine Abspaltung verzichtet wird. Außerdem wird die Fair-Value-Option verwendet, um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind. Bei zur Beseitigung von Bewertungsinkongruenzen der Fair-Value-Option zugeordneten Finanzinstrumenten handelt es sich um Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehende Verbindlichkeiten, die ansonsten anderen Bewertungskonventionen als die damit in Zusammenhang stehenden Derivate unterlegen hätten. Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden in den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

#### **Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).**

Die Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Finanzinstrumente der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen erfasst. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis wird im Sonstigen Ergebnis in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente Available for Sale (AfS) ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) bzw. bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten), Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag bzw. beim Eintritt besonderer Ereignisse überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating).

Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20% unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von zwölf Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten um mehr als 5% unterschreitet.

Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Beim Abgang eines Finanzinstruments sowie bei einem Impairment wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgebucht.

Stille Einlagen mit Verlustpartizipation werden ebenfalls als Finanzanlagen Available for Sale (AfS) kategorisiert und entsprechend zum Fair Value bewertet.

### Derivate.

Im LBBW-Konzern werden derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung, zur Absicherung von Wertschwankungen von z. B. festverzinslichen Wertpapieren gegen eine Änderung des Marktzinses sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen eingesetzt. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte als Handelsgeschäfte getätigt.

Zum Abschlussstichtag hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem OTC-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten.
- Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, bei denen Ausgleichszahlungen vom Sicherungsgeber in Abhängigkeit von bonitätsinduzierten Ereignissen erfolgen. Der Sicherungsnehmer zahlt eine Prämie.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Sicherungsgeschäfte im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) werden unter den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten (positive Marktwerte auf der Aktivseite) bzw. Verpflichtungen (negative Marktwerte auf der Passivseite) ausgewiesen.

### Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.
- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des Basisvertrags verbunden.
- Die Vertragsnormen des eingebetteten Derivats würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert bzw. eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

### Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation einer Hedge-Beziehung wird der Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft, die Definition des abgesicherten Risikos, die Beschreibung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung und die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass die Sicherungsbeziehung hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80% und 125% liegt. Eine ineffektive Sicherungsbeziehung muss aufgelöst werden. Eine aufgelöste Sicherungsbeziehung kann für die restliche Laufzeit wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich bei der Sicherungsbeziehung um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair Value Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in Form von Mikro Fair Value Hedges und Portfolio Fair Value Hedges.

Beim Mikro Fair Value Hedge ist der Buchwert des abgesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung des abgesicherten Risikos anzupassen. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen

im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio Fair Value Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 an. Die Vorschriften des Fair Value Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung der Cashflows in die zugehörigen Laufzeitbänder erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Fälligkeit.

Beim Portfolio Fair Value Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches bzw. Passivisches Portfolio Hedge Adjustment) gebildet, um die Bewertungseffekte der Grundgeschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren in der Regel den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Der im Konzern in geringem Volumen eingesetzte Cashflow Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Der Anteil der Fair-Value-Änderung, der als effektiv gilt, wird im Sonstigen Ergebnis in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen. Der ineffektive Teil wird erfolgswirksam im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen erfasst.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde, bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung bzw. Rückführung berücksichtigt.

#### Wertpapierpensions- und Leihegeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Leihegeschäfte.

Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer.

Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern lediglich eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.

Die Bewertung erfolgt jeweils entsprechend den zugrunde liegenden IAS 39-Kategorien. Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge bzw. -aufwendungen erfasst. Enthaltene abzugrenzende Agien/Disagien (bzw. Unterschiedsbeträge zwischen dem bei Übertragung erhaltenen und bei Rückübertragung zu leistenden Betrag) sind innerhalb des jeweiligen Bilanzpostens erfasst. Auflösungsbeträge von Agien/Disagien werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derzeit werden im Konzern der LBBW nur echte Pensionsgeschäfte getätigt.

Unter dem Begriff der Leihe werden Sachdarlehensgeschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere oder andere Sachgüter (Rohstoffe) mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere bzw. Sachwerte gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Der LBBW-Konzern weist als Entleiher die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung unter den Handelspassiva bilanziert. Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapiers/Sachguts im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Als Verleiher bilanziert der LBBW-Konzern die Wertpapiere und Sachgüter weiterhin nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften.

#### Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Garantien betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimm-

ter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Diese Verträge erfüllen die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie im Sinne des IAS 39.9 und sind daher nicht als Derivat zu bewerten.

Die Bilanzierung von Finanzgarantien beim **Sicherungsnehmer** sind vom Anwendungsbereich des IAS 39 ausgeschlossen (IAS 39.IN6). Für den Sicherungsnehmer einer Finanzgarantie liegt eine Eventualforderung nach IAS 37 vor, die nicht aktiviert werden darf (IAS 37.31). Die gezahlte Prämie (einmalig oder rätierlich) für die Finanzgarantie ist beim Sicherungsnehmer als Provisionsaufwand analog IAS 18.20 periodengerecht zu erfassen. Bei Eintritt des Garantieereignisses wird eine Forderung gegenüber dem Sicherungsgeber erfasst.

Mit Vertrag vom 26. Juni 2009 hat die LBBW mit dem Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung in Form einer Garantiestruktur mit Wirkung zum 30. Juni 2009 abgeschlossen. Die GPBW GmbH & Co. KG, ein Unternehmen des Landes Baden-Württemberg (Garantiegesellschaft), hat der LBBW eine Garantie über einen Höchstbetrag in Höhe von ursprünglich insgesamt 12,7 Mrd. EUR zur Absicherung von Verlustbeträgen bei festgelegten Referenzvermögenswerten gewährt. Die Garantie bezog sich dabei in Höhe von ursprünglich 6,7 Mrd. EUR auf ein ABS-Portfolio (Investorpositionen) der LBBW und verschiedener Konzernunternehmen sowie in Höhe von 6,0 Mrd. EUR auf ein Darlehen (Junior Loan) der LBBW in gleicher Höhe an Sealink Funding Ltd. (Sealink), einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit, in die bestimmte risikobehaftete strukturierte ABS im Rahmen des Erwerbs der ehemaligen Landesbank Sachsen AG ausgelagert wurden. Durch Tilgungen und Einzelveräußerungen von Referenzvermögenswerten hat sich der Garantiebetrug für das ABS-Portfolio bereits zum 31. Dezember 2013 auf 5,4 Mrd. EUR reduziert. Mit Vereinbarung vom 5. August 2014 hat das Land Baden-Württemberg einem Gesamtverkauf des garantierten ABS-Portfolios der LBBW zugestimmt. Zum 31. Dezember 2014 besteht noch eine Garantie bezogen auf das Darlehen an Sealink in Höhe von 4,5 Mrd. EUR. Die Garantie erfüllt die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie im Sinne des IAS 39.9 und ist daher nicht als Derivat zu bewerten. Die Sicherungswirkung der Garantie wird bilanziell unmittelbar bei der Darlehensbewertung berücksichtigt (Nettomethode). Die für die Bereitstellung der Garantiestruktur anfallenden Gebühren werden in dem eigenständigen Posten Garantieprovision Land Baden-Württemberg innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Der Erstansatz beim **Sicherungsgeber** erfolgt zum Fair Value als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten/Kunden, sobald der Sicherungsgeber Vertragspartei wird (unabhängig von der Fälligkeit von Prämienzahlungen). Der Fair Value setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämienzahlungen zusammen. Zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Finanzgarantien weisen einen Fair Value von Null auf. Für die Folgebewertung wird der höhere der beiden Beträge aus einer Bewertung nach IAS 37 und dem ursprünglich erfassten Betrag zugrunde gelegt, ggf. abzüglich der gemäß IAS 18 erfassten kumulierten Amortisationen.

Wegen der Geringfügigkeit der Beträge wird auf eine Angabe der Fair Values in den Notes verzichtet.

#### Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag unter Anwendung entsprechend der Effektivzinsmethode sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

#### Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente kategorisiert, die mit festen oder bestimmbareren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie At Fair Value through profit and loss (aFV) designiert. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei objektiven Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind ggf. Wertberichtigungen erfolgswirksam zu berücksichtigen (siehe Note 6). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertberichtigung ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schulscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

#### Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IAS 39, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Gemäß IAS 39 werden die in der LBBW gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit

ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen die fortgeführten Anschaffungskosten der ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet. Die Differenz zwischen Rückkaufspreis und fortgeführten Anschaffungskosten konzernerzeugter Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

#### Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity).

Gegenwärtig nutzt der LBBW-Konzern die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity - HtM) nicht.

### 7. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten bilanziell aufgerechnet, wenn ein durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Wenn Vermögenswerte und Verpflichtungen, wie zurückgekaufte eigene Emissionen, in der Bilanz saldiert dargestellt werden, sind die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufzurechnen, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

### 8. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und täglich fälligen Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

### 9. Risikovorsorge.

Der Posten Risikovorsorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen werden. Hierunter fallen sämtliche Kredite, die nicht der Fair-Value-Bewertung unterworfen sind. Offene Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten sind hier nicht berücksichtigt.

Bei den Wertberichtigungen wird nach Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen unterschieden. Die Bildung einer Wertberichtigung erfolgt grundsätzlich bei Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung. Ist dies der Fall, so werden für signifikante Forderungen Einzelwertberichtigungen und für nicht signifikante Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Dazu wird täglich überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners (z. B. bei getroffener Forbearance-Maßnahme), Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers. Liegen keine entsprechenden Hinweise vor, so werden dennoch Portfoliowertberichtigungen gebildet, da davon auszugehen ist, dass gewisse Risiken bereits eingetreten sind, aber diese noch nicht erkannt wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, aber keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der geschätzten Zahlungsströme mindestens dem Buchwert der Forderung entspricht, werden diese Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen.

Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten Zahlungsströme ermittelt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt geschätzt.

Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich nach IFRS aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sogenanntes Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Der Zufluss erwarteter Zahlungseingänge vermindert sowohl den Forderungsbuchwert als auch die geschätzten Zahlungsströme; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren hingegen erfolgswirksam die Risikovorsorge.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert (Kapitalsaldo, Rückstände und anteilige Zinsen), der Wahrscheinlichkeit, dass das Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt (PD), der individuellen Verlustquote unter Berücksichtigung von Sicherheiten (LGD), sowie bei den aktivisch abgesetzten Portfoliowertberichtigungen einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss bewertet (LIP), berechnet.

Die Uneinbringlichkeit nicht wertberichtigter Forderungen oder Forderungsteile führt zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Forderungen werden ausgebucht, wenn diese uneinbringlich sind, ohne dass ein Surrogat an die Stelle der ausgefallenen Forderung tritt. Dies ist z. B. der Fall bei:

- Insolvenzfällen, wenn die Sicherheiten verwertet wurden oder mit keiner Insolvenzquote zu rechnen ist,
- gekündigten Engagements, wenn die Restforderungen uneinbringlich sind,
- vollständigem oder teilweise Forderungsverzicht und
- Forderungsverkauf mit Verlust.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, als eigener Posten offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wird hingegen im Posten Rückstellung im Kreditgeschäft gezeigt. Die Rückstellung im Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen bestehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

#### 10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Die at Equity bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen bzw. an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses bzw. bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens bzw. eines Joint Ventures. In den Folgejahren wird der bilanzierte At-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden anteilig direkt im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Eine Anpassung des Equity-Werts ist ggf. aufgrund der Beteiligungsbewertung erforderlich. Der Werthaltigkeitstest erfolgt auf der Grundlage des IAS 39 und IAS 36.

Anteile an assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind unter den Finanzanlagen bilanziert.

#### 11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der Buchwert langfristiger Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden (Veräußerungsgruppen), deren Veräußerung geplant ist, wird überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch eine fortgesetzte Nutzung realisiert.

Bei der kumulativen Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen sind die betroffenen Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren und getrennt von den anderen Vermögenswerten bzw. Schulden in der Bilanz auszuweisen. Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt. Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen.

Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten und werden nicht separiert. Sofern es sich um aufgegebenen Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis daraus separat im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

#### 12. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen der Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) sowie erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Goodwill ergibt sich dabei als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des erworbenen Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern und wird den jeweils betroffenen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Der LBBW-Konzern hat im Berichtsjahr die Segmente Corporates sowie Financial Markets als zahlungsmittelgenerierende Einheiten definiert.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung wird mindestens einmal jährlich, sofern Anzeichen (Triggering Events, z. B. Änderungen des relevanten Marktumfelds, gesetzlicher Rahmenbedingungen, des technischen Umfelds, des Kapitalisierungszinssatzes sowie längerfristige negative Planergebnisse oder erhebliche Planunterschreitungen) für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, ein Werthaltigkeitstest (Impairment-Test) durchgeführt.

Dabei wird der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, welche einen Goodwill ausweist, mit deren Buchwert verglichen. Der Buchwert wird über das der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnete Eigenkapital bestimmt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag auf der Grundlage des Nutzungswerts. Wenn der Nutzungswert den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit übersteigt, ist der Vermögenswert nicht wertgemindert und es ist nicht erforderlich, den Fair Value abzüglich Verkaufskosten zu schätzen. Der Fair Value eines Segments wird neben den Ergebnisprognosen wesentlich von dem Kapitalisierungszinssatz determiniert, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße von dem langfristigen Wachstumsabschlag. Liegt der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit unter ihrem Buchwert, ist ein Wertminderungsaufwand zu erfassen und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Wertminderung Goodwill auszuweisen.

Der Konzern berechnet zur Ermittlung des erzielbaren Betrags zunächst den Nutzungswert der Segmente. Der Nutzungswert ist der Barwert der künftigen Cashflows, der voraussichtlich aus den entsprechenden Segmenten abgeleitet werden kann.

Zur Ermittlung des Nutzungswerts wird ein konzerneigenes Bewertungsmodell verwendet. Berücksichtigt werden dabei die Besonderheiten des Bankgeschäfts sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, der nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden kann.

Wesentliche Parameter für das Bewertungs-Modell sind Ergebnisprognosen, die auf den Geschäftsplanungen basieren, welche vom Management für einen Fünfjahreszeitraum beschlossen wurden. Die für die Prognosen relevanten Ergebniskomponenten werden im Rahmen eines Top-Down-Verfahrens mit anschließender Bottom-Up-Validierung unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Rahmendaten und geschäftsfeldspezifischer Markt- und Wettbewerbsanalysen ermittelt. Weiterhin werden vergangene Erfahrungen bei den Ergebnisprognosen berücksichtigt.

Die Ergebnisprognosen bilden die Grundlage zur Ableitung eines nachhaltigen Ergebnisniveaus. In Folge der strategische Neuausrichtung der Bank ist am Ende des Fünfjahreszeitraums noch nicht das Niveau nachhaltig erzielbarer Cashflows erreicht. Dieser Tatsache wird erstmals durch eine Anpassung der Cashflows am Ende des Planungszeitraums Rechnung getragen. Das Ergebnisniveau wird auf den Berechnungstichtag anhand des Kapitalisierungszinssatzes abgezinst.

Die angewandten Kapitalisierungszinssätze werden auf Basis des Capital Asset Pricing Models ermittelt, das einen risikolosen Basiszins, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Folgende externe Informationsquellen kommen zur Anwendung: Die Werte für den risikolosen Basiszins werden anhand der Svensson-Methode aus historischen Marktdaten ermittelt. Die Marktrisikoprämie wird anhand empirischer Daten festgelegt. Die Betafaktoren zur Abbildung der LBBW-spezifischen Risiken werden für jedes Segment aus Beta-Faktoren von branchenspezifischen Vergleichsgruppen hergeleitet.

Bei der Validierung der für die Segmente ermittelten erzielbaren Beträge werden die wesentlichen Werttreiber jedes Segments mindestens jährlich überprüft. Als Belastbarkeitstest der ermittelten erzielbaren Beträge werden die wesentlichen Parameter der Ergebnisprognosen einer Sensitivitätsprüfung unterzogen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten, d. h. abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien gemäß IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird, wie im Vorjahr, über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben. Im Rahmen eines Unternehmenserwerbs wurden ebenfalls Kundenbeziehungen aktiviert, die vertraglich begrenzt nutzbar sind. Diese werden, wie im Vorjahr, planmäßig linear über sechs bis 16 Jahre abgeschrieben. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, ist der erzielbare Betrag zu ermitteln und mit dem Buchwert zu vergleichen. Bei Vorliegen eines Impairments wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des immateriellen Vermögenswerts vorgenommen. Wertminderungen sind erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung zu berücksichtigen. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, ausgenommen Goodwill, werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten, ausgenommen Goodwill aufgrund Wertaufholungsverbot, werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswerts. Zum Zeitpunkt der Ausbuchung ist der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Vermögenswerts erfolgswirksam zu erfassen. Für den Goodwill erfolgt dies in einem separaten Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung, für andere immaterielle Vermögenswerte erfolgt die Erfassung im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

### 13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete bzw. zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz als Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft bzw. vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80% der Gesamtnutzung ausmachen, werden aus den Sachanlagen ausgebucht und in ihrer Gesamtheit als Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen.

Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Diese können auch die direkten Fremdkapitalkosten beinhalten, sofern es sich bei den jeweiligen Objekten um sogenannte qualifizierte Vermögenswerte handelt. Die Folgebewertung erfolgt am Abschlussstichtag zum Fair Value. Dieser bestimmt sich in erster Linie aus Modellbewertungen. Zur Validierung des Fair Values aus den Modellbewertungen werden regelmäßig Gutachten für wesentliche Investment Property eingeholt.

In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Schätz-Unsicherheiten aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung und Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bilden die pro Objekt auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Zahlungsmittelüberschüsse. Die so ermittelten Ergebnisbeiträge werden durch Vergleichswerte von Maklerverbänden, Erfahrungswerte aus eigenen Verkäufen sowie Wertgutachten externer Sachverständiger plausibilisiert und verifiziert. Damit die entsprechenden Gutachten zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses vorliegen, wird für das aktuelle Jahr jeweils im letzten Quartal durch das verantwortliche Management festgelegt, für welche Objekte externe Gutachten in Auftrag gegeben werden. Gemäß internen Vorgaben ist hierbei sicherzustellen, dass für die wesentlichen Objekte wenigstens alle drei Jahre ein Wertgutachten durch einen unabhängigen Sachverständigen erstellt wird.

Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode auf der Grundlage folgender Annahmen berechnet. Als Bewertungsobjekt (Cash Generating Unit) dient das Objekt (Gebäude) als selbständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Planungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Planungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Planungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt. Die Ermittlung erfolgt auf der Basis eines Bewertungstools, welches als Grundlage das Discounted-Cashflow-Verfahren verwendet.

Die Ermittlung zukünftiger Ausgaben erfolgt differenziert: Ausgaben für die Verwaltung basieren auf marktüblichen Sätzen. Mietausfallkosten werden in Abhängigkeit der Mieterbonität und Vertriebskosten pauschal auf Basis der Sollmieten ermittelt. Leerstands-, Neuvermietungskosten, Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsrückstände werden objektkonkret ermittelt, ggf. ergänzt um eigene Erfahrungswerte. Sind Erbbauzinsen zu berücksichtigen, werden diese individuell auf Basis bestehender Verträge errechnet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungszinssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Diskontierungszinssatz ergibt sich aus dem Kapitalisierungszinssatz zuzüglich eines prozentualen Risikoaufschlags. Der Kapitalisierungszinssatz berücksichtigt u. a. die Objektqualität, den Objekttyp sowie die Makro- und Mikrolage.

Ein Anstieg der zugrunde gelegten Marktmieten würde ceteris paribus zu einem Anstieg der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten Marktmieten zu einem Rückgang der Fair Values führen würde. Ein Anstieg der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben würde ceteris paribus zu einem Rückgang der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben zu einem Anstieg der Fair Values führen würde. Höhere Diskontierungszinssätze würden ceteris paribus zu niedrigeren Fair Values führen, während niedrigere Diskontierungssätze zu entsprechend höheren Fair Values führen würden.

Eine Änderung der Annahmen betreffend die erwartete Marktmiete führt im Allgemeinen zu einer gleichgerichteten Änderung des Abzinsungssatzes und zu einer gegenläufigen Änderung der Leerstandsrate und somit der Leerstandskosten.

#### 14. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear, zu Teilen auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren	
	31.12.2014	31.12.2013
Gebäude	25 - 50	25 - 50
Technische Anlagen und Maschinen	5 - 10	5 - 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 20	1 - 20
Erworbene EDV-Anlagen	3 - 7	3 - 7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung, einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswerts) des jeweiligen Vermögenswerts, wird mindestens zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder dem Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.

Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrags seit der letzten Erfassung einer Wertminderung geändert hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte und ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen. Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert bzw. einem durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswerts vorgenommen.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

#### 15. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finance Lease oder Operate Lease. Die Klassifizierung hat zu Beginn eines Leasingverhältnisses zu erfolgen und richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasingnehmers bzw. Leasinggebers. Die zugrunde gelegten Kriterien werden regelmäßig überprüft. Liegt eine Veränderung der Gesamtbeurteilung vor, wird eine erneute Klassifizierung notwendig.

Ein Finance Lease liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operate Lease.

Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

Die Finance-Lease-Verträge des LBBW-Konzerns umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrags handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte bzw. Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten.

#### LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit im LBBW-Konzern Operate-Lease-Geschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Grundstücke – werden in der Konzernbilanz als Vermögenswerte aktiviert und unter den Sachanlagen oder Investment Property ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen und/oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value. Sowohl die Leasingerlöse als auch erhaltene Sonder- und Vorauszahlungen werden über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Rahmen von Finance Lease wird zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Leasinggegenstand (Vermögenswert) ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden bzw. Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Während die Zinserträge auf Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt und im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, mindert der Tilgungsanteil die bilanzierte Forderung.

Die direkten Kosten, die dem Leasinggeber beim Vertragsabschluss entstehen, werden dem Leasingvertrag zugerechnet. Hierzu wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinssatz so festgelegt, dass die anfänglichen direkten Kosten automatisch in den Leasingforderungen enthalten sind.

#### LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Bei einer Klassifizierung als Operate Lease werden die Leasingzahlungen über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Verwaltungsaufwand erfasst. Die Verteilung der Leasingzahlungen entspricht dabei dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des LBBW-Konzerns. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch bzw. passivisch abgesetzt oder abgegrenzt.

Soweit ein Leasingverhältnis als Finance Lease klassifiziert wird, ist der LBBW-Konzern wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingobjekts und weist dieses als Vermögenswert in der Konzernbilanz aus. Zum Zugangszeitpunkt wird das Leasingobjekt mit dem beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser Wert niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe passiviert. Im Rahmen der Folgebewertung wird der aktivierte Vermögenswert gemäß IAS 16 bzw. IAS 38 abgeschrieben bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value bewertet. Ist bei Sachanlagen nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen (Leasingnehmer) erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjekts) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung des Leasingnehmers am Restwert der Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung – wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Die zu leistenden Finance-Lease-Raten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil nach der Effektivzinsmethode aufzuteilen. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

Da IAS 17 keine speziellen Vorschriften zur Berücksichtigung von Wertminderungen beinhaltet, sind auch bei Leasingverhältnissen die allgemeinen Regelungen des IAS 36 zur Wertminderung anzuwenden.

### 16. Ertragsteuern.

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen bzw. -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- bzw. Erstattungsbetrag angesetzt.

Die LBBW ist in mehreren Steuerjurisdiktionen tätig. Die im Abschluss dargestellten Steuerpositionen werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Steuergesetze sowie der einschlägigen Verwaltungsauffassungen ermittelt und unterliegen wegen ihrer Komplexität möglicherweise einer abweichenden Interpretation durch Steuerpflichtige einerseits und lokale Finanzbehörden andererseits. Da unterschiedliche Auslegungen von Steuergesetzen als Ergebnis von Betriebsprüfungen zu nachträglichen Steuerzahlungen für vergangene Jahre führen können, werden sie basierend auf der Einschätzung der Unternehmensleitung in die Betrachtung einbezogen.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der lokalen Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode als Ergebnis gebucht, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde.

Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden im Sonstigen Ergebnis in den Unterpositionen Neubewertungs- bzw. Gewinnrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Die Steuerplanung wird aus der aktuellen und vom Vorstand genehmigten Unternehmensplanung abgeleitet, die regelmäßig einen Planungszeitraum von fünf Jahren umfasst. In der Steuerplanung werden historische Erkenntnisse zur Profitabilität und zu den steuerlichen Einkommen berücksichtigt. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

### 17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva.

Unter den Sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierunter fallen auch Vorräte, die in der nachfolgenden Note beschrieben werden.

Unter den Sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

### 18. Vorräte.

Unter den Vorräten findet im Wesentlichen die Abbildung der Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Immobiliengeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH stehen, statt. Hierunter fallen hauptsächlich im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit fertigen und/oder unfertigen Bauten.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs-/Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. Dabei werden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Basis des gewichteten Durchschnitts ermittelt. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Die Anschaffungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Erwerbs- und Bereitstellungskosten, die Herstellungskosten beinhalten alle direkt zurechenbaren Kosten sowie Fertigungs- und Materialgemeinkosten. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich geschätzter Kosten für die Fertigstellung und weiterer bis zum Verkauf anfallender Kosten angesetzt. Die Abbildung der Ergebnisse dieser Geschäftstätigkeit erfolgt unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis, der auch die Wertveränderungen beinhaltet.

Die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen auf Basis des IAS 23 ist an die Bedingung gebunden, dass es sich bei dem Objekt um einen qualifizierten Vermögenswert handelt. Bei den angefallenen Fremdkapitalzinsen handelt es sich vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Da die Voraussetzung für IAS 23 im aktuellen Geschäftsjahr nicht erfüllt ist, wurden keine Fremdkapitalzinsen aktiviert.

### 19. Rückstellungen.

#### Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

##### Allgemeines.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder, die bei Eintritt biometrischer Risiken (Alter, Invalidität, Tod) aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen zu erbringen sind. Art und Höhe der an die versorgungsberechtigten Mitarbeiter zu leistenden Ruhegelder richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (u. a. Gesamtzusagen und Dienstvereinbarungen). Aufgrund anderer Zusagen bestehen mittelbar weitere Anwartschaften bzw. Ansprüche gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der LBBW und der Unterstützungskasse LBBW e. V.; beide Einrichtungen sind für den Neuzugang geschlossen. Bei allen vorgenannten Versorgungszusagen handelt es sich um Defined Benefit Plans im Sinne von IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Daneben wurden für Mitarbeiter aus Vorgängerinstituten Versorgungsansprüche aufgrund mittelbarer Versorgungszusagen, die als Defined Contribution Plans im Sinne von IAS 19 (beitragsorientierte Pläne) erfasst werden, übernommen und fortgeführt. Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger.

#### Arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen im Inland.

Zur Fusion der LBBW im Jahr 1999 wurden alle bisher bestehenden Versorgungsordnungen für den Neuzugang geschlossen und für Neueintritte im Wege einer Dienstvereinbarung ein einheitliches Versorgungswerk eingeführt, der sogenannte LBBW-Kapitalkontenplan, der als leistungsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 eingestuft und erfasst wird. Die Ruhegelder werden dabei vorrangig in Form einer Einmalleistung oder als Raten ausgezahlt; daneben besteht eine Verrentungsoption. Die Kapitalleistungen setzen sich aus jährlichen Bausteinen zusammen, die sich durch Multiplikation eines gehaltsabhängigen Beitrags mit einem altersabhängigen Faktor, der eine Verzinsung und biometrische Risiken berücksichtigt, ergeben. Die Verpflichtung zur Gewährung von Beiträgen ist zeitlich begrenzt und mit einem Dynamisierungsvorbehalt versehen.

Nach Integration der Landesbank Sachsen wurde deren Versorgungsordnung 2006 zum 31. Dezember 2008 per Dienstvereinbarung ebenfalls für den Neuzugang geschlossen und die aktiven Mitarbeiter auf den LBBW-Kapitalkontenplan mit unbeschränkter Beitragszeit übergeleitet. Die bis zum Überleitungszeitpunkt erdienten Anwartschaften wurden dem Basiskonto des LBBW-Kapitalkontenplans als Initialbaustein gutgeschrieben.

Zum 1. Januar 2002 wurden die ZVK-Pflichtversicherten per Dienstvereinbarung in den LBBW-Kapitalkontenplan überführt. Zur Besitzstandswahrung entspricht der Beitrag zum Basiskonto für diesen Mitarbeiterkreis mindestens dem Beitrag, der von der Bank als Umlagebeitrag bei Anwendung des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im jeweiligen Kalenderjahr zu tragen wäre (Mindestbeitrag).

#### Arbeitgeberfinanzierte Zusagen im Inland aus Vorgängerinstituten, übernommenen Instituten und integrierten Instituten.

Aus den verschiedenen Vorgängerinstituten, übernommenen und integrierten Instituten existieren verschiedene für Neueintritte geschlossene Versorgungsordnungen. Diese reichen von dienstzeit- und entgeltabhängigen, teilweise einzelvertraglichen Gesamtversorgungszusagen (Ruhegeldordnung), Limitierungszusagen und Zusagen mit gespaltener Rentenformel bis hin zu Rentenbausteinplänen. Unter Gesamtversorgungszusagen sind dabei Zusagen zu verstehen, bei denen unter Anrechnung weiterer Versorgungsbezüge (z. B. der gesetzlichen Rente) ein definiertes Versorgungsniveau in Bezug auf die Aktivenbezüge gewährt wird, wogegen bei einer Limitierungszusage das Ruhegeld zusammen mit anrechnungsfähigen Versorgungsbezügen ein definiertes Versorgungsniveau nicht überschreiten darf und ggf. zu begrenzen ist.

Für einige aktive und ehemalige Mitarbeiter besteht ein Anspruch auf Beihilfeleistungen (medizinische Versorgung). Für den Anteil der Mitarbeiter, für den nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin Beihilfeansprüche bestehen, wurden diese als leistungsorientierte Pläne erfasst und dafür ebenfalls entsprechende Rückstellungen nach IAS 19 gebildet.

#### Arbeitnehmerfinanzierte Zusagen im Inland.

Zum Aufbau weiterer Anwartschaften und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Entgeltumwandlung bietet die LBBW in Anlehnung an das arbeitgeberfinanzierte Basiskonto das sogenannte Aufbaukonto des LBBW-Kapitalkontenplans als unmittelbare Versorgungszusage an. Seit Januar 2012 existiert konzernweit ein einheitliches Modell, bei dem der individuelle Bruttoumwandlungsbetrag des Mitarbeiters durch Multiplikation mit einem marktzensabhängigen Altersfaktor in einen Versorgungsbaustein umgerechnet wird. Die Altersfaktoren werden jährlich neu festgelegt.

Daneben bestehen arbeitnehmerfinanzierte Anwartschaften aus früheren Entgeltumwandlungszusagen, die im Wesentlichen ähnlich ausgestaltet sind. Teilweise wurden zur Finanzierung der Versorgungsleistungen Rückdeckungsversicherungsverträge abgeschlossen. Für die ebenfalls angebotene Entgeltumwandlungsmöglichkeit über eine Direktversicherung besteht kein Rückstellungsbedarf, da dieser als beitragsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 erfasst wird. Direktversicherungsverträge werden mit einem Anbieter aus dem Umfeld der Sparkassen abgeschlossen, bei dem eine nachhaltige Leistungsfähigkeit sichergestellt ist.

#### Zusagen im Ausland.

In der Niederlassung in London, UK, (Landesbank Baden-Württemberg London Branch) wurde den Mitarbeitern eine endgehalts- und dienstjahresabhängige Direktzusage (Pensionsplan) erteilt, die für den Neuzugang geschlossen und für neu eintretende Mitarbeiter durch einen beitragsorientierten Plan im Sinne von IAS 19 ersetzt wurde. Die Pensionsverpflichtungen des Pensionsplans sind mit einem durch einen Pension Trust verwaltetes Planvermögen unterlegt. Der Pensionsplan sowie der Pension Trust unterliegen den Regularien in UK, wonach die Bank und die für den Trust zuständigen Treuhänder (Trustees) eine Funding-Strategie entwickeln und Zuwendungen an den Trust planen müssen. Die Risiken aus dem Pensionsplan trägt die Bank. Dabei handelt es sich u. a. um Kapitalanlagerisiken und demographische Risiken (insbesondere Langlebigkeitsrisiko). In der Vergangenheit wurden zur Risikoabsicherung bei Rentenbeginn der Versorgungsberechtigten teilweise Rentenversicherungsverträge abgeschlossen. Für manche Begünstigte bestehen auch Risikolebensversicherungen zur Absicherung des Todesfallrisikos während der aktiven Dienstzeit. Die verbleibenden Risiken trägt der Pensionsplan.

Die Strategie der Vermögensanlage wird alle drei Jahre durch die Bank und die Trustees überprüft und ggf. angepasst. Im Falle einer Unterdeckung wird ein Zuwendungsplan zur Erreichung des gewünschten Deckungsgrads vereinbart. Ein Teil des Planvermögens, wie etwa die Rentenversicherungsverträge, deckt die erwarteten Zahlungsverpflichtungen kongruent ab (Asset Liability Matching).

Aufgrund von Wesentlichkeitsgesichtspunkten werden die Angaben in Note 50 für die ausländischen Pläne nicht differenziert dargestellt.

#### Bewertung und Bilanzansatz.

Für die leistungsorientierten Pläne wird nach den Bestimmungen von IAS 19 der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten (Bezüge- und Rententrend), die zu erwartenden Versorgungsfälle (Alter, Invalidität, Tod) sowie Austritte ohne Versorgungsfall (Fluktuation) berücksichtigt. Ergänzend zum Bezügetrend wird in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unterstellt, dass die Bezügeentwicklung der aktiven Mitarbeiter bis zum 50. Lebensjahr durch Karriereentwicklung leicht oberhalb des allgemeinen Trends liegt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis eines Rechnungszinssatzes ermittelt, der auf dem RATE.Link-Verfahren von Towers Watson basiert. Die Datengrundlage für die Zinsermittlung sind die von Bloomberg für die Eurozone erfassten Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating bei wenigstens der Hälfte der Ratingagenturen. Durch finanzmathematische Methoden wird aus dieser Datengrundlage eine Zinsstrukturkurve abgeleitet und hieraus ein mit den Verpflichtungen laufzeitkongruenter Rechnungszinssatz abgeleitet. Die Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität und die Ehwahrscheinlichkeiten werden den Richttafeln von Prof. Klaus Heubeck entnommen. Als Rentenbeginnalter wird generell der frühestmögliche Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung (überwiegend Alter 63) herangezogen. Die beschriebenen Prämissen werden jährlich geprüft und ggf. angepasst.

Abweichungen vom erwarteten Verlauf der Pensionsverpflichtungen sowie Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Rentensteigerung oder Rechnungszinssatz) führen zu sogenannten versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Diese werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe direkt in den Gewinnrücklagen bzw. im Sonstigen Ergebnis erfasst und verändern entsprechend das Eigenkapital.

Der als Schuld bzw. Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich (falls vorhanden) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens zum Bilanzstichtag. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan, die sich auf den erdienten Anteil von Versorgungsanwartschaften auswirken. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung bzw. bei vorhandenem Planvermögen der Pensionsrückstellung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht. Der Personalaufwand entspricht dem Barwert des jährlichen Zuwachses der erdienten Versorgungsanwartschaft zuzüglich eines eventuellen nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands.

Es erfolgt eine Saldierung der Erträge aus dem Planvermögen mit dem Zinsaufwand. Im Ergebnis wird somit nur der Nettozinsaufwand ausgewiesen. Für die Berechnung des Nettozinsergebnisses wird der Diskontierungszinssatz zugrunde gelegt. Der Ausweis des Dienstzeitaufwands sowie des Nettozinsergebnisses erfolgt im Verwaltungsaufwand.

#### Risiken und Steuerung.

Bei den leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft verpflichtet, Versorgungsleistungen an frühere Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene zu gewähren. Die damit verbundenen Risiken werden von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen, wobei einzelne Konzerngesellschaften von der Konzernmutter für einige Verpflichtungen freigestellt wurden.

Als wesentliche Risiken sind Bilanz-, Liquiditäts- und Kapitalanlagerisiken zu nennen. Bilanzrisiken bestehen nach IAS 19 vor allem in Bezug auf die Auswirkung der Pensionsverpflichtungen auf das Eigenkapital, da die Differenz aus erwarteten und tatsächlichen Pensionsverpflichtungen im Sonstigen Ergebnis erfasst wird und das Eigenkapital verändert. Bilanzrisiken entstehen dem Grunde und der Höhe nach durch die oben beschriebenen versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste. Sie können sowohl be- als auch entlastend wirken. Haupteinflussfaktor bei den auf die Bilanz bezogenen Risiken sind der Rechnungszinssatz, die Rendite auf Planvermögen sowie die sonstigen ökonomischen und demographischen Bewertungsparameter.

Der Rechnungszinssatz spielt bei der Bestimmung des Verpflichtungsumfangs eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt wegen seiner Volatilität. Die allgemeine Absenkung des Zinsniveaus in den letzten Jahren führte zu einem deutlich geringeren Rechnungszinssatz und damit einer starken Erhöhung der Pensionsverpflichtungen. Außerdem wirken sich von den Bewertungsannahmen abweichende Bestands- sowie Marktentwicklungen auf die Verpflichtungshöhe und damit auf die entsprechenden Bilanzpositionen aus. Fallen die tatsächlichen Bezüge- und Rentenerhöhungen höher oder niedriger aus als angenommen, ergeben sich entsprechende Verluste oder Gewin-

ne. Bei den Gesamtversorgungs- und Limitierungssystemen haben die Entwicklungen der Anwartschaften und Ansprüche bei externen Versorgungsträgern, wie dem BVV oder der gesetzlichen Rentenversicherung, Einfluss auf die Höhe der von der Konzerngesellschaft zu leistenden Versorgung, was sich insbesondere bei nachhaltigen Trendänderungen relativ stark auf die Pensionsverpflichtungen auswirken kann. Neben den genannten ökonomischen Risiken bestehen auch sogenannte biometrische Risiken. Da ein großer Teil der Pensionsverpflichtungen auf lebenslang zu zahlende Leistungen entfällt, ist dabei besonders das Langlebighkeitsrisiko zu nennen. Weichen die tatsächlich beobachteten Todesfälle von den auf Basis der Richttafeln erwarteten ab, ergeben sich ebenfalls Gewinne oder Verluste.

Für die wesentlichen Parameter wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben dem Rechnungszins als wirkungsstärkste Einflussgröße wurden dabei die Wirkungen des Bezüge-, des Renten- und Karrieretrends sowie der Fluktuationswahrscheinlichkeit untersucht. Auf die Verpflichtungen aus den für den Neuzugang offenen Kapitalkonten (Basis- und Aufbaukonto) wirken sich die Sterblichkeit, der Bezüge- und Rententrend sowie die Fluktuation vergleichsweise nur unwesentlich aus, weil in der Regel keine lebenslangen Leistungen gewährt werden und die Versorgungsanwartschaft für aktive Mitarbeiter nicht dynamisch mit den Bezügen anwächst. Dadurch wird sich das Bilanzrisiko der Konzernunternehmen im Zeitablauf stetig vermindern.

Die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen ist mit der Zahlung von Ruhegeldern und damit einem Liquiditätsabfluss verbunden. Abgesehen vom Rechnungszinssatz, der keinen Einfluss auf die Höhe der Versorgungsleistungen hat, wirken sich die beschriebenen Faktoren der Bilanzrisiken auch auf den Liquiditätsbedarf aus. Da für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen kein Planvermögen separiert wurde, sind die Versorgungsleistungen aus dem Vermögen der Konzernunternehmen zu erbringen. Für die mittelbaren Verpflichtungen der Unterstützungskasse und der Zusatzversorgungskasse der LBBW besteht jeweils Planvermögen, aus dem die Ruhegelder erbracht werden können. Im Falle einer Unterdeckung stehen die Trägerunternehmen für Nachschüsse ein. Für das Planvermögen besteht ein Kapitalanlagerisiko, dem durch ein sorgsames Asset Management begegnet wird.

Der gesetzliche Insolvenzschutz der Pensionsverpflichtungen der LBBW erfolgt für Zusagen, die nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 erteilt wurden, über den Pensionsversicherungsverein. Alle älteren Pensionszusagen sind über die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast insolvenzgesichert.

#### Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich enthalten u. a. Jubiläumsrückstellungen, Rückstellungen für Vorruhestand sowie Altersteilzeit.

Nach den Regelungen der Ehrungsordnung wird für eine Betriebszugehörigkeit von 10, 25, 40, 50 Jahren eine Jubiläumzahlung gewährt, deren Höhe sich nach betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen richtet. Hierfür werden entsprechend Jubiläumsrückstellungen ermittelt und gebildet.

Für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen werden ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die vonseiten des Gesetzgebers vorgeschriebene Wertsicherung für Wertguthaben bei Altersteilzeit erfolgt im Wege einer doppelseitigen Treuhandvereinbarung. Das in den Depots vorgehaltene und zweckgebundene Vermögen ist in einem Geldmarktfonds investiert und wird mit den entsprechenden Rückstellungen saldiert.

Ebenfalls werden Rückstellungen für abgeschlossene und potenzielle Vorruhestandsvereinbarungen gebildet, wobei potenzielle Rückstellungen gewichtet mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 30% angesetzt werden.

Die LBBW bietet Ihren Mitarbeitern in der Bank und einigen Tochtergesellschaften ein Langzeitkonto, das sogenannte LBBW FlexiWertkonto, an. Hierbei haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in das FlexiWertkonto einzubringen und in Form von Zeit (Entnahmezeit) wieder zu entnehmen. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung dieser Wertguthaben wurde eine doppelseitige Treuhandvereinbarung eingerichtet. Für die aus diesen Konten entstehenden Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet und mit dem Wertguthaben saldiert.

Für alle sonstigen Rückstellungen bestehen grundsätzlich dieselben Risiken wie für die Altersversorgungsverpflichtungen, allerdings aufgrund der kürzeren Verpflichtungsdauer in weitaus geringerem Umfang.

Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft sowie Übrige Rückstellungen, welche Rückstellungen für Restrukturierung und Rechtsstreitigkeiten enthalten, werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirt-

schaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Nähere Erläuterungen zu den Rechtsrisiken befinden sich im Risikobericht.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.

## 20. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten (z. B. Schuldscheindarlehen oder Emissionen), Genussrechte sowie typisch Stille Einlagen aus. Das Nachrangkapital besitzt handels- bzw. bankaufsichtsrechtlich sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalcharakter. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Kapitalrückzahlung werden die nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechte entsprechend den Vorschriften des IAS 32 als Fremdkapital klassifiziert. Die Stillen Einlagen sind aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts bzw. der Kapitalrückzahlung an den Investor ebenfalls dem Fremdkapital zuzurechnen. Dies gilt auch für die Stillen Einlagen, die aufsichtsrechtlich und im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) als haftendes Eigenkapital anerkannt sind.

Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten werden um Effekte aus dem Hedge Accounting angepasst. Erläuterungen zum Hedge Accounting können den Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Finanzinstrumenten entnommen werden (siehe Note 6).

## 21. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg (Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – sowie Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH) nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg in Verbindung mit § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg eingezahlte Kapital.

Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabe-Agio).

Die Gewinnrücklagen beinhaltet neben den Einstellungen aus dem Konzernergebnis die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der im Sonstigen Ergebnis erfassten – und die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste inklusive dazugehöriger latenter Steuern im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sowie erfolgsneutrale Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen sind im Sonstigen Ergebnis unter dem Posten Neubewertungsrücklage, ggf. nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Daneben wird im Sonstigen Ergebnis ebenfalls das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedges bzw. der darin enthaltene erfolgsneutrale Anteil am Gewinn oder Verlust inklusive des Gegenpostens aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges ausgewiesen. Ebenfalls in dieser Position ausgewiesen ist die Währungsumrechnungsrücklage. Hier ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Jahresabschlusses einer wirtschaftlich selbständigen Teileinheit in die Konzernberichts-währung.

Die nicht beherrschenden Anteile sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital einzelner Tochtergesellschaften beteiligt sind.

## Segmentberichterstattung.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird auch im Geschäftsjahr 2014 gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungsträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

### Abgrenzung der Segmente.

Die im Folgenden dargestellten Segmente werden in Übereinstimmung mit dem internen Managementbericht als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment **Corporates** umfasst die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz, Großkunden sowie das Geschäft mit der öffentlichen Hand. Die angebotenen Lösungen reichen auf der Finanzierungsseite von klassischen über strukturierte bis hin zu Off-Balance-Finanzierungen. Des Weiteren werden Dienstleistungen rund um das internationale Geschäft, Cash-Management, Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement, Asset- und Pensionsmanagement angeboten. Darüber hinaus werden hier auch Produkte des primären Kapitalmarktgeschäfts für unsere Corporates Kunden und die gewerblichen Immobilienfinanzierungen einbezogen. Im Segment sind als wesentliche Tochterunternehmen die LBBW Immobilien Management GmbH, die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, die SüdLeasing GmbH, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH und die SüdFactoring GmbH enthalten.
- Im Segment **Financial Markets** werden Produkte zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung angeboten. Daneben werden Finanzierungslösungen am Primärmarkt im Eigen- und Fremdkapitalbereich sowie Asset-Management- und Depotbank-Leistungen angeboten. Es sind neben sämtlichen Salesaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen auch die Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft enthalten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Als wesentliches Tochterunternehmen ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH dem Segment Financial Markets zugeordnet.
- Das Segment **Retail/Sparkassen** enthält alle Aktivitäten im Privatkundengeschäft mit Privat-, Anlage-, Private-Banking- und Wealth-Management-Kunden. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Girokonto über Immobilienfinanzierungen und Vermögensberatung bis hin zu speziellen Dienstleistungen - insbesondere für Wealth-Management-Kunden - wie z.B. Financial Planning, Vermögensverwaltung, Depot- und Stiftungsmanagement. Ergänzend sind in diesem Segment die Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Im Segment **Credit Investment** ist im Wesentlichen das Kreditsatzgeschäft des Konzerns gebündelt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Eigeninvestments in Plain Vanilla Bonds, strukturierte Verbriefungen und Kreditderivate. Darüber hinaus ist die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding enthalten.
- Das Segment **Corporate Items** umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten Segmenten enthalten sind. Dazu zählen neben den Treasury-Aktivitäten (insbesondere das Ergebnis aus der zentralen Anlage der Eigenmittel, die Aktiv-Passiv-Steuerung, IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung sowie das Management der strategischen Anlagen und des Deckungsstocks) vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen, Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen und strategische Gesamtbankkosten sowie außerordentliche Erträge, die im Zusammenhang mit dem von der EU genehmigten Umstrukturierungsplan stehen (z. B. Restrukturierungsergebnis).
- In der Spalte Überleitung/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst, zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

#### Bewertungsmethoden.

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Finanzcontrollings, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Erträge und Aufwendungen des LBBW-Konzerns werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinsmethode. Dabei werden die Zinserträge und -aufwendungen saldiert als Zinsergebnis ausgewiesen. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten umfasst das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen und dem Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen (EAV) in einer Position zusammengefasst und verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen. Dabei wird auch die Bankenabgabe verursachungsgerecht auf die Segmente allokiert. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt.

Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Segmente erfolgt analog der internen Managementberichterstattung.

Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals in den Segmenten erfolgt auf Basis der ermittelten risikogewichteten Aktiva sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segments errechnet sich aus dem Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das bankaufsichtsrechtlich durchschnittlich gebundene Eigenkapital. Die Cost Income Ratio (CIR) ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zu Nettoergebnis (nach Risikovorsorge) exklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Finanzanlage-, at-Equity- und EAV-Ergebnis.

Im Geschäftsjahr 2014 führten geringfügige methodische Weiterentwicklungen und differenziertere Verrechnungsverfahren zu einer verfeinerten Ertrags-, Kosten- und Volumenallokation auf die Segmente. Zusätzlich kam es zu einer verbesserten Zuordnung der Risikovorsorgeauswirkungen aus Zinskorrekturen und Unwinding auf die jeweiligen Segmente. Die Vorjahreszahlen wurden zur Wahrung der Vergleichbarkeit an die geänderte Methodik angepasst.

Darüber hinaus wurden in der Segmentberichterstattung die rückwirkenden Anpassungen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz gemäß IAS 8.42 und aus der Erstanwendung des IFRS 10 entsprechend der Verantwortlichkeit den Segmenten zugeordnet.

## Segmentergebnisse nach Geschäftsfeldern.

Mio. EUR	Corporates	Financial Markets	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
01.01. – 31.12.2014						
Zinsergebnis	1 198	311	340	- 81	110	1 878
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 105	1	- 6	3	3	- 104
Provisionsergebnis	259	73	213	- 4	- 23	518
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	- 5	115	- 1	66	- 295	- 120
Finanzanlage- <sup>1)</sup> at-Equity- und EAV-Ergebnis <sup>1)</sup>	195	0	0	59	10	263
Sonstiges betriebliches Ergebnis <sup>2)</sup>	122	17	12	0	- 49	101
<b>Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)</b>	<b>1 664</b>	<b>518</b>	<b>557</b>	<b>43</b>	<b>- 244</b>	<b>2 536</b>
Verwaltungsaufwendungen	- 754	- 411	- 487	- 41	- 159	- 1 853
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>909</b>	<b>107</b>	<b>70</b>	<b>2</b>	<b>- 404</b>	<b>683</b>
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	0	0	0	- 191	0	- 191
Wertminderung Goodwill	0	- 16	0	0	0	- 16
Restrukturierungsergebnis	- 3	0	0	0	3	1
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>907</b>	<b>90</b>	<b>70</b>	<b>- 190</b>	<b>- 400</b>	<b>477</b>
Ertragsteuern						- 43
<b>Konzernergebnis</b>						<b>434</b>
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) <sup>3)</sup>	75,2	101,6	32,5	14,9	42,0	266,2
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR) <sup>4)</sup>	47,5	15,3	9,4	1,3	8,7	82,2
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR) <sup>4)</sup>	4,4	1,5	0,9	0,2	6,0	12,9
<b>RoE (in %)<sup>4)</sup></b>	<b>20,8</b>	<b>6,0</b>	<b>7,9</b>			<b>3,7</b>
<b>CIR (in %)</b>	<b>47,9</b>	<b>79,6</b>	<b>86,4</b>			<b>77,9</b>

1) Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2014 für das Segment Corporates auf 117 Mio. EUR.

2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

3) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Jahr 2014 für das Segment Corporates 302 Mio. EUR.

4) Angaben gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung.

01.01. – 31.12.2013						
Mio. EUR	Corporates <sup>1)</sup>	Financial Markets <sup>1)</sup>	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung <sup>1)</sup>	LBBW-Konzern <sup>1)</sup>
Zinsergebnis	1 301	396	355	- 23	- 258	1 773
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 306	1	- 12	5	- 3	- 314
Provisionsergebnis	321	92	216	- 5	- 78	545
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	36	152	0	186	- 6	369
Finanzanlage- at-Equity- und EAV-Ergebnis <sup>2)</sup>	1	0	0	- 121	137	16
Sonstiges betriebliches Ergebnis <sup>3)</sup>	100	47	3	34	- 71	113
<b>Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)</b>	<b>1 453</b>	<b>689</b>	<b>563</b>	<b>75</b>	<b>- 279</b>	<b>2 502</b>
Verwaltungsaufwendungen	- 708	- 367	- 457	- 64	- 178	- 1 774
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>746</b>	<b>322</b>	<b>106</b>	<b>11</b>	<b>- 457</b>	<b>728</b>
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	0	0	0	- 300	0	- 300
Wertminderung Goodwill	- 3	0	0	0	0	- 3
Restrukturierungsergebnis	0	0	0	- 1	49	48
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>742</b>	<b>322</b>	<b>106</b>	<b>- 290</b>	<b>- 408</b>	<b>473</b>
Ertragsteuern						- 134
<b>Konzernergebnis</b>						<b>339</b>
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) <sup>4)</sup>	76,5	100,3	33,3	29,8	34,7	274,6
Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR) <sup>5)</sup>	49,9	19,1	10,7	3,8	6,3	89,8
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR) <sup>5)</sup>	5,4	2,1	1,1	0,8	3,6	12,9
<b>RoE (in %)<sup>5)</sup></b>	<b>13,8</b>	<b>15,5</b>	<b>9,3</b>			<b>3,7</b>
<b>CIR (in %)</b>	<b>40,2</b>	<b>53,4</b>	<b>79,5</b>			<b>63,4</b>

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Die Ergebnisse aus den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2013 für das Segment Corporates auf 6 Mio. EUR.

3) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

4) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Jahr 2013 für das Segment Corporates 297 Mio. EUR.

5) Angaben gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung.

## Detailangaben Corporate Items, Überleitung und Konsolidierung.

Mio. EUR	Corporate Items		Überleitung/Konsolidierung		Corporate Items/ Überleitung/Konsolidierung	
	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013 <sup>1)</sup>
Zinsergebnis	154	- 111	- 44	- 147	110	- 258
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4	- 3	0	0	3	- 3
Provisionsergebnis	1	1	- 24	- 80	- 23	- 78
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	9	- 39	- 305	33	- 295	- 6
Finanzanlage-, at-Equity- und EAV-Ergebnis <sup>2)</sup>	11	5	- 1	133	10	137
Sonstiges betriebliches Ergebnis <sup>3)</sup>	- 47	- 10	- 2	- 61	- 49	- 71
<b>Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)</b>	<b>131</b>	<b>- 157</b>	<b>- 376</b>	<b>- 121</b>	<b>- 244</b>	<b>- 279</b>
Verwaltungsaufwendungen	- 159	- 178	0	0	- 159	- 178
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>- 28</b>	<b>- 336</b>	<b>- 376</b>	<b>- 121</b>	<b>- 404</b>	<b>- 457</b>
Restrukturierungsergebnis	3	49	0	0	3	49
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>- 25</b>	<b>- 286</b>	<b>- 376</b>	<b>- 121</b>	<b>- 400</b>	<b>- 408</b>
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) <sup>4)</sup>	42,0	45,9	0,0	- 11,3	42,0	34,7
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR) <sup>5)</sup>	10,6	8,4	- 2,0	- 2,1	8,7	6,3
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR) <sup>5)</sup>	6,2	3,9	- 0,2	- 0,3	6,0	3,6

1) Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

2) Die Ergebnisse aus den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2014 für das Segment Corporates auf 117 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR).

3) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

4) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Jahr 2014 für das Segment Corporates 302 Mio. EUR (Vorjahr: 297 Mio. EUR).

5) Angaben gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung.

Das Konzernergebnis vor Steuern des LBBW-Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf 477 Mio. EUR und hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 4 Mio. EUR verbessert. Dabei waren differenzierte Entwicklungen bei den Segmenten zu verzeichnen. Das Konzernergebnis vor Steuern der drei operativen Segmente Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen lag mit 1 067 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert von 1 170 Mio. EUR. Dem gegenüber wies das Segment Credit Investment ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von - 190 Mio. EUR aus und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 100 Mio. EUR insbesondere aufgrund der reduzierten Garantievorsorge infolge des vollständigen Verkaufs des Garantiefportfolios. Ebenfalls positiv entwickelte sich das Segment Corporate Items, welches ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von - 25 Mio. EUR auswies (Vorjahr: - 286 Mio. EUR).

Trotz des auf Vorjahresniveau liegenden Konzernergebnisses vor Steuern führten deutlich rückläufige Ergebnisse aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie erhöhte Verwaltungsaufwendungen - vor allem aufgrund gestiegener regulatorischer Anforderungen und des Umbaus der IT-Architektur - zu einer Cost Income Ratio (CIR) im LBBW-Konzern von 77,9% (Vorjahr: 63,4%). Die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund des weiteren Abbaus von Geschäften der Nicht-Kernbank um 8,4 Mrd. EUR auf 266,2 Mrd. EUR. Entsprechend reduzierten sich die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) des LBBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2014 auf 82,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 89,8 Mrd. EUR).

Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Corporates verbesserte sich im Geschäftsjahr 2014 merklich um 165 Mio. EUR auf 907 Mio. EUR. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen gestiegene Erträge aus Beteiligungsveräußerungen/-bewertungen im Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis. Dem standen geringere Erträge aufgrund des gezielten Abbaus von Nicht-Kernbankaktivitäten, der Rückführung von risikobehafteten und damit ertragsstarken Großengagements und einer verhaltenen Kreditnachfrage gegenüber. Dank der robusten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten, der hohen Kreditportfolioqualität und des Risikoabbaus reduzierte sich die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2014 beträchtlich auf - 105 Mio. EUR (Vorjahr: - 306 Mio. EUR). Die Verwaltungsaufwendungen stiegen vor allem bedingt durch erhöhte Aufwendungen für Gesamtbankprojekte im Zusammenhang mit neuen regulatorischen Anforderungen und den Umbau der IT-Architektur auf - 754 Mio. EUR (Vorjahr: - 708 Mio. EUR). Aufgrund dieser Kosten- und der differenzierten Ertragsentwicklung im Segment lag die CIR bei 47,9% (Vorjahr: 40,2%). Durch den Abbau von Nicht-Kernbankaktivitäten reduzierte sich das Segmentvermögen geringfügig um - 1,3 Mrd. EUR auf 75,2 Mrd. EUR. Infolgedessen sowie einer verbesserten Portfolioqualität sanken die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) auf 47,5 Mrd. EUR (Vorjahr: 49,9 Mrd. EUR).

Das Segment Financial Markets war durch das schwierige Marktumfeld belastet und wies im Jahr 2014 ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 90 Mio. EUR aus, welches damit unter dem Vorjahr (322 Mio. EUR) verblieb. Grund hierfür war insbesondere die verhaltene Nachfrage nach Anlage- und Absicherungsprodukten infolge der flachen Zinsstruktur und geringen Volatilitäten. Zudem führten konservative Bewertungen bei Derivaten und

Credit Valuation Adjustments für Geschäfte mit der öffentlichen Hand bzw. den öffentlichen Institutionen zu einer Einmalbelastung im Jahr 2014. Zusätzlich entfielen positive Ergebniseffekte aus dem Vorjahr aus der Auflösung von Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsrisiken. Darüber hinaus stiegen die Verwaltungsaufwendungen vor allem bedingt durch erhöhte Aufwendungen für Gesamtbankprojekte im Zusammenhang mit neuen regulatorischen Anforderungen und den Umbau der IT-Architektur - die auch die Optimierung der Systemlandschaft des Segments Financial Markets umfasst - deutlich auf - 411 Mio. EUR (Vorjahr: - 367 Mio. EUR). Zudem belastete die vollständige Abschreibung des dem Segment zugeordneten Goodwills das Ergebnis (- 16 Mio. EUR). Somit ergab sich im Jahr 2014 eine CIR von 79,6% (Vorjahr: 53,4%). Das Segmentvermögen lag mit 101,6 Mrd. EUR zwar nahezu auf Vorjahresniveau, war jedoch durch den zinsbedingten Anstieg der Marktwerte der Derivate geprägt. Dementsprechend reduzierten sich die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) im Geschäftsjahr 2014 deutlich auf 15,3 Mrd. EUR (Vorjahr: 19,1 Mrd. EUR).

Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Retail/Sparkassen lag im Jahr 2014 mit 70 Mio. EUR unter dem des Vorjahres (106 Mio. EUR) und wies dabei eine differenzierte Entwicklung auf. Während die Erträge nahezu auf Vorjahresniveau lagen, führten gestiegene Verwaltungsaufwendungen vor allem bedingt durch erhöhte Aufwendungen für Gesamtbankprojekte aufgrund neuer regulatorischer Anforderungen und den Umbau der IT-Architektur zu einer Belastung des Ergebnisses. So entfielen im Jahr 2014 allein 22 Mio. EUR der Aufwendungen auf das neue Kernbanksystem. Aufgrund dieser Entwicklung ergab sich eine CIR von 86,4% (Vorjahr: 79,5%). Das Segmentvermögen verringerte sich geringfügig auf 32,5 Mrd. EUR. Die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) für das Segment beliefen sich im Jahr 2014 auf 9,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 10,7 Mrd. EUR).

Das Segment Credit Investment war geprägt durch den Volumens- und Risikoabbau im Nicht-Kernbankgeschäft. Im Geschäftsjahr 2014 wurde das gesamte Garantieportfolio sowie weite Teile des nicht garantierten Kreditersatzgeschäfts verkauft. Damit einher ging eine signifikante Reduktion der Garantieprovision für den Risikoschirm sowie des Verwaltungsaufwands. Somit ergab sich ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von - 190 Mio. EUR (Vorjahr: - 290 Mio. EUR). Bedingt durch den konsequent vorangetriebenen Risikoabbau verringerte sich das Segmentvermögen erheblich auf 14,9 Mrd. EUR (Vorjahr: 29,8 Mrd. EUR). Infolge der weiteren Rückführung des nicht garantierten Portfolios reduzierten sich im Geschäftsjahr 2014 die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) um - 2,5 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR.

Das Konzernergebnis vor Steuern des Segments Corporate Items war im Jahr 2014 - wie im Vorjahr - stark durch Sonder- und Einmaleffekte geprägt und verbesserte sich auf - 25 Mio. EUR nach - 286 Mio. EUR im Vorjahr. Positiv wirkten im Segment insbesondere geringere Belastungen aus IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung, geringere Zinsaufwendungen durch die Rückzahlung von Stillen Einlagen im April 2014 sowie eine Ergebnisverbesserung aus strategischen Anlagen. Demgegenüber ergab sich eine Reduktion der Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen. Das Segmentvermögen verringerte sich leicht auf 42,0 Mrd. EUR (Vorjahr: 45,9 Mrd. EUR). Die risikogewichteten Aktiva (CRR/CRD IV) stiegen im Geschäftsjahr 2014 auf 10,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 8,4 Mrd. EUR).

#### Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2014 beträgt die Summe aus der »Überleitung/Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern - 376 Mio. EUR (Vorjahr: - 121 Mio. EUR) und ist im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und aus nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen (z. B. Aufrechnungsergebnis aus Rückkauf eigener Emissionen).
- Für Teile der Handelsbuchbestände unterscheiden sich in der internen Managementberichterstattung die Bewertungsmethoden von denen der IFRS-Rechnungslegung.
- Effekte aus IFRS-spezifischen Sachverhalten, die im Zusammenhang mit dem Hedge Accounting und der Fair-Value-Option stehen. Hierbei handelt es sich insbesondere um derivative Finanzinstrumente, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, jedoch nicht in die IFRS-Bilanzierung von Sicherungsgeschäften einbezogen werden können.

#### Angaben auf Unternehmensebene.

##### Informationen über Produkte und Dienstleistungen.

Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

## Segmentierung nach geografischen Regionen.

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

01.01.– 31.12.2014						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW- Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 398	32	131	17	- 41	2 536
Konzernergebnis vor Steuern	439	- 21	98	0	- 41	477

01.01.– 31.12.2013						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW- Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 333	43	114	23	- 11	2 502
Konzernergebnis vor Steuern	440	- 41	77	7	- 10	473

## Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

### 22. Zinsergebnis.

Die Positionen Zinserträge und Zinsaufwendungen enthalten auch Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held-for-Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von Stillen Einlagen als Fremdkapital die Zahlungen an typisch Stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Handelsderivate	10 063	13 630
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	3 734	4 737
Sicherungsderivate	1 435	1 798
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen	1 059	1 316
Vorfälligkeitsentschädigungen	83	90
Sonstige	510	695
<b>Zinserträge</b>	<b>16 884</b>	<b>22 266</b>
Leasinggeschäft	450	443
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	43	66
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	38	24
Gewinnabführungsverträge	8	8
<b>Laufende Erträge</b>	<b>539</b>	<b>541</b>
<b>Zins- und Laufende Erträge</b>	<b>17 423</b>	<b>22 807</b>
Handelsderivate	- 9 740	- 13 249
Sicherungsderivate	- 1 624	- 2 098
Einlagen	- 2 475	- 3 633
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 920	- 1 118
Leasinggeschäft	- 105	- 75
Nachrangkapital	- 279	- 382
Verlustübernahme	- 2	- 2
Sonstige	- 400	- 477
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>- 15 545</b>	<b>- 21 034</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 878</b>	<b>1 773</b>

Der Rückgang der Zinserträge ist im Wesentlichen auf den weiteren Abbau verzinslicher Volumina sowie auf niedrigere Erträge aus Eigenanlagen infolge des weiterhin gesunkenen Zinsniveaus zurückzuführen. Gegenläufig sinken die Zinsaufwendungen, insbesondere aus den Handels- und Sicherungsderivaten infolge des reduzierten Derivatevolumens.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurde im Berichtsjahr aus der Barwertveränderung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) ein Zinsertrag i. H. v. 44 Mio. EUR (Vorjahr: 51 Mio. EUR) erfasst.

Aus der Aufrechnung eigener Schuldverschreibungen gemäß IAS 39.39 ff ergab sich im Geschäftsjahr ein Zinsergebnis i. H. v. - 6 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR).

Das Zinsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Zinserträge	4 520	6 441
Zinsaufwendungen	- 3 445	- 5 168
<b>Insgesamt</b>	<b>1 075</b>	<b>1 273</b>

**23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.**

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Auflösung Risikovorsorge	477	360
Ergebnis aus Rückstellungen im Kreditgeschäft	- 4	14
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	16	17
Direkte Forderungsabschreibung	- 97	- 98
Zuführung Risikovorsorge	- 489	- 599
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	- 7	- 8
<b>Insgesamt</b>	<b>- 104</b>	<b>- 314</b>

**24. Provisionsergebnis.**

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Wertpapier- und Depotgeschäft	189	194
Zahlungsverkehrsgeschäft	104	105
Vermittlungsgeschäft	110	110
Kredite und Bürgschaften <sup>1)</sup>	159	188
Sonstiges	72	70
<b>Provisionserträge</b>	<b>634</b>	<b>667</b>
Wertpapier- und Depotgeschäft	- 68	- 74
Zahlungsverkehrsgeschäft	- 24	- 20
Kredite und Bürgschaften <sup>1)</sup>	- 10	- 15
Vermittlungsgeschäft	- 7	- 7
Leasinggeschäft	- 3	- 3
Sonstiges	- 4	- 3
<b>Provisionsaufwendungen</b>	<b>- 116</b>	<b>- 122</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>518</b>	<b>545</b>

<sup>1)</sup> Beinhaltet Kredit- und Treuhand-, Aval- und Akkreditivgeschäft.

Im Sonstigen Provisionsergebnis sind vor allem Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.

Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten beträgt 73 Mio. EUR (Vorjahr: 79 Mio. EUR).

**25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.**

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Handelsergebnis	45	329
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	- 155	37
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	- 10	3
<b>Insgesamt</b>	<b>- 120</b>	<b>369</b>

**Handelsergebnis.**

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Bonitätsinduzierte Geschäfte	664	65
Aktiengeschäfte	83	121
Devisengeschäfte	- 6	25
Wirtschaftliche Sicherungsderivate	- 1	- 102
Zinsgeschäfte	- 726	285
Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten	31	- 65
<b>Insgesamt</b>	<b>45</b>	<b>329</b>

Der Rückgang des Handelsergebnisses resultiert insbesondere daraus, dass im Vorjahr positive Ergebnisbeiträge aus Spreadeinengungen angefallen sind, die im Geschäftsjahr 2014 deutlich geringer ausfielen. Darüber hinaus belastet ein rückläufiges kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft aufgrund der gesunkenen Nachfrage nach Absicherungsprodukten das Handelsergebnis. Durch den Neuabschluss von kapitalgarantierten Produkten im Geschäftsjahr 2014 kommt es ggü. dem Vorjahr zu Ergebnisverschiebungen zwischen bonitätsinduzierten Geschäften und Zinsgeschäften.

Das Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen und Devisen-Futures. Das Ergebnis aus Devisengeschäften stellt die Effekte aus der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder Fremdwährungsverbindlichkeiten dar. Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente beläuft sich auf 2 582 Mio. EUR (Vorjahr: - 450 Mio. EUR). Demgegenüber stehen erfasste Währungsumrechnungsdifferenzen i. H. v. - 2 588 Mio. EUR (Vorjahr: 475 Mio. EUR) für erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente.

**Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.**

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Beständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen sind im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Realisiertes Ergebnis	- 23	10
Unrealisiertes Ergebnis	- 132	27
<b>Insgesamt</b>	<b>- 155</b>	<b>37</b>

Im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der verbesserten eigenen Bonität der LBBW ist für die hier zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten im unrealisierten Ergebnis ein Bewertungsverlust i. H. v. - 15 Mio. EUR (Vorjahr: - 82 Mio. EUR) enthalten.

**Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.**

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungsbeziehungen im Rahmen des Hedge Accountings. Das Ergebnis aus nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügenden Sicherungsgeschäften wird im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Portfolio Fair Value Hedge	- 7	5
davon Grundgeschäft	273	- 27
davon Sicherungsinstrument	- 280	32
Mikro Fair Value Hedge	1	- 2
davon Grundgeschäft	318	- 250
davon Sicherungsinstrument	- 317	248
Cashflow Hedge	- 4	0
davon Grundgeschäft	- 4	0
<b>Insgesamt</b>	<b>- 10</b>	<b>3</b>

## 26. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse (inklusive Wertminderungen) aus Wertpapieren der Kategorien Forderungen und Kredite (LaR) und zur Veräußerung verfügbar (AFS) sowie von Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten und an nicht at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Ebenso sind Zuschreibungen auf Fremdkapitalinstrumente nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Veräußerungsergebnis	102	102
davon Wertpapiere	5	65
davon Beteiligungen	97	37
Wertminderungen	- 13	- 21
Zuschreibungen	1	7
<b>Ergebnis aus Finanzanlagen (AFS)</b>	<b>90</b>	<b>88</b>
Veräußerungsergebnis	62	- 41
davon Wertpapiere	62	- 41
Wertminderungen	0	- 30
Zuschreibungen	1	49
Ergebnis aus Erstattungsansprüchen (Garantie)	- 7	- 56
<b>Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)</b>	<b>56</b>	<b>- 78</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>146</b>	<b>10</b>

Das Ergebnis aus LaR-Finanzanlagen erhöhte sich insbesondere aufgrund positiver Veräußerungstransaktionen bei Wertpapieren durch den weiteren Volumens- und Risikoabbau in den nicht mehr zum Kerngeschäftsfeld gehörenden Portfolios (Kreditersatzgeschäft).

Das Ergebnis aus Erstattungsansprüchen (Garantie) resultiert aus einer aufwandswirksamen Ausbuchung des Resterstattungsanspruchs im Zuge des abgebauten Verbriefungsportfolios.

## 27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Laufende Erträge assoziierte Unternehmen	108	42
Zuschreibungen	31	12
Laufende Erträge Joint Ventures	5	2
<b>Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen</b>	<b>144</b>	<b>56</b>
Wertminderungen assoziierte Unternehmen	- 26	- 37
Wertminderungen Joint Ventures	- 1	- 13
<b>Aufwendungen aus at Equity bewerteten Unternehmen</b>	<b>- 27</b>	<b>- 50</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>117</b>	<b>6</b>

## 28. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Veräußerung von Vorräten	255	942
Auflösung von übrigen Rückstellungen	137	215
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	21	19
Aufwandsersatzung Dritter	34	34
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	4	17
Operate-Lease-Verhältnisse	25	25
Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	3	5
Übrige betriebliche Erträge	105	133
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>584</b>	<b>1 390</b>
Veräußerung von Vorräten	- 226	- 844
Zuführung zu übrigen Rückstellungen	- 96	- 190
Wertminderung von Vorräten	- 1	- 9
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	- 2	- 5
Operate-Lease-Verhältnisse	- 5	- 5
Übrige betriebliche Aufwendungen	- 157	- 253
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>- 487</b>	<b>- 1 306</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>97</b>	<b>84</b>

Die Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten bestehen im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden sowie aus unfertigen Erschließungsmaßnahmen. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus einer großen Anzahl realisierter Projekte im Vorjahr.

### 29. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Mieterträge	47	35
<b>Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien</b>	<b>47</b>	<b>35</b>
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	- 10	- 7
<b>Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien</b>	<b>- 10</b>	<b>- 7</b>
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	- 37	1
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	4	0
<b>Insgesamt</b>	<b>4</b>	<b>29</b>

Der Rückgang des Ergebnisses aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien im Geschäftsjahr 2014 resultiert im Wesentlichen aus Bewertungseffekten, da für das Immobilienobjekt eines erstmalig konsolidierten Tochterunternehmens ein rückläufiger Fair Value zum Jahresende zu erfassen war.

### 30. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den Anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte zusammen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2014	01.01.– 31.12.2013
Löhne und Gehälter	- 712	- 717
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	- 131	- 135
Soziale Abgaben	- 113	- 113
Sonstige Personalaufwendungen	- 56	- 50
<b>Personalaufwand</b>	<b>- 1 012</b>	<b>- 1 015</b>
EDV-Kosten	- 279	- 198
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	- 117	- 113
Aufwendungen aus Operate-Lease-Verhältnissen	- 31	- 57
Raumkosten	- 43	- 52
Verbands- und sonstige Beiträge	- 30	- 29
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	- 25	- 27
Honorare des Abschlussprüfers	- 14	- 13
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	- 209	- 171
<b>Anderen Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>- 748</b>	<b>- 660</b>
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte <sup>1)</sup>	- 42	- 46
Abschreibungen Sachanlagen <sup>1)</sup>	- 51	- 53
<b>Abschreibungen</b>	<b>- 93</b>	<b>- 99</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>- 1 853</b>	<b>- 1 774</b>

<sup>1)</sup> Hier enthalten sind sowohl die planmäßigen als auch die außerplanmäßigen Abschreibungen. Der Teilbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen kann den Notes 41 und 43 entnommen werden.

Der Anstieg der Anderen Verwaltungsaufwendungen ist insbesondere durch erhöhte Aufwendung für die Bewältigung regulatorischer Anforderungen begründet.

In den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen i. H. v. - 209 Mio. EUR (Vorjahr: - 171 Mio. EUR) sind Aufwendungen für die in Deutschland erhobene Bankenabgabe i. H. v. - 82 Mio. EUR (Vorjahr: - 67 Mio. EUR) enthalten. Daneben enthalten sind die Sonstigen Verwaltungsaufwendungen u. a. Porto-, Transport- und Kommunikationskosten i. H. v. - 17 Mio. EUR (Vorjahr: -18 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Büro- und KFZ-Kosten i. H. v. - 16 Mio. EUR (Vorjahr: - 17 Mio. EUR).

Nähere Erläuterungen zu den Leasingangaben finden sich in Note 71.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung enthalten:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
<b>Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen</b>	- 123	- 125
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 79	- 75
Laufender Dienstzeitaufwand	- 44	- 52
Sonstige Erträge und Aufwendungen inklusive Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen	0	2
<b>Andere Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung</b>	- 5	- 6
<b>Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionsverpflichtungen</b>	- 3	- 4
<b>Insgesamt</b>	- 131	- 135

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altersvorsorge hat der LBBW-Konzern im Geschäftsjahr - 69 Mio. EUR (Vorjahr: - 67 Mio. EUR) für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und unter den sozialen Abgaben ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers i. H. V. - 14 Mio. EUR (Vorjahr: - 13 Mio. EUR) setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Abschlussprüfungsleistungen	- 9	- 8
Andere Bestätigungsleistungen	- 1	- 1
Sonstige Leistungen	- 4	- 4
<b>Insgesamt</b>	- 14	- 13

### 31. Restrukturierungsergebnis.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	4	51
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	- 3	- 3
<b>Insgesamt</b>	1	48

### 32. Ertragsteuern.

Der Ertrag bzw. die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Tatsächliche Ertragsteuern des Berichtszeitraums	- 75	- 50
Tatsächliche Ertragsteuern aus früheren Jahren	31	- 58
<b>Tatsächliche Ertragsteuern</b>	- 44	- 108
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	0	62
<b>Latente Ertragsteuern</b>	1	- 26
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	132	50
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	0	- 5
davon latenter Steueraufwand/-ertrag wegen Änderung der Wertberichtigungen	- 22	0
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	20	13
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	1	48
<b>Insgesamt</b>	- 43	- 134

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
<b>Konzernergebnis vor Steuern</b>	<b>477</b>	<b>473</b>
Anzuwendender Steuersatz	30,42%	30,34%
<b>Rechnerische Ertragsteuer</b>	<b>- 145</b>	<b>- 143</b>
<b>Steuereffekte</b>		
aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	- 107	- 92
aus vorgenommenen Wertkorrekturen	- 18	85
aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	8	- 138
aus permanenten Steuereffekten	179	79
aus Steuersatzänderungen	2	- 4
aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	- 4	- 7
aus sonstigen Unterschieden	1	- 5
aus steuerfreien Erträgen	41	91
<b>Insgesamt</b>	<b>- 43</b>	<b>- 134</b>

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0% (Vorjahr: 15,0%) zuzüglich dem Solidaritätszuschlag i. H. v. 5,5% (Vorjahr: 5,5%) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,59%, Vorjahr: 14,51%). Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,42% (Vorjahr: 30,34%).

Die Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben beinhalten insbesondere Steuereffekte aus Beteiligungsveräußerungen, aus der Bankenabgabe sowie aus »Interbranch Expenses«. In 2014 waren zudem Steuereffekte aus der Übernahme eines Portfolios von der LBBW Luxemburg S.A. durch die LBBW Bank Inland zu berücksichtigen.

Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthält im Wesentlichen die Auswirkungen aus der Veränderung der nicht angesetzten aktiven latenten Steuern auf Wertberichtigungen aktiver latenter Steuern mit - 20 Mio. EUR (Vorjahr: - 40 Mio EUR) sowie der Berichtigungen steuerlicher Verlustvorräte mit 3 Mio. EUR (Vorjahr: 125 Mio. EUR). Die steuerfreien Erträge beinhalten u. a. Effekte aus der Veräußerung von Konzerngesellschaften sowie aus steuerlichen Sonderregelungen zu den Zinsaufwendungen/-erträgen der Niederlassung New York und steuerfreie Dividendeneinkünfte.

Die permanenten (bilanziellen) Steuereffekte des Geschäftsjahres beinhalten insbesondere Erträge aus at Equity bilanzierten Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und die Auswirkungen aus dem Verkauf des Garantieportfolios.

Der Bestand an steuerlichen Verlust- und Zinsvorräten sowie die Teilbeträge, für die eine aktive latente Steuer angesetzt, nicht angesetzt oder eine Wertberichtigung vorgenommen wurde, sind in nachstehender Tabelle dargestellt. Für die nicht angesetzten Verlust- und Zinsvorräte wird angegeben, ob sie in den Folgejahren nach dem jeweils anzuwendenden Steuerrecht noch genutzt werden können. Verlust- und Zinsvorräte in Deutschland steuerpflichtiger Unternehmen sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Bestand an Verlust- und Zinsvorräten (Summe)	7 252	7 689
davon Verlust- und Zinsvorräte, für die eine aktive latente Steuer gebildet wurde	3 222	3 900
davon Verlust- und Zinsvorräte, auf die eine Wertberichtigung vorgenommen wurde	166	65
davon Verlust- und Zinsvorräte, für die keine aktive latente Steuer angesetzt wurde	3 864	3 724
davon verfallen 2016 und später	94	303
davon unverfallbar	3 770	3 421
Nicht angesetzte temporäre Differenzen zum Bilanzstichtag	89	163

Für Konzernunternehmen, die im laufenden oder in den vorherigen Geschäftsjahren einen steuerlichen Verlust erwirtschaftet haben, wurden aktive latente Steuern in Höhe von 1 Mio. EUR angesetzt, für welche die Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die höher als die Ergebniseffekte aus der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind. Der Ansatz beruht auf einer steuerlichen Planungsrechnung für das jeweilige Unternehmen bzw. für den Organkreis.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Bilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

Mio. EUR	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2014	2013	2014	2013
<b>Aktivposten</b>				
Forderungen (inklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	504	924	- 119	- 210
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	4 929	2 857	- 1 744	- 129
Finanzanlagen	1 362	2 960	- 112	- 206
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	4	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	4	6	- 2	- 28
Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	28	28	- 97	- 189
Sonstige Aktiva	2	104	- 201	- 6
<b>Passivposten</b>				
Verbindlichkeiten	48	53	- 2 460	- 4 358
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1	7	- 2 326	- 2 030
Rückstellungen	506	362	- 2	- 4
Sonstige Passiva	215	156	- 15	- 20
Verlust- und Zinsvorträge	510	613	0	0
Outside Basis Differences	0	0	- 2	0
Saldierung	- 7 014	- 7 011	7 014	7 011
<b>Insgesamt</b>	<b>1 095</b>	<b>1 063</b>	<b>- 66</b>	<b>- 169</b>
<b>Veränderung des Saldos an latenten Steuern</b>				
	<b>130</b>	<b>- 202</b>		
davon erfolgswirksame Veränderungen	1	- 26		
davon aus Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen - Gewinne/Verluste aus AfS-Finanzinstrumenten)	- 27	- 153		
davon aus Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow Hedges (Fair-Value-Änderungen)	- 1	0		
davon aus Gewinnrücklage (Rückstellungen - Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	168	- 27		
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	- 11	4		

Unter den sonstigen erfolgsneutralen Veränderungen sind insbesondere Ab- und Zugänge an latenten Steuern aus Erst- und Entkonsolidierungen ausgewiesen.

Für zu versteuernde temporäre Differenzen aus Anteilen an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen in Höhe von 5 Mio. EUR wurden keine passiven latenten Steuern gebildet, da mit einer Umkehrung der temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

## Angaben zur Bilanz.

### 33. Barreserve.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1 803	1 969
Kassenbestand	133	135
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel	0	52
<b>Insgesamt</b>	<b>1 936</b>	<b>2 156</b>

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken sind Guthaben bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. 1 525 Mio. EUR (Vorjahr: 282 Mio. EUR) enthalten.

### 34. Forderungen an Kreditinstitute.

#### Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Kommunalkredite	28 058	32 417
Kontokorrentforderungen	982	1 516
Wertpapierpensionsgeschäfte	4 277	7 439
Andere Kredite	3 072	3 190
Schuldscheindarlehen	764	1 150
Tages- und Termingelder	195	231
Hypothekendarlehen	109	137
Sonstige Forderungen	967	1 545
<b>Insgesamt</b>	<b>38 424</b>	<b>47 625</b>
davon an Central Counterparties	780	1 561

#### Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Inländische Kreditinstitute	31 333	38 972
Ausländische Kreditinstitute	7 091	8 653
<b>Insgesamt</b>	<b>38 424</b>	<b>47 625</b>

### 35. Forderungen an Kunden.

#### Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Andere Kredite	29 336	31 117
Hypothekendarlehen	30 030	30 741
Kommunalkredite	20 332	20 644
Forderungen aus Finance Lease	4 991	5 268
Weiterleitungsdarlehen	3 396	3 250
Wertpapierpensionsgeschäfte	11 513	6 171
Kontokorrentforderungen	3 688	3 595
Tages- und Termingelder	3 804	4 260
Schuldscheindarlehen	2 428	2 533
Sonstige Forderungen	3 677	3 874
<b>Insgesamt</b>	<b>113 195</b>	<b>111 453</b>
davon an Central Counterparties	2 778	80

#### Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Inländische Kunden	79 066	81 955
Ausländische Kunden	34 129	29 498
<b>Insgesamt</b>	<b>113 195</b>	<b>111 453</b>

In der Position Andere Kredite sind im Wesentlichen Konsortialkredite i. H. v. 10 132 Mio. EUR (Vorjahr: 10 866 Mio. EUR) sowie Baufinanzierungen und unbesicherte Anteile von Hypothekendarlehen und kommunal verbürgten Krediten enthalten.

Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 71.

**36. Risikovorsorge.**

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 31. Dezember 2013	2	2 017	148	7	175	27
Korrektur Vorjahreswerte	0	0	1	0	0	0
<b>Stand 1. Januar 2014</b>	<b>2</b>	<b>2 017</b>	<b>149</b>	<b>7</b>	<b>175</b>	<b>27</b>
Verbrauch	0	- 576	- 47	0	0	0
Zuführung	1	407	33	5	74	4
Auflösung	- 1	- 350	- 17	- 5	- 115	- 13
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	- 4	0	0	0	0
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 44	- 1	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	3	2	0	- 2	- 2
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>2</b>	<b>1 453</b>	<b>119</b>	<b>7</b>	<b>132</b>	<b>16</b>

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 31. Dezember 2012	14	2 322	175	8	161	29
Korrektur Vorjahreswerte	0	15	0	0	0	0
<b>Stand 1. Januar 2013</b>	<b>14</b>	<b>2 337</b>	<b>175</b>	<b>8</b>	<b>161</b>	<b>29</b>
Verbrauch	- 2	- 494	- 41	0	0	0
Zuführung	0	481	35	5	108	9
Auflösung	- 10	- 248	- 22	- 6	- 92	- 15
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 51	- 2	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	- 8	3	0	- 2	4
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>2</b>	<b>2 017</b>	<b>148</b>	<b>7</b>	<b>175</b>	<b>27</b>

Für Rückstellungen im Kreditgeschäft siehe Ausführungen in Note 50. Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 71.

**37. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.**

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Handelsaktiva	76 043	65 390
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 001	1 316
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 840	3 399
<b>Insgesamt</b>	<b>79 884</b>	<b>70 105</b>

Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19 999	20 012	288	623
Geldmarktpapiere	1 675	1 064	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen	18 324	18 948	288	623
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	808	683	223	240
Aktien	199	225	10	10
Investmentanteile	609	458	200	215
Sonstige Wertpapiere	0	0	13	15
Sonstige	24 317	22 422	490	453
Schuldscheindarlehen	4 883	4 229	442	396
Sonstige Geldmarktgeschäfte	18 323	17 458	21	0
Sonstige Forderungen/Kredite			27	57
Übrige	1 111	735	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	30 919	22 273		
<b>Insgesamt</b>	<b>76 043</b>	<b>65 390</b>	<b>1 001</b>	<b>1 316</b>

Der Anstieg der Handelsaktiva ist im Wesentlichen durch die Veränderungen der derivativen Finanzinstrumente geprägt. Der im Geschäftsjahr 2014 beobachtbare Rückgang der Zinsen schlägt sich auf deren Bewertung nieder.

Diese Position enthält insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. 3 141 Mio. EUR (Vorjahr: 6 460 Mio. EUR).

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Wertpapiere gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	17 675	18 614	82	216
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	3 132	2 081	425	641
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	0	4	6
<b>Insgesamt</b>	<b>20 807</b>	<b>20 695</b>	<b>511</b>	<b>863</b>

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Geldmarktpapiere sowie Anleihen und Schuldverschreibungen gliedern sich auf öffentliche und andere Emittenten wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Öffentliche Emittenten	5 676	5 999	28	25
Andere Emittenten	14 323	14 013	260	598
<b>Insgesamt</b>	<b>19 999</b>	<b>20 012</b>	<b>288</b>	<b>623</b>

#### Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Positive Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 121	2 822
Positive Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	719	577
<b>Insgesamt</b>	<b>2 840</b>	<b>3 399</b>

Der Rückgang der Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten resultiert u. a. aus der Reduzierung des designierten Grundgeschäftsvolumens und dem somit auch reduzierten Volumen der Derivate im Portfolio Fair Value Hedge Accounting.

Die Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Aktivposten</b>		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	1	5
Kategorie AfS	1	5
Derivative Sicherungsinstrumente auf Sonstige Vermögenswerte	0	54
<b>Passivposten</b>		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	41	49
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	169	167
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	156	175
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	352	127
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 121	2 822
<b>Insgesamt</b>	<b>2 840</b>	<b>3 399</b>

#### 38. Finanzanlagen.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	27 924	39 246
Geldmarktpapiere	479	106
Anleihen und Schuldverschreibungen	27 445	39 133
Erstattungsanspruch (Garantie)	0	7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	3
Aktien	1	0
Investmentanteile	0	1
Sonstige Wertpapiere	0	2
Beteiligungen	908	888
Anteile an verbundenen Unternehmen	217	523
<b>Insgesamt</b>	<b>29 050</b>	<b>40 660</b>

Der Rückgang der Finanzanlagen im abgelaufenen Geschäftsjahr resultiert insbesondere aus dem Verkauf des Garantieportfolios sowie aus Fälligkeiten der Anleihen und Schuldverschreibungen, die das Neugeschäft übersteigen (siehe Note 6).

In den Finanzanlagen sind gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. insgesamt 4 757 Mio. EUR (Vorjahr: 2 575 Mio. EUR) enthalten.

Der Bestand an Wertpapieren in den Finanzanlagen gliedert sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	19 781	21 618
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	8 125	17 630
Nicht börsenfähige Wertpapiere	19	1
<b>Insgesamt</b>	<b>27 925</b>	<b>39 249</b>

Der Bestand an Geldmarktpapieren sowie Anleihen und Schuldverschreibungen der Finanzanlagen teilt sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Öffentliche Emittenten	14 022	18 369
Andere Emittenten	13 902	20 870
<b>Insgesamt</b>	<b>27 924</b>	<b>39 239</b>

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen in den Geschäftsjahren 2014 und 2013 dargestellt:

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
<b>Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten</b>			
Stand 31. Dezember 2013	726	537	1 263
Zugänge	186	2	188
Abgänge	- 164	- 18	- 182
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	11	0	11
Umbuchungen	- 3	0	- 3
Veränderung aus Konsolidierungskreis	18	- 209	- 191
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>774</b>	<b>312</b>	<b>1 086</b>
<b>Abschreibungen</b>			
Stand 31. Dezember 2013	- 286	- 158	- 444
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 11	- 2	- 13
Abgänge	101	1	102
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	- 10	0	- 10
Umbuchungen	2	0	2
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 6	29	23
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>- 210</b>	<b>- 130</b>	<b>- 340</b>
<b>Änderungen Fair Value</b>			
Stand 31. Dezember 2013	448	144	592
Änderungen Fair Value	- 24	2	- 22
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	2	- 2	0
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	- 85	1	- 84
Veränderung aus Konsolidierungskreis	3	- 110	- 107
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>344</b>	<b>35</b>	<b>379</b>
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2014</b>	<b>908</b>	<b>217</b>	<b>1 125</b>

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
<b>Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten</b>			
Stand 31. Dezember 2012	784	630	1 414
Zugänge	8	0	8
Abgänge	- 17	- 28	- 45
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	- 4	0	- 4
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	- 65	- 65
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 45	0	- 45
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>726</b>	<b>537</b>	<b>1 263</b>
<b>Abschreibungen</b>			
Stand 31. Dezember 2012	- 283	- 191	- 474
Abschreibungen des Geschäftsjahres	- 16	- 2	- 18
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	4	0	4
Umbuchungen	1	16	17
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	19	19
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	8	0	8
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>- 286</b>	<b>- 158</b>	<b>- 444</b>
<b>Änderungen Fair Value</b>			
Stand 31. Dezember 2012	470	148	618
Änderungen Fair Value	- 30	5	- 25
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	- 1	0	- 1
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	10	- 6	4
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	- 3	- 3
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 1	0	- 1
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>448</b>	<b>144</b>	<b>592</b>
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2013</b>	<b>888</b>	<b>523</b>	<b>1 411</b>

### 39. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Assoziierte Unternehmen	296	274
Joint Ventures	6	23
<b>Insgesamt</b>	<b>302</b>	<b>297</b>

### 40. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Resultierend aus dem Restrukturierungsplan zur Neuausrichtung des LBBW-Konzerns aus dem Jahr 2009 ist die LBBW zum Verkauf verschiedener Beteiligungen verpflichtet. Für wenige noch nicht veräußerte Beteiligungen bzw. Tochterunternehmen wurden im Geschäftsjahr Verhandlungen über den Verkauf von langfristigen Vermögenswerten sowie Veräußerungsgruppen geführt bzw. abgeschlossen. Daneben werden weitere Beteiligungen als zur Veräußerung gehalten ausgewiesen.

Gegenüber dem 31. Dezember 2014 haben sich in Bezug auf die als zur Veräußerung klassifizierten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen folgende Änderungen ergeben:

- Im dritten Quartal 2014 erfolgte der Verkauf der bereits zum Jahresende 2013 und zum Halbjahresabschluss 2014 als Veräußerungsgruppe ausgewiesenen LBBW Bank CZ a.s., Prag. Bis zu ihrem Verkauf war die Gesellschaft dem Berichtssegment Corporates zugeordnet.
- Im Geschäftsjahr 2014 hat die LBBW die Verhandlungen für den Verkauf einer at Equity bewerteten Gesellschaft und eines Anteils an einer at Equity bewerteten Gesellschaft aufgenommen. Der Verkauf soll im Laufe des Jahres 2015 erfolgen. Hiervon betroffen ist das Berichtssegment Corporates.
- Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2014 Verhandlungen über den Verkauf einzelner Immobilienobjekte aufgenommen. Der Verkauf soll im Laufe des Jahres 2015 erfolgen. Hiervon betroffen ist das Berichtssegment Corporate Items.

Aus der Umklassifizierung der langfristigen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 resultiert ein Wertminderungsbedarf von 2 Mio. EUR.

Die Hauptgruppen der als Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden lauten wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Aktiva</b>		
Barreserve	0	8
Forderungen an Kreditinstitute	0	175
Forderungen an Kunden	0	478
Risikovorsorge	0	- 1
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	5
Finanzanlagen	0	55
Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	76	0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	16	2
Sachanlagen	1	0
Ertragsteueransprüche	0	4
Sonstige Vermögenswerte	0	1
<b>Insgesamt</b>	<b>93</b>	<b>727</b>
<b>Passiva</b>		
Verbindlichkeiten an Kreditinstitute	0	23
Verbindlichkeiten an Kunden	0	880
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	8
Sonstige Verbindlichkeiten	0	4
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>915</b>
Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	0	118

Die Bewertung der Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden sowie Veräußerungsgruppen erfolgt grundsätzlich gemäß den Vorschriften des IFRS 5. Vermögenswerte, die unter die Ausnahmevorschriften des IFRS 5.5 fallen, werden gemäß den Vorschriften des jeweils einschlägigen Standards bewertet. Dementsprechend unterliegt die Fair-Value-Bewertung der relevanten Vermögenswerte dieses Bilanzpostens den gleichen Methoden, Parametern und Vorgehensweisen wie alle anderen zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte des LBBW-Konzerns.

#### 41. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der Immateriellen Vermögenswerte kann den folgenden Aufstellungen für 2014 und 2013 entnommen werden:

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>						
Stand 31. Dezember 2013	633	933	33	31	6	1 636
Veränderung aus Konsolidierungskreis	17	0	0	0	0	17
Zugänge	33	0	17	0	2	52
Umbuchungen	22	0	- 22	0	1	1
Abgänge	- 22	0	0	0	0	- 22
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>683</b>	<b>933</b>	<b>28</b>	<b>31</b>	<b>9</b>	<b>1 684</b>
<b>Ab- und Zuschreibungen</b>						
Stand 31. Dezember 2013	- 575	- 537	0	- 26	- 4	- 1 142
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 17	0	0	0	0	- 17
Planmäßige Abschreibungen	- 40	0	0	- 1	- 1	- 42
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	- 16	0	0	0	- 16
Abgänge	22	0	0	0	0	22
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>- 610</b>	<b>- 553</b>	<b>0</b>	<b>- 27</b>	<b>- 5</b>	<b>- 1 195</b>
<b>Buchwerte</b>						
Stand 1. Januar 2014	58	396	33	5	2	494
Stand 31. Dezember 2014	73	380	28	4	4	489

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>						
Stand 31. Dezember 2012	662	933	20	44	1	1 660
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 1	0	0	- 1	0	- 2
Zugänge	22	0	29	0	1	52
Umbuchungen	8	0	- 16	0	4	- 4
Abgänge	- 19	0	0	0	0	- 19
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 39	0	0	- 12	0	- 51
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>633</b>	<b>933</b>	<b>33</b>	<b>31</b>	<b>6</b>	<b>1 636</b>
<b>Ab- und Zuschreibungen</b>						
Stand 31. Dezember 2012	- 587	- 534	0	- 37	0	- 1 158
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	0	1	0	1
Planmäßige Abschreibungen	- 43	0	0	- 2	- 1	- 46
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	- 3	0	0	0	- 3
Umbuchungen	3	0	0	0	- 3	0
Abgänge	19	0	0	0	0	19
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	33	0	0	12	0	45
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>- 575</b>	<b>- 537</b>	<b>0</b>	<b>- 26</b>	<b>- 4</b>	<b>- 1 142</b>
<b>Buchwerte</b>						
Stand 1. Januar 2013	75	399	20	7	1	502
Stand 31. Dezember 2013	58	396	33	5	2	494

Die Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, sind – mit Ausnahme des Goodwills (separater Posten der Gewinn- und Verlustrechnung) - in dem Posten Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte i. H. v. 84 Mio. EUR (Vorjahr: 71 Mio. EUR) besitzen eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

#### Goodwill.

Bezüglich der Vorgehensweise beim Wertminderungstest nach IAS 36 wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen. Der Buchwert des Goodwills sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen haben sich im Geschäftsjahr in den Segmenten wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	Corporates		Financial Markets		Insgesamt	
	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Bestand zum 1. Januar	380	383	16	16	396	399
Wertminderungen	0	- 3	- 16	0	- 16	- 3
<b>Bestand zum 31. Dezember</b>	<b>380</b>	<b>380</b>	<b>0</b>	<b>16</b>	<b>380</b>	<b>396</b>
Bruttobetrag des Goodwill	917	917	16	16	933	933
Kumulierte Wertminderungen	- 537	- 537	- 16	0	- 553	- 537

In anderen Segmenten als den oben dargestellten gibt es keinen Goodwill.

Der LBBW-Konzern hatte ursprünglich die bisherigen Geschäftssegmente bzw. Segmente Corporates I, Corporates II, International Business sowie Financial Markets als zahlungsmittelgenerierende Einheiten definiert. Nach Abschluss der EU-Restrukturierung wird im Rahmen der operativen Steuerung nicht mehr zwischen Corporates I, Corporates II und International Business unterschieden, sondern es erfolgt eine Überwachung des Goodwills auf Basis des Segments Corporates. Eine Werthaltigkeitsprüfung des Goodwills auf Ebene von Corporates I und Corporates II ist durch die Umstrukturierung nicht mehr willkürlich möglich.

Aufgrund der Änderung in der Berichtsstruktur wurde eine Werthaltigkeitsprüfung vor und nach Zusammenlegung von Corporates durchgeführt. In beiden Fällen wurde kein Abschreibungsbedarf festgestellt.

Für das Segment Financial Markets lag bei der Werthaltigkeitsprüfung zum Halbjahr 2014 ein Kapitalisierungszins von 10,19% bzw. 9,19% in der ewigen Rente vor. Die Werthaltigkeitsprüfung für das Segment Financial Markets ergab einen erzielbaren Betrag i. H. v. 2 316 Mio. EUR, so dass der zugeordnete Goodwill i. H. v. 16 Mio. EUR komplett abzuschreiben war. Dies war auf das anhaltend niedrige Zinsniveau, die geringe Marktvolatilität und die allgemeine Kundenzurückhaltung zurückzuführen.

Für das Segment Corporates liegt den Werthaltigkeitsprüfungen ein Kapitalisierungszinssatz von 9,94% bzw. 8,19% in der ewigen Rente zugrunde. 2013 wäre ein Kapitalisierungszinssatz für das Segment Corporates von 10,11% bzw. 8,36% in der ewigen Rente zur Anwendung gekommen. Bei den dargestellten Kapitalisierungszinssätzen handelt es sich jeweils um Nachsteuersätze. Vorsteuer-Kapitalisierungszinssätze gemäß IAS 36.55 werden retrograd ermittelt.

Sensitivitätsüberlegungen in Bezug auf den der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordneten Goodwill wurden durchgeführt. Bei der Validierung des für die zahlungsmittelgenerierende Einheit ermittelten Nutzungswerts werden bestimmte externe Faktoren sowie wesentliche Werttreiber regelmäßig überprüft. Sensitivitätsüberlegungen in Bezug auf den der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordneten Goodwill wurden durchgeführt. Die wesentlichen Annahmen, bestehend aus dem Diskontierungszinssatz sowie den Ergebnisprognosen, wurden einer Sensitivitätsüberprüfung unterzogen.

Vor dem Hintergrund, dass der erzielbare Betrag deutlich über dem Buchwert liegt, ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags des Goodwill-tragenden Segments Corporates keine Wertminderungen zur Folge haben.

Die Cashflow-Prognose der zahlungsmittelgenerierenden Einheit basiert auf der Ende 2014 erstellten Planung der LBBW. Zentrale Annahmen der Planung sind ein historisch niedriges Zinsniveau und eine stabile wirtschaftliche Situation mit einem moderaten BIP-Wachstum in Deutschland. Auch für die Eurozone wird von Wachstum ausgegangen, jedoch verhaltener als im Inland. Im Hinblick auf die regulatorischen Vorhaben rechnet die LBBW nicht mit fundamentalen Änderungen, dennoch wird das Jahr 2015 geprägt sein durch die Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen und die schnelle Reaktion auf die dadurch veränderten Rahmenbedingungen. Die volkswirtschaftlichen Marktparameter werden vom Research der LBBW erstellt.

#### 42. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	2014	2013
<b>Buchwert 31. Dezember</b>	<b>481</b>	<b>516</b>
Korrektur Vorjahreswerte	0	- 25
<b>Buchwert 1. Januar</b>	<b>481</b>	<b>491</b>
Zugänge	4	3
Abgänge	- 4	- 11
Veränderung aus Konsolidierungskreis	148	14
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	- 16	- 4
Veränderung aus Währungsumrechnung	53	0
Fair-Value-Änderungen aus Beständen	- 37	1
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	80	- 2
Sonstige Umbuchungen	- 4	- 11
<b>Buchwert 31. Dezember</b>	<b>705</b>	<b>481</b>

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien i. H. v. 701 Mio. EUR (Vorjahr: 481 Mio. EUR) besitzen eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

### 43. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens im Berichts- und Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete An- zahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finance Lease	Leasing- gegenstände Operate Lease	Gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>							
Stand 31. Dezember 2013	703	97	313	3	11	210	1 337
Veränderung aus Konsolidierungskreis	588	0	54	2	0	93	737
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	1
Zugänge	4	1	11	3	0	0	19
Umbuchungen	- 17	0	1	- 2	0	- 63	- 81
Abgänge	- 3	- 4	- 21	- 1	0	- 3	- 32
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 5	0	0	0	0	- 2	- 7
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>1 270</b>	<b>94</b>	<b>359</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>235</b>	<b>1 974</b>
<b>Ab- und Zuschreibungen</b>							
Stand 31. Dezember 2013	- 319	- 76	- 204	0	- 7	- 85	- 691
Veränderung aus Konsolidierungskreis	- 490	0	- 52	0	0	- 76	- 618
Planmäßige Abschreibungen	- 26	- 4	- 17	0	0	- 4	- 51
Außerplanmäßige Abschreibungen	- 3	0	0	0	0	- 2	- 5
Umbuchungen	1	0	0	0	0	3	4
Abgänge	2	4	18	0	0	2	26
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	3	0	0	0	0	2	5
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>- 832</b>	<b>- 76</b>	<b>- 255</b>	<b>0</b>	<b>- 7</b>	<b>- 160</b>	<b>- 1 330</b>
<b>Buchwerte</b>							
Stand 1. Januar 2014	384	21	109	3	4	125	646
Stand 31. Dezember 2014	438	18	104	5	4	75	644

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete An- zahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finance Lease	Leasing- gegenstände Operate Lease	Gesamt
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>							
Stand 31. Dezember 2012	702	119	490	4	10	205	1 530
Korrektur Vorjahreswerte	20	0	0	0	0	0	20
<b>Stand 1. Januar 2013</b>	<b>722</b>	<b>119</b>	<b>490</b>	<b>4</b>	<b>10</b>	<b>205</b>	<b>1 550</b>
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	0	1	0	0	1	2
Veränderung aus Währungsumrechnung	- 2	0	- 1	0	0	0	- 3
Zugänge	4	1	11	2	1	0	19
Umbuchungen	- 5	0	5	- 3	0	5	2
Abgänge	- 3	- 4	- 61	0	0	- 1	- 69
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	- 13	- 19	- 132	0	0	0	- 164
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>703</b>	<b>97</b>	<b>313</b>	<b>3</b>	<b>11</b>	<b>210</b>	<b>1 337</b>
<b>Ab- und Zuschreibungen</b>							
Stand 31. Dezember 2012	- 301	- 89	- 343	0	- 6	- 81	- 820
Planmäßige Abschreibungen	- 23	- 5	- 25	0	- 1	- 4	- 58
Umbuchungen	1	0	0	0	0	- 1	0
Abgänge	3	3	56	0	0	1	63
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	1	15	108	0	0	0	124
<b>Stand 31. Dezember 2013</b>	<b>- 319</b>	<b>- 76</b>	<b>- 204</b>	<b>0</b>	<b>- 7</b>	<b>- 85</b>	<b>- 691</b>
<b>Buchwerte</b>							
Stand 1. Januar 2013	421	30	147	4	4	124	730
Stand 31. Dezember 2013	384	21	109	3	4	125	646

Die Abschreibungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Abschreibungen auf Sachanlagen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Sachanlagen i. H. v. 512 Mio. EUR (Vorjahr: 641 Mio. EUR) besitzen eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten.

#### 44. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Laufende Ertragsteueransprüche	219	179
davon Inland	205	167
davon Ausland	14	12
Latente Ertragsteueransprüche	1 095	1 059
<b>Insgesamt</b>	<b>1 314</b>	<b>1 238</b>

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind i. H. v. 219 Mio. EUR (Vorjahr: 179 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteueransprüche i. H. v. 1 095 Mio. EUR (Vorjahr: 1 059 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 32 verwiesen.

#### 45. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Vorräte	380	433
Forderungen an Finanzbehörden	30	47
Forderungen aus phasengleich vereinnahmten Beteiligungserträgen	9	5
Übrige Sonstige Aktiva	619	125
<b>Insgesamt</b>	<b>1 038</b>	<b>610</b>

Im Bereich Client Clearing wurden im Geschäftsjahr deutlich mehr Transaktionen getätigt, was zu einem Anstieg der Übrigen Sonstige Aktiva führte.

In den Sonstigen Aktiva sind Vermögenswerte i. H. v. 26 Mio. EUR (Vorjahr: 35 Mio. EUR) enthalten, die eine Restnutzungsdauer von mehr als zwölf Monaten besitzen.

Es werden keine Fremdkapitalzinsen aktiviert (nähere Erläuterung siehe Note 18).

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	150	198
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	88	77
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	17	17
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	29	50
Sonstiges Vorratsvermögen	96	91
<b>Insgesamt</b>	<b>380</b>	<b>433</b>

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Verkaufsaufwendungen angesetzt sind, beträgt 12 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR).

Wertminderungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis ausgewiesen.

Unter dem Sonstigen Vorratsvermögen werden u. a. Edelmetallbestände ausgewiesen.

#### 46. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

##### Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Wertpapierpensionsgeschäfte	11 834	14 259
Schuldscheindarlehen	8 133	10 067
Tages- und Termingelder	2 856	3 256
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	1 738	2 238
Kontokorrentverbindlichkeiten	1 920	1 972
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	468	506
Sonstige Verbindlichkeiten	25 365	25 747
<b>Insgesamt</b>	<b>52 314</b>	<b>58 045</b>
davon gegenüber Central Counterparties	5 798	4 884

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen Weiterleitungsdarlehen enthalten.

##### Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Inländische Kreditinstitute	46 954	50 607
Ausländische Kreditinstitute	5 360	7 438
<b>Insgesamt</b>	<b>52 314</b>	<b>58 045</b>

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ist im Wesentlichen durch rückläufige Wertpapierpensionsgeschäfte sowie Fälligkeiten der Schuldverschreibungen und der Namenspfandbriefe, die das Neugeschäft übersteigen, begründet.

#### 47. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

##### Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Kontokorrentverbindlichkeiten	31 925	30 607
Tages- und Termingelder	8 815	18 020
Schuldscheindarlehen	6 828	8 833
Wertpapierpensionsgeschäfte	7 337	8 382
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	5 532	6 785
Spareinlagen	7 337	7 218
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1 077	1 062
Sonstige Verbindlichkeiten	1 023	1 146
<b>Insgesamt</b>	<b>69 874</b>	<b>82 053</b>
davon gegenüber Central Counterparties	5 929	5 991

**Regionengliederung.**

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Inländische Kunden	58 158	71 199
Ausländische Kunden	11 716	10 854
<b>Insgesamt</b>	<b>69 874</b>	<b>82 053</b>

Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ist im Wesentlichen auf Reduzierung der Tages- und Termingelder zurückzuführen. Ein wesentlicher Teil dieser Veränderung ist durch die Minderung einer im Zusammenhang mit der Garantie des Landes Baden-Württemberg gestellten Barsicherheit begründet.

**48. Verbriefte Verbindlichkeiten.**

Unter den Verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Begebene Schuldverschreibungen	42 876	49 374
Hypothekendarlehen	4 535	4 369
Öffentliche Pfandbriefe	7 456	10 577
Sonstige Schuldverschreibungen	30 885	34 428
Andere Verbriefte Verbindlichkeiten	1 355	1 319
<b>Insgesamt</b>	<b>44 231</b>	<b>50 693</b>

Der Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten bei öffentlichen Pfandbriefen sowie bei Inhaberschuldverschreibungen.

Für die Angaben zur Emissionstätigkeit verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Note 69.

**49. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.**

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Handlspassiva	66 206	47 970
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	4 963	5 734
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 077	3 947
<b>Insgesamt</b>	<b>75 246</b>	<b>57 651</b>

**Handlspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.**

Mio. EUR	Handlspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	29 877	19 486		
Geldmarktgeschäfte	26 575	24 975	78	53
Verbriefte Verbindlichkeiten	9 397	2 864	2 475	2 933
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	1	553	615
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	324	603		
Schuldscheindarlehen	33	41	1 184	1 431
Nachrangige Verbindlichkeiten			673	702
<b>Insgesamt</b>	<b>66 206</b>	<b>47 970</b>	<b>4 963</b>	<b>5 734</b>

Die Erhöhung der Handlspassiva resultiert insbesondere aus einem Anstieg der Money-Market-Geschäfte sowie der Verbrieften Verbindlichkeiten. Ebenso trug die Zinsentwicklung zu einer Erhöhung der Negativen Marktwerte aus Derivaten bei.

**Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.**

In diesem Posten werden die negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 502	2 661
Negative Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	1 575	1 286
<b>Insgesamt</b>	<b>4 077</b>	<b>3 947</b>

Die Negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten verteilen sich auf die Grundgeschäfte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Aktivposten</b>		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	6	17
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	358	285
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	1 178	916
Kategorie AfS	1 178	915
Kategorie LaR	0	1
<b>Passivposten</b>		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	9	10
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	24	58
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 502	2 661
<b>Insgesamt</b>	<b>4 077</b>	<b>3 947</b>

**50. Rückstellungen.**

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	2 875	2 288
Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	231	448
Rückstellungen im Kreditgeschäft	79	75
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	97	86
Übrige Rückstellungen	173	236
<b>Insgesamt</b>	<b>3 455</b>	<b>3 133</b>

Es bestehen Rückstellungen i. H. v. 195 Mio. EUR (Vorjahr: 512 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von kleiner zwölf Monaten.

**Pensionsrückstellungen.**

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung der Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 79	- 75
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung von Pensionsrückstellungen	- 45	- 50
<b>Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>	<b>- 124</b>	<b>- 125</b>

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2014	2013
Stand 31. Dezember	2 529	2 512
Anpassung Vorjahreswerte inklusive Veränderung aus Konsolidierungskreis <sup>1)</sup>	0	101
<b>Stand 1. Januar</b>	<b>2 529</b>	<b>2 613</b>
In der GuV erfasste Veränderungen	132	134
Zinsaufwand/-ertrag	87	82
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung Pensionsrückstellungen	45	52
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	558	- 88
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der demographischen Annahmen	- 11	2
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der finanziellen Annahmen	543	- 157
Erfahrungsbedingte versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-)	24	67
Wechselkursänderungen	2	0
Andere Veränderungen	- 102	- 130
Gezahlte Leistungen	- 102	- 98
Zahlungen im Rahmen von Abgeltungen	0	- 29
Unternehmenszusammenschlüsse/-veräußerungen	0	- 3
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>3 117</b>	<b>2 529</b>

1) Im Geschäftsjahr 2013 ist die Anpassung im Wesentlichen durch die Umgliederung der Beihilferückstellung in die Pensionsverpflichtungen bedingt.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen gliedert sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Barwert der Pensionsverpflichtungen für aktive Arbeitnehmer	1 081	826
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Anwärter	483	385
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Rentner	1 553	1 318
<b>Insgesamt</b>	<b>3 117</b>	<b>2 529</b>

Die Untergliederung dieses Barwerts nach Art der Leistung ergibt sich wie folgt:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Barwert der angesammelten, aber verfallbaren Pensionsverpflichtungen	197	163
Barwert der unverfallbaren Pensionsverpflichtungen	2 920	2 366
<b>Insgesamt</b>	<b>3 117</b>	<b>2 529</b>

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen ergibt sich aus den folgenden Zusagen bzw. Leistungen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch bedingte Leistungen	3	3
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch künftige Gehaltssteigerungen	194	161
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch sonstige Leistungen	2 920	2 365
<b>Insgesamt</b>	<b>3 117</b>	<b>2 529</b>

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2014	31.12.2013
Fluktuation	4,50	4,50
Abzinsungssatz	2,15	3,50
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	1,85	2,00
Erwartete Rentensteigerung	1,70	1,90
Karrieredynamik	0,50	0,50

Die Sterblichkeit, Verheiratungswahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005G von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum Abschlussstichtag hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen. Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,5 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

31.12.2014	Zunahme um 0,5%- Punkte	Abnahme um 0,5%- Punkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	- 231	262
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	94	- 86
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	63	- 57
Änderung der Karrieredynamik	7	- 6
Änderung der Fluktuation	- 1	1

31.12.2013	Zunahme um 0,5%- Punkte	Abnahme um 0,5%- Punkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	- 169	190
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	83	- 77
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	37	- 34
Änderung der Karrieredynamik	5	- 5
Änderung der Fluktuation	- 1	1

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr würde zu einem Anstieg der Leistungszusagen um 103 Mio. EUR führen.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten wurde jeder Parameter c. p. gestresst. Eine Korrelation der Bewertungsannahmen untereinander wurde somit nicht berücksichtigt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens weist zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Festgelder und sonstige liquide Mittel	7	4
Level I bewertet	3	3
Level II bewertet	4	1
Wertpapiere	232	231
Wertpapiere – Eigenkapitalinstrumente	58	53
Eigenkapitalinstrumente von Kreditinstituten	39	39
Level I bewertet	39	39
Eigenkapitalinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	19	14
Level II bewertet	19	14
Wertpapiere – Schuldinstrumente	174	178
Schuldinstrumente von Kreditinstituten	167	166
Level I bewertet	167	166
Schuldinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	7	12
Level II bewertet	7	12
Immobilien	3	2
Investmentfonds	0	4
Level II bewertet	0	4
<b>Planvermögen</b>	<b>242</b>	<b>241</b>

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten werden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2014	2013
Stand 31. Dezember	241	219
Anpassung Vorjahreswerte	0	27
Stand 1. Januar	241	246
In der GuV erfasste Veränderungen	8	8
Zinserträge/-aufwendungen	8	8
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	6	1
Ertrag/Aufwand aus dem Planvermögen (abzüglich des im Nettozinsergebnis erfassten Ertrags)	5	1
Wechselkursänderungen	1	0
Andere Veränderungen	- 13	- 14
Beiträge des Arbeitgebers	1	1
Gezahlte Leistungen	- 14	- 12
Unternehmenszusammenschlüsse/-veräußerungen	0	- 3
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>242</b>	<b>241</b>

Der für das kommende Geschäftsjahr geschätzte, einzuzahlende Beitrag des Arbeitgebers zum Planvermögen beläuft sich im Konzern auf 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	3 117	2 529
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	2 711	2 197
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	406	332
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	- 242	- 241
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	2 875	2 288
<b>Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen</b>	<b>2 875</b>	<b>2 288</b>

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung beträgt 16,33 Jahre (Vorjahr: 14,98 Jahre).

#### Sonstige Rückstellungen.

Die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 31. Dezember 2013	86	75	448	237	846
Verbrauch	- 43	0	- 182	- 69	- 294
Auflösung	- 5	- 37	- 135	- 14	- 191
Zuführung	52	41	100	20	213
Umbuchungen	4	1	- 1	- 5	- 1
Ab- und Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	0	- 1	- 2	3	0
Nicht erfolgswirksame Veränderungen	3	0	1	0	4
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	2	1	3
<b>Stand 31. Dezember 2014</b>	<b>97</b>	<b>79</b>	<b>231</b>	<b>173</b>	<b>580</b>

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit.

Für die Verpflichtung von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverträgen ist zum Abschlussstichtag Planvermögen i. H. v. 4 Mio. EUR gebildet worden. Die Rückstellung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverträgen i. H. v. 4 Mio. EUR wurde mit dem Planvermögen gemäß IAS 19.128 verrechnet.

Insgesamt wurden Rückstellungen mit einer Laufzeit von über zwölf Monaten i. H. v. 387 Mio. EUR abgezinst.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestehen verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater der Bank Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen rechtlichen Risiken ist der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass eine Zahlung der Bank nicht wahrscheinlich ist (ggf. erfolgt ein Ausweis als Eventualverbindlichkeit) bzw. dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

### 51. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	69	58
davon Rückstellung für Ertragsteuern	63	55
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	6	3
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	66	169
<b>Insgesamt</b>	<b>135</b>	<b>227</b>

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 69 Mio. EUR (Vorjahr: 58 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 66 Mio. EUR (Vorjahr: 169 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 32 verwiesen.

### 52. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten aus		
Sonstigen Steuern	194	191
Beschäftigungsverhältnissen	44	47
Lieferungen und Leistungen	82	51
Fremdanteilen	3	6
Finance Lease	5	8
Erhaltene Anzahlungen	63	172
Übrige Sonstige Passiva	396	267
<b>Insgesamt</b>	<b>787</b>	<b>742</b>

Die Sonstigen Passiva mit einer Fälligkeit von größer zwölf Monaten betragen 35 Mio. EUR (Vorjahr: 39 Mio. EUR).

Erläuterungen zu Leasingangaben finden sich in Note 71.

### 53. Nachrangkapital.

Das ausgewiesene Nachrangkapital darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital gliedert sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Vermögenseinlagen typisch Stiller Gesellschafter	1 458	2 687
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 510	4 027
Genussrechtskapital	261	389
<b>Insgesamt</b>	<b>6 229</b>	<b>7 103</b>

Infolge eines negativen Ergebnisses im HGB-Abschluss 2009 wurden die Genussrechte und Stillen Einlagen am Verlust beteiligt. Die Wiederauffüllung des Kapitals der Genussrechte und Stillen Einlagen sowie die Nachholung der ausgefallenen Ausschüttungen sind in den Jahren 2010–2014 vollständig erfolgt.

Der Rückgang des Nachrangkapitals resultiert vorwiegend aus der vorzeitigen Rückzahlung Stillen Einlagen der Träger in Höhe von 1 Mrd. EUR (Nominalbetrag). Es wurden weitere Verbindlichkeiten in Höhe von 251 Mio. EUR (Nominalkapital) zurückgezahlt. Dem stehen 500 Mio. EUR (Nominalkapital) aus der Emission einer nachrangigen Schuldverschreibung gegenüber. Im Jahr 2014 wurden darüber hinaus 223 Mio. EUR Verbindlichkeiten aus Nachholungen gegenüber den Gläubigern Stillen Einlagen und Genussrechten, die im letzten Jahresabschluss mit dem abgezinsten Betrag im Nachrangkapital bilanziert worden sind, ausgeschüttet.

Darüber hinaus werden Bewertungen und Agien bzw. Disagien im Nachrangkapital ausgewiesen.

Nachrangkapital i. H. v. 1 517 Mio. EUR (Vorjahr: 940 Mio. EUR) ist innerhalb der nächsten zwölf Monate fällig.

#### Nachrangige Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) aufgeteilt nach Produktarten.

Mio. EUR	31.12.2014			31.12.2013		
	Kapital	Aufzinsung im Berichts- jahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichts- jahr	Gesamt
Nachrangige DM/EUR-Namenspapiere/Schuldverschreibungen	2 230	32	2 262	1 847	28	1 875
Nachrangige DM/EUR-Schuldscheindarlehen	1 375	15	1 390	1 449	16	1 465
Nachrangige Fremdwährungsanleihen	1 097	17	1 114	1 005	15	1 020
<b>Insgesamt</b>	<b>4 702</b>	<b>64</b>	<b>4 766</b>	<b>4 301</b>	<b>59</b>	<b>4 360</b>

In der obigen Tabelle sind nachrangige Namenspapiere und Emissionen der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 477 Mio. EUR (Vorjahr: 514 Mio. EUR) enthalten.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) beträgt - 177 Mio. EUR (Vorjahr: - 188 Mio. EUR).

#### Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des Art. 63 CRR für Ergänzungskapital. Gemäß Art. 64 CRR erfolgt eine taggenaue Amortisierung der Ergänzungskapitalinstrumente während der letzten fünf Jahre ihrer Laufzeit.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellen sich zum Stichtag wie folgt dar:

31.12.2014 Mio. EUR	Emissionsjahr	Nominal- betrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
<b>Inhabergenussrechte</b>				
	2001	85	6,85	31.12.2014
	2010 <sup>1)</sup>	17	4,22	31.12.2016
<b>Namensgenussrechte</b>				
Unternehmen		297	4,77 bis 7,22	bis 2022
Kreditinstitute		10	4,82	31.12.2020
<b>Gesamtsumme</b>		<b>409</b>		

<sup>1)</sup> Emission wurde mit Wirkung zum 31.12.2016 gekündigt.

In der obigen Tabelle sind Namensgenussscheine der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 137 Mio. EUR (Vorjahr: 137 Mio. EUR) enthalten.

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Geschäftsjahr betrug insgesamt -32 Mio. EUR (Vorjahr: - 66 Mio. EUR).

#### Vermögenseinlagen typisch Stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen der Stillen Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des Art. 52 CRR für zusätzliches Kernkapital nicht. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des Art. 484 CRR können sie jedoch weiterhin innerhalb der Grenzen des Art. 486 CRR angerechnet werden. Die Vermögenseinlagen der Stillen Gesellschafter der LBBW konnten im Jahr 2014 noch in voller Höhe angerechnet werden.

Zum Geschäftsjahresende bestehen folgende Stille Einlagen:

Laufzeit <sup>1)</sup>	Ausschüttung in % des Nominal- betrags	Nominalbetrag	
		31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 Mio. EUR
14.07.1999 – 31.12.2013	0	0,0	16,4
16.04.1999 – 31.12.2014	6,73 – 9,25	89,0	89,0
31.12.1993 – 31.12.2014 (gekündigt)	1,61	50,8	50,8
15.02.1994 – 31.12.2015 (gekündigt)	1,73	6,0	6,0
23.11.1999 – 31.12.2015	7,76	40,0	40,0
31.12.1993 – 31.12.2016 <sup>2)</sup> (gekündigt)	4,96	64,7	64,7
08.12.1999 – 31.12.2016	7,8 – 8,0	64,5	64,5
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	10,0
25.04.1999 – 31.12.2019	5,05	30,0	30,0
05.01.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19.05.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13.07.2001 – 31.12.2026 <sup>3)</sup>	2,66	15,0	15,0
01.10.1999 – 31.12.2029	8,03 – 8,20	49,0	49,0
10.03.2000 – 31.12.2030	8,05 – 8,25	10,0	10,0
02.07.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	20,0
<b>Stille Einlagen mit festem Laufzeitende</b>		<b>499,0</b>	<b>515,4</b>

Zinsbindungsende	Ausschüttung in % des Nominal- betrags	Nominalbetrag	
		31.12.2014 Mio. EUR	31.12.2013 Mio. EUR
04.04.2014 <sup>4)</sup>	3,93	0,0	405,3
31.12.2015 <sup>5)</sup>	4,69	19,5	19,5
26.06.2017	2,83	200,0	200,0
28.10.2021 <sup>4)</sup>	3,92	3,2	408,5
30.10.2021 <sup>4)</sup>	3,92	86,3	275,6
31.12.2021	3,93	8,9	8,9
31.12.2022	3,74	4,7	4,7
31.12.2023	3,81	222,7	222,7
kein Zinsbindungsende <sup>6)</sup>	4,56	300,0	300,0
<b>Stille Einlagen ohne festes Laufzeitende</b>		<b>845,3</b>	<b>1 845,2</b>
<b>Gesamt</b>		<b>1 344,3</b>	<b>2 360,6</b>

1) Rückzahlung erfolgt nach Feststellung des jeweiligen HGB-Jahresabschlusses zu einem vertraglich festgelegten Termin. Sofern der Beginn der Laufzeit genannt wird, bezieht sich die Angabe auf die erste eingegangene Verbindlichkeit in einer Gruppe von Verträgen mit ähnlichen Konditionen.

2) Der zukünftige Zinssatz beträgt 1,36 %.

3) Jährliche Zinsanpassung.

4) (Teilweise) vorzeitige Rückzahlung des Kapitals.

5) Teilweise Gegenstand von Kündigungserklärungen: 3,4 Mio. EUR.

6) Zinssatz ist fixiert. Lediglich bestimmte Änderungen in der Steuergesetzgebung haben Auswirkung auf den Zinssatz.

Der Zinsaufwand für Stille Einlagen für das Geschäftsjahr betrug insgesamt -70 Mio. EUR (Vorjahr: -128 Mio. EUR).

#### 54. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Stammkapital	3 484	3 484
Kapitalrücklage	8 240	8 240
Gewinnrücklage	920	1 214
Sonstiges Ergebnis	111	104
Bilanzgewinn/-verlust	434	339
Eigenkapital der Anteilseigner	13 189	13 381
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	19	18
<b>Insgesamt</b>	<b>13 208</b>	<b>13 399</b>

Das voll eingezahlte Stammkapital wurde im Berichtsjahr vom Land Baden-Württemberg mit 25,0% (Vorjahr: 25,0%), von der Stadt Stuttgart mit 19,0% (Vorjahr: 19,0%), vom Sparkassenverband Baden-Württemberg (einschließlich baden-württembergischer Sparkassen) mit 40,5% (Vorjahr: 40,5%), von der Landeskreditbank Baden-Württemberg mit 2,0% (Vorjahr: 2,0%) und von der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH mit 13,5% (Vorjahr: 13,5%) gehalten.

Im Posten Eigenkapital sind weiterhin kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern i. H. v. - 681 Mio. EUR (Vorjahr: - 295 Mio. EUR) sowie erfolgsneutral erfasste Steuern i. H. v. insgesamt 345 Mio. EUR (Vorjahr: 195 Mio. EUR) enthalten.

## Angaben zu Finanzinstrumenten.

In den nachfolgenden Notes wird im Wesentlichen den Anforderungen gemäß IFRS 13 und IFRS 7 nachgekommen. Weitere IFRS 7 Angaben finden sich im Chancen- und Risikobericht.

### 55. Fair-Value-Ermittlung.

Der Fair Value wird gemäß IFRS 13 als der Preis definiert, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Bei der Bestimmung des Fair Values hat ein Unternehmen darüber hinaus den für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit vorrangigen, d. h. den Hauptmarkt oder, falls ein solcher nicht vorliegt, den vorteilhaftesten Markt festzulegen. Unter einem Hauptmarkt versteht die LBBW den Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Dabei muss es sich nicht zwingend um denjenigen Markt handeln, auf dem die LBBW die höchste Handelsaktivität entfaltet. Unter dem vorteilhaftesten Markt versteht die LBBW hingegen denjenigen Markt, auf dem – unter Berücksichtigung von Transaktions- und Transportkosten – beim Verkauf eines Vermögenswerts der maximale Erlös erzielt werden kann bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit der geringste Betrag zu zahlen ist.

Im LBBW-Konzern werden bei der Fair-Value-Ermittlung – wenn vorhanden – notierte Preise des Hauptmarkts herangezogen, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Dies wird anhand der folgenden Kriterien überprüft: zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen.

Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparemeter beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordert Annahmen und Einschätzungen seitens des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Insbesondere dann, wenn keine an Märkten beobachtbaren Parameter verfügbar sind, ist hier ein signifikantes Maß an subjektiver Einschätzung notwendig.

Ziel der Anwendung der Bewertungsmethoden ist es, den Preis festzulegen, zu dem zum Stichtag eine Transaktion für einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit unter sachverständigen Dritten zustande kommen könnte. Bewertungsmethoden müssen daher alle Faktoren einbeziehen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung berücksichtigen würden.

Die Fair Values der zum Fair Value bewerteten Bestände unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des LBBW-Konzerns, in denen die Standards für die unabhängige Prüfung oder Validierung von Fair Values festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Organisationseinheit »Independent Price Verification (IPV)« innerhalb des Bereichs Risikocontrolling überwacht. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig von der Abteilung »Risikomethodik« überprüft.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, Replikations- und Copula-basierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie Libor-Marktmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatilitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen, Mean-Reversion
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Aktienvolatilitäten, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	FX-Kurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell, Kredit-Korrelationsmodell	Credit Spreads, Zinskurven und für die Copula-Modelle noch Indextranchen-Preise, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Credit Spreads, Zinskurven
Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen	Barwertmethode	Zinskurven, Own Credit Spread
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallsraten, Verlustschwere

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Die genannten Finanzinstrumente sind den Hauptklassen wie folgt zugeordnet:

Klasse	Finanzinstrumente
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	
Handelsaktiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Commodity-Optionen, Termingeschäfte, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen, Kredite
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Finanzanlagen AfS	Verbriefungen, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte	
Forderungen an Kreditinstitute	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Finanzanlagen LaR	Wertpapiere
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	
Handelspassiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Commodity-Optionen, Geldmarktgeschäfte, Termingeschäfte
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbriefte Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Nachrangkapital	Anleihen, Genussscheine
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Unwiderrufliche Kreditzusagen	Linienvereinbarungen

Soweit möglich, werden die Wertpapiere des Handelsbestands über Börsenkurse oder liquide Kurse des relevanten OTC-Markts bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von aktiven Märkten vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere anhand von Kursen aus inaktiven Märkten, die um Bewertungsanpassungen korrigiert werden, oder mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven und Credit Spreads, die aus Marktdaten abgeleitet werden.

Börsengehandelte Derivate werden über Börsenkurse bewertet.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird über Bewertungsmodelle ermittelt. Dabei wird zwischen einfachen, auf liquiden Märkten gehandelten Derivaten (z. B. Zinsswaps, Zinswährungsswaps und Devisen-Optionen) und komplexen Derivaten, die auf illiquiden Märkten gehandelt werden, unterschieden.

Einfache, auf aktiven Märkten gehandelte Derivate werden über anerkannte Bewertungsmethoden bewertet, die höchstens in unwesentlichem Umfang auf unbeobachtbare Parameter zurückgreifen.

Derivate, deren beizulegender Zeitwert durch komplexe Bewertungsmethoden unter Verwendung von unbeobachtbaren Parametern mit wesentlichem Einfluss bestimmt wird, werden in Level III der Bemessungshierarchie eingestuft. Um die Preisunsicherheit aus den unbeobachtbaren Parametern soweit wie möglich zu reduzieren, werden diese so kalibriert, dass Bewertungen aus beobachteten Transaktionen oder Angeboten für vergleichbare Instrumente, Konsensus-Preise von Preis-Service-Agenturen oder Bewertungen anderer Marktteilnehmer aus Abgleichprozessen mit den LBBW-eigenen Bewertungen bestmöglich übereinstimmen.

Für einen Teil der komplexen Zinsderivate beruhen die für die Bewertung anhand von Options-Preismodellen benötigten Zins-Zins-Korrelationen auf Expertenschätzungen, die zum Teil auf historischen Beobachtungen, zum

Teil auf aus Marktpreisen abgeleiteten Korrelationen basieren. Der Parameter »Korrelation« wird hier als un beobachtbar eingestuft und es wird eine Day-One-Reserve für diese komplexen Zinsderivate gebildet.

Darüber hinaus wird ein Teil der komplexen Kreditderivate mithilfe von Korrelationen bezüglich Ausfallwahrscheinlichkeiten bewertet, die monatlich aus Konsensus-Preisen für Standard-Geschäfte einer Preis-Service-Agentur ermittelt werden. Diese Korrelationen werden als un beobachtbar eingestuft und für die so bewerteten Kreditderivate wird eine Day-One-Reserve eingestellt.

Bei der Fair-Value-Bewertung von Derivaten macht die LBBW in folgenden Fällen von der Portfolio Exception gemäß IFRS 13.48 Gebrauch:

- Für einige Fair Value Adjustments (z. B. Glatstellungskosten) wird der Anpassungsbetrag auf Basis der Netto risikopositionen berechnet.
- Bei der Bewertung von Gegenpartei risiken bei OTC-Derivaten, für die Nettingvereinbarungen mit der Gegenpar tei getroffen wurden, werden die Credit Value Adjustments auf Nettositionen berechnet.

Für Verbriefungen, für die Marktpreise von Marktdatenanbietern vorliegen, erfolgt die Fair-Value-Bewertung auf Basis dieser Preise und die Einstufung in das Level II (siehe Fair-Value-Hierarchie). Für impaired Verbriefungen oder solche, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen (Level III), werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um markt gängige Modelle, die auf der Discounted-Cashflow-Methode beruhen. Diese Modelle verwenden Parameter, die teilweise nicht an Märkten beobachtbar sind. In diesem Fall wird der Fair Value von den durch die LBBW zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen beeinflusst. Die Annahmen werden dabei durch den Bereich Marktfolge des LBBW-Konzerns mit größter Sorgfalt gewählt. Bei den zu ermittelnden Parametern handelt es sich um Ausfälle, Wiedereinbringungsquoten und vorzei tige Rückzahlungsquoten. Diese werden pro Assetklasse ermittelt. Zur Ermittlung dieser Parameter wird auf Research von Investmentbanken und Ratingagenturen, aber auch auf eigene Beobachtungen bzw. Ableitungen aus den Transaktionen zurückgegriffen. Die Projektionen werden auf Basis der Erwartungen bezüglich des mak roökonomischen Umfelds unter Berücksichtigung der verfügbaren historischen Daten ermittelt.

Sofern der über Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value eines Finanzinstruments Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glatstellungskosten, Liquidität, Modell-, Kredit- und/oder Kontrahentenausfallrisiken nicht in angemessener Weise berücksichtigt, ermittelt die Bank Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments). Die angewendeten Verfahren berücksichtigen dabei teilweise nicht am Markt beobachtbare Parameter. Im LBBW-Konzern wurden aktuell insbesondere für folgende Sachverhalte Bewertungsanpassungen vorgenommen:

- Berücksichtigung von Kreditrisiken bei Forderungen und Kontrahentenausfallrisiken bei OTC-Derivaten (CVA)
- Anpassung von auf Mid-Kursen basierenden Bewertungen auf die Verwendung von Bid-/Ask-Preisen, z. B. in Form von Close-Out Valuation Adjustments für OTC-Zins- und Kreditderivate
- Schwächen der verwendeten Modelle und/oder Parameter, z. B. als sogenannte Model Valuation Adjustments für bestimmte Aktien-, Zins- und Kreditderivate
- Day-One Profit or Loss bei bestimmten komplexen Derivaten
- Anpassungen bei Verwendung von Marktpreisen aus nicht aktiven Märkten (Level II/Level III) bei verzinslichen Wertpapieren

Bei der Fair-Value-Ermittlung von börsennotierten Beteiligungen, die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind, werden – soweit vorhanden – auf aktiven Märkten notierte Preise herangezogen. Für nicht börsennotierte Beteiligungen oder wenn keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, wird der Fair Value über Bewertungsverfahren ermittelt. Im LBBW-Konzern erfolgt die Fair-Value-Ermittlung in diesen Fällen im Wesentli chen mit dem Ertragswert-, dem Discounted-Cashflow- oder dem Net-Asset-Value-Verfahren. Die Auswahl des Bewertungsverfahrens erfolgt anhand eines festgelegten Entscheidungsbaumes. Der Fair Value von Immobilien-Leasing-Objektgesellschaften wird grundsätzlich auf Basis des DCF-Verfahrens ermittelt. Eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren wird grundsätzlich für alle anderen wesentlichen Beteiligungen vorgenommen. Ist die Anwendung des Ertragswertverfahrens mit hohen Unsicherheiten verbunden oder aufgrund fehlender Daten grundlage nicht verlässlich möglich, erfolgt die Bewertung mittels des Net-Asset-Value-Verfahrens, sofern bei den Beteiligungen ein stabiler Zustand der Geschäftstätigkeit vorliegt.

Die Ermittlung des Fair Values von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen und Verbind lichkeiten erfolgt durch Abzinsung der zukünftigen Cashflows unter Berücksichtigung ratingabhängiger Spreads (Ausnahme: Repo-Geschäfte). Sofern ratingabhängige Spreads aus extern bezogenen Rating-Informationen verwendet werden, erfolgt die Einstufung in Level II. Intern ermittelte Rating-Informationen bedingen eine Einstu fung in Level III. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis der erwarteten zukünftigen Cashflows. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z. B. Konto korrentforderungen/-verbindlichkeiten) wird der Buchwert als Fair Value angegeben.

**56. Fair Value von Finanzinstrumenten.**

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt:

**Aktiva.**

Mio. EUR	31.12.2014		31.12.2013	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
<b>Barreserve</b>	<b>1 936</b>	<b>1 936</b>	<b>2 156</b>	<b>2 156</b>
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>				
Handelsaktiva	76 043	76 043	65 390	65 390
Derivate	30 919	30 919	22 273	22 273
Währungsbezogene Derivate	4 068	4 068	2 690	2 690
Zinsbezogene Derivate	26 272	26 272	18 829	18 829
Kreditderivate	192	192	258	258
Aktien-/indexbezogene Derivate	301	301	418	418
Warenbezogene und sonstige Derivate	86	86	78	78
Eigenkapitalinstrumente	808	808	683	683
Wertpapiere	19 999	19 999	20 012	20 012
Forderungen	24 317	24 317	22 422	22 422
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 001	1 001	1 316	1 316
Eigenkapitalinstrumente	223	223	240	240
Wertpapiere	288	288	623	623
Kredite und Forderungen	490	490	453	453
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	2 840	2 840	3 399	3 399
Zinsderivate	2 747	2 747	3 296	3 296
Zinswährungsswaps	93	93	103	103
Finanzanlagen AfS	22 979	22 979	21 451	21 451
Eigenkapitalinstrumente	1 121	1 121	1 408	1 408
Wertpapiere	21 858	21 858	20 043	20 043
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>				
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	38 415	40 026	47 616	48 728
Kommuldarlehen	28 056	29 428	32 416	33 361
Wertpapierpensionsgeschäfte	4 277	4 477	7 439	7 496
Sonstige Forderungen	6 082	6 121	7 761	7 871
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	111 610	118 377	109 261	110 404
Kommuldarlehen	20 302	23 194	20 620	22 179
Hypothekendarlehen	29 754	33 103	30 442	32 597
Wertpapierpensionsgeschäfte	11 513	11 526	6 171	6 176
Sonstige Forderungen	50 041	50 554	52 028	49 452
davon Finance Lease	4 856	5 227	5 093	5 469
Finanzanlagen LaR	6 071	6 090	19 209	19 173
Eigenkapitalinstrumente	5	5	6	6
Verbriefungen	66	66	5 526	4 879
Staatsanleihen	5 551	5 562	12 760	12 760
Sonstige Wertpapiere	449	457	917	1 528
<b>Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>720</b>	<b>720</b>

## Passiva.

Mio. EUR	31.12.2014		31.12.2013	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
<b>Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten</b>				
Handelspassiva	66 206	66 206	47 970	47 970
Derivate	29 877	29 877	19 486	19 486
Währungsbezogene Derivate	4 584	4 584	2 502	2 502
Zinsbezogene Derivate	24 101	24 101	15 959	15 959
Kreditderivate	495	495	391	391
Aktien-/indexbezogene Derivate	630	630	593	593
Warenbezogene und sonstige Derivate	67	67	41	41
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	324	324	603	603
Einlagen	26 608	26 608	25 016	25 016
Verbriefte Verbindlichkeiten	9 397	9 397	2 864	2 864
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1	1
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	4 963	4 963	5 734	5 734
Einlagen	1 473	1 473	1 706	1 706
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 937	2 937	3 413	3 413
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	553	553	615	615
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 077	4 077	3 947	3 947
Zinsderivate	4 005	4 005	3 835	3 835
Zinswährungsswaps	72	72	112	112
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten</b>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52 314	54 561	58 045	60 181
Wertpapierpensionsgeschäfte	11 834	12 030	14 259	14 256
Schuldscheindarlehen	8 133	8 491	10 067	10 402
Sonstige Verbindlichkeiten	32 347	34 040	33 719	35 523
davon Finance Lease	0	295	0	289
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	69 874	71 786	82 053	83 742
Kontokorrentverbindlichkeiten	31 925	32 037	30 607	30 656
Schuldscheindarlehen	6 828	7 320	8 833	9 219
Namenspfandbriefe	6 609	7 728	7 847	8 580
Wertpapierpensionsgeschäfte	7 337	7 343	8 382	8 385
Sonstige Verbindlichkeiten	17 175	17 358	26 384	26 902
Verbriefte Verbindlichkeiten	44 231	45 352	50 693	51 579
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	5	5	8	8
Nachrangkapital	6 229	6 453	7 103	6 993
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 510	4 723	4 027	4 061
Genussrechtskapital	261	319	389	440
Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter	1 458	1 411	2 687	2 492
<b>Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>911</b>	<b>911</b>

Bezüglich der Detailaufgliederung sowie der Bewertung der Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen verweisen wir auf Note 40.

### 57. Fair-Value-Hierarchie.

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden Fair Values sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Werden bei der Fair-Value-Ermittlung Parameter aus verschiedenen Leveln verwendet, wird der sich ergebende Fair Value dem nächsten Level zugeordnet, dessen Parameter einen wesentlichen Einfluss auf die Fair-Value-Bewertung hat.

Die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der in IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level I, Level II und Level III wird im LBBW-Konzern wie folgt konkretisiert:

- Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten unangepassten notierten Preisen sind der ersten Stufe (Level I) zugeordnet.
- Modellbewertete OTC-Derivate, handelbare Kredite, strukturierte, zur Fair-Value-Bewertung designierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile sowie bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sowie liquide Asset-Backed Securities sind der zweiten Stufe (Level II) zugeordnet.
- Die dritte Stufe (Level III) umfasst Finanzinstrumente, bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Hierzu gehören komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, der überwiegende Teil der Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierter Verbriefungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Bilanzklassen auf die Bewertungsmethoden:

## Aktiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
<b>Barreserve</b>	<b>126</b>	<b>135</b>	<b>1 801</b>	<b>1 969</b>	<b>9</b>	<b>52</b>
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>						
Handelsaktiva	7 887	12 801	67 557	51 999	599	590
Derivate	299	301	30 034	21 394	586	578
Währungsbezogene Derivate	0	0	3 934	2 583	134	107
Zinsbezogene Derivate	0	0	25 823	18 383	449	446
Kreditderivate	0	0	192	255	0	3
Aktien-/indexbezogene Derivate	258	283	40	113	3	22
Warenbezogene und sonstige Derivate	41	18	45	60	0	0
Eigenkapitalinstrumente	199	225	609	458	0	0
Wertpapiere	7 389	12 274	12 610	7 738	0	0
Forderungen	0	1	24 304	22 409	13	12
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	33	951	1 199	50	84
Eigenkapitalinstrumente	0	0	198	199	25	41
Wertpapiere	0	33	263	547	25	43
Forderungen	0	0	490	453	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	2 840	3 399	0	0
Zinsderivate	0	0	2 747	3 296	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	93	103	0	0
Finanzanlagen AfS	12 401	15 490	10 015	4 992	563	969
Eigenkapitalinstrumente	579	458	0	12	542	938
Wertpapiere	11 822	15 032	10 015	4 980	21	31
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	0	0	0	705	481
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>						
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	0	2	15 747	24 240	24 279	24 486
Kommundarlehnen	0	0	9 306	13 735	20 122	19 626
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	4 477	7 496	0	0
Sonstige Forderungen	0	2	1 964	3 009	4 157	4 860
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	0	0	26 800	22 828	91 577	87 576
Kommundarlehnen	0	0	7 983	7 148	15 211	15 031
Hypothekendarlehen	0	0	438	1 361	32 665	31 236
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	11 526	6 176	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	6 853	8 143	43 701	41 309
davon Finance Lease	0	0	0	0	5 227	5 469
Finanzanlagen LaR	163	350	5 844	16 793	83	2 030
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	2	5	4
Verbriefungen	0	0	38	2 907	28	1 972
Staatsanleihen	0	0	5 512	12 710	50	50
Sonstige Wertpapiere	163	350	294	1 174	0	4
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	36	0	26	16	660

## Passiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
<b>Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten</b>						
Handelspassiva	829	999	64 922	46 425	455	546
Derivate	516	382	28 906	18 558	455	546
Währungsbezogene Derivate	0	0	4 568	2 483	16	19
Zinsbezogene Derivate	0	0	23 669	15 476	432	483
Kreditderivate	0	0	491	369	4	22
Aktien-/indexbezogene Derivate	457	350	170	221	3	22
Warenbezogene und sonstige Derivate	59	32	8	9	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	313	602	11	1	0	0
Einlagen	0	0	26 608	25 016	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	15	9 397	2 849	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	0	1	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	4 006	4 754	957	980
Einlagen	0	0	1 420	1 548	53	158
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2 140	2 591	797	822
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	446	615	107	0
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	4 077	3 947	0	0
Zinsderivate	0	0	4 005	3 835	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	72	112	0	0
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5	0	53 745	58 545	811	1 636
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	12 030	14 256	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	8 473	10 367	18	35
Sonstige Verbindlichkeiten	5	0	33 242	33 922	793	1 601
davon Finance Lease	0	0	0	0	295	289
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	71 084	82 808	702	934
Kontokorrentverbindlichkeiten	0	0	32 037	30 656	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	7 295	9 194	25	25
Namenspfandbriefe	0	0	7 728	8 580	0	0
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	7 343	8 385	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	16 681	25 993	677	909
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	43 075	49 185	2 277	2 394
Sonstige Passiva - davon Finance Lease	0	0	0	0	5	8
Nachrangkapital	0	0	6 403	6 893	50	100
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	4 673	3 961	50	100
Genussrechtskapital	0	0	319	440	0	0
Vermögenseinlagen Stillter Gesellschafter	0	0	1 411	2 492	0	0
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	0	0	0	8	0	903

#### Level Umbuchungen.

Sollten sich in der Folge die zur Fair-Value-Bewertung herangezogenen, wesentlichen Parameter ändern, wird die Einstufung in die Fair-Value-Hierarchie ebenfalls angepasst. Die notwendigen Umbuchungen zwischen den Leveln I-III werden zum Ende der Berichtsperiode anhand von durch das Risikocontrolling definierten Qualitätskriterien für die in der Bewertung verwendeten Marktdaten vorgenommen. Dabei spielen insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen der verwendeten Marktdaten eine Rolle.

Für modellbewertete Finanzinstrumente identifiziert das Risikocontrolling die Modellparameter, die für die Fair-Value-Bewertung benötigt werden. Die Modelle unterliegen einem regelmäßigen Validierungsprozess, die Beobachtbarkeit der benötigten Modellparameter wird im Preisüberprüfungsprozess des Risikocontrollings überwacht. Dadurch können diejenigen Finanzinstrumente identifiziert werden, für die eine Umbuchung zwischen den Leveln II und III der Bewertungshierarchie notwendig ist.

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Stufen I und II der Fair-Value-Hierarchie:

#### Aktiva.

Mio. EUR	Umbuchungen aus Level I in Level II 31.12.2014	Umbuchungen aus Level I in Level II 31.12.2013	Umbuchungen aus Level II in Level I 31.12.2014	Umbuchungen aus Level II in Level I 31.12.2013
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>				
Handelsaktiva	1 296	107	153	82
Wertpapiere	1 296	107	153	82
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	13
Wertpapiere	0	0	0	13
Finanzanlagen AfS	5 769	1 139	386	1 377
Wertpapiere	5 769	1 139	386	1 377

Im Berichtsjahr wurden für die Bestimmung der Fair-Value-Hierarchie von Schuldverschreibungen die Zuordnungsregeln teilweise angepasst, um Klarstellungen seitens des IFRIC bzgl. der Auslegung des IFRS 13 sowie aktuelle Marktusancen widerzuspiegeln. Dies führte zu einer Migration des Fair-Value-Volumens von Level I auf Level II sowie einer geringfügigen Migration von Level II auf Level I.

Des Weiteren hat die LBBW im Geschäftsjahr für Wertpapiere eine Umgliederung von Level I in Level II vorgenommen, für die keine notierten Marktpreise aus aktiven Märkten vorlagen. Gegenläufig erfolgten Umgliederungen, wenn wieder notierte Marktpreise aus aktiven Märkten verfügbar waren. Die LBBW erfüllt bezüglich der Beurteilung, ob ein aktiver Markt vorliegt, die Vorgaben der Stellungnahme zur Rechnungslegung HFA47 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW).

Auf der Passivseite hat die LBBW keine Umbuchungen zwischen den Leveln I und II vorgenommen.

Entwicklung Level III.

Die Bestände und Ergebnisse der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente und der Investment Property, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), entwickelten sich pro Klasse wie folgt:

Aktiva.

Mio. EUR	Handelsaktiva				Forderungen
	Derivate				
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kredit- derivate	Aktien-/index- bezogene Derivate	
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2013</b>	<b>107</b>	<b>446</b>	<b>3</b>	<b>22</b>	<b>12</b>
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	27	34	0	1	1
davon Handelsergebnis	27	34	0	1	1
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen <sup>1)</sup>	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	0	5
Abgänge durch Verkäufe	0	- 1	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	- 20	- 3	- 20	- 5
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	- 10	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0	0
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2014</b>	<b>134</b>	<b>449</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>13</b>
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	27	34	0	1	1
davon Handelsergebnis	27	34	0	1	1
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

1) Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen - AFS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen	Insgesamt
Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
41	43	938	31	481	0	2 124
2	12	- 86	- 4	16	0	3
0	1	0	0	0	0	64
2	11	0	0	9	0	22
0	0	- 86	- 4	- 15	0	- 105
0	0	0	0	22	0	22
0	0	3	0	0	0	3
0	0	116	0	4	0	125
- 2	- 33	- 60	- 24	- 5	0	- 125
- 3	0	0	- 1	0	0	- 52
0	0	- 279	0	149	0	- 130
0	0	5	0	0	0	5
0	0	0	0	76	0	76
0	3	11	19	0	0	33
- 13	0	- 106	0	0	0	- 129
0	0	0	0	- 16	16	0
25	25	542	21	705	16	1 933
1	12	- 19	0	6	0	63
0	1	0	0	0	0	64
1	11	0	0	0	0	12
0	0	- 19	0	- 16	0	- 35
0	0	0	0	22	0	22

31.12.2013

Mio. EUR	Handelsaktiva				Forderungen
	Derivate				
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kredit- derivate	Aktien-/index- bezogene Derivate	
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2012</b>	0	- 1	3	0	0
<b>Anpassung Vorjahreswerte<sup>2)</sup></b>	201	600	0	3	0
<b>Buchwert zum 1. Januar 2013</b>	201	599	3	3	0
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 94	- 152	0	19	0
davon Zinsergebnis	0	0	- 2	0	0
davon Handelsergebnis	- 94	- 152	2	19	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen <sup>1)</sup>	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	0	12
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	- 1	0	0	0
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0	0
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2013</b>	107	446	3	22	12
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	- 94	- 152	0	19	0
davon Zinsergebnis	0	0	- 2	0	0
davon Handelsergebnis	- 94	- 152	2	19	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair- Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

1) Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

2) Die Anpassung der Vorjahreswerte wurde vorgenommen, da ab dem Berichtsjahr für die Levelstufung eine Bruttobetrachtung von Grund- und Sicherungsgeschäften der Fair-Value-Option sowie Back-to-Back-Geschäften erfolgt. In Vorjahren waren diese Geschäfte aufgrund des Risikoausgleichs dem Level II zugeordnet.

Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen - AfS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/Veräußerungsgruppen	Insgesamt
Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
59	161	1 066	68	512	0	1 868
0	0	0	0	- 25	0	779
59	161	1 066	68	487	0	2 647
- 1	25	- 14	3	1	0	- 213
- 2	1	0	0	0	0	- 3
0	- 1	0	0	0	0	- 226
1	25	0	0	0	0	26
0	0	- 14	3	0	0	- 11
0	0	0	0	1	0	1
0	0	- 6	0	0	0	- 6
0	0	8	2	3	0	25
- 14	- 7	- 36	- 21	- 9	0	- 87
- 6	- 87	- 4	- 11	0	0	- 109
0	0	- 45	0	14	0	- 31
0	0	- 1	0	0	0	- 1
3	- 3	0	0	- 14	0	- 14
0	0	9	0	0	0	9
0	- 46	- 1	- 10	- 1	- 38	- 96
0	0	- 38	0	0	38	0
41	43	938	31	481	0	2 124
- 1	32	- 14	3	1	0	- 206
- 2	1	0	0	0	0	- 3
0	- 1	0	0	0	0	- 226
1	32	0	0	0	0	33
0	0	- 14	3	0	0	- 11
0	0	0	0	1	0	1

Passiva.

31.12.2014	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten			Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	
	Währungs-bezogene Derivate	Zins-bezogene Derivate	Kredit-derivate	Aktien-/Indexbezo-gene Derivate				
Mio. EUR								
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2013</b>	<b>19</b>	<b>483</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>158</b>	<b>822</b>	<b>0</b>	<b>1 526</b>
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	- 3	54	- 10	0	3	20	4	68
davon Zinsergebnis	0	2	0	0	0	0	0	2
davon Handelsergebnis	- 3	52	- 10	0	0	0	0	39
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	3	20	4	27
Abgänge durch Verkäufe	0	0	1	0	0	0	0	1
Tilgungen/Glattstellungen	0	- 9	- 6	- 19	- 6	- 45	0	- 85
Umbuchungen	0	0	0	0	- 102	0	103	1
Umbuchungen aus Level III	0	- 96	- 3	0	0	0	0	- 99
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2014</b>	<b>16</b>	<b>432</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>53</b>	<b>797</b>	<b>107</b>	<b>1 412</b>
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	- 3	54	- 10	0	3	20	4	68
davon Zinsergebnis	0	2	0	0	0	0	0	2
davon Handelsergebnis	- 3	52	- 10	0	0	0	0	39
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	3	20	4	27

31.12.2013	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten			Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	
	Währungs-bezogene Derivate	Zins-bezogene Derivate	Kredit-derivate	Aktien-/indexbezo-gene Derivate				
Mio. EUR								
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2012</b>	<b>0</b>	<b>8</b>	<b>48</b>	<b>0</b>	<b>45</b>	<b>67</b>	<b>0</b>	<b>168</b>
Anpassung Vorjahreswerte <sup>1)</sup>	6	569	0	3	111	888	0	1 577
<b>Buchwert zum 1. Januar 2013</b>	<b>6</b>	<b>577</b>	<b>48</b>	<b>3</b>	<b>156</b>	<b>955</b>	<b>0</b>	<b>1 745</b>
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	13	- 94	- 18	19	2	- 133	0	- 211
davon Zinsergebnis	0	7	0	0	0	0	0	7
davon Handelsergebnis	13	- 101	- 18	19	0	0	0	- 87
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	2	- 133	0	- 131
Tilgungen/Glattstellungen	0	0	- 7	0	0	0	0	- 7
Umbuchungen aus Level III	0	0	- 1	0	0	0	0	- 1
<b>Buchwert zum 31. Dezember 2013</b>	<b>19</b>	<b>483</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>158</b>	<b>822</b>	<b>0</b>	<b>1 526</b>
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	13	- 94	- 18	19	2	- 133	0	- 211
davon Zinsergebnis	0	7	0	0	0	0	0	7
davon Handelsergebnis	13	- 101	- 18	19	0	0	0	- 87
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	2	- 133	0	- 131

1) Die Anpassung der Vorjahreswerte wurde vorgenommen, da ab dem Berichtsjahr für die LevelEinstufung eine Bruttobetrachtung von Grund- und Sicherungsgeschäften der Fair-Value-Option sowie Back-to-Back-Geschäften erfolgt. In Vorjahren waren diese Geschäfte aufgrund des Risikoausgleichs dem Level II zugeordnet.

Die unrealisierten Ergebnisse der Level-III-Finanzinstrumente basieren sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht beobachtbaren Parametern. Viele dieser Finanzinstrumente sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die anderen Hierarchie-Leveln zugeordnet sind.

#### Sensitivitätsanalyse Level III.

Basiert der Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Bei den meisten der dem Level III zugeordneten Wertpapiere und Derivate fließt nur ein unbeobachtbarer Parameter in die Fair-Value-Ermittlung ein, sodass es zu keinen Wechselwirkungen zwischen den Level-III-Parametern kommen kann. Die Gesamtsensitivität der Produkte, bei denen mehrere unbeobachtbare Parameter in die Fair-Value-Berechnung einfließen, ist unwesentlich, sodass auf die Berechnung einer Wechselwirkung dieser Parameter untereinander verzichtet wurde.

Für die Beteiligungen, die dem Level III zugeordnet sind, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten im Wesentlichen durch Up-/Down-Shifts der individuellen Betafaktoren. Sofern keine Betafaktoren bei der Bewertung verwendet wurden, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten auf Basis der durchschnittlichen, prozentualen Fair-Value-Veränderung. Diese basiert auf dem Up-/Down-Shift der Beteiligungen, deren Bewertung ein Betafaktor zugrunde liegt.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen zeigen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertungen auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basieren:

#### Aktiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>				
Handelsaktiva				
Derivate	14,9	10,8	- 4,4	- 8,0
Zinsbezogene Derivate	14,8	10,6	- 4,3	- 7,8
Kreditderivate	13,8	9,1	- 3,3	- 6,3
Aktien-/indexbezogene Derivate	0,0	0,1	- 0,1	- 0,2
Devisenbezogene Derivate	0,1	0,2	- 0,2	- 0,4
Forderungen	0,9	1,2	- 0,7	- 0,9
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0,1	0,2	- 0,1	- 0,2
Eigenkapitalinstrumente	0,3	0,6	- 0,3	- 0,9
Wertpapiere	0,1	0,4	- 0,1	- 0,3
Finanzanlagen AfS	0,2	0,2	- 0,2	- 0,6
Eigenkapitalinstrumente	13,1	30,9	- 12,1	- 29,9
Wertpapiere	13,1	30,6	- 12,1	- 28,1
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0,0	0,3	0,0	- 1,8
<b>Insgesamt</b>	<b>28,3</b>	<b>42,3</b>	<b>- 16,8</b>	<b>- 38,8</b>

#### Passiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
<b>Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten</b>				
Handelspassiva				
Derivate	5,6	8,7	- 13,5	- 10,4
Zinsbezogene Derivate	5,6	8,7	- 13,5	- 10,4
Kreditderivate	4,9	7,6	- 12,8	- 9,8
Aktien-/indexbezogene Derivate	0,2	0,7	- 0,2	- 0,4
Devisenbezogene Derivate	0,2	0,4	- 0,1	- 0,2
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0,3	0,0	- 0,4	0,0
Verbrieftete Verbindlichkeiten	0,9	1,1	- 0,9	- 1,3
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0,8	1,1	- 0,9	- 1,3
<b>Insgesamt</b>	<b>6,5</b>	<b>9,8</b>	<b>- 14,4</b>	<b>- 11,7</b>

#### Signifikante nicht beobachtbare Parameter Level III.

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der zum Fair Value bewerteten und dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente und der Investment Property gezeigt. Für weitere qualitative Ausführungen zu den Investment Property wird auf Note 13 verwiesen.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert im unbeobachtbaren Parameter, der den Bewertungen in der Level-III-Kategorie zugrunde gelegt wird. Es bestehen signifikant unterschiedliche Ausprägungen in den betroffenen Finanzinstrumenten, daher können die Spannen bestimmter Parameter groß sein.

Die in der Tabelle aufgeführten Parametershifts zeigen die in der Sensitivitätsanalyse vorgenommenen Änderungen des unbeobachtbaren Parameters nach oben und unten und geben somit Auskunft über die Bandbreite der von der LBBW gewählten Parameteralternativen zur Berechnung des Fair Values.

**Aktiva.**

31.12.2014	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Mio. EUR				
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>				
<b>Handelsaktiva</b>				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 12 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	72 % - 90 %	abs. - 30%/+ 10 %
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5 %	abs. - 25%/+ 15 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	32 %	abs. - 30%/+ 30 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	95 - 170	rel. - 30%/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				
Eigenkapitalinstrumente	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	1 000	rel. - 30%/+ 30 %
	Kursverfahren	Kurs	5 %	abs. - 5%/+ 5 %
Wertpapiere	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	1000	rel. - 30%/+ 30 %
<b>Finanzanlagen AfS</b>				
	Net-Asset-Value- Methode			n/a
	Discounted-Cashflow- Methode	Kapitalisierungszinssatz	1,53 % - 4,62 %	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,29 - 1,23	rel. + 5 %/- 5 %
		Mietdynamisierung		
		Diskontierungszinssatz		
		Leerstand/ Forderungsausfall nach der Vertragslaufzeit (in % der Sollmiete)	1,5 % - 1,6 % 6,0 % - 8,8 %	
		Kosten Grundinstandhaltung	voll vermietet bzw. 4,0 % - 5,0 %	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow- Methode	Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	0 - 16 EUR/m <sup>2</sup> 1,0 % - 5,0 %	n/a

31.12.2013				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	20% - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Kreditderivate	Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	70% - 90%	abs. - 30%/+ 10%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Volatilitätskorrelation	0% - 5%	abs. - 25%/+ 15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	43%	abs. - 30%/+ 30%
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	100 - 265	rel. - 30%/+ 30%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				
Eigenkapitalinstrumente	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	2 200	rel. - 30%/+ 30%
Wertpapiere	Kursverfahren	Kurs	5% - 88%	individuell je Wertpapier
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value-Methode ---	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow- Methode ---	Kapitalisierungszinssatz ---	1,43% - 5,06% ---	individuell je Instrument ---
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,49 - 1,23	rel. + 5%/- 5%
Wertpapiere	Kursverfahren	Kurs	0% - 72%	individuell je Wertpapier
		Mietdynamisierung ----	1,5% - 1,6% ----	
		Diskontierungszinssatz ----	6,1% - 8,75% ----	
		Kosten Grundstandhaltung ----	0 - 15 EUR/m <sup>2</sup> ----	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow- Methode	Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1% - 5%	n/a

Passiva.

31.12.2014				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 12% - 99%	rel. - 20%/+10%
Kreditderivate	Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	72% - 90%	abs. - 30%/+10%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5%	abs. - 25%/+15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	32%	abs. - 30%/+30%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	23% - 99%	rel. - 20%/+10%
Verbrieft Verbindlichkeiten	Optionspreismodell ---	Zinskorrelation ---	23% - 99% ---	rel. - 20%/+10% ---
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	32%	abs. - 30%/+30%
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	23% - 99%	rel. - 20%/+10%

31.12.2013	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
<b>Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten</b>				
Handelspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	20%-99%	rel. - 20%/+10%
Kreditderivate	Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	70%-90%	abs. - 30%/+10%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	0%-5%	abs. - 25%/+15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	43%	abs. - 30%/+30%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	20%-99%	rel. - 20%/+10%
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreismodell ---	Zinskorrelation ---	20%-99% ---	rel. - 20%/+10% ---
	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	43%	abs. - 30%/+30%

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei der Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

#### Day One Profit or Loss.

Werden zur Bewertung von Finanzinstrumenten nicht beobachtbare Parameter herangezogen, kann es zu Differenzen zwischen Transaktionspreis und Fair Value kommen. Diese Abweichung wird als »Day-One Profit or Loss« bezeichnet, welche erfolgswirksam über die Laufzeit des Finanzinstruments verteilt wird.

Korrelationen zwischen Zinssätzen und zwischen Ausfallrisiken verschiedener Adressen sind nicht durchgängig am Markt beobachtbar bzw. aus am Markt beobachtbaren Preisen ableitbar. Die Marktteilnehmer können unterschiedlicher Ansicht über die Ausprägung dieser in Derivate-Modellen verwendeten unbeobachtbaren Parameter sein, daher kann der Transaktionspreis vom nach Ansicht der LBBW fairen Marktwert abweichen.

Die LBBW hält sogenannte Day One Reserves für Handelsbestände der Klassen Zins- und Kreditderivate vor.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung des Day One Profits für das Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Jahresende 2013 dar, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden:

Mio. EUR	2014	2013
<b>Stand 1. Januar</b>	<b>2</b>	<b>5</b>
In der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode erfasste Beträge (Auflösungen)	- 1	- 3
<b>Stand 31. Dezember</b>	<b>1</b>	<b>2</b>

#### 58. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.

Das maximale Ausfallrisiko für Kredite und Forderungen, die in der Kategorie Fair-Value-Option designiert sind, beträgt zum Bilanzstichtag 469 Mio. EUR (Vorjahr: 453 Mio. EUR). Die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen dieser finanziellen Vermögenswerte beliefen sich im Berichtsjahr auf 7 Mio. EUR (Vorjahr: - 1 Mio. EUR), seit Designation auf - 8 Mio. EUR (Vorjahr: - 7 Mio. EUR).

Für finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie Fair-Value-Option betragen die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen im Berichtsjahr - 23 Mio. EUR (Vorjahr: - 89 Mio. EUR), seit Designation 60 Mio. EUR (Vorjahr: 82 Mio. EUR). Davon entfielen - 15 Mio. EUR (Vorjahr: - 82 Mio. EUR) auf Änderungen im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität.

Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen werden zwei Werte - einer auf Basis des ursprünglichen Spreads und einer auf Basis des aktuellen Spreads - berechnet. Die bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderung ergibt sich implizit aus diesen beiden Bewertungen. Eigene Emissionen mit fremdem Kreditrisiko bestehen in der Fair-Value-Option lediglich im Rahmen wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen mit Kreditderivaten. Die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen, die auf fremden Kreditrisiken in eigenen strukturierten Emissionen beruhen, basieren auf den Wertänderungen der zugrunde liegenden Sicherungs-Kreditderivate.

Der vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag der begebenen Verbindlichkeiten zum Fälligkeitstermin übersteigt den derzeitigen Fair Value i. H. v. 977 Mio. EUR (Vorjahr: 740 Mio. EUR).

**59. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.**

Die nach IAS 39 Kategorien gegliederten Nettogewinne bzw. -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen bzw. -verlusten, Änderungen des Fair Values, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro Fair Value Hedges.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	503	- 639
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	45	329
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	- 155	37
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	575	- 162
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	- 454	318

**60. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.**

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2014	01.01.- 31.12.2013
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>		
Finanzanlagen AfS	- 13	- 21
Eigenkapitalinstrumente	- 13	- 18
Wertpapiere	0	- 3
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	- 6	- 5
Kommunaldarlehen	- 1	0
Sonstige Forderungen	- 5	- 5
Forderungen an Kunden	- 580	- 692
Kommunaldarlehen	- 5	- 12
Hypothekendarlehen	- 151	- 97
Sonstige Forderungen	- 424	- 583
davon Finance Lease	- 37	- 45
Finanzanlagen LaR	0	- 30
Eigenkapitalinstrumente	0	- 1
Verbriefungen	0	- 29
<b>Insgesamt</b>	<b>- 599</b>	<b>- 748</b>

### 61. Buchwertüberleitung auf Kategorien.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Finanzinstrumente nach Kategorien:

31.12.2014 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair Value Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	38 415					38 415
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	111 610					111 610
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte <sup>1)</sup>			76 043	1 001		77 044
Finanzanlagen	6 071	22 979				29 050
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					52 314	52 314
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					69 874	69 874
Verbriefte Verbindlichkeiten					44 231	44 231
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen <sup>2)</sup>			66 206	4 963		71 169
Nachrangkapital					6 229	6 229

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.  
2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

31.12.2013 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair Value Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	47 616					47 616
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	109 261					109 261
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte <sup>1)</sup>			65 390	1 316		66 706
Finanzanlagen	19 209	21 451				40 660
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen <sup>1)</sup>	652	56	4	0		712
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					58 045	58 045
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					82 053	82 053
Verbriefte Verbindlichkeiten					50 693	50 693
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen <sup>2)</sup>			47 970	5 734		53 704
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen <sup>2)</sup>			2	0	903	905
Nachrangkapital					7 103	7 103

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.  
2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

## 62. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit bzw. deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva bzw. -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 63 ausgewiesen.

31.12.2014	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	7 779	9 763	12 339	8 543	38 424
Forderungen an Kunden	20 511	15 595	35 679	41 410	113 195
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	23 941	13 744	18 659	23 540	79 884
Finanzanlagen	2 228	10 693	11 797	4 332	29 050
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13 461	9 169	17 674	12 010	52 314
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	54 314	5 877	4 599	5 084	69 874
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 822	21 293	13 655	4 461	44 231
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	35 524	6 828	11 135	21 759	75 246
Nachrangkapital	225	1 342	829	3 833	6 229

31.12.2013	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	11 413	8 941	18 443	8 828	47 625
Forderungen an Kunden	19 492	14 959	34 900	42 102	111 453
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	24 527	8 964	20 443	16 171	70 105
Finanzanlagen	2 746	15 070	16 624	6 220	40 660
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	251	64	104	294	713
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 495	8 353	21 970	12 227	58 045
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50 787	16 014	9 065	6 187	82 053
Verbriefte Verbindlichkeiten	6 441	4 859	34 957	4 436	50 693
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	26 154	5 858	11 200	14 439	57 651
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	815	36	18	42	911
Nachrangkapital	875	165	2 587	3 476	7 103

## 63. Fälligkeitsanalyse.

Die folgende Tabelle gliedert die undiskontierten finanziellen Verbindlichkeiten aus derivativen und nicht derivativen Geschäften nach vertraglichen Restlaufzeiten. Da der Ausweis undiskontiert und inklusive Zinszahlungen erfolgt, unterscheiden sich die Werte zum Teil von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten.

Zum Stichtag stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Fälligkeitsstrukturen gemäß IFRS 7.39 wie folgt dar:

31.12.2014	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Mio. EUR					
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 48 414	- 15 651	- 47 534	- 34 274	- 20 737
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 53	- 74	- 302	- 856	- 1 254
<b>Insgesamt</b>	<b>- 48 467</b>	<b>- 15 725</b>	<b>- 47 836</b>	<b>- 35 130</b>	<b>- 21 991</b>
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale <sup>1)</sup>	- 24 470	0	0	0	0
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 38 629	0	0	0	0

<sup>1)</sup> Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

31.12.2013 Mio. EUR	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 48 588	- 12 206	- 23 207	- 76 003	- 25 079
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 47	- 71	- 316	- 639	- 941
<b>Insgesamt</b>	<b>- 48 635</b>	<b>- 12 277</b>	<b>- 23 523</b>	<b>- 76 642</b>	<b>- 26 020</b>
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale <sup>1)</sup>	- 21 218	0	0	0	0
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 37 739	0	0	0	0

1) Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Erläuterungen zur Art und Weise, wie die LBBW das Liquiditätsrisiko steuert, finden sich im Liquiditätsrisikoabschnitt des Risikoberichts.

#### 64. Umkategorisierungen.

Im Zuge der Finanzmarktkrise 2008, bei der es zu erheblichen Ergebnisbelastungen aufgrund von Fair-Value-Schwankungen (im Wesentlichen bei Verbriefungsprodukten) kam, wurden vom IASB Änderungen zu IAS 39 und zu IFRS 7 (»Reclassification of Financial Assets«) verabschiedet und von der EU übernommen. Auf dieser Basis konnten bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente rückwirkend zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert werden, was in der Folge zu einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, anstatt zum - in der Regel - niedrigeren aktuellen Marktwert führt.

Im LBBW-Konzern wurden im Einklang mit diesen Änderungen bestimmte Handelsaktiva und als Available-for-Sale-kategorisierte Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 28 Mrd. EUR zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung).

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Wertpapiere:

Mio. EUR	31.12.2014 Buchwert	31.12.2014 Fair Value	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Fair Value	1.7.2008 Nominalwert	1.7.2008 Buchwert
<b>Held for Trading umkategorisiert in Loans and Receivables</b>	<b>25</b>	<b>26</b>	<b>58</b>	<b>55</b>	<b>935</b>	<b>913</b>
davon Verbriefungstransaktionen	0	0	31	27	134	128
davon übrige Wertpapiere	25	26	27	28	801	785
<b>Available for Sale umkategorisiert in Loans and Receivables</b>	<b>164</b>	<b>167</b>	<b>3 727</b>	<b>3 320</b>	<b>29 023</b>	<b>27 373</b>
davon Verbriefungstransaktionen	1	1	3 309	2 893	14 643	13 302
davon übrige Wertpapiere	163	166	418	427	14 380	14 071
<b>Insgesamt</b>	<b>189</b>	<b>193</b>	<b>3 785</b>	<b>3 375</b>	<b>29 958</b>	<b>28 286</b>

Das Nominalvolumen der umkategorisierten Wertpapiere aus der Kategorie Held for Trading betrug zum 31. Dezember 2014 nominal 26 Mio. EUR (Vorjahr: 65 Mio. EUR). Davon entfielen auf Verbriefungstransaktionen 0 Mio. EUR (Vorjahr: 32 Mio. EUR) und auf übrige Wertpapiere 26 Mio. EUR (Vorjahr: 33 Mio. EUR).

Auf Available-for-Sale-umkategorisierte Wertpapiere entfiel zum 31. Dezember 2014 ein Nominalvolumen von 161 Mio. EUR (Vorjahr: 4 050 Mio. EUR). Davon entfielen auf Verbriefungstransaktionen 1 Mio. EUR (Vorjahr: 3 637 Mio. EUR) und auf übrige Wertpapiere 160 Mio. EUR (Vorjahr: 413 Mio. EUR).

Die rekategorisierten Bestände haben im Geschäftsjahr mit - 292 Mio. EUR (Vorjahr: - 45 Mio. EUR) zum Ergebnis beigetragen.

Hätten keine Umkategorisierungen stattgefunden, wäre das Ergebnis zum 31. Dezember 2014 mit 31 Mio. EUR (Vorjahr: 64 Mio. EUR) positiv beeinflusst worden. Bei den erfolgsneutralen Fair-Value-Änderungen der umkategorisierten Available-for-Sale-Wertpapiere wäre eine Entlastung des Sonstigen Ergebnisses i. H. v. 423 Mio. EUR (Vorjahr: 355 Mio. EUR) entstanden.

Im Gesamtjahr wurden aus umkategorisierten Beständen originäre Zinszahlungen i. H. v. 22 Mio. EUR (Vorjahr: 54 Mio. EUR) vereinnahmt.

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung beträgt die Bandbreite der Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva 2,74% bis 9,32%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 935 Mio. EUR. Die Effektivzinssätze der

umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten lagen zwischen 0,54% und 19,69%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 28 778 Mio. EUR.

### 65. Angaben zum Derivatevolumen.

31.12.2014 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten				Gesamt	Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre		Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	89 177	39 644	13 443	1 027	143 291	2 856	3 074
Devisenoptionen	1 915	3 027	919	4	5 865	62	49
Käufe	1 012	1 506	422	1	2 941	62	0
Verkäufe	903	1 521	497	3	2 924	0	49
Zins-/Währungsswaps	1 515	7 432	18 590	9 388	36 925	1 243	1 533
<b>Währungsbezogene Derivate</b>	<b>92 607</b>	<b>50 103</b>	<b>32 952</b>	<b>10 419</b>	<b>186 081</b>	<b>4 161</b>	<b>4 656</b>
Forward Rate Agreements	3 124	7 012	354	0	10 490	0	1
Zinsswaps	98 521	121 310	273 603	259 418	752 852	25 433	22 496
Zinsoptionen	2 078	7 698	27 371	34 453	71 600	3 073	5 092
Käufe	1 188	3 375	11 823	13 728	30 114	2 967	142
Verkäufe	890	4 323	15 548	20 725	41 486	106	4 950
Caps/Floors/Collars	1 362	3 637	12 858	16 579	34 436	477	280
Börsengehandelte Zinsprodukte	20 677	12 763	5 248	0	38 688	0	0
Sonstige Zinskontrakte	1 940	625	119	33	2 717	36	237
<b>Zinsbezogene Derivate</b>	<b>127 702</b>	<b>153 045</b>	<b>319 553</b>	<b>310 483</b>	<b>910 783</b>	<b>29 019</b>	<b>28 106</b>
Kreditderivate – Sicherungsgeber	1 192	2 764	8 505	998	13 459	187	7
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	1 162	2 991	8 255	1 434	13 842	5	488
<b>Kreditderivate</b>	<b>2 354</b>	<b>5 755</b>	<b>16 760</b>	<b>2 432</b>	<b>27 301</b>	<b>192</b>	<b>495</b>
Börsengehandelte Produkte	800	5 653	4 936	176	11 565	258	457
Aktien-Termingeschäfte	1	0	0	0	1	0	0
Aktioptionen	67	231	280	646	1 224	10	67
Käufe	19	67	171	182	439	10	0
Verkäufe	48	164	109	464	785	0	67
Sonstige Aktienderivate	40	332	160	579	1 111	33	106
<b>Aktien-/Indexbezogene Derivate</b>	<b>908</b>	<b>6 216</b>	<b>5 376</b>	<b>1 401</b>	<b>13 901</b>	<b>301</b>	<b>630</b>
Commodities	996	1 342	37	0	2 375	86	67
<b>Warenbezogene und sonstige Derivate</b>	<b>996</b>	<b>1 342</b>	<b>37</b>	<b>0</b>	<b>2 375</b>	<b>86</b>	<b>67</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>224 567</b>	<b>216 461</b>	<b>374 678</b>	<b>324 735</b>	<b>1 140 441</b>	<b>33 759</b>	<b>33 954</b>

31.12.2013 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten				Gesamt	Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre		Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	51 414	22 583	10 090	769	84 856	1 532	1 419
Devisenoptionen	976	1 710	536	4	3 226	74	42
Käufe	538	918	263	1	1 720	75	0
Verkäufe	438	792	273	3	1 506	- 1	42
Zins-/Währungsswaps	2 146	7 611	23 088	8 725	41 570	1 191	1 153
<b>Währungsbezogene Derivate</b>	<b>54 536</b>	<b>31 904</b>	<b>33 714</b>	<b>9 498</b>	<b>129 652</b>	<b>2 797</b>	<b>2 614</b>
Forward Rate Agreements	1 684	12 675	602	0	14 961	1	3
Zinsswaps	108 527	157 614	336 462	286 780	889 383	19 738	17 111
Zinsoptionen	2 080	6 664	27 066	33 303	69 113	1 848	2 319
Käufe	590	3 110	11 698	13 549	28 947	1 560	132
Verkäufe	1 490	3 554	15 368	19 754	40 166	288	2 187
Caps/Floors/Collars	1 405	4 482	13 244	17 360	36 491	507	324
Börsengehandelte Zinsprodukte	30 154	24 329	14 515	0	68 998	0	0
Sonstige Zinskontrakte	2 385	144	697	0	3 226	33	45
<b>Zinsbezogene Derivate</b>	<b>146 235</b>	<b>205 908</b>	<b>392 586</b>	<b>337 443</b>	<b>1 082 172</b>	<b>22 127</b>	<b>19 802</b>
Kreditderivate – Sicherungsgeber	1 966	3 860	15 285	871	21 982	237	104
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	1 704	3 518	13 601	892	19 715	21	287
<b>Kreditderivate</b>	<b>3 670</b>	<b>7 378</b>	<b>28 886</b>	<b>1 763</b>	<b>41 697</b>	<b>258</b>	<b>391</b>
Börsengehandelte Produkte	1 101	4 442	5 659	62	11 264	283	350
Aktien-Termingeschäfte	128	0	0	0	128	0	1
Aktienoptionen	360	446	569	372	1 747	54	161
Käufe	186	221	250	13	670	54	0
Verkäufe	174	225	319	359	1 077	0	161
Sonstige Aktienderivate	108	64	328	608	1 108	81	81
<b>Aktien-/Indexbezogene Derivate</b>	<b>1 697</b>	<b>4 952</b>	<b>6 556</b>	<b>1 042</b>	<b>14 247</b>	<b>418</b>	<b>593</b>
Commodities	1 111	1 783	45	0	2 939	78	41
<b>Warenbezogene und Sonstige Derivate</b>	<b>1 111</b>	<b>1 783</b>	<b>45</b>	<b>0</b>	<b>2 939</b>	<b>78</b>	<b>41</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>207 249</b>	<b>251 925</b>	<b>461 787</b>	<b>349 746</b>	<b>1 270 707</b>	<b>25 678</b>	<b>23 441</b>

Im Vorjahr waren derivative Finanzinstrumente, die gemäß IFRS 5 zur Veräußerung gehalten werden, mit einem positiven Fair Value von 5 Mio. EUR sowie einem negativen Fair Value von 8 Mio. EUR enthalten.

Die Marktwerte von börsengehandelten Futures sowie von Zinsswaps, deren Clearing über einen zentralen Kontrahenten erfolgt, werden gemäß der Bilanzierung behandelt. Demnach wird eine Verrechnung der geflossenen Variation Margin mit den Marktwerten, welche bereits erfolgswirksam gebucht wurden, durchgeführt.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte, aufgliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

Mio. EUR	Nominalwerte		Fair Value			
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014 Positiv	31.12.2013 Positiv	31.12.2014 Negativ	31.12.2013 Negativ
OECD-Banken	557 007	622 538	24 497	19 167	28 447	19 116
Nicht-OECD-Banken	6 780	3 762	26	65	440	143
Öffentliche OECD-Stellen	43 419	46 784	4 905	2 918	1 427	1 053
Sonstige Kontrahenten	533 235	597 623	4 331	3 528	3 640	3 129
<b>Insgesamt</b>	<b>1 140 441</b>	<b>1 270 707</b>	<b>33 759</b>	<b>25 678</b>	<b>33 954</b>	<b>23 441</b>

Derivate mit OECD-Banken sind grundsätzlich durch entsprechende Barsicherheiten abgesichert. Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

Mio. EUR	Fair Value			31.12.2013 Negativ
	31.12.2014 Positiv	31.12.2013 Positiv	31.12.2014 Negativ	
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	30 919	22 279	29 876	19 488
Für Fair Value Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	2 840	3 399	4 078	3 950
Für Cashflow Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	0	0	0	3
<b>Insgesamt</b>	<b>33 759</b>	<b>25 678</b>	<b>33 954</b>	<b>23 441</b>

## 66. Übertragung finanzieller Vermögenswerte.

### Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte.

Bei den übertragenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Vermögenswerte, die der LBBW-Konzern im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensions- oder Leihegeschäften übertragen bzw. verliehen hat. Die im Rahmen des Förderkreditgeschäfts übertragenen Forderungen können nicht zwischenzeitlich durch den LBBW-Konzern weiterveräußert werden. Bei Wertpapierpensions- oder Leihegeschäften erlischt das Nutzungsrecht an den Wertpapieren mit der Übertragung. Die Gegenparteien der dazugehörigen Verbindlichkeiten greifen nicht exklusiv auf diese Vermögenswerte zurück.

Die übertragenen Vermögenswerte werden weiterhin voll in der Bilanz angesetzt. Daraus kann ggf. ein Kontrahenten-, Ausfall- und/oder Marktpreisrisiko entstehen.

Sachverhalte, bei denen trotz der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement besteht, existieren zum Abschlussstichtag nicht.

Mio. EUR	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
<b>31.12.2014</b>		
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>		
Handelsaktiva	5 080	3 141
Wertpapiere	5 080	3 141
Finanzanlagen AfS	10 475	4 585
Wertpapiere	10 475	4 585
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	17 162	17 171
Kommunaldarlehen	17 139	17 148
Sonstige Forderungen	23	23
Forderungen an Kunden	5 904	5 907
Kommunaldarlehen	345	345
Hypothekendarlehen	1 952	1 953
Sonstige Forderungen	3 607	3 609
<b>31.12.2013</b>		
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>		
Handelsaktiva	6 259	5 955
Wertpapiere	6 259	5 955
Finanzanlagen AfS	11 438	3 824
Wertpapiere	11 438	3 824
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	16 733	16 614
Kommunaldarlehen	16 733	16 614
Forderungen an Kunden	5 512	5 473
Kommunaldarlehen	344	342
Hypothekendarlehen	1 796	1 783
Sonstige Forderungen	3 372	3 348
Finanzanlagen LaR	20	0
Sonstige Wertpapiere	20	0

**67. Sicherheiten.****Sicherungsgeber.**

Der LBBW-Konzern stellt Sicherheiten insbesondere im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensionsgeschäften. Die Besicherung erfolgt in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen festgelegten Bedingungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften hat der Sicherungsnehmer das Recht, die Sicherheit zwischenzeitlich zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Insgesamt wurden Vermögenswerte i. H. v. 51 852 Mio. EUR (Vorjahr: 50 329 Mio. EUR) als Sicherheiten für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten übertragen.

**Sicherungsnehmer.**

Aufgrund von Wertpapierpensionsgeschäften erhält der LBBW-Konzern Wertpapiere als Sicherheit mit dem Recht, diese zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung des Geschäfts gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, beläuft sich auf 29 790 Mio. EUR (Vorjahr: 19 490 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten ist der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 29 790 Mio. EUR (Vorjahr: 18 586 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet. Der Fair Value der zum Berichtsstichtag veräußerten oder weitergereichten Sicherheiten mit Rückgabeverpflichtung an den Eigentümer beträgt 6 688 Mio. EUR (Vorjahr: 2 941 Mio. EUR).

**68. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.**

Der Konzern ist verpflichtet, finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, welche die bilanziellen Saldierungskriterien erfüllen, zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen. Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Effekten der Saldierung auf die Konzernbilanz sowie zu möglichen Effekten aus Saldierungs-Rahmenvereinbarungen.

Die dargestellten Geschäfte werden in der Regel auf Basis von Rahmenvereinbarungen geschlossen, die bedingte oder unbedingte Rechte zur Saldierung von Forderungen, Verbindlichkeiten sowie von erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten vorsehen. Ein bedingtes Recht zur Saldierung ist beispielsweise gegeben, wenn der Rechtsanspruch nur im Fall der Insolvenz oder bei Vertragsverletzungen besteht. In Übereinstimmung mit IAS 32.42 wurde keine Saldierung bei Geschäften vorgenommen, bei denen entweder zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Rechtsanspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten besteht und/oder kein Ausgleich auf Nettobasis bzw. keine Simultanabwicklung vorgesehen ist.

Die aufgeführten Sicherheiten sind überwiegend auf Grundlage von Rückkaufvereinbarungen und Pfandrechten gestellt worden, wobei die Aufrechnung der Sicherheiten nur in den vertraglich vorgesehenen Fällen (z. B. bei Insolvenz) möglich ist. Bei Rückkaufvereinbarungen ist der Empfänger am Ende der Laufzeit zur Rückgabe des übertragenen Finanzinstruments verpflichtet. Zuvor hat er allerdings regelmäßig das Recht, die Sicherheit an Dritte zu verkaufen oder weiter zu verpfänden.

Der in der Bilanz ausgewiesene Nettobetrag der einzelnen Finanzinstrumente wird nach den im Abschnitt »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden« dargestellten Maßgaben ermittelt. Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert angegeben.

**Aktiva.**

31.12.2014	in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
					Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Erhaltene Sicherheiten Barsicherheiten	
Kontokorrentforderungen		100	- 99	1	0	0	0	1
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften		20 149	- 3 048	17 101	- 3 833	- 13 222	- 1	45
Derivate		45 483	- 14 359	31 124	- 21 654	- 120	- 3 201	6 149
<b>Insgesamt</b>		<b>65 732</b>	<b>- 17 506</b>	<b>48 226</b>	<b>- 25 487</b>	<b>- 13 342</b>	<b>- 3 202</b>	<b>6 195</b>

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungsbetrag	Bilanziertes Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Erhaltene Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2013							
Kontokorrentforderungen	195	- 194	1	0	0	0	1
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	18 133	- 3 089	15 044	- 1 620	- 13 171	0	253
Derivate	33 222	- 10 098	23 124	- 16 133	- 128	- 2 416	4 447
<b>Insgesamt</b>	<b>51 550</b>	<b>- 13 381</b>	<b>38 169</b>	<b>- 17 753</b>	<b>- 13 299</b>	<b>- 2 416</b>	<b>4 701</b>

Zum 31. Dezember 2014 wird der oben dargestellte Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentforderungen i. H. v. 0,4 Mio. EUR in der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute (Vorjahr: 0 Mio. EUR) und i. H. v. 0,6 Mio. EUR in der Bilanzposition Forderungen an Kunden (Vorjahr: 1 Mio. EUR) gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und leihegeschäfte werden mit Ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgenden Bilanzpositionen ausgewiesen: 4 548 Mio. EUR Forderungen an Kreditinstitute (Vorjahr: 7 494 Mio. EUR), 11 548 Mio. EUR Forderungen an Kunden (Vorjahr: 7 046 Mio. EUR) sowie 1 005 Mio. EUR Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Vorjahr: 504 Mio. EUR).

Die Nettoforderungen aus Derivategeschäften werden wie auch im Vorjahr in vollständiger Höhe in der Bilanzposition Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

#### Passiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanziertes Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Gestellte Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2014							
Kontokorrentverbindlichkeiten	369	- 99	270	0	0	0	270
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften /-leihegeschäften	22 419	- 3 048	19 371	- 3 833	- 15 527	0	11
Derivate	44 913	- 14 359	30 554	- 21 654	- 48	- 7 148	1 704
<b>Insgesamt</b>	<b>67 701</b>	<b>- 17 506</b>	<b>50 195</b>	<b>- 25 487</b>	<b>- 15 575</b>	<b>- 7 148</b>	<b>1 985</b>

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanziertes Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Gestellte Sicherheiten			
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2013							
Kontokorrentverbindlichkeiten	468	- 194	274	0	0	0	274
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften /-leihegeschäften	25 730	- 3 089	22 641	- 1 620	- 20 984	0	37
Derivate	30 605	- 10 098	20 507	- 16 133	- 61	- 3 325	988
<b>Insgesamt</b>	<b>56 803</b>	<b>- 13 381</b>	<b>43 422</b>	<b>- 17 753</b>	<b>- 21 045</b>	<b>- 3 325</b>	<b>1 299</b>

Zum 31. Dezember 2014 wird der Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentverbindlichkeiten i. H. v. 21 Mio. EUR in den Verbindlichkeiten an Kreditinstitute (Vorjahr: 15 Mio. EUR) und i. H. v. 249 Mio. EUR in den Verbindlichkeiten an Kunden (Vorjahr: 259 Mio. EUR) gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und leihegeschäfte werden mit Ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgenden Bilanzpositionen ausgewiesen: 12034 Mio. EUR Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute (Vorjahr: 15 760 Mio. EUR) und 7337 Mio. EUR Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Vorjahr: 6 881 Mio. EUR).

Die Nettoverbindlichkeiten aus Derivategeschäften werden wie auch im Vorjahr in voller Höhe in den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

#### 69. Angaben zur Emissionstätigkeit.

31.12.2014 Mio. EUR	Anzahl	Volumen	Erstabsatz <sup>1)</sup>	Tilgungen
Pfandbriefe	72	1 762	1 759	5 242
Geldmarktgeschäfte	421	58 220	58 220	54 343
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	6 088	554 853	285 760	286 948
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0	0	112
<b>Insgesamt</b>	<b>6 581</b>	<b>614 835</b>	<b>345 739</b>	<b>346 645</b>

1) Im Erstabsatz sind auch Volumina aus den Vorjahren enthalten.

31.12.2013 Mio. EUR	Anzahl	Volumen	Erstabsatz <sup>1)</sup>	Tilgungen
Pfandbriefe	47	615	613	7 568
Geldmarktgeschäfte	152	6 087	6 087	7 524
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	5 422	272 274	4 311	7 749
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0	0	483
<b>Insgesamt</b>	<b>5 621</b>	<b>278 976</b>	<b>11 011</b>	<b>23 324</b>

1) Im Erstabsatz sind auch Volumina aus den Vorjahren enthalten.

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen i. H. v. nominal 6 981 Mio. EUR (Vorjahr: 11 366 Mio. EUR) mit den ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet.

## Sonstige Angaben.

### 70. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen.

Maßgebliche Beschränkungen des Konzerns, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu Nutzen.

Innerhalb des Konzerns bestehen Vermögenswerte, die vertraglichen, gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Verfügungsbeschränkungen unterliegen, die den LBBW-Konzern in seiner Möglichkeit einschränken, zu diesen Vermögenswerten Zugang zu erhalten und sie für die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe zu verwenden. Die Beschränkungen resultieren aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts, Vermögenswerten zur Besicherung von Verpflichtungen aus Repogeschäften und aus der Stellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften sowie für von konsolidierten strukturierten Einheiten begebene Verbindlichkeiten. Auch regulatorische Anforderungen, Anforderungen von Zentralbanken und lokale gesellschaftsrechtliche Vorschriften können die Nutzbarkeit von Vermögenswerten einschränken.

Es bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen aus Schutzrechten nicht beherrschender Anteile, die die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte zu transferieren oder Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Die Buchwerte der Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen betragen:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Vermögenswerte mit Verfügungsbeschränkung</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	25 994	34 352
Forderungen an Kunden	38 268	38 552
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	14 085	10 998
Finanzanlagen AfS	14 203	15 923
Sonstige	944	667
<b>Insgesamt</b>	<b>93 494</b>	<b>100 492</b>

Die Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen setzen sich im Wesentlichen aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts in Höhe von 42 Mrd. EUR (Vorjahr: 52 Mrd. EUR), übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte im Rahmen von Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften und Förderkreditgeschäften (siehe Note 66) in Höhe von 39 Mrd. EUR (Vorjahr: 40 Mrd. EUR) sowie Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften in Höhe von 8 Mrd. EUR (Vorjahr: 4 Mrd. EUR) zusammen.

#### Anteile an konsolidierten strukturierten Einheiten.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt 14 strukturierte Einheiten einbezogen, deren relevante Aktivitäten nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW steht in Geschäftsbeziehungen mit diesen Unternehmen und erwirbt im Rahmen von Anlageentscheidungen auch Commercial Papers von den konsolidierten strukturierten Einheiten.

Es bestehen Verlustübernahmeverpflichtungen gegenüber konsolidierten strukturierten Einheiten, die aufgrund des Abbaus des Garantieportfolios in Anspruch genommen wurden und sich im Berichtsjahr entsprechend reduziert haben.

Gegenüber den konsolidierten strukturierten Einheiten bestehen zum 31. Dezember 2014 Liquiditätslinien in Höhe von 3 805 Mio. EUR (im Vorjahr: 3 600 Mio. EUR).

#### Anteile an Gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen.

Zwei assoziierte Unternehmen sind für den LBBW-Konzern aufgrund des Beteiligungsbuchwerts bzw. der Bilanzsumme und des anteiligen Ergebnisses des assoziierten Unternehmens von wesentlicher Bedeutung und werden unter Verwendung der Equity-Methode bewertet.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes assoziierte Unternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, Stuttgart <sup>1), 2)</sup>		Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz <sup>1), 2)</sup>	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Erlöse	235	84	351	342
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	220	66	84	67
Erfolgsneutrales Ergebnis	- 147	- 4	2	- 5
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>73</b>	<b>62</b>	<b>86</b>	<b>62</b>
Kurzfristige Vermögenswerte	365	138	3 369	3 782
Langfristige Vermögenswerte	233	397	10 737	10 492
Kurzfristige Schulden	11	8	5 748	5 754
Langfristige Schulden	28	28	7 470	7 715
Eventualverbindlichkeiten	2	7	384	340
<b>Reinvermögen des assoziierten Unternehmens</b>	<b>559</b>	<b>499</b>	<b>888</b>	<b>805</b>
Anteil am Kapital (in %)	40	40	24	24
Anteil am Reinvermögen	223	200	213	193
Sonstige Anpassungen	- 58	- 63	- 82	- 55
<b>Beteiligungsbuchwert</b>	<b>165</b>	<b>137</b>	<b>131</b>	<b>138</b>

1) Hauptgeschäftssitz.

2) Strategische Beteiligung.

Die Finanzinformationen in zusammengefasster Form stellen an konzerneinheitliche Bilanzierungsvorgaben angepasste Beträge des IFRS-Abschlusses der assoziierten Einheit dar.

In dem Posten »Sonstige Anpassungen« sind im Wesentlichen Wertminderungen der Beteiligungsansätze enthalten.

Die BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (UBG), an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 55% beteiligt ist, bietet als langfristig orientierter Investor Eigenkapitallösungen für den Mittelstand an. Der Kapital- und Stimmanteil ist aufgrund des UBG Status auf 40% beschränkt.

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, an der die LBBW mit einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 24% beteiligt ist, bietet Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden an.

Im Berichtsjahr erhielt die LBBW Dividenden in Höhe von 6 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft und in Höhe von 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aus Ihrer Beteiligung an der Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG.

In der folgenden Tabelle sind die Anteile am Erfolg sowie die Buchwerte der Anteile für jedes Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen, die einzeln für sich genommen unwesentlich sind und nach der Equity-Methode bilanziert werden, dargestellt:

Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Anteil am Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	0	0	1	2
Anteil am Gesamtergebnis	0	0	1	2
Summe der Buchwerte der Konzernanteile	0	0	6	23

Im Zusammenhang mit den Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 3 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR). Des Weiteren bestehen unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 22 Mio. EUR (Vorjahr: 40 Mio. EUR) sowie sonstige nicht angesetzte Verpflichtungen in Höhe von 1 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) gegenüber Gemeinschaftsunternehmen.

Die Verlustanteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die die LBBW im Rahmen der Anwendung der Equity-Methode nicht mehr ausweist, betragen in 2014 0 Mio. EUR (Vorjahr: - 6 Mio. EUR) und kumulativ - 14 Mio. EUR (Vorjahr: - 15 Mio. EUR).

#### Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten.

Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die in einer Weise konzipiert wurden, dass bei der Bestimmung, welche Partei beherrschenden Einfluss auf die Einheiten ausübt, Stimmrechte und vergleichbare Rechte nicht den dominierenden Faktor darstellen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten, die die Rückflüsse der Einheiten erheblich beeinflussen, durch Vertragsvereinbarungen oder faktische Machtpositionen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit zeichnet sich oftmals durch einige oder sämtliche der folgenden Merkmale aus:

- Beschränkte Tätigkeiten
- Enger und genau definierter Zweck
- Unzureichendes Eigenkapital, um ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung ihre relevanten Aktivitäten ausführen zu können
- Finanzierung durch die Bündelung von Kredit- und anderen Risiken (Tranchen) in Form vielfacher vertraglicher Instrumente, die an die Anleger gebunden sind

Strukturierte Einheiten werden entsprechend den in Note 3 dargestellten Grundsätzen konsolidiert, wenn der LBBW-Konzern aufgrund seiner Beziehungen zu der strukturierten Einheit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beziehen sich auf strukturierte Einheiten, die nicht konsolidiert werden, da der LBBW-Konzern keinen beherrschenden Einfluss auf diese ausüben kann. Über diese ist zu berichten, wenn der LBBW-Konzern aus seinen vertraglichen und nichtvertraglichen Beziehungen (»Anteilen«) variablen Rückflüssen aus den Tätigkeiten der strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen u. a. Darlehen und Kredite, Eigenkapitalinstrumente, verschiedene Formen von Derivaten, Garantien und Liquiditätsfazilitäten.

Der LBBW-Konzern steht mit den folgenden Arten von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in Geschäftsbeziehungen:

- Fonds: Der LBBW-Konzern bietet Kunden Investitionsmöglichkeiten in selbst gegründete und gesponserte Fonds und tätigt Investitionen in von Dritten gegründete und gesponserte Fonds. Fonds ermöglichen Investoren gemäß einer festgelegten Anlagestrategie gezielt in Vermögenswerte zu investieren. Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich durch die Ausgabe von Fonds-Anteilen und ist in der Regel durch die von der strukturierten Einheit gehaltene Vermögenswerte besichert. Der LBBW-Konzern kann hierbei als Manager der strukturierten Einheit, Investor, Treuhänder für andere Investoren oder in einer anderen Funktion auftreten.
- Verbriefungsvehikel: Verbriefungsvehikel bieten Investoren Investitionsmöglichkeiten in diversifizierte Portfolios unterschiedlicher Vermögenswerte wie z. B. Leasing-, Handelsforderungen u.Ä. Die Finanzierung der Verbriefungsvehikel erfolgt durch die Ausgabe von tranchierten Schuldverschreibungen, deren Auszahlungen abhängig von der Entwicklung der Vermögenswerte des Verbriefungsvehikels sowie von der Stellung der jeweiligen Tranche innerhalb der Zahlungsfolge sind. Der LBBW-Konzern nimmt an der Finanzierung oder Strukturierung solcher Vehikel teil.
- Finanzierungsgesellschaften: Finanzierungsgesellschaften (inklusive Leasingobjektgesellschaften) werden für die Finanzierung diverser Vermögenswerte oder Transaktionen gegründet. Sie verfolgen einen beschränkten Unternehmenszweck, wodurch die relevanten Aktivitäten vorherbestimmt sind oder nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW stellt als Fremdkapitalgeber Finanzierungsmittel für diese strukturierten Einheiten zur Verfügung, die durch die von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswerte besichert sind.
- Sonstige: Sonstige strukturierte Einheiten sind Einheiten, die keiner der anderen genannten Arten von strukturierten Einheiten zuordenbar sind.

Der Umfang einer strukturierten Einheit ist abhängig von dessen Art:

- Fonds: Höhe des verwalteten Vermögens
- Verbriefungen: Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere
- Finanzierungsgesellschaften: Bilanzsumme
- Sonstige strukturierte Einheiten: Bilanzsumme

Der Umfang von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten ohne öffentlich verfügbare Daten wird mit dem Nennwert des Engagements der LBBW angegeben.

Der Umfang der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten stellt sich wie folgt dar:

31.12.2014					
Mio. EUR	Verbriefungs- vehikel	Fonds	Finanzierungs- gesellschaften	Sonstige	Summe
Umfang der strukturierten Einheiten	14 267	276 388	18 508	22	309 185

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheiten die Buchwerte der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen, die Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten betreffen, und die Posten in der Konzernbilanz, unter denen diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten angesetzt werden:

31.12.2014					
Mio. EUR	Verbriefungs- vehikel	Fonds	Finanzierungs- gesellschaften	Sonstige	Summe
<b>Aktiva</b>					
Forderungen	8 186	4 887	2 740	0	15 813
Forderungen an Kreditinstitute	247	0	0	0	247
Forderungen an Kunden	7 939	4 887	2 740	0	15 566
Risikovorsorge	0	0	10	0	10
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	0	0	10	0	10
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	52	688	407	21	1 168
Handelsaktiva	16	499	407	0	922
Fair-Value-Option	36	189	0	21	246
Finanzanlagen	66	0	0	0	66
<b>Summe Aktiva</b>	<b>8 304</b>	<b>5 575</b>	<b>3 157</b>	<b>21</b>	<b>17 057</b>
<b>Passiva</b>					
Verbindlichkeiten	1 250	1 139	268	0	2 657
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 250	1 139	268	0	2 657
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	1	1 657	0	0	1 658
Handelspassiva	1	1 608	0	0	1 609
Fair-Value-Option	0	49	0	0	49
<b>Summe Passiva</b>	<b>1 251</b>	<b>2 796</b>	<b>268</b>	<b>0</b>	<b>4 315</b>
Außerbilanzielle Verpflichtungen	0	33	21	0	54

Aus Anteilen aufgrund des Managements von Fonds wurden Provisionserträge in Höhe von 57 Mio. EUR erzielt.

Die maximal möglichen Verluste aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten sind abhängig von der Art der Anteile. Das maximale Verlustrisiko von Forderungen und Handelsaktiva entspricht den Bilanzwerten (ggf. nach Risikovorsorge). Von Derivaten und außerbilanziellen Verpflichtungen, u. a. Kreditzusagen, Garantien und Liquiditätsfazilitäten, stellen die Nominalwerte die maximal möglichen Verluste dar. Der Nennwert für Derivate mit positivem Wiederbeschaffungswert beträgt 8 352 Mio. EUR und für Derivate mit negativem Wiederbeschaffungswert 3 627 Mio. EUR. Das maximale Verlustrisiko entspricht nicht dem erwarteten Verlust und berücksichtigt nicht bestehende Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen, die das wirtschaftliche Risiko beschränken. Im Rahmen einer Kreditrestrukturierung bestehen darüber hinaus außerbilanzielle Verpflichtungen gegenüber einer strukturierten Einheit (siehe Note 73).

Aus seinen Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten erzielt der LBBW-Konzern Zinserträge und Provisionserträge aus der Finanzierung dieser Einheiten. Weitere Einnahmen resultieren aus Management-Vergütungen und ggf. Erfolgsbeteiligungen im Rahmen des Fonds-Managements durch die LBBW. Des Weiteren werden Erträge aus der Bewertung bzw. dem Verkauf von durch nicht konsolidierte strukturierte Einheiten begebenen Wertpapieren realisiert.

#### Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält.

Die LBBW war als Sponsor beim Aufsetzen bzw. Vermarkten von diversen strukturierten Einheiten beteiligt, an denen sie zum Berichtsstichtag keine Anteile hält. Eine strukturierte Einheit gilt als gesponsert, wenn sie begründeterweise mit der LBBW in Verbindung gebracht wird und durch die LBBW unterstützt wurde. Unterstützungen können in diesem Zusammenhang folgende Leistungen umfassen:

- Die Verwendung des Namens »LBBW« für die strukturierte Einheit;
- Vermögenswerte des LBBW-Konzerns wurden auf die strukturierte Einheit übertragen oder an diese verkauft;
- Die strukturierte Einheit wurde durch den LBBW-Konzern gegründet und/oder es wurde Gründungskapital durch die LBBW bereitgestellt.

Aus Geschäftsvorfällen mit gesponserten, nicht konsolidierten strukturierten Einheiten, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält, erzielte die LBBW Bruttoerträge aus Provisionen, Handelsaktivitäten und Zinszahlungen in Höhe von 20 Mio. EUR. Im Rahmen von Replenishment-Vereinbarungen wurden in 2014 insgesamt Vermögenswerte in Höhe von 182 Mio. EUR von Dritten auf gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

## 71. Leasingverhältnisse.

### Finance Lease – LBBW als Leasinggeber.

Für die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Finance-Lease-Geschäfte ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Bruttoinvestitionswert</b>	<b>5 618</b>	<b>6 192</b>
Bis zu 1 Jahr	748	1 190
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 573	2 919
Über 5 Jahre	2 297	2 083
<b>./. unrealisierter Finanzertrag</b>	<b>- 627</b>	<b>- 924</b>
<b>= Nettoinvestitionswert</b>	<b>4 991</b>	<b>5 268</b>
<b>./. Barwert der nicht garantierten Restwerte</b>	<b>- 171</b>	<b>- 123</b>
<b>= Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen</b>	<b>4 820</b>	<b>5 145</b>
Bis zu 1 Jahr	637	1 027
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 249	2 619
Über 5 Jahre	1 934	1 499

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finance-Lease-Verhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, außer bedingte Mietzahlungen, Aufwand für Dienstleistungen und Steuern, die der Leasinggeber zu zahlen hat und die ihm erstattet werden, sowie jegliche garantierte Restwerte. Anfängliche direkte Vertragsanlaufkosten werden in die Forderungen aus Finance-Lease-Verträgen miteinbezogen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswerts; die Abzinsung erfolgt dabei auf Basis des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatzes aus Sicht des Leasinggebers.

Die kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen betragen zum Abschlussstichtag - 116 Mio. EUR (Vorjahr: - 149 Mio. EUR).

### Finance Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Leasingobjekte aus Finance Lease setzen sich aus folgenden Objektarten zusammen:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Gebäude	2	2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	1
Grundstücke	1	1
<b>Finance-Lease-Gegenstände insgesamt</b>	<b>3</b>	<b>4</b>

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finance Lease in den Sachanlagen i. H. v. 3 Mio. EUR (Vorjahr: 4 Mio. EUR) bezieht sich im Wesentlichen auf ein Gebäude mit Grundstück. Es besteht ein Leasingvertrag über ein Verwaltungsgebäude in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit dem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende des 10. und 15. Mietjahres mit der Möglichkeit des Erwerbs zum Barwert der bis zum Ablauf der Mietzeit noch zu leistenden Mieten und Verwaltungskostenbeiträge zuzüglich dem Barwert des Verkehrswerts des Leasingobjekts bei Ablauf der Mietzeit. Die Kaufoption zum Ende der Mietzeit sieht den Erwerb zu dem im Vertrag festgelegten Verkehrswert des Leasingobjekts vor. Für die u. a. in den Sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Finance Lease ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen</b>	<b>6</b>	<b>9</b>
Bis zu 1 Jahr	1	4
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	5	5
<b>./. Abzinsungsbetrag</b>	<b>- 1</b>	<b>- 1</b>
<b>= Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen</b>	<b>5</b>	<b>8</b>
Bis zu 1 Jahr	1	3
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	4	5

**Operate Lease – LBBW als Leasinggeber.**

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate Lease angesetzten Vermögenswerte unter den Sachanlagen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Gebäude	49	87
Grundstücke	26	38
<b>Operate Lease insgesamt</b>	<b>75</b>	<b>125</b>

Aus den genannten Leasingverhältnissen werden folgende Zahlungen erwartet:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Bis zu 1 Jahr	23	25
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	63	78
Über 5 Jahre	109	88
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen</b>	<b>195</b>	<b>191</b>

**Operate Lease – LBBW als Leasingnehmer.**

Aus den Leasingverhältnissen, bei welchen die LBBW Leasingnehmer ist, bestehen Zahlungsverpflichtungen i. H. v.:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Bis zu 1 Jahr	75	41
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	179	88
Über 5 Jahre	120	245
<b>Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen</b>	<b>374</b>	<b>374</b>

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Mindestleasingzahlungen i. H. v. – 31 Mio. EUR (Vorjahr: – 57 Mio. EUR) als Aufwendungen erfasst. Diese Position setzt sich hauptsächlich zusammen aus Aufwendungen für Mieten für Geschäftsräume.

**72. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.**

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

31.12.2014		Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Mio. EUR	Anteilseigner					
Forderungen an Kreditinstitute	188	0	0	129	0	0
Forderungen an Kunden	4 121	2	227	179	89	55
Risikovorsorge	0	0	- 45	0	- 4	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 054	0	5	127	5	0
Finanzanlagen	31	0	216	52	23	5 501
Sonstige Aktiva	0	0	1	0	0	0
<b>Aktiva Insgesamt</b>	<b>7 394</b>	<b>2</b>	<b>404</b>	<b>487</b>	<b>113</b>	<b>5 556</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 908	0	5	3	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	146	3	197	450	7	6 081
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1 511	0	2	95	1	0
Nachrangkapital	92	0	0	7	0	0
<b>Passiva Insgesamt</b>	<b>8 657</b>	<b>3</b>	<b>204</b>	<b>555</b>	<b>8</b>	<b>6 081</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>343</b>	<b>0</b>	<b>11</b>	<b>16</b>	<b>28</b>	<b>0</b>

31.12.2013		Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter- unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Mio. EUR	Anteilseigner					
Forderungen an Kreditinstitute	188	0	228	169	0	0
Forderungen an Kunden	3 475	2	507	110	77	38
Risikovorsorge	0	0	- 43	- 1	- 4	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 110	0	1 333	102	4	0
Finanzanlagen	32	0	250	54	24	12 722
<b>Aktiva Insgesamt</b>	<b>6 805</b>	<b>2</b>	<b>2 275</b>	<b>434</b>	<b>101</b>	<b>12 760</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 515	0	52	131	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	114	4	156	163	9	13 080
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	2 011	0	116	62	0	0
Nachrangkapital	1 249	0	0	8	0	0
<b>Passiva Insgesamt</b>	<b>9 889</b>	<b>4</b>	<b>324</b>	<b>364</b>	<b>9</b>	<b>13 080</b>
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>250</b>	<b>0</b>	<b>16</b>	<b>28</b>	<b>23</b>	<b>0</b>

Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahe stehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einschließlich Angehöriger der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen. Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit Personen des Key Managements können der Note 80 entnommen werden.

Die Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten, bezogen auf sonstige nahe stehende Personen und Unternehmen, ergeben sich aus der normalen Geschäftstätigkeit.

Aufgrund der Unwesentlichkeit der Geschäftsvorfälle zu Unternehmen, die durch die Anteilseigner der LBBW beherrscht bzw. unter maßgeblichem Einfluss stehen, nimmt die LBBW die Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 in Anspruch.

### 73. Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen.

#### Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen beinhalten eine vertraglich eingegangene, aber in der Realisierung noch nicht wahrscheinliche Verpflichtung (Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50%). Die Verpflichtung kann sowohl aus gestellten Bürgschaften als auch aus Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen, und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der angesetzte Betrag entspricht den möglichen Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien bzw. Inanspruchnahme der Avale. Die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses wird regelmäßig überprüft. Sofern sich Anhaltspunkte für eine wahrscheinliche Inanspruchnahme ergeben, wird eine Rückstellung im Kreditgeschäft bilanziert und betraglich vom Bestand der außerbilanziellen Verpflichtung abgesetzt.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>5 640</b>	<b>5 911</b>
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	5 574	5 870
At Equity bewertete Unternehmen	2	5
davon gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen	2	5
Weitergegebene, abgerechnete Wechsel	0	1
Andere Eventualverbindlichkeiten	64	35
<b>Andere Verpflichtungen</b>	<b>24 308</b>	<b>19 757</b>
Unwiderrufliche Kreditzusagen	23 432	19 017
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	360	373
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	245	248
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	189	38
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	27	27
Sonstige Verpflichtungen	55	54
<b>Insgesamt</b>	<b>29 948</b>	<b>25 668</b>

Die Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen beinhalten Nachschusspflichten gegenüber zentralen Kontrahenten i. H. v. 185 Mio. EUR (Vorjahr: 109 Mio. EUR).

Darüber hinaus waren im Vorjahr Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen einer zum Verkauf stehenden vollkonsolidierten Tochtergesellschaft i. H. v. 118 Mio. EUR enthalten. Davon entfielen 64 Mio. EUR auf Bürgschaften und Gewährleistungsverträge und 54 Mio. EUR auf unwiderrufliche Kreditzusagen.

Bei einer erforderlichen Kreditrestrukturierung wurde im Konsortialverbund eine Zweckgesellschaft ICON Brickell LLC (»ICON«) gegründet. Die LBBW ist indirekt über die Yankee Properties LLC (»Yankee«) an ICON beteiligt. Der Geschäftszweck der ICON, die finanzierten Wohnungen zu verkaufen, ist inzwischen erfüllt. Die LBBW und die anderen Gesellschafter der ICON haben eine »Guaranty« (Recht des Bundesstaates Florida) für die Verpflichtungen der ICON abgegeben. Diese bezieht sich auf Zahlungspflichten sowie auf alle sonstigen Verhaltenspflichten der Yankee gegenüber ICON. Hieraus können weiterhin, d. h. bis spätestens zur Rückgabe der Guaranty, (Gewährleistungs-) Ansprüche in unbegrenzter Höhe an die LBBW herangetragen werden.

#### Sicherungsreserve.

Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten i. H. v. 109 Mio. EUR (Vorjahr: 174 Mio. EUR). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds hat die LBBW sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein solcher Fall nicht eingetreten.

#### Haftungsfreistellungen.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, ehemalige Sachsen LB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden.

#### Eventualforderungen.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Rechtsstreitigkeiten	4	8
<b>Insgesamt</b>	<b>4</b>	<b>8</b>

#### Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	498	547
Forderungen an Kunden	280	311
Finanzanlagen	4	3
Sachanlagen	3	3
Sonstige Aktiva	33	28
<b>Treuhandvermögen<sup>1)</sup></b>	<b>818</b>	<b>892</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	812	885
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6	6
Sonstige Verbindlichkeiten	0	1
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>818</b>	<b>892</b>

<sup>1)</sup> Inklusive Verwaltungskredite.

#### 74. PIIS Exposure.

In Ergänzung zu der im Risiko- und Chancenbericht dargestellten Regionengliederung erfolgen nachstehend die Angaben zum Exposure in den PIIS-Staaten (Portugal, Italien, Irland und Spanien) auf Basis der IFRS-Bilanzwerte pro Sitzland und je Schuldner- bzw. Bilanzkategorie sowie über die gebildeten Einzelwertberichtigungen.

Das Exposure des LBBW-Konzerns gegenüber Finanzinstituten, Unternehmen und Öffentlichen Haushalten aus diesen vier Ländern blieb im Vergleich zum Jahresende 2013 nahezu unverändert bei 5,4 Mrd. EUR. Die Positionen gegenüber Kreditinstituten mit Sitz in Italien (- 190 Mio. EUR) und Spanien (- 232 Mio. EUR) verzeichneten einen deutlichen Rückgang, wohingegen sich die Finanzanlagen von öffentlichen Haushalten aus Italien aufgrund einer verbesserten Fair-Value-Bewertung (360 Mio. EUR) zum Bilanzstichtag erhöhten.

##### Gegenüber Finanzinstituten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen	0,7	0,6	10,0	156,3	0,5	26,7	5,2	4,4
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (Netto)	29,0	- 13,1	- 21,5	12,5	0,3	- 0,2	249,1	258,9
Derivate	- 50,0	- 96,8	38,0	5,8	- 1,4	- 1,9	- 100,0	- 37,6
Finanzanlagen AfS	0,0	0,0	39,2	48,9	0,0	0,0	72,8	295,8
Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	2,5	2,2	0,0	0,0	5,3	5,0
<b>Summe</b>	<b>29,7</b>	<b>- 12,5</b>	<b>27,7</b>	<b>217,7</b>	<b>0,8</b>	<b>26,5</b>	<b>327,1</b>	<b>559,1</b>
<b>Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate</b>								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,0	0,3	0,8	0,0	- 0,1	1,5	4,0
CDS Passiv-Positionen	0,0	0,0	- 0,3	- 0,4	0,0	0,1	- 0,7	- 2,8
CDS Aktiv-Nominale	0,0	0,0	140,0	448,0	0,0	20,0	232,0	465,0
CDS Passiv-Nominale	0,0	0,0	- 135,0	434,0	0,0	20,0	- 230,0	455,0

##### Gegenüber Unternehmen.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen	365,6	375,9	175,0	174,8	20,1	22,6	652,1	761,0
Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen)	0,0	0,0	0,0	- 1,5	0,0	0,0	- 34,0	- 20,8
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (Netto)	40,1	- 13,3	2,5	7,2	0,0	0,0	- 1,0	44,5
Derivate	6,7	6,1	10,7	6,9	0,0	0,0	69,3	41,1
Finanzanlagen AfS	9,5	6,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Neubewertungsrücklage	2,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen LaR	19,6	19,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Summe</b>	<b>434,8</b>	<b>388,5</b>	<b>177,5</b>	<b>180,5</b>	<b>20,1</b>	<b>22,6</b>	<b>617,1</b>	<b>784,7</b>
<b>Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate</b>								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,1	0,8	2,0	0,0	0,1	1,0	1,7
CDS Passiv-Positionen	0,0	- 0,1	- 0,5	- 1,8	0,0	- 0,1	- 0,5	- 1,2
CDS Aktiv-Nominale	0,0	5,0	116,1	225,7	0,0	12,0	121,5	156,5
CDS Passiv-Nominale	0,0	6,0	- 76,6	172,1	0,0	10,0	- 95,0	147,0

Gegenüber Öffentlichen Haushalten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,1	7,5
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (Netto)	- 0,1	1,2	- 0,5	- 0,6	- 0,3	- 0,4	0,0	1,7
Derivate	- 0,1	- 0,1	- 0,5	- 0,6	- 0,4	- 0,5	0,0	0,0
Finanzanlagen AfS	0,0	0,0	2 660,4	2 300,4	283,5	251,9	776,9	709,2
Neubewertungsrücklage	0,0	0,0	- 289,7	- 377,2	- 9,0	- 40,6	- 57,0	- 92,2
<b>Summe</b>	<b>- 0,1</b>	<b>1,2</b>	<b>2 659,9</b>	<b>2 299,8</b>	<b>283,2</b>	<b>251,5</b>	<b>781,0</b>	<b>718,4</b>
<b>Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate</b>								
CDS Aktiv-Positionen	0,1	- 0,7	- 1,9	- 17,1	- 1,9	- 6,6	0,8	- 31,0
CDS Passiv-Positionen	- 0,1	0,7	1,5	- 2,7	1,5	6,1	- 0,8	- 8,9
CDS Aktiv-Nominale	49,3	89,0	351,6	728,3	68,6	123,0	137,8	1 359,6
CDS Passiv-Nominale	- 57,5	86,1	- 340,8	754,4	- 69,0	120,9	- 134,9	1 393,3

Die obigen Zahlenangaben enthalten keine ABS, deren Emittenten den Sitz in einem dieser vier Länder haben.

**75. Adressenausfallrisiko.**

Mit den folgenden Tabellen wird den Ausweispflichten gemäß IFRS 7.36 und 7.37 nachgekommen.

Maximales Adressenausfallrisiko sowie Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen.

31.12.2014						
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/Collateral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kreditsicherheiten	Netto-Exposure	
Barreserve	920	0	0	0	920	
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>						
Handelsaktiva	125 035	64 759	15 863	1 387	43 027	
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	788	0	0	25	763	
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 649	4 398	0	28	223	
Finanzanlagen AfS	22 151	0	15	0	22 136	
zinstragende Vermögenswerte	19 452	0	15	0	19 437	
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 700	0	0	0	2 700	
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>						
Forderungen an Kreditinstitute	44 520	11 186	0	1 762	31 572	
Forderungen an Kunden	108 014	10 657	0	37 421	59 936	
davon Finanzierungsleasing	4 595	0	0	459	4 137	
Finanzanlagen LaR	6 011	0	0	0	6 011	
zinstragende Vermögenswerte	5 992	0	0	0	5 992	
nicht zinstragende Vermögenswerte	19	0	0	0	19	
<b>Insgesamt</b>	<b>312 088</b>	<b>91 000</b>	<b>15 878</b>	<b>40 623</b>	<b>164 588</b>	
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	50 959	0	0	3 263	47 696	
<b>Gesamt Exposure</b>	<b>363 047</b>	<b>91 000</b>	<b>15 878</b>	<b>43 886</b>	<b>212 284</b>	

31.12.2013					
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/Collateral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kreditsicherheiten	Netto-Exposure
Barreserve	2 369	0	0	0	2 369
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>					
Handelsaktiva	98 699	29 341	20 500	1 314	47 544
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	761	0	0	24	737
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 891	4 652	0	15	224
Finanzanlagen AfS	20 928	0	50	130	20 748
zinstragende Vermögenswerte	18 248	0	50	130	18 068
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 680	0	0	0	2 680
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>					
Forderungen an Kreditinstitute	66 929	20 219	0	2 331	44 379
Forderungen an Kunden	114 631	13 790	0	35 790	65 051
davon Finanzierungsleasing	5 552	0	0	574	4 978
Finanzanlagen LaR	16 497	500	0	23	15 974
zinstragende Vermögenswerte	16 438	500	0	23	15 915
nicht zinstragende Vermögenswerte	59	0	0	0	59
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	58	0	0	0	58
<b>Insgesamt</b>	<b>325 763</b>	<b>68 502</b>	<b>20 550</b>	<b>39 627</b>	<b>197 084</b>
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	48 880	0	0	3 154	45 726
<b>Gesamt Exposure</b>	<b>374 643</b>	<b>68 502</b>	<b>20 550</b>	<b>42 781</b>	<b>242 810</b>

Aussagen zur Werthaltigkeit des Portfolios können den Angaben zur Portfolioqualität nach internen Ratingklassen und dem CVaR nach Branchen im Chancen- und Risikobericht entnommen werden.

#### Portfolioqualität – überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte.

Als überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte ist das Exposure der Geschäfte gegenüber Kunden mit mehr als fünf Tagen Zahlungsverzug definiert, für welches kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 entfiel hierauf ein Brutto-Exposure i. H. v. 569 Mio. EUR. Dies entspricht einem Portfolioanteil von 0,16%. Mehr als die Hälfte dieser Fälle hatte einen Verzug kleiner/gleich einem Monat.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Laufzeitengliederung dieses Teilportfolios dar:

31.12.2014	<=1	> 1 bis 3	> 3 bis 6	> 6 bis 9	> 9 bis 12	> 12	Gesamt
Mio. EUR	Monat	Monate	Monate	Monate	Monate	Monate	
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>							
Forderungen an Kreditinstitute	4	0	3	3	6	0	15
Forderungen an Kunden	329	55	39	2	16	88	528
davon Finanzierungsleasing	7	1	0	0	0	0	8
<b>Insgesamt</b>	<b>333</b>	<b>55</b>	<b>41</b>	<b>5</b>	<b>21</b>	<b>88</b>	<b>544</b>
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	0	4	22	0	0	0	26
<b>Gesamt Exposure</b>	<b>333</b>	<b>59</b>	<b>63</b>	<b>5</b>	<b>21</b>	<b>88</b>	<b>569</b>

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert zum einen aus einer präziseren Ermittlung von Verzugstagen für Zwecke dieses Ausweises. Zum anderen erfolgte eine Harmonisierung mit dem Financial Reporting, welches auf Basis der Vorgaben der European Banking Authority (EBA) erstellt wird und wodurch die bisherige Bagatellgrenze gemäß SolvV (mind. 100 EUR bzw. Überziehungsbetrag > 2,5% vom Gesamtbligo eines Schuldners) nicht mehr zur Anwendung kommt.

31.12.2013	<=1	> 1 bis 3	> 3 bis 6	> 6 bis 9	> 9 bis 12	> 12	Gesamt
Mio. EUR	Monat	Monate	Monate	Monate	Monate	Monate	
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>							
Forderungen an Kunden	8	12	22	1	2	45	91
<b>Gesamt Exposure</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>22</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>45</b>	<b>91</b>

**Portfolioqualität – wertgeminderte Vermögensgegenstände.**

Nachfolgend wird das Brutto-Exposure gegenüber Kunden, für die eine Wertberichtigung gebildet wurde, ausgewiesen:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte</b>		
Finanzanlagen AfS	1	71
zintragende Vermögenswerte	1	71
<b>Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte</b>		
Forderungen an Kreditinstitute	16	20
Forderungen an Kunden	2 548	3 414
davon Finance Lease	112	167
Finanzanlagen LaR	0	337
zintragende Vermögenswerte	0	337
<b>Insgesamt</b>	<b>2 565</b>	<b>3 842</b>
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	208	235
<b>Gesamt Exposure</b>	<b>2 773</b>	<b>4 077</b>

Die wertgeminderten Vermögenswerte haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2013 um 1,3 Mrd. EUR reduziert. Die Veränderung fand größtenteils bei Forderungen an Kunden statt und resultiert u. a. aus erfolgsneutralen Ausbuchungen von Krediten, für die ein Wertberichtigungsbestand vorhanden war. Der Abbau des Verbriefungsportfolios ist Auslöser für den Rückgang bei den impaireden Finanzanlagen AfS und den impaireden Finanzanlagen LaR.

In der nachfolgenden Tabelle wird das wertgeminderte Portfolio je Ausfallgrund zum Stichtag dargestellt:

	31.12.2014		31.12.2013	
	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %
1) Kündigung/Fälligkeit/Insolvenz	448	16,2	620	15,2
2) Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage <sup>1)</sup>	308	11,1	427	10,5
3) Unwahrscheinliche Rückzahlung <sup>2)</sup>	2 017	72,7	3 030	74,3
<b>Gesamt</b>	<b>2 773</b>		<b>4 077</b>	

1) Ohne Kriterien der Nr. 1).

2) Ohne Erfüllung der Kriterien der Nr. 1) oder 2) (Auffangtatbestand).

Der Anteil des Portfolios der weder wertgeminderten noch überfälligen Vermögenswerte erhöht sich auf 99,1 % (Vorjahr: 98,9 %).

**Forbearance.**

Zum 31. Dezember 2014 bestehen im LBBW-Konzern Vermögenswerte mit einem Buchwert i.H.v. 1,5 Mrd. EUR, bei welchen Forbearance-Maßnahmen eingeräumt wurden. Dabei wurden im Wesentlichen Modifikationen hinsichtlich der Bedingungen und Konditionen gewährt. Für diese Vermögenswerte hat die LBBW Finanzgarantien i.H.v. 0,3 Mrd. EUR erhalten.

**76. Kapitalmanagement.**

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einem regulatorischen als auch einem ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungsprozess, die Strategien, die Regelwerke, die Überwachungsprozesse sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns.

Die integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Asset Liability Committee (ALCo) unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, der Kapitalsteuerung, der Liquiditätssteuerung und der Refinanzierung sowie bei der Marktpreisrisikosteuerung. Das ALCo agiert hierbei entscheidungsvorbereitend, die Beschlussfassung erfolgt anschließend durch den Gesamtvorstand.

Beim Risikomanagement und einem Kapitalmanagement unter ökonomischen Gesichtspunkten unterstützt das Risk Committee (RiskCom) entscheidungsvorbereitend den Vorstand bei der Risikoüberwachung, der Risikomethodik und der Risikostrategie für den Gesamtkonzern sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, wurde im Jahr 2013 das Regulatorik-/Bilanzierungs-Komitee gegründet.

Die Kapitalallokation und die längerfristige strategische Kapitalsteuerung erfolgen im Rahmen des jährlichen integrierten Planungsprozesses (mit einem fünfjährigen Planungshorizont), mit dem unterjährigen Forecast und werden vom Gesamtvorstand beschlossen sowie laufend überwacht. Über den Wirtschaftsplan entscheidet der Aufsichtsrat abschließend.

#### Ökonomisches Kapital.

Neben dem regulatorisch notwendigen Eigenkapital wird bei der LBBW in einem weiteren Steuerungskreis das ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird, überwacht.

Details hierzu siehe Risiko- und Chancenbericht.

#### Regulatorisches Kapital.

Mit Inkrafttreten der CRR/CRD IV (Capital Requirement Regulation/Capital Requirement Directive) zum 1. Januar 2014 wurden die bisher in der SolvV (Solvabilitätsverordnung) geregelten Vorgaben zur Ermittlung der regulatorischen Eigenmittel durch die unmittelbar geltenden Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ersetzt. Die seit dem 1. Januar 2014 geltende SolvV enthält in diesem Zusammenhang grundsätzlich nur noch Verfahrensbestimmungen sowie Spezifizierungen für die Umsetzung nationaler Gestaltungsspielräume zur Verordnung (EU) Nr. 575/2013. Die Eigenmittel der LBBW-Gruppe werden auf Basis dieser Anforderungen ermittelt und beruhen auf den für Institutsgruppen relevanten aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz-Vorschriften.

Die Kapitalquoten der LBBW-Gruppe werden nach den Vorgaben von Art. 92 CRR in Verbindung mit Art. 11 CRR ermittelt. Danach betragen die jederzeit einzuhaltenden Quoten:

- Harte Kernkapitalquote (Basis: hartes Kernkapital) von 4,5%,
- Kernkapitalquote (Basis: hartes sowie zusätzliches Kernkapital) von 6,0%,
- Gesamtkapitalquote (Basis: hartes und zusätzliches Kernkapital sowie Ergänzungskapital) von 8%.

Arbeitstäglich mussten im Jahr 2014 aufgrund der Übergangsbestimmungen gemäß Art. 465 i. V. m. § 23 SolvV folgende von oben abweichende Quoten eingehalten werden:

- Harte Kernkapitalquote (Basis: hartes Kernkapital) von 4,0% und
- Kernkapitalquote (Basis: hartes sowie zusätzliches Kernkapital) von 5,5%.

Die Quoten ergeben sich aus den jeweiligen Kapitalbestandteilen, ausgedrückt als Prozentsatz, des Gesamtforderungsbetrags. Der Gesamtforderungsbetrag ergibt sich aus den mit dem Faktor von 12,5 multiplizierten Eigenmittelanforderungen für das Kredit- und Verwässerungsrisiko, die Handelsbuchtätigkeit, die Marktpreisrisiken, die Risiken einer Anpassung der Kreditbewertung bei OTC-Derivaten, dem operationellen Risiko sowie dem Gegenparteiausfallrisiko aus Handelsbuchtätigkeit. Diese aufsichtsrechtlich geforderten Quoten wurden im Geschäftsjahr 2014 jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittel ergeben sich aus der Summe von Kern- und Ergänzungskapital.

Das Kernkapital besteht aus dem harten sowie dem zusätzlichen Kernkapital. Dabei umfasst das harte Kernkapital das eingezahlte Kapital, die damit verbundenen Agien (Kapitalrücklagen), die Gewinnrücklagen sowie die sonstigen Rücklagen.

Das zusätzliche Kernkapital umfasst die Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter sowie Preference Shares. Diese können aufgrund der Übergangsbestimmungen bis Ende 2021 innerhalb der gemäß Art. 486 CRR i. V. m. § 31 SolvV geltenden Bandbreiten weiterhin in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden. Nicht mehr in diese Bandbreiten fallende Beträge können, sofern die Bedingungen für die Anrechnung als Ergänzungskapital erfüllt sind, in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden.

Das Ergänzungskapital besteht aus verbrieften langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussscheinen sowie langfristigen nachrangigen Darlehen und Genussrechten, welche die Bedingungen des Art. 63 CRR erfüllen, sowie den damit verbundenen Agien. Die Instrumente des Ergänzungskapitals unterliegen in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit einer taggenauen Abschmelzung.

Vom harten Kernkapital sind die Verluste des laufenden Geschäftsjahres, die immateriellen Vermögenswerte, der Goodwill, von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche sowie der Wertberichtigungsfehlbetrag für Forderungen, die gemäß dem IRB-Ansatz berechnet wurden, abzuziehen. Des Weiteren müssen bei der Ermittlung der Eigenmittel die Neubewertungsrücklage, die durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingten Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten, Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren, sowie Wertanpassungen aufgrund der Anforderungen für eine vorsichtige Bewertung abgezogen werden.

Hierbei dürfen für diese Abzugs- bzw. Ausschlusspositionen vom harten Kernkapital die Übergangsbestimmungen gemäß Art. 467 ff. i. V. m. Art. 481 CRR angewandt werden. Somit müssen weder die Neubewertungsrücklagen für Wertpapiere von Zentralstaaten und Beteiligungen noch die latenten Steuern aus nicht temporären Differenzen im Jahr 2014 als Abzugspositionen berücksichtigt werden. Als Abzugspositionen in Höhe von 20% müssen berücksichtigt werden: die immateriellen Vermögensgegenstände sowie der Goodwill, der Wertberichtigungsfehlbetrag, die Neubewertungsrücklagen aus sonstigen Wertpapieren sowie die Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren. Die restlichen 80% der oben genannten Abzugspositionen für immaterielle Vermögensgegenstände und Goodwill werden vom zusätzlichen Kernkapital abgezogen. Der restliche Wertberichtigungsfehlbetrag in Höhe von 80% wird hälftig vom zusätzlichen Kernkapital und dem Ergänzungskapital abgezogen.

Im Rahmen der Marktpflege können in Wertpapieren verbriefte Ergänzungskapitalbestandteile innerhalb der geltenden Grenzen zurückgekauft werden. Eigene zurückgekauft direkt sowie indirekt gehaltene Ergänzungskapitalinstrumente sind vom Ergänzungskapital abzuziehen. Die beantragte Obergrenze wurde im Jahr 2014 jederzeit eingehalten.

Die LBBW hat zum 1. Januar 2008 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Zulassung zur Anwendung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen erhalten. Die Eigenmittelanforderungen für Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegt, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.

Die Eigenmittel gemäß CRR berechnen sich auf Basis des IFRS-Abschlusses der einbezogenen Unternehmen.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Eigenmittel</b>	<b>16 315</b>	<b>17 853</b>
Kernkapital (Tier I)	12 972	14 711
davon hartes Kernkapital (CET I)	12 015	12 437
davon zusätzliches Kernkapital (AT I)	957	2 274
Ergänzungskapital (Tier II)	3 343	2 927
Dritrangmittel (Tier III) <sup>1)</sup>	0	215
<b>Gesamtrisikobetrag (ehemals: Anrechnungspflichtige Positionen)</b>	<b>82 182</b>	<b>79 351</b>
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteiausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	65 500	64 463
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	1	0
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	9 061	10 288
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken	5 065	4 600
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	2 554	0
<b>Gesamtkapitalquote in %</b>	<b>19,9</b>	<b>22,5</b>
<b>Kernkapitalquote in %</b>	<b>15,8</b>	<b>18,5</b>
<b>Harte Kernkapitalquote in %</b>	<b>14,6</b>	<b>15,7</b>

1) Position unter CRR nicht mehr relevant.

Mio. EUR	31.12.2014	31.12.2013
<b>Kernkapital (Tier I)</b>	<b>12 972</b>	<b>14 711</b>
Eingezahlte Kapitalinstrumente	3 484	3 484
Agio	8 240	8 240
Zusätzliches Kernkapital	957	2 274
Einbehaltene Gewinne, kumuliertes Ergebnis sowie Sonstige Rücklagen	882	748
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB <sup>1)</sup>	0	495
Abzugspositionen vom harten Kernkapital inklusive hälftiger Abzug § 10 Abs. 2a, 6, 6a KWG <sup>2)</sup>	0	- 530
Abzugspositionen vom harten Kernkapital gemäß CRR	- 591	0

1) HGB-Position für IFRS nicht mehr relevant.

2) Position unter CRR nicht mehr relevant.

#### Erläuterung der Veränderungen 2013 zu 2014.

Unter CRR sind sowohl für den Gesamtrisikobetrag als auch für die Eigenmittel IFRS-Buchwerte anstatt der bisherigen HGB-Buchwerte zu verwenden. Die oben gezeigten Werte per 31. Dezember 2013 sind entsprechend dem damals gültigen Recht gemäß SolvV ausgewiesen.

Nach Feststellung des Jahresabschlusses 2013 wurde 1 Mrd. EUR Stiller Einlagen an die Träger zurückgezahlt. Daneben führten auch die veränderten rechtlichen Vorgaben zu einer Verminderung des zusätzlichen Kernkapitals. Aufgrund der bis 2017 geltenden Übergangsbestimmungen können Abzugspositionen, die nach Ende der Übergangsphase in voller Höhe vom harten Kernkapital abzuziehen sind, teilweise vom zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden.

Der Anstieg im Ergänzungskapital resultiert im Wesentlichen aus der Neuemission von 500 Mio. EUR Nachrangverbindlichkeiten. Drittrangmittel können gemäß CRR nicht mehr angerechnet werden.

Der Anstieg des Gesamtrisikobetrags resultiert hauptsächlich aus der neuen Unterlegungspflicht für Risiken einer Anpassung der Kreditbewertung bei OTC-Derivaten. Weitere Effekte bei der Ermittlung der Unterlegungspflicht für risikogewichtete Forderungsbeträge sind u. a. die erhöhte Unterlegungspflicht bei Engagements gegenüber Unternehmen des Finanzsektors und die neue Unterlegungspflicht von Forderungen an zentrale Gegenparteien. Gegenläufig zu dieser Entwicklung war u. a. der Abbau der Verbriefungspositionen.

#### 77. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Seit dem 1. Januar 2015 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die LBBW einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

## Zusatzangaben nach § 315a HGB.

### 78. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

Der Anteil der assoziierten Unternehmen an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlösen und Periodenergebnissen wird in Note 39 dargestellt.

Die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Leasing GmbH, Mannheim, die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart, und die LBBW Service GmbH, Stuttgart, haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie § 285 Nr. 11 HGB zum Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB zum Abschlussstichtag. In der Auflistung des Anteilsbesitzes sind die Gesellschaften, für die eine Patronatserklärung abgegeben wurde, gekennzeichnet.

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
<b>I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen</b>						
<b>1. Tochterunternehmen</b>						
<b>a. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)</b>						
Alpha Real Estate (Luxembourg) S.à.r.l. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	- 27,78	- 9,25
ALVG Anlagenvermietung GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19 000,00	0,00
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	66,67		EUR	35 566,20	107,55
Bahnhofplatz Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	13 441,51	3 654,36
Bahnhofplatz Objektverwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	13,87	0,09
Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart AG <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	93,22		EUR	4 452,44	0,00
Bauwerk-Stuttgart GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	75,00		EUR	- 562,05	361,69
BETA REAL ESTATE (Luxembourg) S.à.r.l. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	- 0,24	- 2,42
BW Capital Markets Inc. <sup>3) 11)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		USD	3 144,34	2 656,28
BW-Immobilien GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	3 200,07	0,00
Centro Alemán de Industria y Comercio de México S. de R.L. de C.V. <sup>2) 11)</sup>	México, D. F., Mexiko	100,00		MXN	- 9 969,14	1 070,57
CFH Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	69 860,97	7 674,93
Château de Beggen Participations S.A. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	- 29,98	- 3,97
Dritte Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	701,91	1 507,84
Dritte LBBW US Real Estate GmbH <sup>11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	6 290,39	4 092,02
EAST Portfolio s.r.o. <sup>3a) 11)</sup>	Praha 1, Tschechien	100,00			k. A.	k. A.
Employrion Komplementär GmbH <sup>1) 11)</sup>	Weil	100,00		EUR	28,19	1,04
Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61-62 mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	94,84	94,90	EUR	- 3 528,95	62,75
Entwicklungsgesellschaft Umlandstraße 187 GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	94,90		EUR	- 2 856,87	- 14,04
Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH <sup>1) 11)</sup>	Weil	100,00		EUR	27,16	1,12
Erste Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	450,16	100,13
EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 19 863,60	- 4 647,13
EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	94,80		EUR	35,53	0,72
FLANTIR PROPERTIES LIMITED <sup>1) 11)</sup>	Nicosia, Zypern	100,00		RUB	- 16 896,72	- 6 724,89
FOM/LEG Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Heidelberg	50,00		EUR	- 12,00	- 23,75
Fünfte Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	634,23	335,07
Ganghofer Straße München GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
Ganghofer Straße München Komplementär GmbH <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft <sup>4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	3 942,99	0,00
German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore <sup>1) 11)</sup>	Singapore, Singapur	100,00		SGD	16 780,87	2 491,31
Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Haerder-Center Lübeck mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	94,00		EUR	- 24 591,74	- 1 364,80
Grunewaldstraße 61-62 GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	27,37	0,73
IMBW Capital & Consulting GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
Immobilienvermittlung BW GmbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 589,43	89,43
Industriehof Objektverwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	35,42	- 0,46
Industriehof-Aktiengesellschaft <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	93,63		EUR	23 281,64	0,00
IRP Immobilien-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Mainz	51,41		EUR	16,41	- 169,72
John Deere Leasing GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	578,97	210,97
Kiesel Finance Management GmbH <sup>1) 11)</sup>	Baienfurt	90,00		EUR	31,61	2,11
Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Mainz	51,40		EUR	783,43	- 158,07
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc <sup>3) 11)</sup>	London, Großbritannien	100,00		EUR	5 710,00	122,00
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH <sup>3) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	34 226,58	14 478,16
LBBW Dublin Management GmbH <sup>3) 4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	20 845,91	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt am Pariser Platz Stuttgart <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	76 449,33	- 9 471,95
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. OHG Objekt Am Hauptbahnhof Stuttgart <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 118 546,32	- 314,46
LBBW Immobilien Asset Management GmbH <sup>1) 4a)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
LBBW Immobilien Capital Fischertor GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	München	93,98	94,00	EUR	- 5 300,15	- 132,31
LBBW Immobilien Capital GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 2 859,63	- 15,10
LBBW Immobilien Development GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	94,90		EUR	15 783,69	0,00
LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	29 320,40	1 041,49
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	81,62		EUR	2 016,51	0,00
LBBW Immobilien Luxembourg S. A. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	- 75 942,54	- 83,75
LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	94,90		EUR	3 303,97	0,00
LBBW Immobilien Management GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	425 694,37	0,00
LBBW Immobilien M_Eins Berlin GmbH <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
LBBW Immobilien Romania S.R.L. <sup>1) 11)</sup>	Bukarest, Rumänien	100,00		RON	- 26 364,23	- 2 592,82
LBBW Immobilien Süd GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 42 798,97	1 819,24
LBBW Immobilien Versicherungsvermittlung GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Immobilien-Holding GmbH <sup>4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	439 050,54	0,00
LBBW Leasing GmbH <sup>4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	266 088,54	0,00
LBBW México, S.A. de C.V., SOFOM, E.N.R. <sup>2) 11)</sup>	México, Mexiko	100,00		MXN	3 690,64	769,10
LBBW Service GmbH <sup>4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	224,67	0,00
LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH <sup>4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	101 871,73	0,00
LBBW US Real Estate Investment LLC <sup>5)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		USD	40 191,23	11,01
LBBW Venture Capital Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25 302,79	- 3 374,33
LEG Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	26,33	1,66
LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	5 400,75	396,21
LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	28,27	0,56
LOOP GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 58,75	- 2,84
LRP Capital GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	16 993,79	2 993,79
Mannheim O 4 Projektgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 3b) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 264,15	- 100,64
MANUKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	57,57	0,65
MKB Mittelrheinische Bank Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>11)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	47 469,74	6 704,27
MKB Versicherungsdienst GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	27,05	0,00
MMV Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>1) 4a) 11)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	21 000,00	0,00
MMV-Mobilien Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
Nagatino Property S.à.r.l. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	- 27 630,67	275,97
Nymphenburger Straße München GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
Nymphenburger Straße München Komplementär GmbH <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
Parc Helfent Participations S.A. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	969,16	- 7,36
Projekt 20 Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	München	100,00		EUR	34,41	1,30
Projektgesellschaft Bockenheimer Landstraße 33-35 GmbH & Co. KG i. L. <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	94,00	50,00	EUR	251,88	- 8,15
Rebstockpark 7.1 Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 84,69	- 81,54
Rheinpromenade Mainz GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 2,73	- 3,73
Schlossgartenbau Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	18 548,97	6 722,46
Schlossgartenbau Objektverwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	11,80	0,09
Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	92,68		EUR	6 592,42	0,00
Schockenried GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 5 035,43	- 884,48
Schockenriedverwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	94,80		EUR	26,23	0,45
SG Management GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	9 137,78	- 144,17
SCB - Hotel GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 1 429,37	- 82,61
SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 180,63	141,31
SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	5 370,98	196,41
Süd Beteiligungen GmbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	235 503,14	5 506,01
Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	47 269,96	- 838,70
SüdFactoring GmbH <sup>3) 4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	70 000,00	0,00
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	88 981,87	0,00

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
SüdLeasing GmbH <sup>2) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	32 085,00	0,00
Turtle Beteiligungs-Ehningen II GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	100,00		EUR	26,91	0,43
Turtle Beteiligungs-Hannover-City GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	100,00		EUR	6,04	- 1,59
Turtle Beteiligungs-Portfolio GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	100,00		EUR	12,50	- 2,66
Turtle Ehningen II GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 51,53	- 5,51
Turtle Portfolio GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 48 562,69	- 5 045,04
Turtle 1. Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	100,00		EUR	40,51	- 3,46
Uhlandstraße 187 GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	26,86	0,80
Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße GmbH & Co. KG <sup>1) 3b) 11)</sup>	Stuttgart	99,00		EUR	3,39	35 237,02
Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19,69	- 0,70
Vierte Industriefabrik Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 176,78	848,76
VVS II GmbH & Co. KG <sup>1) 3b) 11)</sup>	Stuttgart	99,00		EUR	- 289,65	3 813,92
VVS II Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	17,01	- 0,63
VVS III GmbH & Co. KG <sup>1) 3b) 11)</sup>	Stuttgart	99,00		EUR	9,42	6 348,56
VVS III Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	13,63	- 3,47
Zorilla Mobilien-Leasing GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	59,61	- 3,21
Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	24,32	1,75
Zweite Industriefabrik Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19 825,72	4 697,76
Zweite LBBW US Real Estate GmbH <sup>11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	53 675,29	2 129,70
<b>b. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)</b>						
aiP Gärtnerplatz GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	- 3 095,65	13 028,80
aiP Isarauen GmbH & Co. KG <sup>1) 3b) 11)</sup>	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	10,00	1 994,63
BW Bank Capital Funding LLC I <sup>1) 3) 11)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		EUR	50 004,00	1 807,58
BW Bank Capital Funding Trust I <sup>1) 20)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
Employrion Immobilien GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Weil	35,00	50,00	EUR	53,16	0,00
Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Weil	40,00	50,00	EUR	- 11,57	17 221,20
FOM/LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Heidelberg	50,00		EUR	- 8 803,46	- 104,67
Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeliner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Berlin	39,94	50,00	EUR	- 8 766,36	- 208,78
Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A <sup>8) 18)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	45 979,85	2 245,19
Kyma Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lohr's Carré KG <sup>1) 20)</sup>	Haar			EUR	- 1 305,55	4 603,01
Spencerview Asset Management Ltd. <sup>1) 20)</sup>	Dublin 2, Irland			EUR	1,95	0,63
Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	50,00	EUR	- 99,55	- 9,21
Weinberg Capital Ltd. <sup>1) 20)</sup>	Dublin 2, Irland			EUR	32,29	- 92,00
Weinberg Funding Ltd. <sup>1) 20)</sup>	St. Helier, Jersey			EUR	3,99	0,25
<b>2. Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden</b>						
Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG <sup>1)</sup>	Pullach i. Isartal	99,04	50,00	EUR	5 254,76	2 245,76
ARGE ParkQuartier Berg <sup>1) 9)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	- 735,50	- 1 210,85
Bad Kreuzbacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG) <sup>1) 11)</sup>	Bad Kreuznach	50,00		EUR	- 48,23	- 24,61
LHI Leasing GmbH <sup>1) 11)</sup>	Pullach i. Isartal	51,00		EUR	50 339,47	6 589,44
OVG MK6 GmbH <sup>1) 3b) 11)</sup>	Berlin	50,00		EUR	3,87	- 21,13
Parcul Banatului SRL <sup>1) 11)</sup>	Bukarest, Rumänien	50,00		EUR	- 23 135,38	- 5 306,15
SGB - Hotel - Verwaltung GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	18,45	5,88
TCD LEG/FOM GbR <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	190,09	0,29
<b>3. Assoziierte Unternehmen, die at Equity bewertet werden</b>						
Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Weil	40,00	50,00	EUR	- 58,90	- 113,44
Bauland Kruft Süd GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mainz	51,00		EUR	- 522,27	- 20,30
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft <sup>1) 11) 19)</sup>	Stuttgart	55,00		EUR	283 670,59	39 123,26
EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Heidelberg	33,33		EUR	1 198,41	395,94
EGH Projektgesellschaft Heidelberg GmbH <sup>1) 11) 20)</sup>	Heidelberg	0,00		EUR	37,03	3,31
Vorarlberger Landes- und Hypothekbank AG <sup>1) 11)</sup>	Bregenz, Österreich	23,97		EUR	787 132,62	59 872,53

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
<b>II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung</b>						
<b>I. Tochterunternehmen</b>						
<b>a. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)</b>						
aiP Gärtnerplatz Verwaltungs GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Oberhaching	100,00		EUR	20,50	- 1,31
aiP Hirschgarten 1 Verwaltungs GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Oberhaching	100,00		EUR	28,87	0,11
aiP Isarauen Verwaltungs GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Oberhaching	100,00		EUR	24,89	0,50
B. & C. Leasing GmbH & Co. KG <sup>(1) (11) (20)</sup>	Mannheim	0,00	75,00	EUR	1 631,22	- 106,31
Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>(11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	925,85	113,20
Britta Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>(1) (4a) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	25,56	0,00
BW Leasing GmbH & Co. KG i.L. <sup>(1) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	94,81	- 18,09
CARGO SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG <sup>(1) (11) (20)</sup>	Mannheim	0,00	75,00	EUR	475,56	36,54
cellent AG <sup>(1) (14)</sup>	Wien, Österreich	100,00		EUR	4 232,92	274,53
cellent AG <sup>(11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	13 235,32	147,73
Cellent Finance Solutions GmbH <sup>(11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 829,48	831,04
cellent Mittelstandsberatung GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Böblingen	100,00		EUR	2 048,67	229,98
DBW Advanced Fiber Technologies GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Bovenden	100,00		EUR	30 696,73	3 374,55
DBW Automotive Components Shanghai Co., Ltd. <sup>(1) (11)</sup>	Shanghai, China	80,00		CNY	1 116,59	314,09
DBW Fiber Corporation <sup>(1) (11)</sup>	Summerville, USA	100,00		USD	1 372,25	- 371,95
DBW Holding GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Bovenden	99,16	94,64	EUR	22 055,52	- 5,59
DBW Hungary KFT <sup>(1) (11)</sup>	Tapolca, Ungarn	100,00		EUR	3 321,41	1 921,06
DBW Ibérica Industria Automoción, S.A. <sup>(1) (11)</sup>	Vall d'Uxo Castellón, Spanien	100,00		EUR	1 125,45	440,89
DBW Japan Ltd. <sup>(1) (11)</sup>	Tokyo, Japan	100,00		JPY	- 158,56	- 69,09
DBW Kaliningrad O.O.O. <sup>(1) (11)</sup>	Kaliningrad, Russland	99,00		RUB	- 116,46	- 85,22
DBW Metallverarbeitung GmbH <sup>(1) (4a) (11)</sup>	Ueckermünde	100,00		EUR	1 233,88	0,00
DBW Polska Sp.z. o.o. <sup>(1) (11)</sup>	Cigacice, Polen	100,00		PLN	3 239,42	1 404,88
DBW-Fiber-Neuhaus GmbH <sup>(1) (4a) (11)</sup>	Neuhaus am Rennweg	100,00		EUR	3 000,00	0,00
Euro Leasing AG <sup>(1) (11)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	148,00	- 6,60
Finclusive Alfmeier Leasing Services GmbH & Co. KG i.L. <sup>(1) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	68,70	1,57
FIRKO Betreuungs GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	520,13	35,86
FIRKO Betreuungs GmbH & Co. Windpark Zaulsdorf KG <sup>(11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	167,32	36,76
Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>(1) (4a) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	525,81	0,00
Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG <sup>(11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	2 084,67	- 248,83
FRONTWORX Informationstechnologie AG <sup>(1) (11)</sup>	Wien, Österreich	100,00		EUR	597,44	522,02
German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. <sup>(11)</sup>	Beijing, China	100,00		CNY	2 885,00	565,75
Gmeinder Lokomotivenfabrik GmbH i.L. <sup>(1) (7)</sup>	Mosbach	90,00		EUR	306,00	- 641,00
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 41, Leinfelden/Echterdingen <sup>(1) (11)</sup>	Stuttgart	59,43		EUR	23 784,01	- 1 160,80
Haerder-Center Lübeck Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>(1) (11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	29,72	- 0,79
Heurika Mobilien-Leasing GmbH <sup>(1) (3b) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 158,25	- 307,28
HÜCO Circuit Technology GmbH i.L. <sup>(1) (7)</sup>	Espelkamp	90,00		EUR	1 134,41	12,92
Hüco electronic GmbH i.L. <sup>(1) (4a) (6)</sup>	Espelkamp	90,00		EUR	3 333,39	0,00
Ina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. <sup>(1) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	6,54	0,00
Iris Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. <sup>(1) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	6,59	0,00
Karin Mobilien-Leasing GmbH i.L. <sup>(1) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	884,31	0,00
KB Projekt GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Mainz	100,00		EUR	- 49,36	- 51,14
Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>(1) (11)</sup>	Berlin	100,00		EUR	20,11	1,62
KURIMA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG <sup>(1) (11) (20)</sup>	Stuttgart	1,00	84,00	EUR	- 2,81	- 0,91
LA electronic Holding GmbH <sup>(1) (11)</sup>	Espelkamp	100,00		EUR	- 14 083,58	- 923,76
Laurus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>(1) (11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	1 604,96	- 16,66
LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG i.L. <sup>(11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 687,23	- 48,11
LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH i.L. <sup>(11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	20,38	3,67
LBBW Gastro Event GmbH <sup>(4) (11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>(4) (11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,99	0,00
LBBW GVZ Entwicklungsgesellschaft Leipzig mbH <sup>(11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	2 795,15	272,33

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
LBBW Pensionsmanagement GmbH <sup>4) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW REPRESENTAÇÃO LTDA. <sup>2) 11)</sup>	Itaim-Bibi / Sao Paulo, Brasilien	100,00		BRL	152,66	27,84
LBBW (Schweiz) AG <sup>11)</sup>	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	1 382,52	- 773,08
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	32,85	- 5,01
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. Parking KG <sup>11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	257,36	- 112,26
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. REKIM KG <sup>11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	8 727,98	224,67
LEG Osiris 4 GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	33,73	- 0,85
LEG Osiris 5 GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	18,46	- 0,76
LEG Verwaltungsgesellschaft 4 mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	28,50	0,07
LG Grundstücksanlagen-Gesellschaft mbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	22,57	- 3,11
LGZ-Anlagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>4) 11)</sup>	Mainz	100,00		EUR	110,00	0,00
L-Immobilien GmbH <sup>4) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	180,95	0,00
LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG <sup>11)</sup>	Erfurt	99,77	24,00	EUR	- 11 465,02	974,99
LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG <sup>11)</sup>	Erfurt	100,00	15,00	EUR	- 6 084,56	422,69
LLC German Centre for Industry and Trade <sup>11)</sup>	Moscow, Russland	100,00		RUB	1 308,77	128,97
LUTEA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Flöha KG <sup>11)</sup>	Berlin	100,00	15,00	EUR	- 4 639,78	628,81
Mannheim O4 Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	27,57	0,41
MDL Mitteldeutsche Leasing GmbH i.L. <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	- 21 344,04	- 268,81
MLP Leasing GmbH & Co. KG i. L. <sup>1) 11) 20)</sup>	Mannheim	0,00	100,00	EUR	- 14,84	4,89
MLP Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	66,32	- 51,26
MLS GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	9,44	5,94
MMV-Mittelrheinische Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>1) 4a) 11)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	4 818,04	- 150,47
Radon Verwaltungs-GmbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19 684,70	- 405,45
Rebstockpark 7.1 Komplementär GmbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00			k. A.	k. A.
Remseck Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH in Stuttgart <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	26,00	0,00
Rheinpromenade Mainz Komplementär GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	24,44	- 0,56
Rhin-Neckar S.A. <sup>11)</sup>	Munsbach, Luxemburg	100,00		EUR	171,22	- 21,22
Sachsen LB FIRKO Betreuungs GmbH & Co. Windpark Reichenbach KG <sup>2) 11)</sup>	Leipzig	96,54	97,24	EUR	1 735,05	539,72
Sachsen V.C. GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	75,19		EUR	1 368,44	- 285,01
Sachsen V.C. Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	13,98	- 1,98
SachsenFonds International Equity Holding I GmbH <sup>1) 11)</sup>	Aschheim-Dornach	100,00		EUR	3 633,08	684,25
SachsenFonds International Equity I GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	96,15		EUR	7 673,14	547,71
SBF Sächsische Beteiligungsfonds GmbH <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	293,46	- 11,21
Schmidt W & K Leasing GmbH & Co. KG i. L. <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 37,29	0,00
SDD Holding GmbH <sup>1) 9)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	- 3 212,07	- 14,79
SDT- Stanz und Dämmtechnik GmbH <sup>1) 4a) 7)</sup>	Berga	100,00		EUR	138,40	0,00
SKH Beteiligungs Holding GmbH <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 331,84	- 160,32
SL Bayern Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	1 026,35	11,84
SL Bremen Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	750,72	276,14
SL BW Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	607,73	19,69
SL Düsseldorf Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	574,64	6,42
SL FINANCIAL MEXICO, S.A. DE C.V., SOFOM, E. N. R. <sup>1) 11)</sup>	Col. Lomas de Santa Fe, Mexiko	100,00		MXN	395,01	44,86
SL Financial Services Corporation <sup>1) 11)</sup>	Norwalk, USA	100,00		USD	1 170,52	608,20
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Hafis KG <sup>1) 11) 20)</sup>	Mannheim	0,00	51,00	EUR	2 021,46	- 4,98
SL Nordlease GmbH & Co. KG <sup>1) 11) 20)</sup>	Mannheim	0,00	60,00	EUR	- 2 195,19	303,94
SL Operating Services GmbH i. L. <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	80,41	0,00
SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	512,35	- 2,52
SL Schleswig-Holstein Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	122,70	- 3,71
SL Ventus GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	148,88	302,32

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
SLKS GmbH & Co. KG <sup>1)11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	3 580,25	810,92
Städtische Pfandleihanstalt Stuttgart Aktiengesellschaft <sup>11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	6 878,79	468,08
Steelcase Leasing GmbH & Co. KG <sup>1)11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	235,33	- 6,15
Stuttgarter Aufbau Bau- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH <sup>4)11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	153,39	0,00
Süd Mobilen-Leasing GmbH <sup>1)4a)11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	28,28	0,00
Süddeutsche Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>1)4a)11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	511,29	0,00
SüdImmobilien GmbH <sup>4)11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	2 574,87	0,00
SüdLeasing d.o.o. Zagreb i. L. <sup>1)11)</sup>	Zagreb, Kroatien	100,00		HRK	- 88,12	166,73
SüdLeasing Finance-Holding GmbH <sup>1)11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	180,06	- 9,30
SüdLeasing Kft. <sup>1)11)</sup>	Szekszard, Ungarn	100,00		HUF	371,26	- 13,74
SüdLeasing s.r.o. (Prag) <sup>1)11)</sup>	Prag 1, Tschechien	100,00		CZK	744,28	- 152,50
SüdLeasing Suisse AG <sup>1)</sup>	Unterengstringen, Schweiz	100,00		CHF	7 692,36	70,87
SÜDRENTING ESPANA, S.A. <sup>1)11)</sup>	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	18 485,19	- 838,88
SuedLeasing Romania IFN S.A. i. L. <sup>1)11)</sup>	Bucuresti, Rumänien	100,00		RON	819,42	- 14,44
Technologiegründerfonds Sachsen Verwaltung GmbH <sup>1)11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	25,12	2,81
Thömen Leasing GmbH & Co. KG i. L. 1) 11) 20)	Mannheim	0,00	75,00	EUR	1 076,34	- 4,68
Viola Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Verpachtung KG <sup>11)</sup>	Pullach	99,41	50,00	EUR	4 090,79	722,49
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Verwaltung GmbH <sup>1)11)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	32,58	2,55
WM Mobilen-Leasing GmbH & Co. KG <sup>1)11)20)</sup>	Mannheim	0,00	75,00	EUR	800,79	868,86
Yankee Properties II LLC <sup>20)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	0,00	100,00		k. A.	k. A.
Yankee Properties LLC <sup>11)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		USD	1 251,37	14,86
YOZMA III GmbH & Co. KG <sup>1)11)</sup>	München	77,14		USD	0,00	- 99,96
Zenon Mobilen-Leasing GmbH <sup>1)11)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	441,26	42,41
Zweite Karl-Scharnagl-Ring Immobilien Verwaltung GmbH <sup>1)11)</sup>	München	100,00		EUR	34,72	1,51
<b>b. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen) <sup>22)</sup></b>						
Georges Quay Funding I Limited <sup>1)1)20)</sup>	Dublin 1, Irland			EUR	9,63	0,01
HG ABS Fund plc <sup>13)20)</sup>	Dublin 1, Irland	100,00	0,00	EUR	0,00	49 608,78
Hirschgarten GÜ GmbH & Co. KG <sup>1)11)</sup>	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	131,24	- 11,20
Kopal Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré OHG <sup>11)</sup>	Mainz	94,00	24,00	EUR	- 10 952,17	802,11
LAAM-Fonds I (LAAM Subtrust I) <sup>1)1)20)</sup>	George Town, Kaimaninseln	100,00	0,00	EUR	77 458,92	- 7 339,47
LAAM-Fonds II <sup>1)1)20)</sup>	George Town, Kaimaninseln	100,00	0,00	EUR	81 725,05	- 5 577,01
LAAM-Fonds XI <sup>1)1)20)</sup>	George Town, Kaimaninseln	100,00	0,00	EUR	48 745,58	1 518,83
LBBW Covered Bonds Euro Offensiv <sup>12)</sup>	Stuttgart	24,01	0,00	EUR	29 246,74	673,84
LBBW Covered Bonds Euro Select <sup>12)</sup>	Stuttgart	100,00	0,00	EUR	20 244,65	463,80
LBBW Devisen I	Stuttgart	61,81	0,00		k. A.	k. A.
MALC Fin Fifteen Limited <sup>7)20)</sup>	Nassau, Bahamas			USD	- 12 296,81	- 7 365,45
MALC Lease Fifteen Limited <sup>1)</sup>	Nassau, Bahamas	100,00			k. A.	k. A.
M-Korb Funding No.1 Ltd. <sup>1)1)20)</sup>	Dublin 2, Irland			EUR	- 7 911,22	859,39
Palmsche Park GbR Esslingen <sup>1)11)</sup>	Stuttgart	94,07	50,00	EUR	- 851,93	- 851,93
Platino S.A. <sup>1)1)20)</sup>	Luxembourg, Luxemburg			EUR	- 15,34	- 65,31
Weinberg Capital LLC <sup>20)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA				k. A.	k. A.
<b>2. Gemeinschaftsunternehmen, die nicht at Equity bewertet werden</b>						
Aaron Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1)9)</sup>	Oberursel	50,00		EUR	- 2 064,22	- 12,57
addfinity testa GmbH <sup>1)1)20)</sup>	Hartha	11,78		EUR	3 362,94	843,11
Bietigheimer Wohnungsverprivatisierungsgesellschaft mbH <sup>11)</sup>	Bietigheim-Bissingen	50,00		EUR	13 823,78	1 854,71
Dresden Fonds GmbH <sup>1)11)</sup>	Dresden	50,05		EUR	2 016,89	4 421,06
Egerland Lease GmbH & Co. KG <sup>1)1)20)</sup>	Mannheim	0,00	50,00	EUR	2 139,86	1 300,03
German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH <sup>1)11)</sup>	München	50,00		EUR	904,43	- 596,93
LBBW Immobilien Verwaltung GmbH <sup>1)11)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	45,57	4,86
Residenzpost Planen + Bauen GmbH & Co. KG <sup>1)11)</sup>	München	50,00		EUR	- 6,83	- 2,80
SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG <sup>1)11)</sup>	Tübingen	75,02		EUR	4 511,20	0,71
SHS Venture Capital GmbH & Co. KG <sup>1)11)</sup>	Tübingen	95,45		EUR	883,00	- 65,00

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
<b>3. Assoziierte Unternehmen, die nicht at Equity bewertet werden</b>						
B+S Card Service GmbH <sup>(6)</sup>	Frankfurt am Main	25,10		EUR	19 249,39	2 738,49
Bubbles and Beyond GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Leipzig	26,00		EUR	2 304,00	- 686,00
Cäcilienpark am Neckar GbR <sup>(1)(11)</sup>	Heilbronn	33,33		EUR	668,77	68,88
CheckMobile GmbH - The Process Solution Company <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	41,13		EUR	- 852,80	- 70,95
Cortex Biophysik GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Leipzig	47,70		EUR	- 513,76	118,99
Doughty Hanson & Co. Funds III Partnership No.15 <sup>(1)(11)</sup>	London, Großbritannien	21,74		USD	16 612,55	- 12,92
DUO PLAST Holding GmbH <sup>(1)(4a)(11)</sup>	Lauterbach	47,43		EUR	- 22,91	- 48,03
FEAG GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Forchheim	20,00		EUR	6 767,63	- 520,31
Global Teleport GmbH i.l. <sup>(1)(9)</sup>	Leipzig	21,42		EUR	- 2 274,93	k. A.
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 33, Leinfelden-Echterdingen/Stuttgart-Möhringen <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	24,74		EUR	51 138,31	- 1 379,04
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 34, Wolfstor 2, Esslingen <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	28,38		EUR	10 119,87	390,65
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 36, Stuttgart/Leinfelden-Echterdingen <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	26,31		EUR	32 369,68	- 189,72
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 38, Stuttgart-Filderstadt <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	22,83		EUR	27 363,83	- 295,59
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 39, Stuttgart-Fellbach <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	40,94		EUR	26 829,72	- 400,40
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 40, Ludwigsburg »Am Schloßpark« <sup>(1)(11)</sup>	Stuttgart	43,98		EUR	26 554,98	244,19
HAP Holding GmbH <sup>(1)</sup>	Dresden	50,00			k. A.	k. A.
INULA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG <sup>(11)</sup>	Grünwald	80,00	18,25	EUR	- 31 100,36	3 212,04
Kiesel Finance GmbH & Co. KG <sup>(1)(11)(20)</sup>	Baienfurt	0,00	75,00	EUR	871,87	518,95
Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH <sup>(11)</sup>	Stuttgart	20,00		EUR	1 022,58	0,00
M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG <sup>(1)(11)</sup>	Leipzig	49,75		EUR	19 524,84	- 2 651,44
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH <sup>(11)</sup>	Dresden	25,27		EUR	37 489,57	1 926,39
MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG <sup>(11)</sup>	Düsseldorf	94,00	49,00	EUR	- 1 178,15	426,67
Piller Entgrattechnik GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Ditzingen	35,00		EUR	5 228,20	1 620,69
Prime 2006- 1 Funding L.P. <sup>(10)(21)</sup>	St. Helier, Jersey	47,50		EUR	0,00	9 145,68
Rhenus Mobilien GmbH & Co. KG <sup>(1)(11)(20)</sup>	Holzwickede	0,00	51,00	EUR	2 150,00	1 916,02
Rhenus Mobilien II GmbH & Co. KG <sup>(1)(11)(20)</sup>	Holzwickede	0,00	51,00	EUR	2 440,79	2 155,76
RESprotect GmbH <sup>(1)(9)</sup>	Dresden	32,80		EUR	- 1 307,98	- 125,33
Rhein-Neckar Wohnwerte Beteiligungs- Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) <sup>(1)(11)</sup>	Heidelberg	33,33		EUR	- 1,78	- 0,71
Rhein-Neckar Wohnwerte Projekt-Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) & Co. KG <sup>(1)(11)</sup>	Heidelberg	33,33		EUR	- 811,73	- 144,09
Ritterwand Metall-Systembau Beteiligungs GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Nufringen	49,97		EUR	8 022,89	1 056,37
SachsenFonds Immobilien GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	55,03	- 3,00
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau <sup>(11)</sup>	Stuttgart	25,00		EUR	210 181,48	9 840,02
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG <sup>(1)(11)(20)</sup>	Mannheim	0,00	80,00	EUR	35 878,29	2 649,57
SLB Leasing-Fonds GmbH & Co. Portos KG i. L. <sup>(1)(11)</sup>	Pöcking	35,12		EUR	331,50	- 14,70
SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG <sup>(1)(11)(20)</sup>	Stuttgart	0,00	75,00	EUR	- 557,72	- 196,05
SLP Mobilien-Leasing GmbH & Co. OHG <sup>(1)(11)(20)</sup>	Mannheim	0,00	75,00	EUR	345,93	75,86
Stollmann Entwicklungs- und Vertriebs GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Hamburg-Bahrenfeld	29,00		EUR	1 028,46	- 786,82
svt Holding GmbH <sup>(1)(11)</sup>	Seevetal	25,00	27,78	EUR	11 415,25	1 608,73
TC Objekt Bonn Beteiligungs-GmbH <sup>(1)(7)</sup>	Soest	25,00		EUR	22,75	- 2,25
TC Objekt Darmstadt Beteiligungs-GmbH <sup>(1)(7)</sup>	Soest	25,00		EUR	22,87	- 2,13
TC Objekt Münster Nord Beteiligungs-GmbH <sup>(1)(7)</sup>	Soest	25,00		EUR	22,63	- 2,37
TC Objekt Münster Süd Beteiligungs-GmbH <sup>(1)(7)</sup>	Soest	25,00		EUR	22,55	- 2,45
Technologiegründerfonds Sachsen Holding GmbH & Co. KG <sup>(1)(11)(20)(21)</sup>	Leipzig	0,00	100,00	EUR	0,00	0,00
Technologiegründerfonds Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG <sup>(1)(11)</sup>	Leipzig	25,00		EUR	2,05	- 0,19

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigen- kapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
Technologiegründerfonds Sachsen Management GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	25,00		EUR	4,00	723,75
Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG <sup>1) 11) 20)</sup>	Leipzig	3,34		EUR	4 151,76	- 3 605,74
Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG <sup>1) 11) 20)</sup>	Leipzig	10,83		EUR	12 839,26	- 1 524,27
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	27,55		EUR	34 869,21	427,98
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	25,00		EUR	0,95	- 0,19
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Management GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	25,00		EUR	4,00	1 522,75
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Plus GmbH & Co. KG <sup>1) 11) 20)</sup>	Leipzig	12,72	13,72	EUR	3 047,25	- 2 046,90
Wolff & Müller Wohnbau GmbH & Co. Objekt Fürth KG <sup>11) 20)</sup>	Pullach i. Isartal	5,00	25,00	EUR	- 1 353,10	120,50
yourTime Solutions GmbH i. L. <sup>1) 11)</sup>	Potsdam	20,11		EUR	0,00	- 1 317,00
<b>III. Beteiligungen mit einem Anteil am Kapital von 20 % und mehr</b>						
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH <sup>11)</sup>	Dresden	27,96	18,44	EUR	34 271,91	1 440,31
Candover 2001 GmbH & Co. KG i. L. <sup>1) 15)</sup>	Frankfurt am Main	25,64		EUR	680,97	2 062,14
GLB GmbH & Co. OHG <sup>11)</sup>	Frankfurt am Main	30,05		EUR	4 857,38	- 293,97
GLB-Verwaltungs-GmbH <sup>11)</sup>	Frankfurt am Main	30,00		EUR	44,85	2,73
Helmut Fischer GmbH i. L. <sup>1)</sup>	Talheim	48,35	0,00		k. A.	k. A.
Humboldt Multi Invest B S.C.A., SICAV-FIS <sup>2) 17)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	99,99		EUR	6 928,35	- 165,43
Korin Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Projekt 19 KG i. L. <sup>1) 11)</sup>	Grünwald	80,00	19,00	EUR	145,05	- 16,95
Paramount Group Real Estate Fund II, L.P. <sup>1) 11)</sup>	Wilmington, New Castle County, USA	29,13	28,29	USD	115 969,85	4 307,96
<b>IV. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mindestens 5 %</b>						
Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>11)</sup>	Stuttgart	8,11		EUR	122 293,52	12 331,69
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG <sup>11)</sup>	Düsseldorf	18,66		EUR	1 293 196,50	175 269,23
Imagelinx plc <sup>1) 7)</sup>	Kirkby-in-Ashfield, Großbritannien	7,46		GBP	9 733,32	- 528,23
VITA 34 AG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	6,65		EUR	10 099,52	1 422,86

- 1) Mittelbar gehalten.
- 2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
- 3) Es besteht eine Patronatserklärung.
- 3a) Es besteht eine Patronatserklärung, solange die LBBW 100 % der Anteile hält.
- 3b) Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatserklärung.
- 4) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.
- 4a) Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
- 5) Es liegen Daten nur zum 31.12.2013 nach IFRS vor.
- 6) Es liegen Daten nur zum 31.12.2010 vor.
- 7) Es liegen Daten nur zum 31.12.2011 vor.
- 8) Es liegen Daten nur zum 31.07.2012 vor.
- 9) Es liegen Daten nur zum 31.12.2012 vor.
- 10) Es liegen Daten nur zum 30.09.2013 vor.
- 11) Es liegen Daten nur zum 31.12.2013 vor.
- 12) Es liegen Daten nur zum 28.02.2014 vor.
- 13) Es liegen Daten nur zum 31.03.2014 vor.
- 14) Es liegen Daten nur zum 30.04.2014 vor.
- 15) Es liegen Daten nur zum 13.06.2014 vor.
- 16) Es liegen Daten nur zum 30.09.2014 vor.
- 17) Es liegen Daten nur zum 31.07.2014 vor.
- 18) Es liegen Daten nur zum 31.07.2013 vor.
- 19) Der Kapital- und Stimmanteil ist aufgrund des UBG Status auf 40 % beschränkt.
- 20) Kein Anteilsbesitz im Sinne von § 285 Nr. 11 HGB.
- 21) Ist gleichzeitig eine Strukturierte Einheit nach IFRS 12.
- 22) Aufgrund des Bankgeheimnisses wird auf die Angabe von drei Gesellschaften verzichtet.

**79. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**

Die Mitarbeiterzahl setzt sich im Durchschnitt wie folgt zusammen:

	2014			2013		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	5 065	3 465	8 530	5 205	3 618	8 823
Teilzeit	203	2 451	2 654	209	2 408	2 617
Auszubildende <sup>1)</sup>	263	193	456	274	192	466
<b>Insgesamt</b>	<b>5 531</b>	<b>6 109</b>	<b>11 640</b>	<b>5 688</b>	<b>6 218</b>	<b>11 906</b>

1) Inklusiv DH-Studenten.

**80. Organe und deren Mandate.**

Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

**Vorstand.**

Vorsitzender.

**HANS-JÖRG VETTER**

Stv. Vorsitzender.

**MICHAEL HORN**

Mitglieder.

**KARL MANFRED LOCHNER**

**INGO MANDT**

**DR. MARTIN SETZER**

ab 1. Januar 2014

**ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-  
GLEICHEN**

ab 1. Oktober 2014

**VOLKER WIRTH**

ab 1. Januar 2014

**Aufsichtsrat.**

Vorsitzender.

**HANS WAGENER**

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

**DR. NILS SCHMID MDL**

Stv. Ministerpräsident,  
Minister für Finanzen und Wirtschaft  
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

**HANS BAUER**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**CARSTEN CLAUS**

Vorsitzender des Vorstands  
der Kreissparkasse Böblingen

**HARALD COBLENZ**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**WOLFGANG DIETZ**

Oberbürgermeister der Stadt  
Weil am Rhein

**WALTER FRÖSCHLE**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**HELMUT HIMMELSBACH**

Oberbürgermeister a. D.

**PROF. DR. SC. TECHN.**

**DIETER HUNDT**

bis 9. Mai 2014

Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Allgaier Werke GmbH

**JENS JUNGBAUER**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**BETTINA KIES-HARTMANN**

Beschäftigtenvertreterin der Landesbank  
Baden-Württemberg

**FRITZ KUHN**

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt  
Stuttgart

**KLAUS-PETER MURAWSKI**

Staatssekretär im Staatsministerium  
Baden-Württemberg und Chef der  
Staatskanzlei

**GÜNTHER NOLLERT**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

**DR. FRITZ OESTERLE**

Rechtsanwalt, Büro Oesterle

**MARTIN PETERS**

Geschäftsführender Gesellschafter der  
Unternehmensgruppe Eberspächer

**NORBERT H. QUACK**

Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack  
Gutterer & Partner

**CLAUS SCHMIEDEL MDL**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg

**PETER SCHNEIDER**

Präsident des Sparkassenverbandes  
Baden-Württemberg

**DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM**

Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

**DR. JUTTA STUIBLE-TREDER**

ab 9. Mai 2014

Gesellschafter-Geschäftsführerin der  
EversheimStuible Treuberater GmbH

**NORBERT ZIPF**

Beschäftigtenvertreter der Landesbank  
Baden-Württemberg

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Gremien setzten sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	Vorstand		Aufsichtsrat	
	2014	2013	2014	2013
<b>Bezüge</b>				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	6,1	4,9	1,0	1,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	14,2	9,8	0,0	0,0
<b>Bezüge früherer Mitglieder und deren Hinterbliebener</b>				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	11,4	11,1	0,0	0,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	159,6	145,8	0,0	0,0

Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich zum 31. Dezember 2014 auf 2 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR), die im Wesentlichen auf den Aufsichtsrat entfallen. Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden in 2014 nicht gewährt (Vorjahr: 2 Tsd. EUR).

Darüber hinaus besteht wie auch im Vorjahr eine Bürgschaft für ein Aufsichtsratsmitglied in Höhe von 800 Tsd. EUR. Weiterhin besteht eine Avalverpflichtung an ein Vorstandsmitglied in Höhe von 13 Tsd. EUR.

Die Kredite wurden mit einem Zinssatz zwischen 2,06% und 10,61% ausgereicht und haben eine vertragliche Restlaufzeit von wenigen Monaten bis hin zu 32 Jahren. Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

**Mandate.**

Im Folgenden werden die von gesetzlichen Vertretern der LBBW und AidA<sup>1)</sup> Vorständen wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten sowie die von Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten aufgeführt.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsratsmitglied	Joachim Landgraf Elvira Bergmann
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
Bietigheimer Wohnbau GmbH, Bietigheim-Bissingen	Aufsichtsrat	Attila Tür
Boerse Stuttgart AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Ingo Mandt
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat	Oliver Fern seit 21.01.2014
cellent AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Setzer Eike Wahl Frank Hammann
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Martin Setzer seit 27.06.2014
Euwax AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Ingo Mandt
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
HERRENKNECHT Aktiengesellschaft, Schwanau	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter Ingo Mandt seit 06.03.2014 Helmut Dohmen Norwin Graf Leutrum von Ertingen
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Peter M. Haid
LHI Leasing GmbH, Pullach	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter Ingo Mandt Karl Manfred Lochner
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
Progress-Werke Oberkirch AG, Oberkirch	Aufsichtsrat	Dr. Georg Hengstberger
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dieter Hildebrand
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Thorsten Schönenberger Thomas Christian Schulz
Stadtwerke Mainz Aktiengesellschaft, Mainz	Aufsichtsrat	Hannsgeorg Schöning
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
SüdLeasing GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem

1) Anstalt in der Anstalt.

# Weitere Informationen.

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 5. März 2015

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER  
Vorsitzender



MICHAEL HORN  
Stv. Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



INGO MANDT



DR. MARTIN SETZER



ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN



VOLKER WIRTH

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (»zusammengefasster Lagebericht«) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 12. März 2015

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



KOCHOLL  
Wirtschaftsprüfer



EISELE  
Wirtschaftsprüfer

## Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind erkennbar durch Formulierungen wie »erwarten«, »wollen«, »antizipieren«, »beabsichtigen«, »planen«, »glauben«, »anstreben«, »einschätzen«, »werden«, »vorhersagen« oder ähnliche Begriffe. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Einschätzungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen, sondern unterliegen einer Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Sollten einer dieser Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen.

Der LBBW-Konzern übernimmt keine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren, da diese ausschließlich von den Umständen am Tag ihrer Veröffentlichung ausgehen.

## Beirat der LBBW/BW-Bank.

### Vorsitzender.

#### HANS WAGENER

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,  
Oberursel

### Mitglieder.

#### WILLEM G. VAN AGTMAEL

Honorarkonsul des Königreichs der  
Niederlande, Geschäftsführender  
Gesellschafter der catalpa GmbH, Stuttgart

#### THOMAS ARTMANN

Karlsruhe

#### DR. STEFAN ASENKERSCHBAUMER

Stv. Vorsitzender der Geschäftsführung  
der Robert Bosch GmbH, Gerlingen

#### HELMUT AURENZ

Honorarkonsul von Estland, Senator h. c.,  
Isny im Allgäu

#### BARBARA BAUER

Oberkirchenrätin, Evangelische  
Landeskirche in Baden, Karlsruhe

#### HUBERTUS VON BAUMBACH

Mitglied der Unternehmensleitung  
der Boehringer Ingelheim GmbH,  
Ingelheim am Rhein

#### ALBERT BERNER

Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der Berner Gruppe, Künzelsau

#### DIETMAR BICHLER

Vorsitzender des Vorstands der  
Bertrandt AG, Ehningen

#### DR. DR. SASKIA BISKUP

ab 16. Mai 2014  
Geschäftsführerin der CeGaT GmbH,  
Tübingen

#### DR. CHRISTOF BOSCH

Königsdorf

#### DR. WOLFGANG BRUDER

ab 16. Mai 2014  
Senator E. h., Vorstandsvorsitzender i. R.,  
Offenburg

#### CATHARINA CLAY

ab 16. Mai 2014  
Landesbezirksleiterin der IG BCE  
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,  
Energie, Landesbezirk Baden-Württemberg,  
Stuttgart

#### DR. ANTJE VON DEWITZ

ab 16. Mai 2014  
Geschäftsführerin der VAUDE Sport  
GmbH & Co. KG, Tettngang

#### PEER-MICHAEL DICK

Rechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer  
SÜDWESTMETALL Verband der Metall- und  
Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V.,  
Stuttgart

#### WOLF-GERD DIEFFENBACHER

Geschäftsführender Gesellschafter  
der Dieffenbacher GmbH + Co. KG,  
Eppingen

#### RALF DIETER

Vorsitzender des Vorstands der Dürr AG,  
Bietigheim-Bissingen

#### PROF. DR. ANDREAS DULGER

Honorarkonsul der Republik Paraguay,  
Vorsitzender der Geschäftsführung der  
ProMinent Dosiertechnik GmbH,  
Heidelberg

#### DR. HANS-ULRICH ENGEL

Mitglied des Vorstands der BASF SE,  
Ludwigshafen

#### KLAUS ENSINGER

Geschäftsführer der Ensinger GmbH  
Technische Kunststoffe, Nufringen

#### DR. ALEXANDER ERDLAND

Vorsitzender des Vorstands  
der Wüstenrot & Württembergische AG,  
Stuttgart

#### DR. MARKUS FAULHABER

Vorsitzender des Vorstands der Allianz  
Lebensversicherungs-AG, Stuttgart

#### PROF. E. H. KLAUS FISCHER

Senator E. h. mult.,  
Inhaber und Vorsitzender der  
Geschäftsführung der  
Unternehmensgruppe fischer,  
fischer holding GmbH & Co. KG,  
Waldachtal

#### DR. WOLFGANG FISCHER

Mitglied der Vorstände der Stuttgarter  
Versicherungsgruppe, Stuttgart

#### DR. WOLFRAM FREUDENBERG

Stuttgart

#### HANS-GEORG FREY

Vorsitzender des Vorstands der  
Junghenrich AG, Hamburg

#### PROF. DR. CLEMENS FUEST

ab 16. Mai 2014  
Präsident des Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim

#### THOMAS HANDTMANN

Geschäftsführer der Albert Handtmann  
Holding GmbH & Co. KG, Biberach

#### HANS-JOACHIM HAUG

Vorsitzender des Vorstands  
der Württembergische Gemeinde-  
Versicherung a. G., Stuttgart

#### DR. JOHANNES HAUPT

Vorsitzender der Geschäftsführung/CEO  
der E.G.O. Elektro-Gerätebau GmbH,  
Oberderdingen

#### DR. CHRISTOPHER HERMANN

Vorsitzender des Vorstands der  
AOK Baden-Württemberg, Stuttgart

#### TILMANN HESSELBARTH

Vorsitzender des Vorstands der LBS  
Landesbausparkasse Baden-Württemberg,  
Stuttgart

#### MICHAEL HIMMELSBACH

Erzbischöflicher Oberrechtsdirektor,  
Erzbischöfliches Ordinariat,  
Erzdiözese Freiburg, Freiburg i. Br.

#### S. D. KRAFT ERBPRINZ

ZU HOHENLOHE-OEHRINGEN  
Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche  
Verwaltung, Öhringen

#### S. H. KARL FRIEDRICH FÜRST

VON HOHENZOLLERN  
Unternehmensgruppe  
Fürst von Hohenzollern, Sigmaringen

#### FRANK B. JEHL

Stv. Vorsitzender der Geschäftsführung  
der MANN + HUMMEL Holding GmbH,  
Ludwigsburg

#### HARTMUT JENNER

Vorsitzender der Geschäftsführung der  
Alfred Kärcher GmbH & Co. KG  
Reinigungssysteme, Winnenden

**PROF. DR. HEINZ K. JUNKER**

Vorsitzender der Geschäftsführung der MAHLE GmbH, Stuttgart

**DANIEL F. JUST**

Vorsitzender des Vorstands der Bayerische Versorgungskammer, München

**DIRK KALIEBE**

Mitglied des Vorstands der Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg

**JOACHIM KALTMAIER**

Mitglied der Konzernführung der Würth-Gruppe, Künzelsau

**DR. BERTRAM KANDZIORA**

Vorsitzender des Vorstands der STIHL AG, Waiblingen

**DR. MARTIN KASTRUP**

Oberkirchenrat, Dezernent für Finanzen und Informationstechnologie der Evangelische Landeskirche in Württemberg, Stuttgart

**DR. ERWIN KERN**

Vorsitzender des Vorstands der Kies und Beton AG Baden-Baden, Iffezheim

**DR. HANS-EBERHARD KOCH**

Geschäftsführer der Witzenmann GmbH, Pforzheim

**PROF. DR. RENATE KÖCHER**

Geschäftsführerin des Institut für Demoskopie Allensbach Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH, Allensbach am Bodensee

**DIPL.-VOLKSWIRT STEFAN KÖLBL**

Vorsitzender der Vorstände der DEKRA e. V./DEKRA AG, Stuttgart

**THOMAS KÖLBL**

Mitglied des Vorstands der Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt, Mannheim

**ANDREAS KOHM**

Gesellschafter der Versandhaus Klingel K-Mail-Order GmbH & Co. KG, Pforzheim

**ALEXANDER KOTZ**

ab 6. Oktober 2014  
 Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart

**DIETMAR KRAUSS**

Leitender Direktor i. K.,  
 Bischöfliches Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg

**DR. DIETER KRESS**

Geschäftsführender Gesellschafter der MAPAL Präzisionswerkzeuge Dr. Kress KG, Aalen

**HARALD KROENER**

Vorsitzender des Vorstands der Wieland-Werke AG, Ulm

**DR. PETER KULITZ**

Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm, Geschäftsführender Gesellschafter der ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG, Ulm

**ANDREAS LAPP**

Honorarkonsul der Republik Indien, Vorsitzender des Vorstands der Lapp Holding AG, Stuttgart

**VITTORIO LAZARIDIS**

Stadtrat, Stuttgart

**DIETER LEBZELTER**

Geschäftsführer der IMS Gear GmbH, Donaueschingen

**DR. NICOLA LEIBINGER-KAMMÜLLER**

Vorsitzende der Geschäftsführung, Geschäftsführende Gesellschafterin der TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

**DR. HUBERT LIENHARD**

Vorsitzender der Geschäftsführung der Voith GmbH, Heidenheim

**REINHARD LOHMANN**

Mitglied des Aufsichtsrats der Rethmann AG & Co. KG, Selm

**DR. UTE MAIER**

Vorsitzende des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Tübingen

**DR. HARALD MARQUARDT**

Geschäftsführer der Marquardt GmbH, Rietheim-Weilheim

**DR. FRANK MASTIAUX**

Vorsitzender des Vorstands der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

**MICHAEL MÖLLEKEN**

Mitglied des Vorstands der Festo AG & Co. KG, Esslingen

**JOACHIM MÜLLER**

Mitglied des Vorstands der Bilfinger SE, Mannheim

**DR. MICHAEL MÜNZING**

Geschäftsführender Gesellschafter der Münzing Chemie GmbH, Heilbronn

**KLAUS MUTSCHLER**

Mutschler Holding AG, Zürich

**HEINZ OHNMACHT**

Vorsitzender des Vorstands Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, BGV-Versicherung AG, Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe

**CHRISTOPH OZASEK**

ab 6. Oktober 2014  
 Stadtrat, Stuttgart

**DR. WOLFGANG PALM**

Geschäftsführender Gesellschafter der Papierfabrik Palm GmbH & Co. KG, Aalen

**MARTIN PETERS**

Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Eberspächer, Esslingen

**HANS H. PFEIFER**

Stadtrat, Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart

**HANS DIETER PÖTSCH**

Mitglied des Vorstands der VOLKSWAGEN Aktiengesellschaft, Wolfsburg

**MARTIN PUTSCH**

Geschäftsführender Gesellschafter der RECARO Holding GmbH, Stuttgart

**DR. RICHARD REBMANN**

Vorsitzender der Geschäftsführung der Südwestdeutsche Medien Holding GmbH, Stuttgart

**FRANK REIMOLD**

Direktor, Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg, Karlsruhe

**PROF. H. C. KARL SCHLECHT**

Senator h. c., Vorsitzender des Vorstands der Karl Schlecht-Gemeinnützige Stiftung (K.S.G.), Aichtal

**EDUARD SCHLEICHER**

Persönlich haftender Gesellschafter der SCHWENK Zement KG, Ulm

**DR. STEFAN SCHMALE**

Geschäftsführer der Paulaner Brauerei GmbH & Co. KG, München

**MARTIN SCHOMAKER**

Vorsitzender des Vorstands der R. Stahl AG, Waldenburg

**DR. ROBERT SCHULER-VOITH**

Geschäftsführender Gesellschafter der Mercura Capital GmbH, München

**DIETER SCHWARZ**

Generalbevollmächtigter  
der Unternehmensgruppe Schwarz,  
Neckarsulm

**HEINZ SEIFFERT**

Landrat des Alb-Donau-Kreises, Ulm

**HUBERT SEITER**

Erster Direktor, Vorsitzender  
der Geschäftsführung der Deutschen  
Rentenversicherung Baden-Württemberg,  
Stuttgart

**DR. ALEXANDER SELENT**

Stv. Vorsitzender des Vorstands  
der FUCHS PETROLUB SE, Mannheim

**DR. STEFAN SOMMER**

Vorsitzender des Vorstands der  
ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

**THOMAS SPITZENPFEIL**

Mitglied des Vorstands der Carl Zeiss AG,  
Oberkochen

**DR. HANS-JOCHEM STEIM**

Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG,  
Schramberg

**HANS PETER STIHL**

Honorargeneralkonsul der Republik  
Singapur, Persönlich haftender  
Gesellschafter der STIHL Holding  
AG & Co. KG, Waiblingen

**PROF. H. C. DR. H. C. ERWIN TEUFEL**

Ministerpräsident a. D., Spaichingen

**MARIO TRUNZER**

Geschäftsführer der Liebherr-Werk  
Ehingen GmbH, Ehingen

**BODO UEBBER**

Mitglied des Vorstands der Daimler AG,  
Stuttgart

**DR. H. WERNER UTZ**

Vorsitzender des Vorstands  
der Uzin Utz AG, Ulm

**UDO J. VETTER**

Gesellschafter der Vetter Pharma  
Fertigung GmbH & Co. KG, Ravensburg

**OLIVER VOERSTER**

Geschäftsführender Gesellschafter der  
Koch, Neff & Volckmar GmbH, Stuttgart

**S. D. JOHANNES FÜRST ZU WALDBURG-  
WOLFEGG UND WALDSEE**

Wolfegg

**S. E. ERICH ERBGRAF  
VON WALDBURG-ZEIL**

Leutkirch

**THEKLA WALKER**

bis 24. Juli 2014  
Stuttgart

**RUDOLF F. WOHLFARTH**

Vorsitzender der Geschäftsleitung der  
Emil Frey Gruppe Deutschland, Stuttgart

**DR. STEFAN WOLF**

Vorsitzender des Vorstands der  
ElringKlinger AG, Dettingen/Erms

**ULRICH-BERND WOLFF VON DER SAHL**

Vorsitzender der Vorstände der SV  
Sparkassenversicherung, Stuttgart

**S. K. H. FRIEDRICH HERZOG  
VON WÜRTTEMBERG**

Friedrichshafen

**JÜRGEN ZEEB**

bis 24. Juli 2014  
Stadtrat, Vorsitzender der Fraktion der  
FREIEN WÄHLER im Gemeinderat der  
Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart

**ARTHUR J. ZIMMERMANN**

Mitglied des Aufsichtsrats der Ernst Klett  
Aktiengesellschaft, Stuttgart

**PROF. DR. DR. H. C. WALTHER ZÜGEL**

Stuttgart

## Kundenbeirat der LBBW Rheinland-Pfalz Bank.

### Vorsitzender.

#### **KARL MANFRED LOCHNER**

Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

### Mitglieder.

#### **WOLFGANG BAUER**

bis 31. März 2014  
Wiesbaden

#### **AXEL E. BARTEN**

ab 1. April 2014  
Geschäftsführender Gesellschafter der Achenbach Buschhütten Holding GmbH, Kreuztal

#### **BERNHARD BECK**

Sprecher des Vorstands der Veritas AG, Gelnhausen

#### **DR. GERHARD F. BRAUN**

Präsident der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Mainz

#### **KEVIN BROCK**

CFO der JF Hillebrand Group, Mainz

#### **DR. ALBERT CHRISTMANN**

Persönlich haftender Gesellschafter der Dr. August Oetker KG, Bielefeld

#### **DIETMAR CLAUSEN**

CFO der Zschimmer & Schwarz GmbH & Co. KG, Lahnstein

#### **DR. KARL-HEINZ ENGEL**

Vorsitzender der Geschäftsführung der Hochwald Foods GmbH, Thalfang

#### **KAI-UWE HEUER**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der DEG Alles für das Dach eG, Koblenz

#### **ALBRECHT HORNBACH**

Vorsitzender des Vorstands der Hornbach Holding Aktiengesellschaft, Neustadt an der Weinstraße

#### **DETLEF W. HÜBNER**

Mitglied des Vorstands, Geschäftsführender Mehrheitsgesellschafter der Deufol SE, Hofheim am Taunus

#### **GÜNTER JERTZ**

ab 1. November 2014  
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für Rheinhessen, Mainz

#### **FRED JUNG**

Vorstand der Juwi AG, Wörrstadt

#### **DR. JOHANN CHRISTIAN MEIER**

Geschäftsführer der Schütz GmbH & Co. KGaA, Selters

#### **WOLFGANG MOYSES**

Vorsitzender des Vorstands der SIMONA AG, Kirn

#### **ALFRED MÜLLER**

Geschäftsführer (Finanzen & Verwaltung) der Bitburger Braugruppe GmbH, Bitburg

#### **DR. RALF MURJAHN**

Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutsche Amphibolin-Werke von Robert Murjahn Stiftung & Co KG, Ober-Ramstadt

#### **GEORG NOLTE**

Gesellschafter der Nolte-Group, Germersheim

#### **RICHARD PATZKE**

bis 31. Juli 2014  
Mainz

#### **KLAUS RÜBENTHALER**

Mitglied des Vorstands der Schott AG, Mainz

#### **PROF. DR. HELMUT J. SCHMIDT**

Präsident der Technische Universität Kaiserslautern, Kaiserslautern

#### **PROF. DR. W. EDELFRID SCHNEIDER**

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater  
Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Dienst & Partner GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft, Koblenz

#### **DR. ERNST F. SCHRÖDER**

Dr. August Oetker KG, Bielefeld

#### **CARSTEN SCHRUCK**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Westfleisch eG, Münster

#### **DR. MICHAEL SCHUPPLI**

Mitinhaber u. a. der Helvetic Grundbesitz Verwaltung GmbH, Wiesbaden

#### **INGO STEINEL**

Geschäftsführender Gesellschafter der STEINEL GmbH, Herzebrock-Clarholz

#### **PETER STEINER**

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Wiesbaden

#### **MARKUS STÜTTGEN**

CFO der Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

#### **HANS JOACHIM SUCHAN**

Frankfurt am Main

#### **MORITZ J. WEIG**

Geschäftsführer der Moritz J. Weig GmbH & Co. KG, Mayen

#### **ANTON WERHAHN**

Sprecher des Vorstands der Wilh. Werhahn KG, Neuss

## Kundenbeirat der LBBW Sachsen Bank.

### Vorsitzender.

**KARL MANFRED LOCHNER**  
ab 16. April 2014  
Mitglied des Vorstands der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

### Mitglieder.

**DR. E. H. FRANK H. ASBECK**  
Vorsitzender des Vorstands der  
SolarWorld AG, Bonn

**LOTHAR BAUER**  
Taufa

**PROF. DR. DR. H. C. ULRICH BLUM**  
Inhaber des Lehrstuhls für  
Wirtschaftspolitik und -forschung der  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,  
Halle

**PROF. DR. FRANK BRINKEN**  
Vice-Chairman der Starrag Group  
Holding AG, Rorschacherberg/Schweiz

**CARSTEN DIETMANN**  
Geschäftsführer der Dresdner Druck- und  
Verlagshaus GmbH & Co. KG, Dresden

**RÜDIGER GESERICK**  
Vorsitzender der Geschäftsführung der  
SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH,  
Lutherstadt Wittenberg

**STEFFEN IRMSCHER**  
Geschäftsführer der  
Steuerkanzlei Irmischer & Freyboth,  
Dresden

**MICHAEL KEITZ**  
Geschäftsführer der  
QSIL GmbH Quarzschmelze Ilmenau,  
Langewiesen

**MARTIN KRENGEL**  
Vorsitzender der Geschäftsführung der  
WEPA Industrieholding SE, Arnsberg

**AXEL KRUPP**  
Geschäftsführer der  
Hermes Schleifkörper GmbH, Dresden

**HENRY KULNICK**  
Geschäftsführer der  
Lorenz Nuss GmbH, Kreba-Neudorf

**DR. FRANK LÖSCHMANN**  
Geschäftsführer (CEO) der  
SisTeam GmbH, Dresden

**PROF. DR. E. H. HANS J. NAUMANN**  
Geschäftsführender Gesellschafter der  
Niles-Simmons-Hegenscheidt GmbH,  
Chemnitz

**FRANK ORSCHLER**  
Geschäftsführer der  
Königsee Implantate GmbH, Allendorf

**DR. LUTZ PETERMANN**  
Geschäftsführer der  
FAM Magdeburger Förderanlagen und  
Baumaschinen GmbH, Magdeburg

**HOLGER RAITHEL**  
Geschäftsführender Gesellschafter der  
Kahla/Thüringen Porzellan GmbH, Kahla

**UWE REINECKE**  
bis 31. Dezember 2014  
Bestensee

**JÜRGEN RIESTER**  
Geschäftsführer der  
GFC AntriebsSysteme GmbH, Coswig

**MARTIN RÖDER**  
Geschäftsführender Gesellschafter der  
Gelenkwellenwerk Stadtilm GmbH,  
Stadtilm

**BERNHARD ROTHENBERGER**  
Geschäftsführender Gesellschafter der  
Auerbachs Keller Rothenberger Betriebs  
GmbH, Leipzig

**GÖRGE SCHEID**  
Rechtsanwalt/Fachanwalt für  
Insolvenzrecht, Leipzig

**ROBIN SCHILD**  
President und CEO der  
VON ARDENNE GmbH, Dresden

**CHRISTOPH SCHMELTER**  
Geschäftsführer der  
DMI GmbH & Co. KG, Münster

**DR. ANDREAS SPERL**  
Geschäftsführer der  
Elbe Flugzeugwerke GmbH, Dresden

**WOLFGANG TOPF**  
Präsident der Industrie- und Handels-  
kammer zu Leipzig, Leipzig

**JÜRGEN TSCHIRNER**  
Geschäftsführer der  
LSL GmbH, Ein Unternehmen der Haufe  
Gruppe, Leipzig

**THOMAS WEIDINGER**  
Rechtsanwalt der Kanzlei  
Weidinger/Richtscheid Rechtsanwälte,  
Leipzig

**DR. FLORIAN WENDT**  
Geschäftsführer der  
ACTech GmbH, Freiberg

# Glossar.

## Backtesting.

Evaluationsprozess zur Untersuchung der Qualität von Risiko-Modellen. Dabei wird geprüft, ob die tatsächlich in einem Zeitraum eingetretenen Verluste in dem Rahmen lagen, der durch das Modell prognostiziert wurde.

## Bail-In-Quote.

Umfang von Passiva, die einer Bank im Krisenfall zur Verfügung stehen, um Verluste zu absorbieren. Hintergrund ist das Bestreben der Aufsicht, zunächst Anteilseigner und Gläubiger des Instituts zur Haftung heranzuziehen.

## Basel III.

Umfangreiches Bankenregulierungspaket des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Die Maßgaben mit den Schwerpunkten Eigenkapital und Liquidität wurden 2010 auf den Weg gebracht und basieren auf den Erfahrungen aus der Finanzmarktkrise. Die europäische Umsetzung von Basel III erfolgt durch CRR/CRD IV.

## Comprehensive Assessment.

Umfassende Prüfung von insgesamt 130 europäischen Banken zur Vorbereitung auf den einheitlichen europäischen Aufsichtsmechanismus (SSM). Das Verfahren bestand aus einer Risikobewertung (Risk Assessment), einer Prüfung der Aktivaqualität (Asset Quality Review, AQR) sowie einem Stresstest. Kernbestandteil des SSM ist die Übernahme der direkten Aufsicht über bedeutende Institute des Euroraums durch die EZB.

## Corporate Governance.

Ausdruck für transparente und gute Unternehmensführung sowie deren Überwachung. Eine Sammlung wesentlicher Vorschriften ist im Deutschen Corporate Governance Kodex enthalten.

## CRR/CRD IV.

Mit dem 2014 in Kraft getretenen EU-Regulierungspaket zur Umsetzung von Basel III wurden europaweit einheitliche Regeln für Banken geschaffen (Single Rulebook). Die Verordnung Capital Requirements Regulation (CRR) ist unmittelbar rechtswirksam und regelt u. a. Mindesteigenmittel- und Liquiditätsanforderungen für Banken. Die EU-Richtlinie Capital Requirements Directive (CRD IV) wurde in nationales Recht überführt – mit Auswirkungen auf das Kreditwesengesetz (KWG). Sie enthält Regelungen, die sich an die nationalen Aufsichtsbehörden richten. Bis zur vollständigen Umsetzung von Basel III in 2019 gelten Übergangsvorschriften.

## EMIR.

Die Vorgaben gemäß der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) sollen systemische Risiken im europäischen Derivatemarkt eindämmen. Aus EMIR ergeben sich Pflichten für bestimmte Parteien von Derivatetransaktionen. Nicht zuletzt soll der außerbörsliche Derivatehandel (over the counter, OTC) transparenter und sicherer gemacht werden. Die G20 beschlossen insbesondere, dass künftig standardisierte OTC-Derivate über zentrale Gegenparteien abgewickelt und OTC-Derivate an Transaktionsregister gemeldet werden müssen.

## Fair Value.

Bewertungskonzept in der IFRS-Rechnungslegung (deutsch: beizulegender Zeitwert). Gibt an, zu welchem Wert ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann.

## Gesamtbanksteuerung.

Gesamtbanksteuerung (GBS) bezeichnet innerhalb der LBBW das konzertierte Zusammenwirken der Bereiche Finanzen, Risikocontrolling und Finanzcontrolling.

### Gesamtkapitalquote.

Kapitalquote, bei der die Eigenmittel eines Instituts ins Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva gesetzt werden. Damit fließen im Vergleich zur harten Kernkapitalquote auch das zusätzliche Kapital und das Ergänzungskapital in die Berechnung ein.

### Harte Kernkapitalquote (CET 1).

Das harte Kernkapital einer Bank besteht maßgeblich aus eingezahlten Eigenkapitalinstrumenten und offenen Rücklagen, vermindert um regulatorische Filter und umfangreiche Abzugsgrößen. Wird diese Größe zu den risikogewichteten Aktiva ins Verhältnis gesetzt, ergibt sich die harte Kernkapitalquote.

### Hybridkapital.

Kapital, das eigentlich zum Fremdkapital gehört, jedoch Eigenkapitaleigenschaften aufweist. Dazu zählen z. B. Genussscheine und Stille Einlagen.

### Internes Kontrollsystem.

Das Interne Kontrollsystem (IKS) stellt die Wirksamkeit der Geschäftstätigkeit, die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften sowie den Schutz des Institutsvermögens sicher.

### Leverage Ratio.

Nicht risikobasierte Verschuldungsquote einer Bank. Mit ihr möchte der Baseler Ausschuss ein Gegengewicht zu den risikobasierten Kapitalquoten bilden. Bei der Leverage Ratio wird das Kernkapital zu den nicht risikogewichteten bilanziellen und außerbilanziellen Werten ins Verhältnis gesetzt.

### MaRisk.

Die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) enthalten Regeln zur Ausgestaltung des Risikomanagements in deutschen Kreditinstituten. Dazu zählen Maßgaben zur Aufbauorganisation ebenso wie Vorgaben für Prozesse.

### MaSan.

Auf Basis der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) sollen Banken Vorbereitungen für die Bewältigung von Krisensituationen treffen. Ein Sanierungsplan soll Handlungsoptionen bereithalten, um in einem möglichen Krisenfall die Widerstandsfähigkeit des Kreditinstituts zu erhöhen.

### MiFID II.

Überarbeitung der europäischen Finanzmarktrichtlinie Markets in Financial Instruments Directive (MiFID). Die MiFID wird ergänzt durch die Markets in Financial Instruments Regulation (MiFIR). MiFID und MiFIR beinhalten umfassende Regelungen zu kundenbezogenen Wertpapierdienstleistungen und zur stärkeren Regulierung des Handels insbesondere mit komplexen Finanzinstrumenten.

### Risk Taker.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Tätigkeit mit wesentlichem Einfluss auf das Risikoprofil eines Instituts ausüben. Jedes Institut muss jährlich auf Basis des rechtlich vorgegebenen Rahmens die Gruppe der Risk Taker bestimmen.

### Risikogewichtete Aktiva.

Bei den risikogewichteten Aktiva werden Risiken (Kredit- und Marktpreisrisiken sowie operationelle Risiken) ausgehend von ihrem Volumen auf Basis aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewichtet. Je besser das Rating eines Kreditnehmers ist, umso geringer ist das zugrundeliegende Risikogewicht.

### Stresstest.

Stresstests haben das Ziel, mögliche Schwachstellen von Instituten im Falle von extremen Ereignissen aufzudecken. Damit soll die Robustheit einer Bank oder des gesamten Finanzsystems überprüft werden, um mögliche Handlungsmaßnahmen abzuleiten.

### Trennbankenregulierung.

Durch die Trennung von hochriskanten Handelsgeschäften vom regulären Einlagengeschäft soll die Verwendung von Spareinlagen von Kunden zur Finanzierung und Verlustabdeckung von riskanten Handelsgeschäften verhindert werden. Während das bereits verabschiedete deutsche Trennbankengesetz ab Juli 2016 bzw. die US-amerikanische Regelung (die sog. Volcker Rule) teilweise ab Juli 2015 einzuhalten ist, dauert der Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene an.

### Value-at-Risk.

Der Value-at-Risk (VaR) gibt an, welcher Verlust in einem bestimmten Zeitraum mit hoher Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

# LBBW

[www.LBBW.de](http://www.LBBW.de)  
[kontakt@LBBW.de](mailto:kontakt@LBBW.de)

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2  
70173 Stuttgart

[www.LBBW.de](http://www.LBBW.de)  
[kontakt@LBBW.de](mailto:kontakt@LBBW.de)

Der Geschäftsbericht erscheint  
auch in englischer Sprache.

**Konzeption & Realisation:**  
Landesbank Baden-Württemberg

Erstellt mit FIRE.sys

**Druck:**  
W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co.  
KG, Stuttgart

## ZERTIFIZIERUNGEN

Dieser Geschäfts-  
bericht wurde auf  
umweltfreundlichem  
Papier gedruckt.



# Der LBBW-Konzern im Überblick.

## Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Die LBBW ist eine Universal- und Geschäftsbank, die – zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank – in bundesweit rund 200 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten eines modernen Kreditinstituts bietet.

In ihrer strategischen Ausrichtung konzentriert sich die LBBW auf ihr kundenorientiertes Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven, insbesondere in den Regionen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den jeweils angrenzenden Gebieten. Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stehen dabei die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie die Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Kundenbegleitendes Auslandsgeschäft ergänzt das Geschäftsmodell.

Als Dach des LBBW-Konzerns nimmt die LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns die Steuerungsfunktion wahr. Darüber hinaus sind hier das Geschäft mit überregional bzw. international agierenden Großkunden, die Immobilienfinanzierung, das Kapitalmarktgeschäft sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen angesiedelt.

## Baden-Württembergische Bank (BW-Bank).

Im Kundenportfolio der BW-Bank finden sich Unternehmens- und Privatkunden mit Schwerpunkt im Kernmarkt Baden-Württemberg; selektiv werden Unternehmenskunden auch in Bayern betreut. Der Fokus der BW-Bank liegt auf Unternehmen des Mittelstands und gehobenen Privatkunden. Darüber hinaus betreut sie hochvermögende Kunden im Wealth Management.

Innerhalb der Landeshauptstadt Stuttgart kommt der BW-Bank die Funktion einer Stadtparkasse zu.

## LBBW Rheinland-Pfalz Bank.

Der besondere Fokus der Rheinland-Pfalz Bank liegt auf dem Mittelstandsgeschäft in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Daneben betreut sie gehobene Privatkunden in ihrem Kernmarkt Rheinland-Pfalz sowie den angrenzenden Regionen.

## LBBW Sachsen Bank.

In der Sachsen Bank bündelt der LBBW-Konzern sein mittelständisches Unternehmenskunden- und das gehobene Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Wirtschaftsräumen.

## Weitere Konzernunternehmen.

Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen diversifizieren und ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW.

**Landesbank Baden-Württemberg**

Hauptsitze

**Stuttgart**

70144 Stuttgart  
Am Hauptbahnhof 2  
70173 Stuttgart  
Telefon 0711 127-0  
Telefax 0711 127-43544  
[www.LBBW.de](http://www.LBBW.de)  
[kontakt@LBBW.de](mailto:kontakt@LBBW.de)

**Karlsruhe**

76245 Karlsruhe  
Ludwig-Erhard-Allee 4  
76131 Karlsruhe  
Telefon 0721 142-0  
Telefax 0721 142-23012  
[www.LBBW.de](http://www.LBBW.de)  
[kontakt@LBBW.de](mailto:kontakt@LBBW.de)

**Mannheim**

Postfach 10 03 52  
68003 Mannheim  
Augustaanlage 33  
68165 Mannheim  
Telefon 0621 428-0  
Telefax 0621 428-72591  
[www.LBBW.de](http://www.LBBW.de)  
[kontakt@LBBW.de](mailto:kontakt@LBBW.de)

**Mainz**

55098 Mainz  
Große Bleiche 54-56  
55116 Mainz  
Telefon 06131 64-37800  
Telefax 06131 64-35701  
[www.LBBW.de](http://www.LBBW.de)  
[kontakt@LBBW.de](mailto:kontakt@LBBW.de)